



GLAUBENS- FRAGEN

51. Deutscher Historikertag
Universität Hamburg
20.–23. September 2016

ISSN: 1612-5940

Historisches Forum 20 • 2017

Unter dem Motto „Glaubensfragen“ fand vom 20. bis 23. September 2016 der 51. Deutsche Historikertag an der Universität Hamburg statt. H-Soz-Kult und Clio-online haben als offizieller Medienpartner das Organisationsbüro mit Ankündigungen im Vorfeld begleitet. Nach dem Historikertag wurde über zahlreiche Sektionen und Podiumsdiskussionen berichtet, in Form der bekannten Sektions- und Querschnittsberichte.

In Zusammenarbeit mit den Veranstaltern der Sektionen konnten viele Autorinnen und Autoren gewonnen werden, die in ihren Berichten die Ergebnisse einzelner Sektionen dokumentieren, sie in einen größeren Kontext stellen oder kritisch analysieren. Einige Querschnittsberichte ergänzen die Sektionsberichte nicht nur, sondern nehmen darüber hinaus epochale oder thematische Zugänge mehrerer Sektionen in den Blick und machen so übergreifende Fragestellungen sichtbar.

Berichte vom Historikertag 2016

Herausgegeben für H-Soz-Kult von
Thomas Meyer und Claudia Prinz

ISBN: 978-3-86004-329-5



http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor
Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2



Historisches Forum

Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/

Historisches Forum 20 · 2017

Berichte vom Historikertag 2016

Herausgegeben für H-Soz-Kult
von Thomas Meyer und Claudia Prinz

Historisches Forum ist eine Reihe von Themenheften von Clio-online (<http://www.clio-online.de>) und seiner Kooperationspartner. Die Reihe bündelt ausgesuchte Beiträge geschichtswissenschaftlicher Online-Foren und herausragende Artikel, Debattenbeiträge, Kontroversen und Berichte zu ausgewählten historischen Fragestellungen. Sie erscheint in Kooperation mit den Verbundpartnern von Clio-online und der Humboldt-Universität zu Berlin. Jedes Heft wird von einem oder mehreren Herausgebern redaktionell betreut und enthält außer einer Einführung in das Thema auch ergänzende Verweise auf die Forschungsliteratur und andere Informationsquellen. Die Veröffentlichung erfolgt über den Dokumenten- und Publikationsserver der HUB: http://edoc.hu-berlin.de/e_histfor/

[Historisches Forum]

Historisches Forum - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin
Gesamttitle: Veröffentlichungen von Clio-online, Nr. 2
ISSN: 1612-5940

Bd. 20: **Berichte vom Historikertag 2016** / hrsg. für H-Soz-Kult von Thomas Meyer und Claudia Prinz / (Historisches Forum, Bd. 20) - Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, 2017.
ISBN: 978-3-86004-329-5

Dieses Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Es unterliegt den Nutzungsbedingungen des Dokumenten- und Publikationsservers der Humboldt-Universität Berlin (<http://edoc.hu-berlin.de>). Es darf und soll zu wissenschaftlichen Zwecken und zum Eigengebrauch kopiert und ausgedruckt werden. Die weiteren Rechte an den einzelnen Texten und Abbildungen verbleiben bei den Autoren bzw. bei den im Abbildungsverzeichnis genannten Rechteinhabern. Jede kommerzielle Nutzung der Dokumente, auch von Teilen und Auszügen, ist ohne vorherige Zustimmung und Absprache mit den Serverbetreibern und den redaktionell verantwortlichen Herausgebern ausdrücklich verboten.

Geschäftsführende Herausgeber:

Rüdiger Hohls – Michael Wildt in Verbindung mit Clio-online (Rüdiger Hohls), H-Soz-Kult (Thomas Meyer – Claudia Prinz) und Zeitgeschichte-online (Jürgen Danyel – Jan-Holger Kirsch).

Redaktionsschluss: 03.05.2017
© 2017 Clio-online

Querschnittsberichte 1

Franziska Weise, Philip Egetenmeier, Michael Zerjadtke

Alte Geschichte 1

Katharina Stornig

Religionsgeschichte 13

Sebastian Schwecke

Indische Geschichte 25

Marcus Böick, Marcel Schmeer

Zeitgeschichte 33

Claudia Christiane Gatzka

Westeuropa 41

Norbert Fabian

Glaube und Erkenntnis: Zum 51. Deutschen Historikertag in Hamburg 49

Sektionsberichte 53

Michael Zerjadtke

HT 2016: Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen 53

Tabea Meurer

HT 2016: Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike 60

Kristina Heubach

HT 2016: Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers – Obviously Believers – The Credibility of the Historian 67

Franziska Lupp

HT 2016: Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike 72

Philip Martin Straub

HT 2016: State, Kingdom and Empire: The Experiences in Pre-modern India and Europe 78

Christoph Cluse

HT 2016: Glaubwürdig? Proselyten im Judentum zwischen Spätantike und Früher Neuzeit 85

Christoph Cluse

- HT 2016: Ökonomische Glaubensfragen. Strukturen und Praktiken jüdischen und christlichen Kleinkredits im Spätmittelalter 90

Miriam Czock

- HT 2016: Rhetorik der Gewissheit – dynamisches Wissen. Glaubensfragen in der Vormoderne 96

Joseph Lemberg

- HT 2016: Mittelalterliche Stiftungen – eine Glaubensfrage? Indien und die übrige vormoderne Welt 101

Hans-Werner Goetz

- HT 2016: Religionskriege im Mittelalter – eine Glaubensfrage? 108

Jörg Schwarz

- HT 2016: Immerwährende Gesetze – ein Glaubensfrage? 113

Anne Christina May

- HT 2016: Heidentum oder Heidentümer? Frühneuzeitliche Perspektiven auf den Polytheismus 118

Alfons Brüning

- HT 2016: Mythos Bedrohung – Mythos Sicherheit: Schutzwandvorstellungen im östlichen Europa des 20. und 21. Jahrhunderts 124

Sören Rohrmann

- HT 2016: Globalgeschichte von Religionen – Perspektiven und Erkenntnischancen 132

Ulla Kypka

- HT 2016: Globaler Rausch. Das Projekt Pelz vom 15. bis in das 19. Jahrhundert 138

Hanna Goyer, Laura-Marie Krampe

- HT 2016: Frühneuzeitliche Konfessionskultur(en): Stand und Zukunft eines Konzepts 143

Michael Philipp Brunner

- HT 2016: Transcending Boundaries. The Religious, the Secular, and Negotiations of Cultural Hierarchies in Turn-of-the Century Counter-Cultural Contexts between Europe, Asia, and Africa 150

Norman Aselmeyer

- HT 2016: Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der afrikanisch-europäischen Transfergeschichte 154

Nina Mackert

- HT 2016: Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne 162

Frank Möller

- HT 2016: Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratieggeschichte von 1800 bis 1933 167

Lisa Gerlach

- HT 2016: Dynamiken religiösen Wissens: Resilienzstrategien und Innovationspotenziale im Angesicht der Moderne 172

Sebastian Schwecke

- HT 2016: Towards a Better Life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges in the Nineteenth and Twentieth Centuries 179

Sebastian Mittelberg

- HT 2016: Gläubige und Marktgläubige. Zur Kontinuität unternehmerischer Semantik im 19. Jahrhundert 185

Christina Schröer

- HT 2016: Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung 191

Martin Schmitt

- HT 2016: Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er-Jahren 200

Timo Bonengel

- HT 2016: „Koloniale Gewalt, manichäische Welt“: Frantz Fanon, Hugo G. Olsson und die postkoloniale Gewaltgeschichte der Gegenwart 205

Andreas Hilger

- HT 2016: „Woran glauben wir und gegen wen kämpfen wir?“ Gewalt im Osteuropäischen Bürgerkrieg, 1918-1921 210

Sabrina Kirschner

- HT 2016: Indian Foreign Policy under Nehru 216

Sebastian Rimestad

HT 2016: Religion und Gesellschaft in der Sowjetunion
nach 1945 223

Anna Warda

HT 2016: Gefühltes Wissen? Konstruktion von Realität
in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen
Weltkrieg und Mauerfall 226

Daniel Monninger

HT 2016: Der Aufstieg der Verhaltensökonomie und die
Transformation von Regierungslogiken seit den 1970er-
Jahren 232

Fernando Esposito

HT 2016: Hitler. Eine historische Vergewisserung 239

Laura Wolters

HT 2016: Gewaltforschung wohin? 243

Agnès Arp

HT 2016: Glauben, was man hört. Hören, was man glaubt?
Zeitgeschichtliche Potenziale von Interviews und Oral
History 249

Joanna Simonow

HT 2016: Religiöser Humanitarismus im Zeitalter des
Säkularismus: Hilfe für Kriegsgefangene und zivile Opfer
von Konflikten nach 1945 254

Philipp Müller

HT 2016: Geschichte als Gegenwartsreligion? 261

Mehdi Sajid

HT 2016: New Muslim Communities in Europe, 1918 – 1945 266

Friedrich Kießling

HT 2016: Von „guten Nachbarn“ und „deutschen Wegen“.
Rollenbilder und Machtdiskurse im außenpolitischen
Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland 1969-
2005 269

Rüdiger Brandis

HT 2016: Wie es wirklich war – Repräsentationen von
Geschichte im öffentlichen Raum. Wege zu einem ge-
schichtswissenschaftlichen Forschungsprogramm in der
Public History 276

Anne Mariss

HT 2016: Opferbilder. Viktimisierung im transepo-
chalen und interkulturellen Vergleich (1400–2000) 282

Laura Busse

HT 2016: Jenseits der Erzählung. Über die Erkenntnispo-
tentiale der Form 288

Michele Barricelli

HT 2016: Die Shoah im schulischen Alltag – Zur Prag-
matik und Empirie des Einsatzes von videografierten
Zeitzeugeninterviews im Geschichtsunterricht 292

Tobias Christopher Goebel

HT 2016: Indien und wir 299

Gudrun Fiedler

HT 2016: Recherche und Weiterverarbeitung. Digitale
Angebote der Archive für die historische Forschung im
Netz 306

Claudia Hefter

HT 2016: Grundwissenschaften in der digitalen Welt . . . 313

Register 321

Autorinnen und Autoren der Beiträge 321

Querschnittsberichte

Alte Geschichte

von Franziska Weise

von Philip Egetenmeier

von Michael Zerjadtko

Besprochene Sektionen:

Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers

Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike

State, Kingdom and Empire: Experiences in Premodern India and Europe

Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen

Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike

Der Historikertag 2016 in Hamburg stand unter dem Leitthema „Glaubensfragen“. Der mehrdeutige Begriff „Glauben“ im Sinne eines unhinterfragten und ungeprüften „Fürwahrhaltens“ erlaubte den Referentinnen und Referenten der einzelnen Sektionen aufgrund seiner semantischen Breite, sowohl religions- als auch wissenschaftliche Themen zu bespielen.

In der von Christian Wendt und Neville Morley geleiteten Sektion „Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers“ wurden die Gewährsmänner unseres vermeintlichen Wissens kritisch unter die Lupe genommen. Wie kam ein derart hohes Maß an Glaubwürdigkeit zustande, dass manche Autoren zu einer quasi unanfechtbaren Instanz wurden? Vor allem das „Glauben-Wollen“ an die Zuverlässigkeit bzw. sogar Autorität und Deutungshoheit eines Historikers spielte eine zentrale Rolle bei der Generierung und Perpetuierung ebendieser. Diesen

Problemstellungen widmeten sich die Referenten der Sektion anhand des Beispiels des Thukydides und seiner Rezeption.

CHRISTIAN WENDT (Berlin) ging in seinem Vortrag dem Glaubwürdigkeitspostulat des Thukydides nach. Anhand zentraler Textpassagen aus Proömium und Methodenkapitel stellte er heraus, wie Thukydides explizit das eigene Glauben ebenso als Voraussetzung eines Urteils wie auch als Bewertungsmaßstab verwendete. Mittels wiederkehrender Wendungen grenzte der antike Historiker das Offensichtliche und scheinbar Wahre von seiner eigenen, tieferen Einsicht in die Vorgänge ab. Durch das demonstrative Gegenüberstellen seiner auktorialen Sicht auf die Vorgänge gegenüber der eingeschränkten Perspektive der auftretenden Sprecher innerhalb seines Werkes suggerierte er dem Leser, dass sich seine Aussagen auf einer höheren Ebene der Glaubwürdigkeit befänden.

Wie es dazu kam, dass der als Musterhistoriker wahrgenommene Thukydides zu nahezu unanfechtbarer Glaubwürdigkeit gelangen konnte, war Gegenstand des Vortrags „Belief in an Unhistorical Thucydides“ von NEVILLE MORLEY (Exeter). Vor allem durch sein Methodenkapitel habe Thukydides seine historiographische Autorität konstruieren können. Dieses Bild wurde noch zusätzlich von der modernen Geschichtsschreibung gefördert, indem gezielt nach weiteren Belegen für seine umfassende Glaubwürdigkeit gesucht wurde und Widersprüchlichkeiten lange einfach wegdiskutiert wurden. Besondere Bedeutung kam hierbei der Nützlichkeit und Nutzbarkeit des Thukydides als Vorbild bzw. Prototyp eines Historikers zu, was dazu führte, dass an seine Autorität auch geglaubt werden wollte.

LIISI KEEDUS (York) widmete sich in ihrem Vortrag dem Philosophen Leo Strauss und dessen Einstellung zum Historismus. Bezüglich Strauss, dessen Beurteilung zwischen einem ‚revivalist of great ideas‘, einem ‚ahistorical reader‘ und einem ‚anti-historicist‘ verläuft, kam Keedus zu der Einschätzung, dass jener weniger im Dialog mit der Antike stand als vielmehr an die deutsche Tradition und seine Zeitgenossen gebunden war. Dies beruhte in erster Linie auf seiner Sozialisation in der deutschen Wissenschaftslandschaft des frühen 20. Jahrhunderts, die sein eigenes Arbeiten mit antiken Texten trotz aller methodischer Kritik am Historismus intensiver prägte als üblicherweise angenommen.

In seinem Kommentar zu den Vorträgen lieferte UWE WALTER (Bielefeld) Denkanstöße zu geschichtstheoretischen Glaubensfeldern. Das Selbstbewusstsein, das die Geschichtsschreibung mit ihrer Etablierung als Wissenschaft im 19. Jahrhundert aufgrund ihrer Methodik generierte, führte zu einer Form der Wissenschaftsgläubigkeit. Später bildeten Paradigmen disziplinintern lange Zeit die neuen Glaubensquellen bzw. sogar Dogmen, während in Anbetracht der aktuellen Pluralisierung von Paradigmen von keinem Glauben an die *eine* Methode mehr gesprochen werden kann. In der heutigen Forschungspraxis bestehe die Gefahr, dass der Glaube an das saubere Arbeiten anderer Wissenschaftler als Voraussetzung für eigene Arbeiten sowie die Berufung auf einige wenige Autoritäten zwangsläufig zu einer ungewollten Homogenisierung führen könnte.

In der von Kai Trampedach (Heidelberg) moderierten Sektion „Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike“ wurde das Spannungsfeld zwischen den Heiligen auf der einen sowie den kirchlichen und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite in den Fokus gerückt. In seinen einführenden Erläuterungen ging er auf die Forschungsgeschichte ein und lieferte einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Ideals eines Bischofs. Anschließend wies er auf die Praxis der Umdeutung und Instrumentalisierung des Handelns von Heiligen durch die Autoren von Heiligenviten hin und stellte die Vita Danielis Stylitae als exemplarische Geschichte vor.

LUDWIG MEIER (Heidelberg) ging auf die Autorität von Heiligen und deren Konflikte mit Staat, Kirche und Gesellschaft ein, wobei er drei beispielhafte Erzählungen heranzog. Die Lebensbeschreibung des heiligen Sergius zeige zum einen die Wirkungslosigkeit staatlichen Handelns gegen einen Heiligen und zum anderen dessen Einstellung gegenüber den Wünschen seiner Gemeinde. Anhand der von Johannes von Ephesos verfassten Vita des heiligen Jakob stellte er die These auf, dass in hagiographischen Diskursen Konflikte theologischer Natur verarbeitet würden. Abschließend zeigte er am Beispiel des Johannes von Tella, der aufgrund eines Konfliktes mit einer Schaustellertruppe ins Exil gehen musste, dass die Autorität eines Heiligen von den städtischen Eliten abgelehnt werden konnte. Die drei Beispiele illustrierten

das Bemühen der östlichen Christen um Kompromisse und ein konfliktfreies Nebeneinander, während Heilige und Asketen eine strengere Glaubensauslegung durchsetzen wollten.

Auch STEFFEN DIEFENBACH (Konstanz) nahm den Konflikt zwischen Asketen und Kirchenvertretern unter die Lupe. Der Widerstand gegen die Bischofsweihe Martins von Tours, der eine asketische Lebensweise pflegte, sei nicht von den Bischöfen der Oberschicht ausgegangen. Vielmehr seien unter den Mönchen, die sich im von Martin gegründeten Kloster zusammenfanden, auch Mitglieder der Senatorenschicht gewesen. Nach Steffen Diefenbach sei die Opposition eher in den Reihen der Bischöfe aus der Mittelschicht zu verorten. Im Anschluss stellte er mit Sulpicius Severus und Paulinus von Nola Vergleichsbeispiele vor. Er merkte an, dass zwischen asketischer und kirchlicher Autorität nicht streng getrennt werden könne, sondern beide ineinander übergingen.

SEBASTIAN SCHMIDT-HOFNER (Tübingen) konzentrierte sich auf die Versuche der rechtlichen Einhegung des Verhaltens von Heiligen. Die Bereitschaft zum Märtyrertod machte den Umgang mit Mönchen, die staatliches Recht ignorierten, schwierig, da die zur Verfügung stehenden Repressionsmittel versagten. Anhand einiger Gesetze aus dem Codex Theodosianus, Bestimmungen des Konzils von Chalkedon und Novellen Justinians zeigte er, welcher Mechanismen man sich bediente, um Mönche und Heilige trotzdem in das Rechtssystem einzufügen. Statt abschreckender Strafen wurde versucht, den entsprechenden Gruppen entgegenzukommen, für eine breite Unterstützung in den Gemeinden zu sorgen oder die Rolle des Mönchsvaters von staatlicher Seite zu übernehmen.

In seinen zusammenfassenden Ausführungen führte KAI TRAMPEDACH an, dass kirchliche und staatliche Würdenträger durch Konfrontation mit asketischen Heiligen stets Schaden nahmen. Er wies darauf hin, dass die Ressource der Heiligkeit im politischen Alltagsgeschäft sehr schnell aufgebraucht war. Das asketische Eremitenleben konnte nur einmal aufgegeben werden. Zudem bringe es die Natur ihrer Lebensweise mit sich, dass Asketen selten selbst politisch aktiv würden, sondern stattdessen häufiger instrumentalisiert worden seien. Kai Trampedach hob das Konzil von Chalkedon als Zäsur hervor, da zuvor versucht worden sei, die Macht von Heiligen einzuschränken,

indem man sie zu Priestern weihte, danach jedoch mit mehr Erfolg die Mönche wie Kleriker behandelt und der Disziplinargewalt der Bischöfe unterstellt worden seien. Steffen Diefenbach ergänzte, dass die Kirche nicht ausschließlich versucht habe, Heilige zu kontrollieren, sondern die Ressource der Heiligkeit auch aktiv genutzt worden sei. Sebastian Schmidt-Hofner wies auf den Wandel der heiligen Männer hin, die sich im Laufe der Entwicklung auch in die Strukturen einfügten und nicht dauerhaft ‚outlaws‘ geblieben seien.

Staat wie Imperium stellten in der Geschichte keine feststehenden politischen Organisationformen dar, sondern seien als institutionelle Reaktionsformen auf sich wandelnde gesellschaftliche und äußere Bedingungen zu verstehen – so die Quintessenz der von Sitta von Reden (Freiburg) geleiteten Sektion „State, Kingdom and Empire: Experiences in Premodern India and Europe“. Jene setzte sich zum Ziel, die wissenschaftliche Debatte um Formen staatlicher respektive imperialer Entwicklung in antiken Gesellschaften zu ergänzen. Dieser Diskurs wurde ferner in den Zusammenhang vergleichbarer Fragestellungen der indischen Geschichtsforschung gestellt, um die Kooperationsmöglichkeiten mit Indien als Partner des diesjährigen Historikertages zu demonstrieren. Dabei standen die Strukturen vormoderner Staaten und Imperien, sowie in Abgrenzung zu ihnen das staats-theoretische Konzept des Königreichs und die Frage nach dessen wissenschaftlicher Aktualität sowie den Quellen seiner Legitimation im Mittelpunkt. Es wurde auf europäischer wie indischer Seite der Glaube an althergebrachte, politisch-sozialgeschichtliche aber auch eurozentrische Konzepte in Frage gestellt.

PETER BANG (Kopenhagen) eröffnete die Vortragsreihe mit der Frage nach der Einordnung des römischen Imperiums in eine global-komparatistische Geschichte der Staatenformation. In aktuellen Diskursen wird die Periodisierung der Weltgeschichte in Antike – Mittelalter – Neuere Geschichte angefochten, deren verstärkt europäische Perspektive gerade im Vergleich zur unterschiedlichen Periodisierung der südasiatischen Geschichte sichtbar wird. Für ihn stelle das Konzept der durch das Streben nach weltweiter Hegemonie charakterisierten ‚universal empires‘ eine Möglichkeit für die Forschung der griechisch-römischen Antike dar, imperialistische Staaten in eine Weltgeschichte

einzuordnen. Dadurch fände Rom ihre globale Parallele in anderen großen Imperien Asiens mit Hauptstädten wie Shahjahanabad, Istanbul und Beijing.

HERMANN KULKE (Kiel) richtete anschließend den Blick auf Indien im ersten vor- wie nachchristlichen Jahrtausend. Nach einer kurzen Einführung in Prozesse der Staatenformation Südasiens – etwa anhand des Nanda-Reiches als erster transregionaler Staat Indiens – versuchte er das Maurya-Reich als Königreich oder Imperium zu definieren. Dabei erfolgte ebenfalls eine kritische Betrachtung der Periodisierungsversuche indischer Geschichte durch europäische wie indische Fachkollegen: Ein kurzer Verweis auf den historischen Zusammenhang von Europas und Asiens Zusammenstoß mit dem islamisch-arabischen Reich sollte neue Impulse für die Debatte geben. Als Epochenmarker wurde die kurze Herrschaft der Hunnen hervorgehoben, die nicht nur die klassische Stadtkultur Nordwestindiens eliminierte, sondern auch zur Migration zentralasiatischer Stämme führte, womit die klassische Ära Indiens endete und eine Neugestaltung frühmittelalterlicher Regionalkönigreiche einsetzte, welche in den nachfolgenden Beiträgen von Bhairabi Prasad Sahu und Kesavan Veluthat näher exemplifiziert wurden.

CHRISTOPH LUNDGREN (Dresden) präsentierte sein Konzept von ‚Staatlichkeit‘ als Werkzeug zur analytischen Kategorisierung vormoderner Staaten, das die teleologischen Definitionen Max Webers und Georg Jellineks von „Staat“ überwinden soll. Im Zentrum steht dabei die Frage nach den Entscheidungsträgern, der Legitimationsfähigkeit und der Organisation des Staates in verschiedenen politischen Feldern, wie etwa der Wirtschaft, öffentlicher Bestrafung oder Bestattungsriten und -gesetzen. Dadurch sei dem Historiker eine neutrale und präzise Kategorie geboten, die über die Kategorien der klassischen griechisch-römischen Antike hinaus die Analyse vormoderner Staatlichkeitsprozesse erlaube und somit einen geeigneten Ansatzpunkt für eine komparative Geschichte biete.

Ausgehend von Inschriften und archäologischen Befunden zeigte BHAIRABI PRASAD SAHU (Delhi) am Beispiel des frühmittelalterlichen Odisha die Entwicklung früher Königreiche zu transregionalen Staaten und die Dynamiken der Staatenbildung im vorderindischen Raum auf. Bereits ab der Mitte des achten Jahrhunderts umfassten

einzelne Staaten mehrere *mandalas*, d. h. Subregionen Indiens, deren Entwicklung von einer dezidierten Erweiterung von Verwaltungs- und Legitimationsstrukturen sowie einer agrarischen wie merkantilen Ökonomie geprägt war. Er machte deutlich, dass die Entstehung eines stabilen wie kohärenten transregionalen Staates, der temporär mit den vielfältigen wie diversen Lokalidentitäten verschmelzen konnte, auf der Entwicklung eines regional-spezifischen Kastensystems, einer regionalen Sprache und Schrift, deren Nutzung für die offizielle Kommunikation sowie einer regionaleigene Tempelarchitektur, die Elemente der verschiedenen Subregionen vereinte, basierte.

KESAVAN VELUTHAT (Delhi) näherte sich den Formations- und Transformationsprozessen indischer Staaten über zwei unterschiedliche, sozialpolitische Gesellschaftstypen: Stammesfürstentümern, die sich durch Subsistenzwirtschaft und das Fehlen nachweisbarer, institutioneller Strukturen auszeichneten, und durch einen nationalen wie transregionalen Gedanken verbundene Staaten, die sich von Königreichen zu Imperien entwickelten. Mit Quellen wie der mündlich überlieferten Dichtung, den Zeugnissen der Megalithkultur und jenen griechisch-römischer Kontakte auf der einen, sowie dem Schrifttum der Tempel und Gerichte, der sakralen Monumentalarchitektur und Inschriften auf der anderen Seite dokumentierte er anschaulich die Entwicklung der südindischen Staaten im zweiten nachchristlichen Jahrtausend. Insbesondere Agrartransformationen wurden – ganz im Sinne marxistischer Konzepte – als grundlegend für diese Staatsformationsprozesse angesehen.

Abschließend plädierte SITTA VON REDEN (Freiburg) für den Fall der ptolemäischen *basileia* vielmehr von „Königreich“ statt von „Staat“ oder „Imperium“ zu sprechen, basierend auf diversen Faktoren, in denen sich diese Kategorien unterscheiden. Dafür untersuchte sie unter anderem den Charakter der Machtbeziehungen und deren interkulturelle Verhandlung in der frühen Phase ptolemäischer Herrschaft, Strategien zur Legitimation von Gebietsansprüchen, Formen wirtschaftlicher Integration sowie Formen des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie und schließlich die Rolle von Glauben und Herrscherkult im Prozess der Einrichtung eines neuen Königreichs unter griechischer Herrschaft. Auf theoretischer Ebene zog sie dabei die Linie von Karl August Witt-

fogels neo-marxistischem Ansatz der hydraulischen Gesellschaft über die Zentralverwaltungswirtschaft von Claire Préaux und Michail Rostovtzeff hin zu aktuelleren Ansätzen, die wieder vermehrt Max Webers Modelle ins Zentrum stellen. Auch hier trat das Verständnis von Staatenbildung als individueller Prozess, das als Rahmenwerkzeug einen globalen Vergleich ermöglicht, deutlich hervor.

In den Vorträgen der von WERNER RIEß (Hamburg) geleiteten Sektion „Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen“ wurden die Forschungsansätze zu Wissenstransfer mit dem *spatial turn* verbunden, indem der Fokus auf die unterschiedlichen Diskursräume der Polis gelegt wurde.

Den Anfang machte HANS BECK (Montréal) mit der Betrachtung des öffentlichen Raumes, explizit der Straße. Dort sei der Diskurs nicht vorrangig von Bürgern geprägt worden, sondern auch von Nichtbürgern, Frauen, Fremden und Sklaven. Das Teilhaben an der Öffentlichkeit durch das Aufsuchen von Läden und Werkstätten nahe der Agora, ohne dort Geschäfte zu tätigen, sondern lediglich um zu ‚socializen‘, habe als normales Verhalten gegolten und gehörte wohl zur politischen und gesellschaftlichen Kultur. Auf diese Weise habe das Wissensnetzwerk der Politen weit über den Kreis der Bürgerschaft hinaus gereicht, was wiederum den politischen Prozess beeinflusst habe.

Anschließend betrachtete CHRISTIAN MANN (Mannheim) die Rolle von Gerüchten als eine spezifische Form von Wissen im politischen Diskurs. Die große Bedeutung, die Gerüchten in Athen zugebilligt wurde, war für die Demokratie problematisch. Die für den politischen Betrieb unverzichtbaren Demagogen konnten leicht beschuldigt werden und für Verurteilungen, wie die Ostrakisierung, waren Gerüchte ausreichend. Um dem entgegenzuwirken, mussten die Gefährdeten ihr „Standing“ verbessern, was vor allem durch den Aufbau von Vertrauen versucht worden sei. Habe ein Demagoge seine Loyalität ausreichend untermauern können, war er in größerem Maße sicher vor der schädlichen Wirkung von Gerüchten.

CLAUDIA TIERSCH (Berlin) konzentrierte sich auf die Beschreibungen der Demokratie bei den attischen Rednern. Die theoretische Unterfütterung der attischen Demokratie sei dürftig gewesen und die bekannten Theorien stammten allesamt von Skeptikern. Am Ende des

fünften Jahrhunderts sei die Demokratie noch in der Ausbildungsphase gewesen, doch bereits als institutionelle Ordnung wahrgenommen worden. In der ersten Hälfte des vierten Jahrhunderts sei ein Bekenntnis zur Demokratie erwartet worden, wenngleich Redner eine elitäre Ausprägung bevorzugten, während in der zweiten Hälfte der Begriff „Demokratie“ beinahe aus dem rhetorischen Diskurs verschwunden sei. Vermutlich war er in einem solch hohen Maße etabliert, dass er nicht mehr diskutiert werden konnte. Die einstmals verfemte Vokabel *demokratia* habe zu ihrer positiven Konnotation gefunden.

Der politische Verrat war Thema des Beitrages von DOROTHEA ROHDE (Bielefeld). Diese Anschuldigung sei hochgradig willkürlich gewesen, da die Deutung nicht an feste Merkmale gebunden war. Mit der Anklage gegen Aischines wegen „Gesandtschaftsverrates“ erläuterte sie einen exemplarischen Prozessverlauf. Der ihn verklagende Demosthenes musste Aischines den Mangel an patriotischer Gesinnung nachweisen, doch Eubulos, der ihm eine einwandfreie Gesinnung bescheinigte, sicherte den Freispruch. Handfeste Beweise hatten für die Entscheidung keine Rolle gespielt, stattdessen war der Leumund von großer Bedeutung. Somit entschied nicht das Wissen um Fakten, sondern vielmehr der Glaube, dass der Beklagte ein loyaler Bürger sei.

KATHARINA NEBELIN (Rostock) referierte über Selbstoptimierung durch Wissen im klassischen Athen. Dabei konstatierte sie zwei unterschiedliche Ausprägungen: eine „politische“ und eine „philosophische“, und stellte die Frage nach der Kompatibilität beider. Nach Betrachtung einiger Idealformen konzentrierte sich Nebelin auf die Bedeutung philosophischer Vortrefflichkeitsvorstellungen für die politische Kultur Athens. Die Philosophenschulen des vierten Jahrhunderts mit ihrer pluralistischen Mitgliederschaft charakterisierte sie als „free spaces“ innerhalb der Polis, in denen nicht auf demokratische Praktiken Rücksicht genommen werden musste.

In seinem abschließenden Kommentar wies MARTIN DREHER (Magdeburg) darauf hin, dass sich alle Beitragenden auf den politischen Bereich konzentriert hätten, obwohl kein sicherer Beleg existiere, dass dieses Themengebiet in den angesprochenen Diskursräumen überhaupt besprochen worden ist, wenngleich er es für wahrscheinlich halte. Anschließend ergänzte er mit Festen und dem Militärdienst noch zwei

weitere, formellere Diskursräume. Am Ende fasste er zusammen, dass Hauptgegenstand aller Beiträge der Versuch gewesen sei, zu ergründen, wie und wo der „Mann auf der Straße“ seine Meinungen mit Wissen fundierte.

Die letzte althistorische Sektion „Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike“ unter der Leitung von KATHARINA WOJCIECH (Freiburg) behandelte den Glauben an die mythische Vergangenheit sowie dessen Rezeption und Instrumentalisierung als Narrativ in späteren Diskursen. In ihrer Einführung wies sie auf die identitätsstiftende Funktion von Gründungsmythen und deren legitimierenden Charakter für bestehende oder erwünschte Zustände hin. In der gleichzeitigen Betrachtung unterschiedlicher Räume, Epochen und Kontexte wurde der vermeintliche Gegensatz von Glaube und Wissen für die Antike einer kritischen Prüfung unterzogen. Die einzelnen Beiträge verstanden sich hierbei jeweils als Exempel von „geglauter Geschichte“.

MARIA OSMERS (Würzburg) ging der Leitfrage nach, ob und inwieweit das Narrativ einer dorischen Provenienz des Herakles jemals in Hellas einen dominanten Status einnahm. Da eine Kanonisierung der Geschichte(n) des Herakles nie stattfand, ist eher von einer „Heimatlosigkeit“ desselben zu sprechen. Diese Ungebundenheit ermöglichte es allen Poleis, Anteil an seinem mythischen Erbe zu haben und ihn als gemeinsamen Bezugspunkt einzusetzen. So geschah dies beispielsweise bei der Münzprägung einer kleinasiatischen Symmachie aus dem beginnenden vierten Jahrhundert v. Chr. Widersprüchliche und unvereinbare Erzählungen stellten dabei keineswegs ein Hindernis für eine gemeinsame Identität dar.

In ihrem Vortrag diskutierte EVA HAGEN (Paris/Freiburg) den Wandel verschiedener Gründungsmythen in Rom und Latium in Bezug auf deren identitätsstiftende Wirkung. Wie im vorigen Beitrag standen auch hier unterschiedliche Erzählungen einander gegenüber, wie die Vortragende anhand verschiedentlich literarischer Belege von Hesiod bis Iustinus sowie Inschriften zeigte. Bei der Abstammung der Latiner setzte sich die Rückführung auf Aeneas in der Vulgata durch.

Den Übergang von mythischen Identitätsstiftern zu historisch greifbaren behandelte KATHARINA WOJCIECH in ihrem Beitrag. Dabei

ging sie der Frage nach, ob die alte, geglaubte Vergangenheit in einer Konkurrenzsituation mit zeitgenössischen *paradeigmata* stand und möglicherweise einer Art Rationalisierungsprozess unterlag. Hierzu untersuchte sie die Protagonisten historischer Erzählung in der attischen Rhetorik des vierten Jahrhunderts v. Chr. Die vorgestellten Gesetzgeber (Solon), Staatsmänner (Aristeides, Themistokles) und Strategen (Konon, Iphikrates, Timotheos, Chabrias) erhielten in der Rhetorik meist eine ganz bestimmte Rolle, welche von den tagespolitischen Bedürfnissen abhängig war. So sollten sie etwa nach innen als positives (Ehre) oder negatives (Strafe) Exempel dienen.

ANGELA GANTER (Erlangen) zeigte in ihrem Vortrag die Persistenz sowie die Aktualisierbarkeit geglaubter Geschichte anhand des römischen Lupercalienfestes auf. Während dieses archaisch-bäuerliche Ritual von der intellektuellen Elite (Cicero) als nicht mehr zeitgemäß empfunden wurde, fand in augusteischer Zeit eine Stilisierung als Hirtenidyll und Verankerung in der Gründungszeit Roms statt. Mittels rationaler Erklärungen wurde das Unzeitgemäße legitimiert und Emotionen kanalisiert, während die Kontinuität des Festes durch rituelles Handeln und die Anbindung an Erinnerungsorte sichergestellt wurde.

In seinem Kommentar ging UWE WALTER (Bielefeld) noch einmal auf die einzelnen Beiträge ein und eröffnete die Diskussion. Bei der lateinischen Identitäts(er)findung sei insbesondere nach den Kommunikationsräumen und den Akteuren zu fragen. In Bezug auf die lange Beibehaltung der Lupercalia scheine es fraglich, ob diese in späterer Zeit überhaupt noch als archaisch-präurbanes Erbe wahrgenommen wurden. Da der Rückgriff auf reale Personen in den attischen Reden eher in die Kategorie „Wissen“ als in die des „Glaubens“ falle, ließe sich danach fragen, ob man hier von einer Intensivierung der Historizität bzw. gar Steigerung eines Geschichtsbewusstseins ausgehen könne.

In der Zusammenschau der althistorischen Sektionen wurde die semantische Breite von „Glauben“ deutlich. Sie reichte vom Glauben an die Aussagen der antiken Autoren respektive der sie untersuchenden Wissenschaftler, über den religiösen Glauben und jenen an die Autorität von Asketen bzw. kirchlicher Würdenträger, bis hin zur Aushandlung von Wissen als Form geglaubter Fakten in der Polis Athen. Der Kernbedeutung des Glaubens als intrinsisches Merkmal der Religion waren

zwei volle Sektionen gewidmet worden, um dem tiefgehenden Bedeutungswandel vom „Fürwahrhalten“ der mythischen Vergangenheit zum „Überzeugtsein“ von der Existenz eines universellen Gottes und von ihm auserwählter Persönlichkeiten gerecht zu werden. Ferner kam auch der Analysekategorie „Raum“ eine hohe Bedeutung zu. Dabei reichte das Spektrum der Sektionen von der Mikroperspektive (Straße Athens) bis zur Globalperspektive (Empires).

Religionsgeschichte

von Katharina Stornig

Besprochene Sektionen:

„Dynamiken religiösen Wissens: Resilienzstrategien und Innovationspotenziale im Angesicht der Moderne“

„Globalgeschichte von Religionen – Perspektiven und Erkenntnismöglichkeiten“

„Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung“

„Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der europäischen Transfargeschichte“

Mit seinem Motto „Glaubensfragen“ inspirierte der 51. Deutsche Historikertag 2016 nicht nur eine ganze Reihe von religionsgeschichtlichen Sektionen, sondern auch breitere Diskussionen zum Wirken von Religion(en), religiösen Institutionen, Glaube(n) und Säkularität in diversen sozialen, kulturellen und politischen Zusammenhängen. In der Gesamtschau der Sektionen und Referate lassen sich vor allem drei Forschungsrichtungen feststellen, welche durchaus mit Trends in der internationalen religionsgeschichtlichen Forschung der letzten Jahre korrespondieren. Die Trends wurden zum Teil durch historiografische und theoretische Entwicklungen (wie z.B. der Konjunktur einer transnationalen Geschichtsschreibung, der Hinwendung zu Fragen von Grenzüberschreitungen und Prozessen der Globalisierung und der postkolonialen Theorie) inspiriert und initiierten jüngst in mehreren Richtungen einen ertragreichen Dialog zwischen der Religionsgeschichte und anderen Forschungsfeldern. Auf dem Historikertag wurden insbesondere drei Entwicklungen thematisiert: Erstens ist in diesem Zusammenhang die Hinterfragung von zentralen Kategorien der religionsgeschichtlichen Forschung zur Neueren Geschichte zu nennen, die sich seit der zunehmenden Kritik an der Säkularisierungsthese in den letzten Jahren entwickelte. Namentlich forderten viele Rednerinnen und Redner eine verstärkte Reflexion und systematische Historisierung religions-

geschichtlicher Analysebegriffe (wie z.B. Religion, Säkularisierung). Zweitens bewirkte die schrittweise Dekonstruktion der Vorstellung von einer umfassenden Säkularisierung moderner Gesellschaften auch ein neues Interesse an der Überlagerung und dem Ineinandergreifen von Religionsgeschichte und Wissensgeschichte. Zumindest lässt sich in diesem Zusammenhang zunehmendes Interesse an religiösen Akteurinnen und Akteuren, Konjunkturen und Räumen der Wissensproduktion und -verbreitung beobachten. Drittens kann in diesem Zusammenhang auf den Einfluss von transnationalen Forschungsperspektiven und globalgeschichtlichen Ansätzen und Fragestellungen auf die Religionsgeschichte verwiesen werden, welcher auf dem Historikertag ebenfalls deutlich zur Geltung kam.

Insbesondere die von Lisa Dittrich (München) geleitete Sektion „Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung“ thematisierte die Notwendigkeit, die zentralen Analysebegriffe der Religionsgeschichte verstärkt zu hinterfragen und zu historisieren. Wie bereits im Titel angedeutet, stellte die Sektion das Verhältnis von Religion und Säkularität ins Zentrum des Interesses und fragte mit Verweis auf die Vielfalt von religiösen Phänomenen, die trotz der voranschreitenden Säkularisierung im 19. und 20. Jahrhundert existierte, nach historisch spezifischen Konstellationen des Sakralen und des Profanen. Bereits in ihrer Einleitung betonte LISA DITTRICH die Notwendigkeit, sich von binären Vorstellungen vom Verhältnis von Religion und Säkularität zu verabschieden und stattdessen ein flexibleres analytisches Instrumentarium zu entwickeln, um dieses Verhältnis historisch adäquat zu beschreiben. Den Mehrwert einer solchen Herangehensweise zeigte sie in ihrem anschließenden Beitrag zum Thema „Europäischer Antiklerikalismus zwischen Säkularisierung und religiöser Suche“ sehr anschaulich. In vielen Teilen Europas hätten Antiklerikale im 19. Jahrhundert darum gekämpft, staatliche Sphären jenseits des Einflusses der Kirchen (und insbesondere der Katholischen Kirche) zu schaffen. Dabei sei es der großen Mehrheit von Antiklerikalen jedoch nicht um eine – wie auch immer geartete – einfache Ablehnung von Kirche und/oder Religion gegangen. Vielmehr hätten diese Gruppen, zu denen laut Dittrich neben Atheisten auch Spiritisten, Protestanten und liberale Katholiken zähl-

ten, auch das, was sie als richtige Religion (zum Beispiel als „wahren Katholizismus“) und ihren Platz in Staat und Gesellschaft verstanden, gesucht. Dittrich argumentierte u.a. mit Verweis auf die Sprache der Antiklerikalen, dass dieser – auf Säkularisierung abzielenden Bewegung – eine spezifische Form von Religiosität bzw. Praktiken der Sakralisierung inhärent waren. So sprachen die Antiklerikalen u.a. von der Heiligkeit des Wissens, heiligen Gütern oder Offenbarungen.

Die grundsätzliche Ambivalenz im Verhältnis von Säkularität und Religion unterstrich auch das zweite Referat dieser Sektion, in dem MARTIN BAUMEISTER (Rom) das Verhältnis der sogenannten politischen Religion in totalitären Regimen zu anderen Religionen untersuchte. Unter dem Titel „Sakralisierung der Politik und Politisierung der Religion in den europäischen Faschismen“ ging Baumeister insbesondere der Frage nach, inwieweit der Zusammenhang zwischen Säkularisierung und politischer Religion analytisch tragfähig ist. Dabei wies er zunächst auf die wichtige Erkenntnis hin, dass dieser Zusammenhang bereits von Zeitgenossen hergestellt wurde. So implizierte zum Beispiel die Rede von der politischen Religion von Beginn an im Kern die Idee, dass diese wesentliche Funktionen von traditioneller Religion, so wie z.B. den Absolutheitsanspruch und grundlegende Entscheidungen zwischen Gut und Böse, übernommen hätten. Andererseits hätte auch die in Teilen der katholischen Publizistik verwendete Bezeichnung des Nationalsozialismus als Neuheidentum zur Konzeptualisierung der sogenannten politischen Religionen in der Zwischenkriegszeit beigetragen. Baumeisters Referat stellte diesen einfachen Zusammenhang jedoch grundlegend in Frage: Indem er am Beispiel des faschistischen Italiens aufzeigte, dass dessen Verhältnis zur Katholischen Kirche ambivalent und vielstimmig war, argumentierte er, dass die religiösen Semantiken faschistischer Ideologien nicht auf den Bedeutungsverlust des Religiösen, sondern vielmehr auf dessen Pluralisierung und wachsende Kraft in der Herstellung von Weltdeutungen und Legitimationszusammenhängen hinweisen würden. In eine ähnliche Richtung argumentierte anschließend auch HELENA TÓTH (Bamberg), die sich in ihrem Referat zum Thema „Religion als Ritual“ am Beispiel von Namensweihen in der DDR und in Ungarn kritisch mit der Frage nach der analytischen Kategorie der Ersatzreligion auseinandersetzte.

Auch das vierte und letzte Referat in dieser Sektion von LUCIAN HÖLSCHER (Bochum) adressierte die Frage nach dem Verhältnis zwischen Religion und Säkularität mit chronologischem Schwerpunkt auf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unter dem Titel „Säkularität zwischen Inkarnationstheologie und Religionsverachtung – die deutschen Großkirchen in der Nachkriegszeit“ wies Hölscher zunächst darauf hin, dass der moderne Religionsbegriff bereits seit seinem Aufkommen um 1800 widersprüchlich angelegt war, weil dieser sowohl von Religionsvertretern als auch von Religionskritikern konstituiert worden sei. Ähnlich verhielt es sich mit dem Konzept der Säkularisierung, weshalb Hölscher eindringlich für größere analytische Schärfe in dessen Anwendung plädierte. Inwieweit die Kirchen der Nachkriegszeit als säkular bezeichnet werden könnten, würde folglich zu einer überaus komplexen und mehrschichtigen Frage. Diese müsse sowohl den (formellen) Rückgang von Mitgliederzahlen und Teilnahme berücksichtigen, als auch die Pluralisierung von religiösen Vorstellungen und dogmatischen Positionen sowie den wachsenden Einfluss einiger kirchlicher Gruppen und Amtsträger in den Blick nehmen. Die Frage nach der grundsätzlichen Möglichkeit einer analytischen Trennung der religiösen von der säkularen Welt griff schließlich auch SIEGFRIED WEICHLEIN (Fribourg) in seinem Kommentar auf, wobei die folgende Diskussion erneut auf die von Lisa Dittrich eingangs gestellte Forderung einer radikalen Kontextualisierung und Historisierung dieser Frage zurückkam.

Insgesamt betrachtet, konnte die Sektion überzeugend darlegen, dass binäre Vorstellungen von Religion und Säkularisierung analytisch nicht ausreichen, um die in den Referaten untersuchten Phänomene zu fassen. Die Sektion knüpfte damit an die jüngst vielzitierten und überaus einflussreichen Arbeiten von Sozialwissenschaftlern wie José Casanova und Talal Asad an¹, die für ein Verständnis von Säkularisierung plädieren, welches diese nicht mehr als notwendige Begleiterscheinung der Moderne oder gar automatischen Prozess im 19. und 20. Jahrhundert begreift. Stattdessen verstehen diese Autoren und Autorinnen Säkularisierung als einen kontinuierlichen Prozess der Aushandlung, welcher

¹Vgl. z.B. José Casanova, *Rethinking Secularization: A global comparative Perspective*, in: *The Hedgehog Review* (2006), S. 101–120; Talal Asad, *Formations of the Secular. Christianity, Islam, Modernity*, Stanford 2003.

nicht in dem schrittweisen Ausschluss des Religiösen, sondern vielmehr mit Blick auf den Fortbestand des Religiösen und seiner Kompatibilität mit dem Säkularen untersucht werden soll. Dem implizit ist ein neues Interesse der Forschung, welche sich nun nicht mehr primär für grundlegende Spannungen zwischen Religion und modernen Gesellschaften interessiert, sondern vielmehr den Fortbestand von Religion und die Transformation des Religiösen unter Vorzeichen der voranschreitenden Säkularisierung in den Blick nimmt.

Die Inspiration durch die jüngere Kritik am Säkularisierungsparadigma war auf dem Historikertag 2016 auch in einigen anderen Sektionen deutlich feststellbar. So setzte sich zum Beispiel die von Simone Lässig (Washington), Hedwig Röckelein (Göttingen) und Kerstin von der Krone (Washington) geleitete Sektion „Dynamiken religiösen Wissens: Resilienzstrategien und Innovationspotenziale im Angesicht der Moderne“ mit der Bedeutung von religiösem Wissen als eine wesentliche Ressource in Zeiten gesellschaftlicher Veränderung und Herausforderungen im 19. und 20. Jahrhundert auseinander. Im Rückgriff auf das Konzept der Resilienz wurde hier untersucht, in welchen historischen Kontexten diverse Akteurinnen und Akteure (traditionelle) religiöse Wissensbestände aufgriffen, um angesichts großer Veränderungen Gemeinschaft zu stiften, Kollektive zusammenzuhalten und gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern. Dabei war es insbesondere der breite wissenschaftliche Zugang der Sektion, der spannende Fragen aufbrachte und Zusammenhänge herstellte: So thematisierte bereits die Einführung von SIMONE LÄSSIG eine Reihe von zentralen Fragen nach der Produktion, Herkunft, Verbreitung, Trägerschaft etc. von Wissen (auch jenseits von einem engen Fokus auf Wissenschaft einerseits sowie der Spannung zwischen Glauben und Wissen andererseits). Religiöses Wissen, so die Ausgangsthese der Sektion, war in bestimmten historischen Kontexten des 19. und 20. Jahrhunderts sozial relevant und konnte folglich als Katalysator für gesellschaftliche und kulturelle Innovationen wirken. Diese Kenntnis wiederum macht die Forderung nach einer Neubewertung des Religiösen auch für die Wissens- und Bildungsgeschichte virulent. Die Referate zeigten das große Potential dieser Forschungsrichtung, indem sie religiöse Akteurinnen und Akteure, Wissensbestände, Semantiken, Praktiken und Räume der Wis-

sensproduktion in den Blick nahmen und die (gewollte und ungewollte) dynamische Bedeutung des Religiösen für die bislang meist als säkular definierten Wissensordnungen moderner Gesellschaften aufzeigten.

Die einzelnen Referate taten dies aus der unterschiedlichen Perspektive verschiedener religiöser Gruppen und historischer Kontexte des 19. und 20. Jahrhunderts. KERSTIN VON DER KRONE eröffnete mit einem Referat über „Alte und neue Wissensordnungen in der deutsch-jüdischen Geschichte“. Sie untersuchte mit Blick auf Kontinuitäten und fundamentalen Wandel in der jüdische Erziehung und Bildung, wie sich Wissensordnungen im deutschen Judentum des 19. Jahrhunderts pluralisierten und zugleich zum Fundament einer neuen jüdischen Erziehung wurden, deren Herausbildung als wesentliche Antwort auf breite sozio-kulturelle Veränderungen gesehen werden müsse. Auch das anschließende Referat von ANTHONY STEINHOFF (Montreal) betonte die zentrale Bedeutung von religiösen Einrichtungen für die Produktion und Verbreitung von Wissen im Allgemeinen und religiösem (oder konfessionellem) Wissen im Besonderen. Unter dem Titel „Religiöses Wissen im Grenzland: Religionsunterricht und akademische Theologie in Elsaß-Lothringen, 1870-1914“ zeigte Steinhoff am Beispiel seiner Fallstudie, dass die deutsche Bildungspolitik auch nach 1871 nicht darauf abzielte, jegliches religiöses Wissen aus der Schule zu verbannen. Vielmehr seien die bildungspolitischen Debatten und Auseinandersetzungen darum gekreist, was für ein religiöses Wissen und welche religiösen Inhalte den künftigen Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden sollten. Die grundsätzliche gesellschaftliche Bedeutung religiösen Wissens wurde laut Berghoff in Elsass-Lothringen nicht infrage gestellt. Anders formuliert, es stand nicht die Legitimität von religiösem Wissen als solchem, sondern vielmehr die Frage nach der Kontrolle von schulisch vermittelten Wissensbeständen und -ordnungen im Zentrum der politischen Debatten.

Die Frage nach der Autorität über (religiöse) Wissensordnungen bildete auch einen wichtigen Aspekt im Referat von JANA TSCHURENEV (Göttingen), welches sich mit dem Thema „Religion und Sozialreform im kolonialen Indien: Anti-Kasten-Bewegung, Feminismus und die Kritik des ‚Hinduismus‘“ beschäftigte. Tschurenev stellte mit Savitribai Phule und Pandita Ramabai zwei prominente indische Refor-

merinnen und Aktivistinnen für die Frauenbildung ins Zentrum ihrer Analyse. Dabei argumentierte sie, dass theologische und soziale Reformbewegungen im kolonialen Indien Mitte des 19. Jahrhunderts sehr eng ineinanderwirkten. Vor dem Hintergrund der Neukonstitution des Hinduismus nach Vorbild des evangelischen Christentums hätte sich in Indien eine Anti-Kasten-Bewegung formiert, welche in ihrem Kampf gegen die von Brahmanen etablierte soziale Ordnung auch auf religiöse Wissensbestände zurückgriff und alte brahmanische Dokumente neu interpretierte, um sowohl Frauen als auch Angehörigen niederer Kasten Zugang zu Bildung zu verschaffen. Ebenfalls in einem kolonialen Kontext angesiedelt war der Beitrag von ESTHER MÖLLER (Mainz), welcher die vielfältigen (jüdischen, katholischen oder säkularen) französischen Bildungseinrichtungen im Libanon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Blick nahm. Unter dem Titel „Transnationale Dimensionen religiösen und kulturellen Wissens im spätkolonialen Nahen Osten“ konnte Möller zeigen, wie religiöse Wissensbestände und Bildungseinrichtungen im Libanon zu unterschiedlichen Zeitpunkten und vor dem Hintergrund bestimmter sozialer und politischer Konstellationen während der Mandatszeit für diverse Gruppen an Bedeutung gewinnen oder aber auch verlieren konnten.

Während die Sektion den Zusammenhang von Wissensordnungen und Religion insgesamt als ein überaus spannendes und dynamisches Forschungsfeld präsentierte, kontextualisierte der abschließende Kommentar von HEDWIG RÖCKELEIN die einzelnen Referate vor dem Hintergrund intellektueller und politischer Auseinandersetzungen mit Religion in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit kritisierte auch Röckelein lineare Vorstellungen und Narrative von Modernisierung, welche einen parallelen Bedeutungsverlust von Religion voraussetzen. Stattdessen schloss sie mit der Frage, inwieweit das aktuell vielzitierte Konzept der ‚Resilienz‘ als heuristisches Instrument dienen kann, um eine dynamischere Erzählung von den intendierten und nichtintendierten Bedeutungen von religiösen Wissensbeständen und Inhalten für moderne Wissensordnungen zu entwickeln. In der anschließenden Diskussion kamen schließlich die wichtigen und grundlegenden Fragen nach der – der Sektion zugrunde liegenden – Definition von religiösem Wissen sowie dessen implizitem Verhältnis

zu Fragen von Glauben, Sakralität und Dogmatik auf.

Insgesamt kann für die hier besprochenen religionsgeschichtlichen Sektionen festgestellt werden, dass sich der breite Zugang zu Fragen von Glauben und Religion als ertragreich erwies, weil dieser ermöglicht, das Ineinandergreifen von Religion und Wissen bzw. Religion und Gesellschaft im Allgemeinen auch jenseits von engeren (theologischen) Glaubensfragen zu untersuchen. Wie vielfache jüngere Studien gezeigt haben, erlaubt gerade so ein Zugang einen spannenden Dialog zwischen der Religionsgeschichte und anderen geschichtswissenschaftlichen Forschungsfeldern und -perspektiven.

So rückten in den letzten Jahren gerade religiöse Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen verstärkt in das Interesse von allgemein- und insbesondere kulturhistorisch orientierten Studien.² Inspiriert durch globalgeschichtliche Ansätze und transnationale Forschungsperspektiven erhielten insbesondere christliche Missionarinnen und Missionare neue Aufmerksamkeit. Des Weiteren schenkten Historikerinnen und Historiker christlichen Missionsinstitutionen und ihren weltweiten Netzwerken in- und außerhalb kolonialer Imperien großes Interesse. Diese Studien nehmen die Existenz von weitgehend religiösen bzw. kirchlichen Infrastrukturen, Akteurinnen und Akteuren sowie Austauschbeziehungen zum Ausgangspunkt, um die grenzüberschreitende Zirkulation von Gütern, Ideen und Personen zu untersuchen. Auf dem Historikertag war es insbesondere die von Felix Brahm (London) und Bettina Brockmeyer (Bielefeld) geleitete Sektion, in welcher die Frage nach der Rolle von Objekten im afrikanisch-europäischen Kontakt sowie die vielfachen (religiösen und profanen) Bedeutungszuschreibungen an diese Objekte in Afrika und Europa diskutiert wurde.

Unter dem Titel „Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der afrikanisch-europäischen Transfergeschichte“ knüpfte die Sektion einerseits an die oben skizzierte religionsgeschichtlich inspirierte Wissensgeschichte an, während sie andererseits in besonderer Weise die transnationalen Aktivitäten von

²Vgl. z.B. Rebekka Habermas / Richard Hölzl (Hrsg.), *Mission Global. Eine Verflechtungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert*, Köln 2014; Siegfried Weichle / Linda Ratschiller (Hrsg.), *Der schwarze Körper als Missionsgebiet. Medizin, Ethnologie, Theologie in Afrika und Europa 1880–1960*, Köln 2016.

(religiösen) Akteurinnen und Akteuren ins Zentrum der Betrachtung stellte. So waren es laut dem Referat von FELIX BRAHM zum Thema „Die Waffen der Missionare. Zur Bedeutung von Feuerwaffen und ihrem Transfer in der kulturellen Kontaktzone Ostafrikas (1850er-1890er Jahre)“ u.a. evangelische Missionare, welche Handfeuerwaffen aus Europa in das vorkoloniale Buganda (Uganda) gebracht hätten, wo sie diese als beliebte Transfergüter zunächst zum Aufbau von Vertrauen, zur Erzeugung von Wohlwollen seitens lokaler Herrscher und zur Festigung sozialer Beziehungen verwendet hätten. Auch die anschließenden Vorträge präsentierten bestimmte transnationale Objektgeschichten im Spannungsfeld von Praktiken des Glaubens und des Wissens. BETTINA BROCKMEYER untersuchte Bedeutungszuschreibungen, welche sich im (post)kolonialen Deutschland anhand von bestimmten menschlichen Überresten aus dem kolonialen Afrika entwickelten. Unter dem Titel „Europäischer Aberglaube oder Kulturtransfer? Afrikanische menschliche Überreste aus der deutschen Kolonialzeit im Wandel der Bedeutungen“ analysierte sie die diversen magischen Dimensionen, welche sich um den Schädel von Chief Mkwawa aus Uhehe (Tansania), der sich 1898 selbst getötet hatte, um der Gefangennahme durch deutsche Truppen zu entgehen, in Ostafrika und Deutschland im Laufe der Zeit gebildet hatten.

Das Referat von KRISTIN WEBER (Leipzig) zum Thema „Vom Glauben an die wissenschaftliche Objektivität. Museale Kultur und Praxis im kolonialen/postkolonialen Ostafrika“ stellte hingegen den Glauben des Wissenschaftler bzw. der Wissenschaftlerin ins Zentrum der Betrachtung. Am Beispiel der Bestände aus Deutsch-Ostafrika im Königlichen Museums für Völkerkunde in Berlin thematisierte sie, wie der feste Glaube deutscher Ethnologen an eine objektive und objektzentrierte Wissensproduktion nicht nur deutsche Ethnologen in Berlin beflügelte, sondern auch der Sammeltätigkeit von Missionaren, Kolonialbeamten und Militärs neue Bedeutung verliehen habe. Die politischen Dimensionen dieser Sammeltätigkeit in kolonialen Kontexten diskutierte im Anschluss das Referat von REBEKKA HABERMAS (Göttingen). Unter dem fragenden Titel „Wie die Benin Bronzeköpfe nach Berlin kamen. Kunst und Ethnographicahandel um 1900“ plädierte Habermas für eine konsequente Analyse der politischen Dimensionen dieser objektzen-

trierten Wissensgeschichten.

In der Gesamtschau machten die beiden zuletzt besprochenen Sektionen überaus deutlich, dass religiöse Akteurinnen und Akteure mittlerweile von der Wissensgeschichte durchaus wahr- und ernst genommen werden. Zudem verwiesen sie auf eine Reihe von spannenden Fragestellungen, welche sich insbesondere durch die Berücksichtigung von transnationalen und globalgeschichtlichen Forschungsansätzen für die Religionsgeschichte ergeben.

Während es in der Vergangenheit nur wenig Dialog und Austausch zwischen der Religionsgeschichte und der Globalgeschichte gegeben hat, war das Verhältnis beider Forschungsfelder auf dem Historikertag durch eine von Olaf Blaschke (Münster) geleitete und konzeptionell angelegte Sektion vertreten. Im Zentrum der Sektion „Globalgeschichte von Religionen – Perspektiven und Erkenntnischancen“ standen das positive Ausloten von Chancen und potentiellen Bereicherungen durch einen verstärkten Dialog zwischen Religions- und Globalgeschichte. Bereits einleitend diagnostizierte OLAF BLASCHKE in diesem Zusammenhang ein gewissermaßen doppeltes Forschungsdesiderat: Zum einen hätten sich die Religions- und Kirchengeschichte bislang nicht oder nur sehr wenig von global- und verflechtungsgeschichtlichen Ansätzen inspirieren lassen. Zum anderen suchte er mit dem Verweis auf das Primat des Ökonomischen zu erklären, warum Globalhistorikerinnen und -historiker bislang nur sehr geringes Interesse für religionsgeschichtliche Fragen und Themenstellungen aufbracht hätten. Ziel der Sektion war es, hier eine Änderungen zu bewirken und die beiden Forschungsfelder miteinander ins Gespräch zu bringen. Für die Globalgeschichte wurde dies von MARGIT PERNAU (Berlin) exerziert. Ihr Beitrag zum Thema „Religion in der Globalgeschichtsschreibung: Die Emotionen der kolonialen Moderne in Indien“ argumentierte, dass globale Narrative den Faktor Religion nach wie vor kaum berücksichtigten, obwohl die wachsende öffentliche Bedeutung des Religiösen und des Emotionalen für viele Gesellschaften des 19. Jahrhunderts weithin bekannt sei. Eine so konzipierte Globalgeschichte, so Pernau, liefe Gefahr eurozentrische Positionen zu vertiefen und weiter zu verfestigen, indem sie nach wie vor in Vorstellungen und Theoremen von Wandel und Entwicklung (z.B. mit Blick auf Rationalisierung und Säkularisierung) verhaftet bleibe,

deren Wurzeln im 19. Jahrhundert lägen. Schließlich plädierte auch das Referat des Religionswissenschaftler VOLKHARD KRECH (Bochum) für eine grundsätzliche Berücksichtigung globalgeschichtlicher Ansätze in religions- und kirchengeschichtlichen Fragen, denn nur eine so orientierte Disziplin würde das Schreiben einer integrativen Religionsgeschichte ermöglichen. Der abschließende Kommentar von REBEKKA HABERMAS rückte erneut die Frage nach dem Verhältnis des Religiösen und des Säkularen und die gegenseitige Konstituierung beider Begrifflichkeiten und Zuschreibungen ins Zentrum der Diskussion. Indem sie einerseits darauf verwies, dass Religion historisch zu keiner Zeit ein nationales Phänomen darstellte, kritisierte sie andererseits auch die Globalgeschichte, welche das Säkulare und seine historische Existenz gewissermaßen unausgesprochen voraussetzen würde. Damit schloss die die Sektion mit der Diskussion eines Themas und der Forderung nach der Historisierung von zentralen Analysebegriffen, welche aktuell zahlreiche Religionshistorikerinnen und Historiker auch jenseits des Historikertags intensiv beschäftigt.

Indische Geschichte

von Sebastian Schwecke

Besprochene Sektionen:

Minorities – Majorities – Mythologies

How to write a transnational history?

State, Kingdom, and Empire

Geteiltes Indien und geteiltes Deutschland

Towards a Better Life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges

Der Historikertag 2016 in Hamburg zeichnete sich besonders durch die erstmalige Einbeziehung eines nicht-westlichen Partnerlands aus. Dass die Wahl dabei auf Indien als Partnerland fiel, demonstriert die gestiegene Anerkennung des südasiatischen Subkontinents in der deutschen Forschungslandschaft, gerade auch angesichts des gegenwärtigen Ausbaus deutsch-indischer Forschungskooperationen im Bereich der Geschichtswissenschaft. Zum derzeitigen Zeitpunkt lässt sich diese Entwicklung noch vermehrt auf die wachsende Förderung regionalwissenschaftlicher Disziplinen zurückführen, in denen die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit nicht-westlichen Gesellschaften einen bedeutenden Platz einnimmt. Die Auswahl Indiens als Partnerland des Historikertags 2016 verdeutlicht jedoch das erhebliche Potenzial, das der stärkeren Erforschung transnationaler und regionsspezifischer historischer Forschungsfelder zugemessen werden kann, die bisher häufig als Teil „außereuropäischer Geschichte“ vergleichsweise vernachlässigt wurden. Insbesondere ist hier der klare Versuch zur Einbettung indienspezifischer Vorträge in transnationale, globalgeschichtliche oder themenspezifische Panels und damit zur Überwindung der immer noch bestehenden disziplinären Segregation in „allgemeine“ und „regionalspezifische“ Geschichte hervorzuheben.

In weiten Teilen des wissenschaftlichen Diskurses wird die indische Gesellschaft weiterhin besonders mit der Untersuchung religiöser Aspekte in Verbindung gebracht. Insofern mag die Auswahl des Part-

nerlands Indien im Rahmen eines Historikertags, der sich thematisch auf „Glaubensfragen“ konzentrierte, als Fortführung eines Diskurses angesehen werden, der die indische Gesellschaft als exotische, religiös motivierte „irrationale“ Kehrseite westlicher „Modernität“ darstellt. Gleichzeitig lässt sich anhand der Vielzahl indienbezogener Vorträge, in denen „Glauben“ nicht primär religiös definiert wurde oder die außerhalb des übergeordneten Themenschwerpunkts verortet waren, eine anhaltende Fortentwicklung indienbezogener Geschichtswissenschaft in Deutschland konstatieren.

Die indienbezogene Geschichtswissenschaft und besonders Geschichtsschreibung in Indien selbst befindet sich bereits seit längerer Zeit in einem Zustand hoher Politisierung. Der Konflikt zwischen einer Geschichtsschreibung als Wissenschaft und einer Geschichtsschreibung als Teil der Imagination gemeinschaftlicher Identifikationsprozesse sowohl nationalistischer als auch kommunalistischer Art hat sich in Folge von Politiken der amtierenden rechtsgerichteten Regierung Indiens erheblich zugespitzt und zur Lagerbildung innerhalb der Geschichtswissenschaft in Indien beigetragen. Diese spiegelt sich auch in der Zusammensetzung relevanter wissenschaftlicher Verbände wider.

In seinem öffentlichen Vortrag verortete RAVI AHUJA (Göttingen) diese Tendenz zur konfrontativen Abkehr von Geschichtsschreibung als Wissenschaft und der Hinwendung der Geschichtsschreibung in Indien zur Hilfestellung in ausgrenzenden, intoleranten und gewaltbereiten politischen Projekten in der Entwicklung verschiedener Strömungen des Autoritarismus, die in der Geschichte des Dekolonialisierungsprozesses verborgen seien. Zwischen den verschiedenen Ausformungen autoritärer Ideen unterscheidend, stellte Ahuja dabei die Frage, inwieweit Indien es vollbracht habe, aus dem Schatten seiner autoritären kolonialen Vergangenheit hervorzutreten. Dabei wies er eindringlich darauf hin, dass es eine wesentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft sei, dem Ruf „weniger Demokratie zu wagen“ durch die Analyse autoritärer Strukturen entgegenzutreten. Erforderlich hierzu sei allerdings auch ein Perspektivwechsel der neuzeitlichen indienbezogenen Geschichtsschreibung, einhergehend mit einer Betonung der Mitte des 20. Jahrhunderts, in dem diese Periode nicht als Ende, sondern als Beginn eines Demokratisierungsprozesses betrachtet werde.

Ahuja wies dabei darauf hin, dass die Ausprägungen autoritärer Strukturen und ihrer Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft sicherlich indienspezifisch seien. Angesichts teils ähnlicher Entwicklungen in anderen Teilen der Welt stellten sich Fragen des Einflusses autoritärer Strömungen auf die Praxis der Geschichtswissenschaft allerdings auch über den indischen Kontext hinaus. Das Panel „Minorities – Majorities – Mythologies“ beschäftigte sich eindringlich mit dieser Fragestellung der Gefährdung der Geschichtswissenschaft durch die Konstruktion von kritischer Hinterfragung bereinigter „Leitkulturen“. Eingebettet in den globalen Rahmen der Beschäftigung mit der Vermittlung von Geschichtswissen, darunter Vorträgen von DENISE BENTROVATO (Braunschweig) zur Konstruktion „nationalistischer“ Geschichte in Ruanda und von DANIEL LINDMARK (Umea) zur Vermittlung der Geschichte ethnischer Minderheiten in Schweden, analysierte NEELADHRI BHATTACHARYA (Delhi) Konfrontationsmuster seitens politischer Verbände und Bewegungen, die als Hüter gemeinschaftlicher Identifikationsprozesse gegenüber der Geschichtswissenschaft auftraten. Die hieraus entstehenden Konflikte entstünden häufig als Forderungen nach „angemessener“ Repräsentation, bevor dominierende Schichten innerhalb der Gemeinschaft in Erscheinung träten, die Forderungen nach einer bereinigten Geschichtsschreibung stellten, deren Ergebnisse die etablierten Autoritätsstrukturen innerhalb der Gemeinschaft nicht in Frage stellten. Bhattacharya stellte in seiner Analyse kastengemeinschaftliche Bewegungen in den Vordergrund, verdeutlichte dabei allerdings auch die Verschärfung der Konfrontation zwischen Politik und Geschichtswissenschaft in Indien nicht nur in dieser Hinsicht, sondern auch seitens der in ähnlicher Form funktionierenden Versuche der „Hinduisierung“ der indischen Nation.

Kennzeichnend für die Beiträge zur Geschichte Indiens des Historikertags 2016 war neben der aus dem gegenwärtigen politischen Kontext resultierenden vermehrten Wahrnehmung der politischen Einbettung der Geschichtsschreibung der deutliche Versuch zur Überwindung einer disziplinären Teilung in einen regionalwissenschaftlichen „indischen“ und einen „allgemein-historischen“ Bereich. Die außereuropäische Geschichte wurde weithin nicht als Zusatz, sondern als integraler Bestandteil der Geschichtswissenschaft behandelt. Dieser aus

dem Bedeutungsgewinn der transnationalen und globalgeschichtlichen Geschichte herzuleitende Ansatz wurde auch in der Beschäftigung mit ausschließlich regionalspezifischen Forschungsinhalten vielmals verdeutlicht. HERMANN KULKE (Kiel) bediente sich in dieser Hinsicht Liebermans Idee der „strange parallels“, um auf Gemeinsamkeiten in historischen Entwicklungen in unterschiedlichen Weltregionen hinzuweisen und diese als Möglichkeit der Verbindung europäischer und außereuropäischer Geschichte zu nutzen.

Das Panel „How to write a transnational history?“ beschäftigte sich nicht nur mit der Notwendigkeit der Betrachtung der europäischen und indischen Geschichte als transnational, „entangled“ oder „connected“, sondern vor allem auch als Geschichte, die trotz aller Verbindungen und Unterschiede häufig auch unabhängig oder nur geringfügig voneinander abhängig zu ähnlichen Entwicklungen führte. Damit zeigte das Panel auch Möglichkeiten der Überbrückung der subdisziplinären Grenzen zwischen Geschichte und historischen Südasiawissenschaften auf, die über die Betrachtung von Verbindungen hinausgehen und die Problematik des Fokus auf die Nation im Transnationalen vermieden, auf die ebenfalls Kulke hinwies. RAVINDRAN GOPINATH (Delhi) bedauerte die Tendenz der indischen Geschichtswissenschaft zur Interpretation von „connected history“ als Geschichte kolonialer Verbindungen, die zur Missachtung anderer Formen von Verbindungen, insbesondere in der Geschichte des Kapitals führe. ANDREAS GESTRICH (London) wies auf neuere Versuche zur Reinterpretation transnationaler Geschichte als Sozialgeschichte hin, aber auch darauf, dass europäische Geschichte ohnehin immer verwoben sei und so verstanden wurde. Die eigentliche Aufgabe transnationaler Geschichte sei die Erklärung, nicht nur die Darstellung von Prozessen und Mustern, die sich aus der Vielzahl historischer Ereignisse herauskristallisierten. In dieser Hinsicht argumentierte auch LUTZ RAPHAEL (Trier), dass indische Geschichte auch gerade angesichts der Größe des untersuchten Raumes immer „transnational“ sei, so wie auch jede Geschichte Europas, die einen Raum entsprechender Größe betrachte. Anstelle einer Betrachtung von Grenzen (und ihrer Überquerung) benötige es einer Konzentration auf Problematiken. Der Begriff „Transnationalität“ mache wenig Sinn in der Untersuchung globalhistorischer Verwicklungen, da eine Welt der

Nationalstaaten sich erst in den 1960er-Jahren herausbildete.

Diese Betrachtungsweise von „Transnationalität“ als Verflechtungsgeschichte von Regionen unterlag auch verschiedenen Ansätzen der Analyse vormoderner und kolonialer indischer Geschichte. So stellte WOLFGANG GEIGER (Frankfurt am Main) im Panel „Indien und wir“ den Verlauf der Verflechtungsgeschichte zwischen Indien und Europa dar und wies dabei (aus europäischer Perspektive) auf die Bedeutung der Symbolik des „Ostens“ und spezifisch Indiens als Fixpunkt europäischen Selbstverständnisses sowie die interkulturellen Verbindungen zwischen beiden Regionen in der Frühmoderne hin. In der Folge betrachtete GITA DHARAMPAL-FRICK (Heidelberg) diese Verflechtungen in der kolonialen Periode, insbesondere im Rahmen der indischen Unabhängigkeitsbewegung und gandhischen Gedankenguts, während RAFAEL KLÖBER (Heidelberg) die Wandlung der Symbolik Indiens für die westliche Welt in der postkolonialen Periode als Sinnbildung von Esoterik und (religiösem) Fanatismus untersuchte.

Das Panel „State, Kingdom, and Empire“ mit Fokus auf antike und mittelalterliche Geschichte in verschiedenen Weltregionen wurde in seiner Selbstdarstellung als Kollaboration bezeichnet, dessen Zweck die Zusammenführung asiatischer und europäischer Geschichte durch die Betrachtung von Parallelen und Unterschieden historischer Entwicklungen in beiden Kontinenten sei. Die Geschichte der Entstehung imperialer Herrschaftsformen und ihre Abgrenzung gegenüber nicht-imperialen Formen von Staatlichkeit stand im Vordergrund und wurde anhand von Beispielen und Entwicklungsmustern aus dem antiken Rom (PETER BANG, Kopenhagen), des antiken Nordindiens (Hermann Kulke), Orissas (BHAIRABI PRASAD SAHU, Delhi), Südindiens (KESAVAN VELUTHAT, Delhi) und des hellenistischen Ägyptens (SITTA VON REDEN, Freiburg) dargestellt und durch eine verstärkt theoretische Betrachtung von frühmoderner indischer Staatlichkeit durch CHRISTOPH LUNDGREN (Dresden) abgerundet. In diesem Versuch des Zusammenbringens verschiedener regionaler Narrative wurde allerdings auch deutlich, dass die Behandlung „transnationaler“ Geschichte über die Betrachtung von Mustern historischer Entwicklung häufig im Widerspruch zum Versuch der Darstellung historischer Komplexität steht, die in mehreren indienbezogenen Vorträgen des Panels die Identifizierung

von Entwicklungsmustern überlagerte.

Während Staatlichkeit eine der Thematiken bildete, in denen Verflechtungsgeschichte sich abseits direkter „transnationaler“ Kontakte untersucht wurde, kehrte das Panel „Globalgeschichte von Religionen“ mit einem ähnlichen Ansatz zur Thematik der Glaubensfragen zurück. Nach einer methodologisch orientierten Einführung von OLAF BLASCHKE (Münster) über die „Glaubensfrage Globalgeschichte“ zog MARGRIT PERNAU (Berlin) Verbindungen zwischen der Religion als Thema kolonialer Geschichtsschreibung und der Geschichte von Emotionen in Indien, bevor VOLKHARD KRECH (Bochum) auf die globalgeschichtliche Betrachtung von Religionsgeschichte einging. In ihrem abschließenden Kommentar wies REBEKKA HABERMAS (Göttingen) darauf hin, dass Verflechtung nicht notwendigerweise zur Homogenisierung, sondern insbesondere auch zur Schärfung religiöser Identitäten führe und die Verflechtungsgeschichte aus diesem Grunde Probleme in der Betrachtung von Religion habe, solange der Begriff des Säkularen in dieser unklar bleibe.

Gegenüber den oben diskutierten Ansätzen kehrten die beiden letzten hier berücksichtigten Panels zur Betrachtung von „transnationaler“ Geschichte als Verflechtungsgeschichte im Sinne eines direkten Kontakts zwischen den Regionen zurück. Das Panel „Geteiltes Indien und geteiltes Deutschland“ wurde in der Selbstdarstellung durch MICHAEL MANN (Berlin) als direkte Folge des Langfristvorhabens „Das moderne Indien in deutschen Archiven“ beschrieben. Mann wies auf die Problematik hin, dass moderne indische Geschichte häufig aus der Perspektive eines einzigen Archivs, dem Archiv der britischen Kolonialherrschaft, geschrieben werde und die Heranziehung von Quellen aus anderen Archiven häufig zu anderen Ergebnissen in der Deutung indischer Geschichte führe. In dieser Hinsicht beschäftigte sich ALEXANDER BENATAR (Berlin) mit einer Verflechtungsgeschichte am Beispiel Herbert Fischers, des ersten Botschafters der DDR in Indien. STEFAN TETZLAFF (Paris) betrachtete die Geschichte westdeutscher Kooperationen mit indischen Unternehmen anhand der Kollaboration zwischen TELCO und Daimler-Benz von 1954 bis 1969, darunter insbesondere auch das Zusammenspiel lokaler und nationaler politischer und geschäftlicher Interessen, die zunächst zur Entwicklung, später

aber auch zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen führten. ANAN-DITA BAJPAI (Berlin) untersuchte die kulturpolitischen Beziehungen zwischen der DDR und Indien, während GAUTAM CHAKRABARTI (Berlin) die Konstruktion von Ost-West-Dichotomien anhand des Beispiels des geteilten Deutschlands in bengalischer Literatur analysierte. Abschließend betrachtete RAZAK KHAN (Göttingen) die Entwicklung der Konstruktionen nationaler Identität und der Identitäten religiöser Minderheiten in der indischen Diaspora in Deutschland im Angesicht der deutsch-deutschen Teilung.

Das letzte hier besprochene Panel des Historikertags 2016 („Towards a Better Life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges“) stand ganz im Zeichen der Betrachtung „imperialer Außenseiter“ (von Brescius), ein bisher weitgehend vernachlässigtes Feld kolonialer Verflechtungsgeschichte, das allerdings besonders geeignet zur analytischen Überwindung des Nationalen in der Identifizierung „transnationaler“ Verflechtung ist. MORITZ VON BRESCIUS (Konstanz) zeigte mit seinem Vortrag über die Geschichte der Gebrüder Schlagintweit, deutscher Geographen im Dienst der britischen Ostindienkompanie Mitte des 19. Jahrhunderts, die in diesem Panel aufgenommene Tendenz zur Betrachtung einer weiterführenden Dimension kolonialer Verflechtungsgeschichte an. Die Geschichte der Schlagintweits zeige nicht nur die „transnationale“ Vernetzung kontinentaleuropäischer Wissenschaftler im 19. Jahrhundert und ihre Bereitschaft zur Nutzung der kolonialen Infrastrukturen anderer europäischer Nationen für ihre eigenen Zwecke. Darüber hinaus verdeutliche sie auch die hieraus entstehenden Spannungen gegenüber „nationalen“ Bediensteten der Kolonialmacht, gleichzeitig aber auch die ausgeprägten Strukturen interkulturellen Wissensaustauschs zwischen Asien und Europa, bei denen der Beitrag „indigener“ Wissenschaftler und Helfer häufig weiterhin zu Unrecht als bloße Vermittlung „lokalen Wissens“ missverstanden werde. In der Folge untersuchte CHRISTOF DEJUNG (Konstanz) die Bedeutung international operierender Unternehmen als Kontaktzone zwischen indischen und europäischen Angestellten. Anhand der Schweizer Firma Volkart, einem führenden Unternehmen im Export indischer Baumwolle während der Kolonialzeit, wies Dejung nicht nur auf die Bedeutung nicht-britischer Wirtschaftsakteure in der kolonialen Erschließung indischer Märkte

hin, sondern setzte durch die Untersuchung der Zusammenarbeit europäischer und indischer Angestellter sowie der Schweizer Firma mit indischen Zwischenhändlern auch einen Gegenpunkt zum Narrativ rassistischer Segregation in der Kolonialzeit.

MARGRET FRENZ (Oxford) und ELIZABETH BUETTNER (Amsterdam) erweiterten das Analysefeld des Panels auf zwei weiteren Gruppen „imperialer Außenseiter.“ Frenz untersuchte die zunehmende Verflechtung kolonialen Fachpersonals über koloniale Grenzziehungen und ethnische Barrieren hinweg anhand der Migrationsgeschichte „indigenen“ medizinischen Personals in den britischen und französischen Kolonialreichen. Demgegenüber stellte Buettner den Aspekt der Rückerinnerung in der Identifikationsbildung nach Anschluss der Migration anhand ihrer Darstellung politischer Bewegungen mit Migrationshintergrund aus Indien und Surinam in Großbritannien und den Niederlanden in den Vordergrund.

Die Einbeziehung Indiens als erstes nicht-westliches Partnerland eines Historikertags war somit nicht nur durch die regionalspezifische Ausweitung der Forschungsgegenstände innovativ. Vielmehr zeigte sich das innovative Potenzial dieses Schritts anhand des für die Geschichtsschreibung in Deutschland unüblich hohen Grades der Politisierung, aber auch der thematisch-methodischen Verortung einer Vielzahl indienbezogener Beiträge in der Verflechtungsgeschichte. Der Historikertag 2016 in Hamburg setzte Reizpunkte. Es ist zu hoffen, dass diese Reizpunkte im weiteren Verlauf förderlich für eine gegenseitige Hinterfragung europäisch- und südasienszentrierter Geschichtswissenschaft sein werden.

Zeitgeschichte*von Marcus Böick**von Marcel Schmeer*

Besprochene Sektionen:

Glaubensfragen im Holocaust: Ergebnisse neuerer Forschungen

Ideologie und Religion im geteilten Deutschland und Europa nach 1945

Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne

Nürnberg, 70 Jahre danach. Oder: Der Glaube an das Völkerrecht

Gefühltes Wissen? Konstruktion von Realität in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall

Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er Jahren

Die hinter vorgehaltener Hand geäußerte Klage war auf den Fluren der Hamburger Universität zu hören: „Glaubensfragen“ – offenkundig war dies ein Oberthema, das gerade in der Zeitgeschichte nur randständige Beachtung findet, zumindest, wenn man den Begriff auf die Sphäre des religiös-konfessionellen Glaubens im 20. Jahrhundert verengt. Doch andererseits: Waren im „Zeitalter der Extreme“ und seinen großen, konkurrierenden Ideologien nicht andere Gedankengebäude und Identifikationsangebote prägender als die althergebrachten Religionen? Viel mehr noch: Zunächst gingen übersteigter Nationalismus und Faschismus in Europa in zwei Weltkriegen und Völkermord zugrunde bzw. wurden zu Fall gebracht. Und auch der Sowjet-Kommunismus hatte in seiner „Realexistenz“ mit langfristiger ideeller Auszehrung zu kämpfen. Zugleich konnte sich in der westlich-transatlantischen Welt nach 1945 eine einmalige Liaison zwischen marktorientiertem Kapitalismus und liberaler Demokratie etablieren, die ideelle Sinnstiftungen und materielle Vorzüge miteinander verknüpfte. Wirtschaftliche und politische Ordnungssysteme, technologische Errungenschaften und expansive

Konsumangebote stifteten für fast drei Jahrzehnte einen neuerlichen Materialismus und extensiven Fortschrittsglauben, der erst im Laufe der 1970er-Jahre in eine grundsätzliche (Struktur-)Krise geriet. Ein alternativer Post-Materialismus und der Glaube an neue Formen der Subjektivität bzw. der individuellen Selbst-Verwirklichung prägten fortan das Zeitklima. Allein diese groben Federstriche zeigen: „Glaubensfragen“ im weiten Sinne wurden auch im 20. Jahrhundert umfassend und allerorten gesellschaftlich verhandelt – und dies sogar in einem derart extremen Ausmaß, einer vehementen Gleichzeitigkeit und einer verwirrenden Vielfalt, die eine generelle Orientierung in der historischen Rückschau erheblich erschweren. Bleibt also die Frage: Wie hat die zeithistorische Community dieses Diskussionsangebot konkret aufgegriffen? Dieser Bericht will anhand von Eindrücken aus verschiedenen Sektionen den Trends im Bereich der Zeitgeschichte nachgehen, die unterschiedliche Forschungs- und Debattenfelder berühren, wobei jedoch nicht immer alle Beiträge berücksichtigt werden konnten.

Die von FRANK BAJOHR (München/Hamburg) und ANDREA LÖW (München) geleitete Sektion „Glaubensfragen im Holocaust: Ergebnisse neuerer Forschungen“ berührte ein hochsensibles und bislang kaum gewürdigtes Themenfeld – die Rolle von theologischen Reflexionen bzw. religiösen Praktiken im Vorfeld bzw. im Kontext des Holocaust. Dabei rückten die einzelnen Teilnehmer unterschiedliche Akteure bzw. Subjekte in den Mittelpunkt: Seien es die frühen „Erlösungsantissemiten“, deren „pseudo-christologisches“ Verschwörungsgewebe SUSANNE HOHLE (Heidelberg) analysierte oder die „Kriegspfarrrer“ der Wehrmacht im „Vernichtungskrieg“, deren ambivalente Rolle zwischen scharfem „Anti-Bolschewismus“ und Re-Christianisierungshoffnungen DAGMAR PÖPPING (München) zum Thema machte. BEATE MEYER (Hamburg) wandte sich anhand von fünf biographischen Fallstudien von NS-Verfolgten schließlich den verschiedenen Handlungsspielräumen mit Blick auf religiöse Praktiken mit besonderem Blick auf Tauf- oder Konversionsvorgänge zu. Beeindruckend ging schließlich CARLOS HAAS (München/Washington) der ideellen Rolle der Religion als individueller (Um-)Deutungsressource im Kontext des „extremen Alltags“ des Holocaust nach. Alle Beiträge konnten dabei, gerade in ihrer akteursbezogenen Perspektive, die Potenziale herausarbeiten, die

eine intensive Analyse religiöser Deutungen und Praktiken in ihren verschiedenen Facetten zur künftigen Holocaustforschung beitragen könnte.

Unter dem Titel „Ideologie und Religion im geteilten Deutschland und Europa nach 1945“ griff die von SEBASTIAN GEHRIG (Oxford) und NED RICHARDSON-LITTLE (Exeter) geleitete Sektion das komplizierte Verhältnis von christlicher Religion, politischen Großideologien und den aufkommenden Menschenrechtsdiskursen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf. Die Beiträge der Sektionen diskutierten die unterschiedlichen, langen und verwinkelten „Wege“: KATHARINA KUNTER (Göttingen) entfaltete ihren Beitrag im Rahmen einer zugespitzten Dichotomie. Demnach habe die Rolle der Menschenrechte für die großen Kirchen zwischen ideellem „Säkularisierungskitt“ und politischer „Antikriegswaffe“ oszilliert. Ob der Bezug auf „die“ Menschenrechte als ein rhetorisches „Instrument“ im (Deutungs-)Wettstreit zwischen Kommunismus und Liberalismus in den internationalen Arenen zu verstehen sei, diskutierte Sebastian Gehrig. Letztlich durchzog eine auffällige Grundspannung sämtliche Beiträge: Während sich für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine (Erfolgs-)Geschichte einer weitgehenden normativen Etablierung „liberaler“ Menschenrechte erzählen ließe, gerieten demgegenüber jedoch die „sozialen“ Menschenrechte zunehmend aus dem Blick wesentlicher Akteure aus Politik und Gesellschaft – was sicher selbst als eine Folge der Systemkonkurrenzen und deren abrupten Ende nach 1989/91 zu verstehen ist.

Auffallend weitgespannt durch das späte 19. und das 20. Jahrhundert zog sich die von YVONNE ROBEL (Hamburg) und MALTE THIESSEN (Oldenburg) veranstaltete Sektion „Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne“ und versprach mit ihrer Thematisierung sozialer Situationen im Modus pathologischer Diagnosen innovative Perspektivsetzungen. JENS GRÜNDLER (Stuttgart) untersuchte „Pathologisierungskonflikte“ in britischen Experten- und Behördendiskursen um 1900 und konnte dabei deren Dynamik und Strahlkraft nachweisen. Als „pathologisierende Inklusion“ klassifizierte BRITTA-MARIE SCHENK (Kiel) den Umgang kommunaler Honoratioren mit Wohnungslosigkeit im späten 19. Jahrhundert. Sie konnte dabei zeigen, wie diese Auseinandersetzung für das

Stadtbürgertum sowohl als Ressource zur Statusabgrenzung nach unten als auch nach außen zur Eindämmung der Expansion des frühen Sozialstaates diente. Yvonne Robel untersuchte die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführten Wissenschafts-Debatten über „Faulheit“ bzw. „Nichtstun“, die sich als pluraler Deutungs- und Zuständigkeitsstreit unter Experten über verschiedene Disziplinierungsstrategien präsentierte. Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts skizzierte CHRISTOPH LORKE (Münster) diverse Pathologisierungsdispositive mit Blick auf soziale Randlagen in Bundesrepublik und DDR, wobei systembedingt konkurrierende Ursachenbeschreibungen und Lösungsangebote diskutiert wurden. Die Diskutanten habe jedoch der prinzipielle Glaube an eine (Um-)Gestaltbarkeit sozialer Pathologie geeint. Das auch eingangs von den Ausrichtern beschriebene Spannungsfeld zwischen Gesundheitskonzepten und Gesellschaftsordnungen erwies sich damit als fruchtbar. Letztlich blieb jedoch die Frage offen, inwiefern die untersuchten Sozialpathologisierungen selbst als nur entlehene Semantiken zur gesellschaftlichen Krisenbeschreibung oder als auch „geglaubte“ Sozialdiagnose zu bewerten sind?

Anlässlich des runden Jubiläums der Urteilsverkündung im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher am 1. Oktober 1946 lehnte sich auch der Titel der von NORBERT FREI (Jena) organisierten Sektion „Nürnberg, 70 Jahre danach. Oder: Der Glaube an das Völkerrecht“ an das Rahmenthema an. Wie Frei betonte, sollte es darum gehen, das als „juristisch-historische Ikone“ entrückte „Nürnberg“ aus akteurszentrierter Perspektive erneut zu thematisieren, ohne dabei allerdings den teleologischen Narrativen und retrospektiven (Selbst-)Idealisierungen aufzusitzen. KIM CHRISTIAN PRIEMEL (Oslo) präsentierte eine kollektivbiographisch erarbeitete Phänotypologie der an dem Prozess beteiligten Juristen und vermochte dergestalt ihre oft widerstreitenden Motivlagen, juristisch-disziplinären Hintergründe und rechtsphilosophischen Auffassungen zu rekonstruieren. In eine ähnliche Kerbe schlug DANIEL STAHL (Jena), dessen Beitrag sich den Entstehungs- und Erfolgsbedingungen des biographischen Narratives des letzten noch lebenden Chefanklägers des Nürnberger Einsatzgruppen-Prozesses, Benjamin Ferencz, widmete. Dieser gelte bis heute als eine Symbolfigur im Sinne einer teleologischen Erfolgsgeschichte „von Nürnberg nach Den

Haag“. Mit den „émigré lawyers“ rückte ANNETTE WEINKE (Jena) aus lebens- und erfahrungsgeschichtlicher Perspektive eine weitere, lange als homogen wahrgenommene Akteursgruppe in den Mittelpunkt. Deren gemeinsame Verfolgungs-, Flucht- und Exilerfahrungen gepaart mit einer dezidiert deutschsprachig-akademischen Sozialisation habe ihre bisweilen auch ambivalente Auseinandersetzung mit dem Völkerstrafrecht geprägt. Insgesamt schärfte die Sektion das Bewusstsein dafür, dass der „Glaube an das Völkerrecht“ zeitgenössisch keineswegs einen Absolutheitsanspruch erheben konnte und vielmehr Fragen nach den Auseinandersetzungen um die internationale Rechtsprechung auch 70 Jahre danach fruchtbare Ergebnisse zutage fördern.

Die von FRANK BÖSCH (Potsdam) geleitete Sektion unter dem Titel „Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er Jahren“ spürte einem in der Zeitgeschichtsforschung gerade aufkommenden Sujet nach. Bösch plädierte dafür, in Kontrast zu technik-, medien- und diskursgeschichtlichen sowie nationalstaatlich orientierten Forschungsansätzen die Sozial-, Alltags- und transnationale Verflechtungsgeschichte des Übergangs in die „Computergesellschaft“ in den Blick zu nehmen. RÜDIGER BERGIEN (Potsdam) beleuchtete den Zusammenhang zwischen Computereinführung und Organisationswandel in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik und der DDR zwischen 1960 und 1989. Deren Computerisierung sei dezentral vollzogen worden. Die neue Technologie brachte dabei nicht nur eine Beschleunigung der Informationsverarbeitung mit sich; fundamental wandelten sich durch sie auch interne Kommunikationsstrukturen und Wissensordnungen. Den Glauben an die (Ordnungs-)Macht des Computers rückte LAWRENCE FROHMAN (New York) ins Zentrum seiner Ausführungen. Ihm zufolge seien der deutsche Staat bzw. seine politischen Akteure im 20. Jahrhundert von der Idee beseelt gewesen, die eigene Gesellschaft „lesbar“ zu machen, wie Frohman am Beispiel des Einwohnermeldewesens aufzeigte. JULIA ERDOGAN (Potsdam) beleuchtete die Rolle der Hackerszene in den Auseinandersetzungen um den Datenschutz seit Beginn der 1980er-Jahre. Als zivilgesellschaftliche Gegenexperten in den Datenschutzdebatten hätten diese eine wichtige Kontrollfunktion eingenommen. Wenngleich die Analysen der Auswirkungen der Computerisierung auf Lebens- und Arbeitswelt noch in

den Anfängen stecken, verdeutlichte die Sektion das Potential weiterer Forschung in diesem Bereich. Gleichmaßen drängen sich Fragen nach den religiösen Implikationen der „digitalen Revolution“ zwischen optimistischer Technikgläubigkeit, kultischem Cyber-Spiritualismus und dessen sorgenvoller Ablehnung auf.

Aus kulturhistorischer Perspektive näherte sich die von JENS GIESEKE (Potsdam) betreute Sektion „Gefühltes Wissen? – Konstruktion von Realität in deutschen Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall“ der zuletzt boomenden Intelligence History. Gefragt wurde dabei nach den organisations-, zeit- und systemabhängigen Konstruktionsbedingungen von Feindbildern und Bedrohungswahrnehmungen, den Spezifika des Kalten Krieges sowie dem jeweiligen Wandel im Zeitverlauf. GERHARD SÄLTER (Marburg) stellte die Organisation Gehlen und ihre Jagd auf die Widerstandsorganisation „Rote Kapelle“ in den Mittelpunkt seines Vortrags. Im Glauben an alte Gestapo-Feindkategorien hätten die BND-Mitarbeiter in sektenähnlicher Verbohrtheit jahrelang diesem Phantom nachgespürt. Jens Gieseke beleuchtete dagegen die geringen Einflussmöglichkeiten des Ministeriums für Staatssicherheit auf die außenpolitischen Entscheidungsprozesse der SED-Diktatur am Beispiel der Beobachtung der westdeutschen Grünen. KLAUS WEINHAUER (Bielefeld) bettete seinen Vortrag in eine Sozial- und Kulturgeschichte der „Inneren Sicherheit“ ein und machte die Bedrohungsvorstellungen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden in den 1970er- und 1980er-Jahren zum Thema. Traditionell sei in diesem Kontext die Gefahr von links deutlich größer eingeschätzt worden als von rechts. Die Sektion sensibilisierte dafür, den Glauben an „gefühltes Wissen“ und die eigentümliche Persistenz solcher Denkmuster und Wahrnehmungsordnungen für die zeithistorische Beschäftigung mit Sicherheitsbehörden sowie deren Feind- und Bedrohungskonstruktionen stärker zu berücksichtigen als bisher.

Woran sollen „wir“ also glauben? Die verschiedenen zeithistorischen Reflexionsangebote zum Rahmenthema haben sich im Einzelfall als durchaus produktiv erwiesen. Der individuelle oder kollektive Glaube an zivilisatorische Fortschritte durch neue Technologien, Ideen oder Institutionen gehört dabei ebenso ins zeithistorische Fach wie der oftmals erschütterte (auch religiöse) Glaube im Kontext zivilisatori-

scher Rückschritte und Brüche, extremer Gewalt sowie weiterer Krisen, Kriege und Bedrohungen. Man mag dabei einige Themen vermisst haben wie etwa den Glauben an Staat und Nation, den Glauben im bzw. an den Sozialismus oder eingehende Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Atheismus im 20. Jahrhundert. Insgesamt birgt diese Perspektive jedoch erhebliches Potenzial: Ungläubige Ent- und gläubige Verzauberungen können nicht nur im Weber'schen Sinne als Signum der klassischen Moderne, sondern gerade auch der (Post-)Post-Moderne gedeutet und analysiert werden. Insbesondere unter dem dramatischen Eindruck jüngster Erschütterungen im Glauben an die Legitimität und Stabilität bestehender politischer, ökonomischer, kultureller oder gesellschaftlicher Ordnungen sowie deren jeweiliger Fähigkeit zur Lösung global dimensionierter Finanz-, Flüchtlings- oder Klimakrisen sieht sich auch die zeithistorische Community abermals zur kritischen Reflexion ihrer Grundlagen und Perspektiven herausgefordert. Als besonders virulent erweist sich dabei auch die drängende Rückfrage an die glaubensstiftende Kraft der Zeithistoriographie selbst: Die restlos überfüllten Podiumsdiskussionen zu Hitler, zum Populismus oder zur boomenden Auftragsforschung haben dieses Bedürfnis nach zeithistorischen Erklärungs-, Sinnstiftungs- und Orientierungsangeboten in Hamburg überdeutlich werden lassen.

Westeuropa

von Claudia Christiane Gatzka

Besprochene Sektionen:

Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung

Die Gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne

Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratiegeschichte von 1800 bis 1933

Bausteine zu einer Geschichte des Rechtsterrorismus in Europa und den USA von 1865 bis heute

New Muslim Communities in Europe, 1918-1945

Westeuropa gehörte als Analyse-kategorie nicht zu den „Glaubensfragen“ des 51. Deutschen Historikertages. Überhaupt verzichtete das Gros der Sektionstitel und Vorträge auf räumliche Referenzen. Von Osteuropa, dem Gastland Indien und den USA abgesehen, handelten die Vorträge vor allem von Deutschland und von transnationalen Phänomenen, die ‚den Westen‘ implizit als Deutungsrahmen nutzten. Ob beim Zusammenhang von Christentum und Menschenrechten, bei religiösen Legitimationsstrategien für die Humangenetik, bei Semantiken von Wirtschaftskrisen, bei der Wandlungsfähigkeit sozialer Gruppen in der Moderne oder bei Fortschrittsglaube und Zukunftsexpertise: Der Verzicht auf räumliche Zuordnungen insinuierte eine als Einheit gedachte westliche Moderne, die meist an einem nationalen oder lokalen Fall exemplifiziert wurde. Systematisch angelegte Vergleiche, Verflechtungs- oder Transferstudien blieben leider in der Regel aus. Inwiefern lokal, regional, national oder imperial verankerte Unterschiede, konfessionelle und religiöse Traditionen selbst das Glauben, Wissen, Deuten und Handeln der historischen Akteure beeinflussten, gehörte so eher selten zu den Erkenntnisinteressen jener Panels zur Neuesten Geschichte.

Wie wurde das moderne Westeuropa mehr oder weniger systematisch entworfen? Klar wurde: Was die Moderne einst analytisch auszu-machen schien, gerät inzwischen als konfliktgeladenes Deutungsphäno-men der Zeitgenossen selbst in den Blick. Grob lassen sich vier Felder ausmachen, auf denen im Folgenden eine Auswahl von Beiträgen vor-gestellt wird. Die meisten Sektionen befassten sich, getreu dem Motto, mit Fragen der „Säkularisierung“ in einem breiten Verständnis, vom Umgang mit kirchlichen Autoritäten über die Transformation heilsges-chichtlicher Erwartungen bis hin zum Fortschrittsglauben. Ein zweites, ebenfalls breites Feld beschrieb soziale Techniken des Selbst und der modernen Gesellschaft, die unter dem Rubrum der „Ordnung und Op-timierung des Sozialen“ gefasst werden können. Westeuropa als Raum der liberalen Demokratie bildete ein drittes, Westeuropa als Raum der Verflechtung mit dem Islam das vierte und thematisch innovativste Feld, das Erkenntnisse darüber verspricht, welcher Anteil Muslimen an den vermeintlich westlich geprägten Debatten um die Hochmoderne zukam. Der Bericht bespricht eine Auswahl von Vorträgen im Lichte der Perspektiven westeuropäischer Geschichte. Ich danke den Kollegen, die mir ihre Manuskripte zur Verfügung stellten.

1.) Raum der Säkularisierung?

In der Sektion „Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisie-rung“ waren sich LISA DITTRICH (München), MARTIN BAUMEISTER (Rom) und LUCIAN HÖLSCHER (Bochum) einig, dass das Säkularisie-rungstheorem analytisch zu kurz greife. Stattdessen sei von der Plura-lisierung des Religiösen zu sprechen. Den zeitgenössischen Kämpfen um den Religionsbegriff habe keine binäre Opposition zwischen dem Religiösen und dem Säkularen zugrunde gelegen, vielmehr seien etwa dem europäischen Antiklerikalismus, wie Lisa Dittrich zeigte, selbst religiöse Elemente inhärent gewesen. Als analytischen Alternativbegriff schlugen die Redner „Sakralisierung“ vor, da dieser die Hinwendung zu alternativen Religiositäten jenseits der Kirche ebenso erfasse wie die häufig zu beobachtende quasi-religiöse Verabsolutierung ihrer An-sprüche. Dementsprechend sprach sich Martin Baumeister mit Blick auf den italienischen Faschismus und den Nationalsozialismus gegen

das Konzept der „politischen Religion“ aus und empfahl, von der „Sakralisierung von Politik“ zu sprechen. Die 1920er- und 1930er-Jahre seien nicht durch die Ersetzung der Religion durch Politik gekennzeichnet, sondern durch eine zunehmende Mehrdeutigkeit des Religiösen und die Ambivalenz religiöser Bezüge. Faschismus und Nationalsozialismus stünden in einem gewissen Verhältnis zur überkommenen Religion, wobei er konstatierte, dass Räume mit starker überkommener Religiosität, also katholische Länder wie Italien, besonders großen Raum für die Sakralisierung von Politik geboten hätten. Dass die Frage nach dem Einfluss konfessioneller Prägungen und nationaler Spezifika im Zusammenhang mit der Pluralisierung des Religiösen noch ungeklärt ist, wurde in der Diskussion deutlich. MANUEL BORUTTA (Bochum) vertrat die Meinung, dass der Antiklerikalismus im romanischen Westeuropa analytisch um die Dimension des Antikatholizismus zu ergänzen sei, da es sich namentlich in Italien auch um einen Reflex gegen die alltagsweltlich starken kirchlichen Institutionen und um einen Angriff auf religiöse Praktiken wie den Wunderglauben gehandelt habe.

2.) Raum der Ordnung und Optimierung des Sozialen

Gesundheit, so MALTE THIESSEN (Münster), wurde in der Moderne zur Glaubensfrage. Das von ihm und YVONNE ROBEL (Hamburg) organisierte Panel zur „Pathologisierung des Sozialen in der Moderne“ meinte damit die britische und deutsche Moderne. JENS GRÜNDLER (Stuttgart) beleuchtete die Auseinandersetzungen zwischen Sozialexperten und Verwaltungspraktikern im Glasgow des frühen 20. Jahrhunderts um die Frage der medizinischen Kategorisierung sozialer Unterschichten als „mentally defective“. In der Pathologisierung sozialer Devianz im Dienste eines gesunden „Volkskörpers“ oder aus praktischen Erwägungen sei eine globale Sozialtechnik zu erblicken, die in Großbritannien insbesondere durch Mediziner und Lehrer vorangetrieben worden sei. Spezifisch britisch sei jedoch ihr politisches Scheitern, das er auf die eigen-sinnigen Aneignungen des eugenischen Diskurses oder dessen komplette Ablehnung durch die lokale Armenverwaltung und die „Kranken“ zurückführte. Der Schutz des Individuums habe als Postulat dem Gemeinschaftsdispositiv der Mediziner enge Grenzen gesetzt. So plausibel das klingt – ohne den effektiv durchgeführten Vergleich bleibt

es Hypothese, die das überkommene Bild liberaler Staatlichkeit in Großbritannien reifiziert. Eine vergleichende „europäische Geschichte der Obdachlosigkeit“ forderte auch BRITTA MARIE SCHENK (Kiel), blickte selbst aber nur auf Deutschland. Dem städtischen Bürgertum sei hier im späten 19. Jahrhundert eine zentrale Rolle bei der *Inklusion* von Obdachlosen zugekommen. Dabei habe es sich eher um Machtausübung durch Gaben als um Disziplinierung gehandelt; die protestantischen Bürger wollten mit der Durchsetzung besserer Lebensbedingungen in Obdachlosenasylen ihre eigenen Reinlichkeitsnormen durchsetzen, sich ihrer humanitären Ideale versichern und gegenüber dem expandierenden Sozialstaat ihren Status als Herren der Stadt behaupten. Zu prüfen sei, wie der Zentralstaat in Frankreich oder das katholische Italien dem Problem wachsender Obdachlosigkeit um 1900 begegnete.

Medizinische Diskurse, so konnten die Beiträger zeigen, wurden durch Sozialpraktiker vor Ort beeinflusst oder konterkariert. Eine translokale Analyse dieser Aneignungen wäre der nächste Schritt, um den Ähnlichkeiten, aber auch den Unterschieden von Sozialstaatlichkeit und *social engineering* in Europa auf den Grund zu gehen, zumal ja auch der medizinische Diskurs der Sozialexperten ein transnationaler war.

3.) Raum der liberalen Demokratie?

Demokratie habe keinen Standardweg besessen: Dies postulierten HEDWIG RICHTER und TIM MÜLLER (beide Hamburg) auf ihrer Sektion „Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratiegeschichte von 1800 bis 1933“. Damit traten sie dafür ein, die Demokratie vor 1933 konsequent transnational zu historisieren und sich von den Kategorien zu emanzipieren, die zum intellektuellen Vermächtnis des Kalten Kriegs zählen. Eine solche offene Demokratiegeschichte werde zwar in der Forschung längst betrieben, komme aber noch nicht gegen den Erfolg nationaler Deutungsnarrative an. Hedwig Richter betonte die unterschiedliche Bewertung ähnlicher empirischer Phänomene im deutschen Kaiserreich und bei seinen westlichen Nachbarn in Überblicksdarstellungen. Arbeiter- oder Frauenbewegung würden nicht systematisch verglichen, sondern in die Erzählungen geglückter und defizitärer Demokratien eingepasst. Dass gerade im Hinblick auf eine pluralistische und ‚sachliche‘ Wahlkultur das Kaiserreich seinen britischen und

französischen Nachbarn einiges ‚voraus‘ hatte, betonte MARGARET L. ANDERSON (Berkeley) ausdrücklich, nahm mit der Praxis des Parlamentarismus aber freilich nur eine Spielart der Demokratie in den Blick. Tim Müller konzeptionalisierte die Demokratie demgegenüber als die Geschichte eines spannungsreichen Verhältnisses zwischen Rechtsstaat und Volkssouveränität. 1918 und die vorangegangene Genese der transnationalen Massendemokratie im Krieg seien nicht als ein Moment des Auseinandertretens, sondern der Synchronisierung nationaler Pfade zu verstehen. Auch ADAM TOOZE (Columbia) fasste den Ersten Weltkrieg als entscheidenden Schub in einer von 1890 bis 1930 andauernden Phase, die als „true high point of democratic politics“ gefasst werden könne. Er unterstrich zudem, dass das Konzept der „westlichen“ Demokratie in den USA, Großbritannien und Frankreich seit dem Übergang zur Moderne für identitätsstiftende nationale Meistererzählungen herhalten musste und seit dem Ersten Weltkrieg selbst zur global genutzten moralischen Waffe wurde. Als Antithese zu dieser „westlichen“ Demokratie verstand Tim Müller die historische Genese des deutschen Sonderwegsnarrativs, dessen Geburt er im Jahr 1933 verortete.

Wurde hier also die Geschichte Westeuropas und der USA als Geschichte einer unter Zeitgenossen umkämpften Norm konzeptionalisiert, widmete sich die von CAROLA DIETZE (Giessen) organisierte Sektion „Bausteine zu einer Geschichte des Rechtsterrorismus“ einem bislang unterbelichteten Phänomen, das sich von rechts gegen diese Norm richtete. Dietze stellte zu Recht die konventionelle Annahme in Frage, dass sich Rechtsterrorismus gegen Minderheitengruppen richte, aber nicht die politische Ordnung angreife. Sie datierte den Beginn des modernen Rechtsterrorismus, verstanden als Form politischer Kommunikation, auf die Ermordung Abraham Lincolns im Jahr 1865. Damit verortete sie ihn zunächst in den USA, wo er während der *Reconstruction* unter anderem durch Attentate des Ku-Klux-Clans präsent blieb. Rassistisch motiviert, aber ebenfalls von dem Ansinnen getragen, auch den Staat und die politische Ordnung anzugreifen, sei ein (ost-)europäischer Proto-Rechtsterrorismus in den antisemitisch motivierten Pogromen und Ausschreitungen des 19. und 20. Jahrhunderts zu erblicken. Endgültig die politische Ordnung ins Visier nahm dann die paramilitärische Gewalt der Zwischenkriegszeit in Mittel- und Südeu-

ropa, die DANIEL SCHMIDT (Münster) mit vergleichendem Blick auf Italien und Deutschland im Lichte des Rechtsterrorismuskonzepts diskutierte. Diese Zwischenkriegsgewalt von rechts wies die Kriterien der Tatorientierung, der Konspiration, der Planung und der Verwurzelung in Unterstützermilieus auf, die für den Terrorismus gemeinhin gelten. Während die italienischen *Squadre* stärker auf Straßengewalt und den spontanen Angriff auf linke Gegner setzten, um so die Schwäche des Staates vor Augen zu führen, überwogen im paramilitärischen Submilieu der Weimarer Republik die konspirative, planmäßige Gewalt, zunächst gegen linke Gegner, zunehmend aber auch gegen Symbole und Institutionen des Staates. Schmidt erwähnte die enge transnationale Vernetzung der Paramilitärs, der sich die künftige Forschung zum Rechtsterrorismus noch eingehender widmen müsste. Das gilt vielleicht noch mehr für die Nachkriegszeit, die MICHAEL STURM (Münster) im europäischen Rahmen erkundete. Er entdeckte rechtsterroristische Akte und Gruppierungen in Frankreich (vor allem im Zuge der Dekolonisierung) und den Niederlanden, Großbritannien, Nordirland und Norwegen (das Breivik-Attentat); Italien und Westdeutschland scheinen jedoch, ihren rechtsterroristischen Traditionen gemäß, am stärksten betroffen gewesen zu sein. Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 identifizierte er im „Tatglauben“ und in der sozialen Eingebundenheit der Attentäter in Unterstützermilieus sowie in ihren transnationalen Kontakten und Bezügen.

Das Spezifische am Rechtsterrorismus, so zeigten die Beiträge, scheint der Variantenreichtum seiner Motive und Ausprägungsformen zu sein: Rassismus, ethnisch argumentierender Separatismus („Südtirolterrorismus“, Ulster) oder politisch-soziale Feindbilder konnten ihm zugrunde liegen. Um dieser Vielfalt analytisch Herr zu werden, wäre zu fragen, welche politischen Ordnungen und Entwicklungen rechtsterroristische Bewegungen und Handlungen hervorbrachten oder mutmaßlich unterbanden und welcher Einfluss seiner evidenten Transnationalität dabei zukam. Westeuropa scheint in diesem Zusammenhang als Analysekategorie vernachlässigbar, vielmehr lagen seine Faktoren offenbar in nationalen beziehungsweise imperialen Konstellationen. Mächte etwa das Empire Großbritannien zu einem quasi rechtsterror-

freien Raum?

4.) Westeuropa als religiöser Kontaktraum

MARC DAVID BAER (London) versammelte in dem Panel „New Muslim Communities in Europe, 1918-1945“ ausgewiesene Experten auf diesem Gebiet. MEHDI SAJID (Utrecht) umriss Erscheinungsformen und Dimensionen der bislang historiographisch unterbelichtet gebliebenen Präsenz muslimischer Akteure in Westeuropa vor 1945 am Berliner Beispiel. Die propagandistische Nutzung dschihadistischer Bewegungen durch Agenten des deutschen Staates seit dem Ersten Weltkrieg war dabei nur eine Komponente deutsch-muslimischer Verflechtung. Sajid entwarf das Berlin der Zwischenkriegszeit als einen Ort öffentlichkeitswirksamer kultureller Aktivitäten muslimischer Organisationen und Vereine, die nicht nur von politischen Zielen und religiösen Missionierungsambitionen getragen waren, sondern als kulturelle und intellektuelle Beiträge zu den brennenden Fragen der Zeit zu verstehen sind. Muslime partizipierten mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen an der Diskussion um Modernität, Säkularität und Nationalismus in Europa wie dem Nahen Osten und kamen so auch mit deutschen Intellektuellen in Kontakt. Der NS-Staat ließ diese Aktivitäten fortleben und traf durchaus auf muslimische Kooperationsbereitschaft. Den gegenseitigen Kooperationswillen betonte auch DAVID MOTADEL (London), der mit dem Islamischen Theologen und Philosophen Alimjan Idrisin eine Schlüsselfigur deutsch-muslimischer Verflechtung in den Blick nahm. Der in Zentralasien geborene und in Istanbul, der Schweiz und Belgien ausgebildete Pan-Islamist Idrisin fungierte seit 1916 als ein Protagonist religiöser Unterweisung und politischer Propaganda unter Muslimen für und in Deutschland. Nach 1918 war er Knotenpunkt muslimischen Assoziationslebens in Berlin und Agent der deutschen Regierung zur Anwerbung muslimischer Studenten in der Sowjetunion. Er beriet das NS-Regime und unterstützte seit 1939 als aktiver Propagandist an der Front, im Rundfunk oder als Leiter der „SS-Mullah-Schule“ die deutschen Versuche, Muslime als strategische Partner zu gewinnen. Indem Motadel den Weg Idrisins nach München weiterverfolgte, wo er die erste muslimische *community* der Bundesrepublik gründete, unterstrich er seine These, dass politische Zäsuren für die Geschichte des Islam in

Europa wenig aussagekräftig seien. Damit sei auch zu fragen, ob die Zwischenkriegszeit hier eine sinnvolle Untersuchungseinheit darstelle.

Zu klären bleibt, inwiefern die Geschichte der Muslime in Europa vor 1945 mehr war als die fruchtbare Verknüpfung von Religiosität und Politik. Deutschland stand im Panel exemplarisch für Europa, doch wahrscheinlich stellte es als Hort antiimperialistischer Propaganda einen besonderen Fall europäisch-muslimischer Verflechtung dar. Inwiefern sich das kosmopolitische Berlin in dieser Hinsicht von Paris, London oder Wien unterschied, wäre zu untersuchen.

Inwiefern Westeuropa eine valide historische Analyse-kategorie darstellt, ist in Zeiten globalhistorischer Erkenntnisinteressen freilich umstrittener denn je. Als Untersuchungsraum gewisser Basisprozesse und Deutungstraditionen der Moderne bleibt es in seiner transatlantischen Erweiterung in der deutschen Forschung präsent, was auf dem Historikertag offenkundig zu implizit blieb. Als Norm der Zeitgenossen verdient es eine noch stärkere Historisierung, als Deutungsrahmen der Historiographie verdient es stärkere Problematisierung. Sowohl das eine als auch das andere ist nur durch transnationale, vergleichende wie verflechtungsgeschichtliche Studien zu leisten, und in dieser Hinsicht war in Hamburg ganz entgegen seiner hanseatischen Tradition ‚Luft nach oben‘.

Glaube und Erkenntnis: Zum 51. Deutschen Historikertag in Hamburg

von Norbert Fabian

Besprochene Sektionen und Veranstaltungen:

Eröffnung des 51. Deutschen Historikertages

Public Lecture I: Secularity, Pluralism, and Nationalism

Wie schreibt man eine transnationale Geschichte?

Alles fließt. Transformationsmodellierungen in der Geschichtswissenschaft

Hitler. Eine historische Vergewisserung

Globalgeschichte von Religionen - Perspektiven und Erkenntnischancen

Die Rolle des internationalen Historikerverbandes in der internationalen Historiographie

„Glaubensfragen“ sollten im Mittelpunkt des 51. Deutschen Historikertages stehen. Intendiert war dabei auch eine Selbstreflexion über Grundlagen des Faches Geschichte. Jedoch hielt sich in vielen Sektionen das Interesse an dieser Themenstellung in Grenzen und es gab vergleichsweise wenige explizite Diskussionsbeiträge hierzu.

Bei der Eröffnungsveranstaltung im historischen Rathaussaal erinnerte der Erste Bürgermeister Olaf Scholz an den letzten Historikertag in der Hansestadt Hamburg 1978 mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Indessen blickten die Geschichtswissenschaften über Grenzen hinaus und suchten stärker als noch vor 40 Jahren transnationale wie globale Zugänge. Auch wenn aus der Geschichte keine unmittelbaren Handlungsoptionen erwachsen, könnten Historikerinnen und Historiker doch dazu beitragen, Gefährdungen von Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft aufzudecken. Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der von der UN live zugeschaltet war, verglich die aktuelle Situation in Syrien und im Nahen Osten mit dem Dreißigjährigen Krieg in Europa. Für das Zustandekommen des Westfälischen

Glaube und Erkenntnis: Zum 51. Deutschen Historikertag in Hamburg

Friedens 1648 sei die Rolle unparteiischer Vermittler mit entscheidend gewesen.¹

Partnerland des Hamburger Historikertages war Indien. In seiner in Kooperation mit der ZEIT-Stiftung organisierten Public Lecture verwies RAVI AHUJA (Göttingen) auf autoritäre Schatten und Tendenzen in der indischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Aktuell könnten solche die größte Demokratie der Welt gefährden, folgerte er eher pessimistisch. So gebe es auch politische Einflussnahmen auf die Geschichtsschreibung und die Lehrbuchgestaltung in Indien - wie in einem von ANDREAS ECKERT (Berlin) moderierten Panel vor allem mit indischen Historikern über transnationale Geschichtsschreibung angemerkt wurde. Dietmar Rothermund (Heidelberg) vertrat in der Diskussion eine offene Definition von Globalgeschichte. Diese sei vergleichende Geschichtsschreibung, behandle transnationale Phänomene und schreibe die Geschichte anderer Nationen.²

Die epochenübergreifende Sektion „Alles fließt. Transformationsmodellierungen in der Geschichtswissenschaft“ griff eine relevante Fragestellung neu auf. Problematisch war allerdings der methodologische Einstieg, lediglich Ansätze aus den Sozialwissenschaften für Transformationsnarrative mit heranzuziehen und keine eigenen soziohistorischen Modelle zur Diskussion zu stellen. So blieb es vorrangig bei kritisch-vergleichenden Auswertungen von Historiographie und Quellen: DANIEL FÖLLER (Frankfurt am Main) betonte dabei den graduellen Charakter des Untergangs des römischen Reiches und der Transformation zum frühen Mittelalter. ULLA KYPTA (Basel) fragte ausgehend u.a. von Quellen zur großen Pest 1347-1357 methodologisch-empirisch nach Kausalitäten. Benjamin Steiner (Erfurt) diskutierte unterschiedliche und sich wandelnde historiographische Narrative zur englischen Revolution und zum englischen Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts. Als Schlusskommentator unterstützte HARTMUT LEPPIN (Frankfurt am

¹Leicht gekürzt ist der Redetext zugänglich in: geschichte für heute. Zeitschrift für historisch-politische Bildung, 2017/1, S. 5-9; dazu auch S. Westphal, Der Westfälische Frieden, München 2015. - Beachte insgesamt das Programm des Hamburger Historikertages, Glaubensfragen.

²Verwiesen sei weiterhin auf die „Geschichte Indiens“ (Von der Induskultur bis heute, München 1998) von Herman Kulke und Dietmar Rothermund.

Main) dann das Anliegen, weiter auch an spezifisch historischen Transformationsschemata und -modellen zu arbeiten.

Einen gegenwärtig wieder aufgekommenen Hitler-Hype auch in Medien analysierte und kritisierte der Freiburger Zeithistoriker Ulrich Herbert. Deutlich wurden bei der Podiumsdiskussion v.a. Aporien auch neuerer Hitler-Biographien. So verwies ANDREAS WIRSCHING (München) auf methodologisch-konzeptionelle Schwierigkeiten, historische Konstellationen in einer Biographie angemessen zu erfassen.³ Der US-Historiker Konrad Jarausch kritisierte zudem allzu vordergründige psychologisierende Deutungsversuche. Gefragt wurde dann, ob es nicht doch weiterführen könnte im Anschluss an Erich Fromm von einem böartigen, destruktiv-nekrophilen Charakter auszugehen und mit dem Habitusbegriff Pierre Bourdieus Prägungen Hitlers durch gesellschaftliche Strukturen stärker hervorzuheben.⁴ Der Moderator und FAZ-Redakteur Jürgen Kaube schlug sogar vor, Hitler als Person gleichsam verschwinden zu lassen. Dazu trug er selbst jedoch wenig bei, da er den Fortgang der Diskussion auf die aufwendig gestaltete jüngste Edition von ‚Mein Kampf‘ lenkte. Als neuer Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte versuchte Andreas Wirsching diese mit Hinweisen auf ergänzte kritische Anmerkungen und Kommentare gegen Kritik von Ulrich Herbert zu verteidigen - was allerdings nicht recht überzeugte.

Zugleich eine Einführung in die Geschichte des italienischen Mussolini-Faschismus bietet die Studie des Sozialwissenschaftler David I. Kertzer, ‚Der erste Stellvertreter. Papst Pius XI. und der geheime Pakt mit dem Faschismus‘.⁵ Der amerikanische Pulitzerpreisträger stellte sich

³Dies gilt auch für die weiterhin wohl gelungenste Hitler-Biographie von Ian Kershaw, wiewohl dieser den Versuch unternimmt, personelle mit strukturellen Elementen zu verbinden (Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 8f). Peter Longerich hingegen dürfte gegenüber den Kräften, „die Hitler bewegten“, dessen Person als solche erneut überschätzen (Hitler, München 2015, S. 9ff).

⁴Erich Fromms ‚Anatomie der menschlichen Destruktivität‘ (Stuttgart 1974, S. 335ff) geht, wenngleich recht kritisch, allerdings noch von damaligen historischen Forschungsständen aus. - Pierre Bourdieu, Loïc Wacquant, Reflexive Anthropologie, Frankfurt am Main 1996, S. 39f.

⁵Darmstadt 2016. - Beachte auch die Rezension von Jörg Ernesti in der FAZ vom 23.9.2016, der v.a. die Rolle Eugenio Pacellis, des späteren Pius XII., positiver einzuschätzen versucht.

in einer von der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft organisierten Buchpräsentation der Diskussion mit WOLFGANG SCHIEDER (Köln) und TeilnehmerInnen des Historikertages. Anhand neu erschlossener Quelle u.a. aus Vatikanarchiven belegte Kertzer, dass Pius XI. sich zumindest nicht gegen die Gleichschaltung des politischen Systems durch Mussolini stellte. Einflussreiche, aber persönlich erpressbare Angehörige der Kurie kollaborierten und sympathisierten zudem mit italienischen Faschisten. Quellenkritisch wurde angefragt, inwieweit Spitzelberichte aus dem Vatikan von Personen verfasst wurden, die ein Interesse an einer Kollaboration hatten.

In der Sektion ‚Globalgeschichte von Religionen - Perspektiven und Erkenntnischancen‘ zeigte VOLKHARD KRECH (Bochum) auf, dass die Religionswissenschaften und die historische Soziologie wichtige Gesprächspartner der Geschichtswissenschaften sind. Deutlich wurde, dass Weltreligionen insbesondere kulturell erheblich zu Globalisierungsprozessen beigetragen haben und Religionsgeschichte deshalb vielfach mit Globalgeschichte verflochten ist. In der Diskussion unterstützte URTE KOCKA (Berlin) dann aus geschichtsdidaktischer Sicht ein weites Verständnis von Reformation, das Kirchen und Gesellschaften umfasst und nicht allein auf Deutschland fokussiert sein dürfe. ‚Glaubensfragen‘, das Motto des Historikertages, wurden zudem als auch interessen geleitete Entscheidungen für bestimmte historische Forschungen und Themen gedeutet - wobei es im Anschluss an Jürgen Habermas Interessen aufzudecken und kritisch-diskursiv zu reflektieren gelte.

Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion über ‚die Rolle des Internationalen Historikerverbandes in der internationalen Historiographie‘ informierte MATTHIAS MIDDELL (Leipzig) als neuer deutscher Vertreter im CISH über die Planungen zum Welthistorikerkongress 2020 in Poznan. Zusammen mit dem scheidenden Vorsitzenden des deutschen Historikerverbandes MARTIN SCHULZE WESSEL (München), dem Präsidenten des US-amerikanischen Historikerverbandes, PATRICK MANNING (Pittsburgh), und dem langjährigen südkoreanischen Mitglied im ‚Board‘ des CISH, JIE-HYUN LIM (Seoul), warb er für eine rege Beteiligung deutscher Historikerinnen und Historiker.

Sektionsberichte

HT 2016: Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen

Bericht von: Michael Zerjadtke, Arbeitsbereich Alte Geschichte, Historisches Seminar, Universität Hamburg

In der von WERNER RIESS (Hamburg) geleiteten Sektion „Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen“ wurde der Gegensatz von Glauben und Wissen in den Blick genommen. Wissen als Gut an sich musste in einer Gesellschaft einerseits ausgehandelt, andererseits verbreitet werden. Im klassischen Athen sei seine Weitergabe durch die strenge Kompetenzenteilung erschwert gewesen, doch aufgrund der niedrigen sozialen Schranken sei zugleich der freie Austausch von Meinungen und Wissen in bisher unbekannter Weise gefördert worden. Die Vorträge der Sektion verbanden die Forschung zum Wissenstransfer mit dem „spatial turn“, indem der Fokus auf die unterschiedlichen Diskursräume der Polis gelegt wurde.

Eingangs betrachtete HANS BECK (Montréal) die Rolle des öffentlichen Raumes, explizit der Straße, als Ort der Aushandlung der beiden Wissenskategorien Erfahrungswissen und Alltagsinformiertheit. Nach einer kurzen Betrachtung des Öffentlichkeitsbegriffes schloss Beck die Agora, die in der Forschung als öffentlicher Raum der Demokratie schlechthin gelte, aus seiner Betrachtung aus. Die Straße spiele insofern eine Sonderrolle, als dass der dortige Diskurs gerade nicht vorrangig von Bürgern geprägt war, sondern auch von Nichtbürgern, Frauen, Fremden und Sklaven und er damit einer anderen Dynamik unterlag. Die Quellen, vor allem die Reden von Lysias und Demosthenes, zeigten, dass das Teilhaben an der Öffentlichkeit, indem man Läden und Werkstätten um die Agora aufsuchte, ohne dort Geschäfte zu tätigen, als normales Verhalten galt. Das „Socializen“ in den Läden ging teilweise nahtlos in nächtliche Gelage über. Eine Fluchtafel, in der eine Reihe von „*kapeloi*“ erwähnt sind, skizziert ein Viertel verschiedener Gewerbetreibender und Kunden, in denen sich die Sozialstruktur der

Polis widerspiegelt. Das Beispiel illustrierte die Gestaltung der attischen Viertel, in denen die Kommunikation von Integration geprägt war und wo der Bürgerstatus kaum eine Rolle spielte. Beck schlussfolgerte, dass es zur politischen und gesellschaftlichen Kultur gehört habe, viel Zeit in informellen, öffentlichen Räumen zu verbringen. Auf diese Weise habe das Wissensnetzwerk der Politen weit über den Kreis der Bürgerschaft hinaus gereicht. Dies wiederum habe den politischen Prozess beeinflusst, da auch Gruppen, denen die Mitbestimmung verwehrt war, eine Rolle in der Aushandlung von Wissen zukam.

Anschließend betrachtete CHRISTIAN MANN (Mannheim) die Rolle von Gerüchten als eine spezifische Form von Wissen im politischen Diskurs. Zu Beginn stellte er eine Passage aus dem Gesandtschaftsprozess vor, in der Aischines das Gerücht lobte, wobei man zwischen guter *pheme* und schlechter *sykophantia* unterscheiden müsse. Während Erstere beim breiten Volk angesiedelt sei, würde Letztere von Einzelnen erfunden, die damit eigene Interessen verfolgten. Die große Bedeutung, die Gerüchten in Athen zugebilligt wurde, stellte für die Demokratie ein Problem dar. Die für den politischen Betrieb unverzichtbaren Demagogen seien besonders gefährdet gewesen, zum Opfer von Gerüchten zu werden, welche wiederum für Verurteilungen, beispielsweise der Ostrakisierung, ausreichend waren. Mann stellt die Frage, wie sich Demagogen vor Gerüchten schützen konnten, wofür der Blick auf die Diskursräume außerhalb der demokratischen Institutionen gelenkt werden müsse. Das „Wissen“ um Politiker konstituierte sich im öffentlichen Raum. Da den Politikern keine Medien zur Verfügung standen, durch die sie ihr Image hätten kontrollieren können und sie nicht, wie im Rahmen der römischen *salutationes*, in einem geschützten Raum direkt mit den Bürgern kommunizieren konnten, sei den öffentlichen Auftritten eine hohe Bedeutung zugekommen. Da das klassische Athen keine face-to-face-society mehr gewesen sei, konnten Politiker nur durch ihre öffentlichen Auftritte ihr „Standing“ beeinflussen. Eine wichtige Kategorie hierbei sei die Ausbildung von Vertrauen gewesen, die durch die Betonung von Loyalität zur Polis zu erreichen versucht wurde. Mann ging auf verschiedene Strategien ein, durch die man das Vertrauen des Volkes habe gewinnen können. Hier führte er erstens die ständige Betonung des eigenen Patriotismus an, zweitens den Versuch der

Verringerung der sozialen Distanz zu den Zuhörern und drittens das Bestreben, authentisch zu wirken. Habe ein Demagoge auf diese Weise das Vertrauen gewinnen können, war er in größerem Maße vor der schädlichen Wirkung von Gerüchten sicher.

CLAUDIA TIERSCH (Berlin) konzentrierte sich auf Beschreibungen der Demokratie bei den attischen Rednern. Es sei überraschend, dass der theoretische Unterbau der attischen Demokratie so dürrig gewesen sei, angesichts der hohen Problemlösungskapazitäten dieser Regierungsform, auch unter den erheblichen Schwierigkeiten des vierten Jahrhunderts v. Chr. Die bekannten Theorien stammten allesamt von Denkern, die der Demokratie distanziert bis ablehnend gegenüberstanden. Am Ende des fünften und zu Beginn des vierten Jahrhunderts sei die Demokratie noch in der Ausbildungsphase gewesen und die Verirrungen im Rahmen der Umstürze zeigten das Fehlen einer anerkannten Definition auf. In den Reden trete die Demokratie als Hort der Freiheit und der Gerechtigkeit auf. Sie sei bereits als institutionelle Ordnung wahrgenommen worden, und insbesondere ihre Rechtsordnung habe ein gewisses Institutionenvertrauen erzeugt. Andere Reden offenbarten die Distanz zur sozialen Ordnung in der Demokratie, die zwar Engagement einforderte, doch im Gegenzug wenig Loyalität gegenüber der Oberschicht geboten habe. Aus den Reden und Traktaten des Isokrates gehe zwar eine Akzeptanz der Demokratie hervor, jedoch auch die Favorisierung einer elitären Ausprägung, welche Athen wieder zur politischen Führungsrolle verhelfen sollte. Isokrates habe die Rolle von Einzelpolitikern stärken wollen, um die zeitgenössische Demokratie wieder in eine Herrschaft der Besten zu verwandeln. In der Machtverschiebung zum Demos habe er den Grund für den Niedergang der außenpolitischen Bedeutung gesehen. Trotz aller Kritik sei ein Bekenntnis zur Demokratie erwartet worden und ein Ignorieren dieser Anforderung hätte in politischem Bedeutungsverlust resultiert. Das Verschwinden des Demokratiebegriffes aus dem rhetorischen Diskurs in der zweiten Hälfte des vierten Jahrhunderts zeige, dass die Regierungsform sich in einem solch hohen Maße etabliert hatte, dass eine Diskussion der *demokratia* selbst mangels Alternativen nicht zu führen war. Statt der Beschäftigung mit der Regierungsform selbst wurde sie nun in den Reden als Argument oder Begründung herangezogen um

einen Feind als Demokratiegegner zu brandmarken. In den Reden des Kranzprozesses werde die Ansicht des Demosthenes deutlich, dass eine Elite und die Demokratie durchaus kompatibel seien, solange Erstere absolut loyal gegenüber Letzterer sei. Durch den dargestellten Wandel der Semantik des Demokratiebegriffes könne der Wandel nachempfunden werden, durch den die einstmals verfemte Vokabel *demokratia* zu ihrer positiven Konnotation gefunden habe.

Der politische Verrat war Thema des Beitrages von DOROTHEA ROHDE (Bielefeld). Dieser sei durch eine „dreipolige Figuration“ charakterisiert: eine verratende, eine verratene und eine profitierende dritte Partei. Die Anschuldigung des Verrates sei bis zu einem gewissen Grad willkürlich gewesen, da das Verhalten, welches als Bruch des Loyalitätsverhältnisses gewertet wurde, nicht genau bewertet werden könne. Rohde betrachtete, auf welchen Grundlagen die politische Gemeinschaft eine Handlung als Verrat bewertete und nannte als Grundtypen den politischen Umsturz, die Schwächung der äußeren Sicherheit und die Verletzung der Pflichten eines Gesandten (*parapresbeia*). Letzteren Typ untersuchte sie anhand des Prozesses gegen Aischines wegen Gesandtschaftsverrates. Aischines hatte in einer schwierigen Lage zur Anerkennung eines nachteiligen Friedens geraten und wurde drei Jahre später von Demosthenes hierfür angeklagt unter der Anschuldigung, er habe sich bestechen lassen. Dieses Vergehen war schwer nachzuweisen, da Gesandtschaften zumeist mit der Annahme von Gastgeschenken einhergingen. Daher sei die innere Einstellung der Person entscheidend gewesen. Weiterhin wurde nach der Rückkehr eine ausführliche Stellungnahme erwartet, die in politische Entscheidungen einfluss. Sollten sich Ratschläge von Gesandten als kontraproduktiv erweisen, konnte hierin auch Verrat gesehen werden. Demosthenes musste somit nachweisen, dass es Aischines an patriotischer Gesinnung mangelte. Der Verlauf des Prozesses sei nach heutigen oder römischen Maßstäben höchst problematisch gewesen, da er im Wesentlichen auf Vermutungen basierte. Am Ende verdankte Aischines seinen Freispruch Eubulos, der ihm eine einwandfreie Gesinnung bescheinigte. Die Richter hatten nicht anhand von Beweisen geurteilt, sondern aufgrund der Tatsache „was für einer man war“. Somit entschied nicht das Wissen um Beweise, sondern vielmehr der Glaube, dass der Beklagte ein loyaler Bürger sei. Rohde sieht

diese Praxis nicht als Irrweg an, sondern deutete Verratsanklagen, die durch den Primat des Meinens vor dem Wissen gekennzeichnet waren, als Fundament für die unbedingte politische Gleichheit der Bürger.

KATHARINA NEBELIN (Rostock) referierte über Selbstoptimierung durch Wissen im klassischen Athen. Sie begann mit einer Episode aus dem Dialog *Alkibiades maior*, in welchem Sokrates den jungen Alkibiades überzeugt, „so vortrefflich wie möglich“ zu werden, was jedoch nur durch Wissen zu erreichen sei, vor allem über sich selbst. Da die Absichten und Ziele der beiden Gesprächspartner so verschieden gewesen seien, konstatiert Nebelin auch zwei unterschiedliche Ausprägungen der Selbstoptimierung – eine „politische“ und eine „philosophische“ – und stellte die Frage nach der Kompatibilität beider, wobei sie auf vier Aspekte einging. Erstens betrachtete sie die philosophisch-idealistische Selbstoptimierung als Selbstzweck, die bereits von Heraklit umrissen worden sei. Der Versuch, sich selbst wie auch die Welt zu verstehen, würde die Vortrefflichen auszeichnen. Weiterhin sei die Ablehnung der etablierten Eliten und ihrer Wertvorstellungen charakteristisch. Als zweiten Punkt nannte Nebelin die politische Selbstoptimierung, die darauf abzielte, sich selbst so zu verbessern, dass man der Polis am effektivsten nützlich sein konnte. Drittens folgte die philosophisch-pragmatische Selbstoptimierung, die vor allem im sophistischen Denken eine Rolle spielte, was auch an der sozialen Situation der Sophisten gelegen habe, die einerseits die Bedeutung von Wissen betonten, doch andererseits auch auf Entlohnung angewiesen waren. Die Lehrer hätten ihren Unterricht nicht als Ersatz aristokratischer Erziehung gepriesen, sondern als deren Ergänzung. Der vierte Punkt betraf die Bedeutung der philosophischen Vortrefflichkeitsvorstellungen für die politische Kultur Athens. Sophisten gehörten zum Alltagsbild und unterrichteten im vierten Jahrhundert auch in institutionalisierten Schulen. Nebelin sah deren pluralistische Mitgliederschaften als „free spaces“ innerhalb der Polis an, in denen nicht auf demokratische Praktiken Rücksicht genommen werden musste. Bürger seien für die Teilnahme nicht kritisiert worden, solange sie nur einen Teil der Zeit dort verbrachten, denn die „Liebe zum Geist“ sei in Maßen wichtiger Bestandteil der Selbstoptimierung gewesen.

In seinem abschließenden Kommentar ging MARTIN DREHER

(Magdeburg) auf die Nuancierung zwischen „Glauben“ und „Meinen“ ein und stellte fest, dass letzteres einen größeren Bezugsraum habe. Alle Beitragenden hätten sich auf den politischen Bereich konzentriert, obwohl doch nicht sicher sei, dass dieses Themengebiet in den genannten Diskursräumen überhaupt besprochen wurde. Allein Plutarch habe hierfür Belege geliefert, die jedoch angesichts der zeitlichen Distanz kritisch zu hinterfragen seien. Doch Analogie und die Erfahrung mit der immer gleichen menschlichen Natur machten den politischen Diskurs wahrscheinlich. Anschließend ergänzte Dreher mit der Nennung von Festen und dem Militärdienst noch zwei weitere, formellere Diskursräume, in denen alle Gruppen der Polisbevölkerung bzw. alle sozialen Schichten zusammengekommen seien. Dreher ging nochmals auf die Hauptpunkte der vorangegangenen Beiträge ein und stellte fest, dass ihr Hauptgegenstand der Versuch gewesen sei, zu ergründen, wie und wo der „Mann auf der Straße“ seine Meinungen mit Wissen fundierte.

Die sich anschließende Diskussion wurde durch Felix Maier (Freiburg) eröffnet, der Christian Mann nach der Fundierung der Angst vor Gerüchten fragte. Mann wies darauf hin, dass Politiker in Athen nicht über einen größeren Apparat verfügten, die derlei Klatsch hätten unter die Leute bringen können. Alexandra Eckert (Oldenburg) fragte nach Unterschieden zu den Diskursräumen in der römischen Republik. Hans Beck betonte in seiner Antwort die Gemeinsamkeiten mit Athen, nannte jedoch auch den aus dem Römischen bekannten politischen Apparat als Unterschied. Christian Mann ergänzte, die Bedeutung der Volksversammlung sei in Athen ungleich höher gewesen als in Rom. Nebelin wies darauf hin, dass in Rom Amtsträger, sowie Ritter und Senatoren durch ihre Tracht im Stadtbild für jeden zu identifizieren waren. Dreher sah in der Gerichtsrede wiederum eine Gemeinsamkeit, und Rieß wies auf das Klientelwesen als eine in Athen unbekannte Form der Nahbeziehung hin. Die Frage nach der face-to-face-society auf Deme-Ebene beantwortete Christian Mann mit einem Verweis auf das Fehlen von Quellen. Angela Pabst (Halle) wies auf die Unterscheidungsschwierigkeiten von „wissen“ und „meinen“ in den Quellentexten hin, und Uwe Walter (Bielefeld) fügte hinzu, dass der Wissensbegriff präziser gefasst werden müsse und Wissen aus der Summe der Kenntnisse der Bürger nach Art einer „Schwarmintelligenz“ entstehen könne. Sebastian Schmidt-Hofner

(Tübingen) ergänzte mit dem Theater einen weiteren Diskursraum, der jedoch, wie Hans Beck entgegnete, anders als die „Straße“ eine Formalisierung aufwies. Martin Dreher merkte zudem an, dass die Athener zur Entschlüsselung der Bedeutungsebenen des Theaters über ein gewisses Wissen verfügen haben müssen. Die letzte Frage nach der Bedeutung von Glauben im Sinne des Vertrauens auf die Götter und speziell von Orakelsprüchen beantwortete Claudia Tiersch. Religion sei von großer Wichtigkeit gewesen, während die Relevanz von Orakeln im politischen Bereich stetig abnahm und zum wenig handlungsrelevanten Zusatzwissen wurde, was Christian Mann abschließend bestätigte.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Werner Rieß (Hamburg)

Werner Rieß (Hamburg): Einführung

Hans Beck (Montréal): Im Schatten der Pnyx. Die athenische Demokratie und das Wissen der Straße

Christian Mann (Mannheim): Der Ruf der Demagogen: Gerüchte als akkumuliertes Wissen und als politische Waffe

Claudia Tiersch (Berlin): Selbstbeschreibungen der Demokratie in attischen Reden

Dorothea Rohde (Bielefeld): Der politische Verrat als Gesinnungsdelikt. Der Vorzug des Glaubens vor dem Wissen

Katarina Nebelin (Rostock): Selbstoptimierung durch Wissen im klassischen Athen

Martin Dreher (Magdeburg): Synopsis

Tagungsbericht HT 2016: *Diskursräume der Aushandlung von Wissen und Meinungen im klassischen Athen*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike

Bericht von: Tabea Meurer, Seminar für Alte Geschichte / Institut für Epigraphik, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

„Treffen sich ein Mönch, ein Bischof, ein Aristokrat und ein Kaiser...“. Was zunächst wie die konventionelle Ankündigung eines abgedroschenen Witzes klingt, beschreibt doch prägnant die komplexe Konstellation religiöser und gesellschaftspolitischer Akteure in spätrömischer Zeit. Zugleich ist damit auch ein Spannungsfeld zwischen kirchlicher und staatlicher Ordnung sowie den sogenannten „Heiligen Männern“ außerhalb dieses Gefüges umrissen. Jenem Wechselverhältnis unterschiedlicher, teilweise konkurrierender Herrschaftsformen der Spätantike wandte sich die von Steffen Diefenbach (Konstanz) und Kai Trampedach (Heidelberg) geleitete Fachsektion anlässlich des 51. Deutschen Historikertages an der Universität Hamburg zu.

Ein forschungsgeschichtlicher Überblick führte sowohl in zentrale Problemstellungen als auch in die disziplininterne Relevanz der Thematik ein. Im Rekurs auf Peter Browns wegweisende Studie zu „Holy Men in Late Antiquity“¹ skizzierte KAI TRAMPEDACH (Heidelberg), wie eng die fortschreitende Etablierung althistorischer Forschung zur Spätantike mit der Frage nach gesellschaftlichem Ansehen und politischem Einfluss christlicher Asketen verknüpft war. Indes habe sich der Untersuchungsfokus in der letzten Dekade seit der Publikation Claudia Rapps Monographie „Holy Bishops“² zusehends verlagert. Jüngere Darstellungen strebten danach, statt Gegensätzen asketischer Macht und bischöflicher Herrschaft vielmehr deren Komplementaritäten hervorzuheben. Sozial- und kulturhistorische Eigenheiten der Autoritätsform „Asket“ seien jedoch darüber in den Hintergrund geraten. Mit methodischer Orientierung an Max Webers Idealtypus charismatischer Herr-

¹Peter Brown, *The Rise and Function of the Holy Men in Late Antiquity*, JRS 61 (1971), 80–101.

²Claudia Rapp, *Holy Bishops in Late Antiquity. The Nature of Christian Leadership in an Age of Transition (The Transformation of Classical Heritage 37)*, Berkeley u.a. 2005.

schaft formulierte Trapedach daher auch als gemeinsames Erkenntnisinteresse der Sektion, einerseits Herausforderungen institutioneller Ordnungen durch „Heilige Männer“ herauszuarbeiten, andererseits verschiedene diskursive Strategien ihrer Einbindung im Westen und Osten des Reiches aufzuzeigen. Inwieweit zudem eine medial vergleichende Perspektive analytische Vorzüge bietet, demonstrierte er sodann anhand der Wechselwirkungen spätrömischer Vitendarstellungen und rechtlicher Bestimmungen unter anderem des Konzils von Chalkedon. Am Beispiel der Lebensbeschreibung des Heiligen Daniels, eines syrischen Mönches und Styliten, erläuterte er abschließend die Bedeutsamkeit des kommunikativen Horizontes hagiographischer Narrationen im fünften und sechsten Jahrhundert.

Gedanklich unmittelbar daran knüpfte LUDWIG MEIERs (Heidelberg) Referat „Die Heiligen Männer und der rechte Glaube“ an. Direkt zu Beginn legte er den Zusammenhang zwischen expandierender, mönchisch geprägter Vitenliteratur und Auseinandersetzungen um religionspolitische Autorität im spätantiken Syrien dar. Grundlegend für seine Ausführungen waren die Konfliktlinien rundum die dogmatische Problematik der Personenlehre Christi, welche das Konzil von Chalkedon im Jahr 451 aus der Perspektive vieler östlicher Gläubigen nur unzureichend verhandelt habe. Wie syrische, anti-chalkedonische „holy men“ letztendlich zu der Entstehung einer eigenen, syrisch-orthodoxen Kirche beigetragen hätten, spiegele der hagiographische Diskurs, wenn auch zeitversetzt, wider. Induktiv entwickelte Meier im Anschluss die Thesen seines Vortrages mittels dreier Fallstudien. Zunächst thematisierte er das Beispiel des Einsiedlers Sergius von Amida, dessen Lebensgeschichte Johannes von Ephesus festhielt. Hauptaugenmerk lag auf Sergius' radikalem Verhalten sowohl gegenüber der dortigen jüdischen Gemeinde als auch der miaphysitisch orientierten Ortskirche: Mehrfach hintereinander brannte Sergius die Synagogen in der Gegend nieder, widersetzte sich Vermittlungsversuchen und behauptete gewaltsam seinen Standpunkt gegenüber lokalen Klerikern und Würdenträgern. Jene offensichtliche Zerstörungswut des „Heiligen Mannes“ sei indes der Hagiograph zum einen bemüht gewesen, in der Viten Erzählung positiv zu wenden. Zum anderen begründe Johannes von Ephesus aus seiner Gegenwart heraus literarisch den scheinbar dys-

funktionalen Autoritätsanspruch des Sergius. Abstrahierend hielt Meier ex post-Legitimierungen im Medium der Hagiographie als erstes, wesentliches Untersuchungsergebnis fest. Eine zweite Beobachtung leitete Meier aus einer weiteren Vitendarstellung des Johannes von Ephesus ab. Diese beinhaltete eine dämonisch inspirierte, falsche Marienvision, die zwei miaphysitische Mönche zuerst zu Fall brachte und dann zu Buße und Umkehr bewegte. Anstatt die teuflische Täuschung hinter den Worten eines besessenen jungen Mädchens zu erkennen, wollten die beiden Asketen aus ihrer, nicht der bischöflichen Hand die Priesterweihe empfangen. Hinter der Episode erkannte Meier in erster Linie Konflikte um christologische Orthodoxie im Syrien des fünften Jahrhunderts. Zugleich dokumentiere das Fallbeispiel der falschen Marienvision ebenfalls, dass „Heilige Männer“ die Autorität der Bischöfe nicht nur im dogmatischen Streit konstant herausforderten. Zwar reflektiere der sogenannte hagiographische Diskurs zeitgenössische religiöse und politische Auseinandersetzungen, verlagere sie jedoch auf eine narrative Ebene und konstituiere folglich eine andersartige soziale Wirklichkeit. Mit gegenläufigen Herrschaftsansprüchen von Bischöfen, Asketen und lokalen städtischen Eliten beschäftigte sich Meier in der letzten seiner drei Fallstudien. Am Beispiel zweier unterschiedlicher Viten des Johannes von Tella erörterte er, wie sich miaphysitische Asketen und Amtsträger symbolisch gegen die Chalkedonenser innerhalb ihres sozialen Umfelds zu Wehr zu setzen versuchten. So beschreibe Elias' Vita nicht nur Johannes' Versuch, die Konzilsvertreter aus seiner Ortskirche nachträglich die liturgische *memoria* zu versagen, sondern halte desgleichen fest, wie jene Maßnahme den ohnehin unpopulären Bischof letztlich die Akzeptanz seiner Gemeinde sowie der munizipalen Aristokratie zur Gänze kostete. Aus dieser komplexen Konstellation konkurrierender Autoritäten folgerte Meier schließlich, asketische „holy men“ miaphysitischen Gepräges hätten das Profil jener neuen, sich institutionalisierenden Kirchenströmung gerade durch ihre radikalen Handlungen gestärkt. Zeitgenössische Vitenerzählungen ermöglichten einen Einblick in die gesellschaftspolitische Gemengelage, wenn sich auch die Konflikte im Einzelnen lediglich durch eine Vielzahl und Vielfalt unterschiedlicher Quellen rekonstruieren ließen.

Wechselbeziehungen zwischen asketischer *sanctitas* und Amtsauto-

rität nahm sodann Steffen Diefenbachs Vortrag in den Blick. Inwiefern heiligenmäßige Lebensweise und Bischofsbild im späten vierten und fünften nachchristlichen Jahrhundert einander bedingten, erörterte Diefenbach zunächst mit Fokus auf den gallo-römischen Raum. Zentrales Fallbeispiel innerhalb seines ersten Vortragsteils war das Episkopat Martin von Tours, welches in der Vita des Sulpicius Severus beschrieben und überliefert wird. Insbesondere die Umstände der Bischofswahl Martins seien in der Vergangenheit kontrovers diskutiert worden. Sowohl Althistoriker als auch Mediävisten stießen sich in der Regel an der Ablehnung des demonstrativ demütig auftretenden Kandidaten durch die anderen anwesenden Bischöfe. Um jenes Spannungsverhältnis zwischen asketischem Habitus und episkopaler Autorität im Gallien des späten vierten Jahrhunderts nachzuvollziehen, ziehe die *communis opinio* der Forschung vor allem folgendes Erklärungsmodell heran: Vor allem die zeitgenössische senatorische Elite habe Martins *humilitas* eindrücklich abgelehnt. Demutsgesten hätten nämlich nicht ihrem soziokulturellen Selbstverständnis entsprochen; ein Umstand, der dem neugewählten Bischof von Tours wiederum in einer Zeit, da *virī clarissimi* zunehmend in kirchliche statt reichspolitische Karrieren drängten, zum Verhängnis geworden sei. Aus zwei Gründen bezweifelte Diefenbach jedoch eine fundamentale Frontstellung zwischen senatorisch-elitärem Habitus und heiligenmäßigem Charisma. Zum einen sei die zeichenhafte Aristokratisierung des Bischofsamtes in Gallien ein sehr spätes Phänomen gewesen, welches seine volle Entfaltung erst in merowingischer Zeit erreicht habe. Zum anderen verwies Diefenbach darauf, dass Martins Schüler und Hagiograph Sulpicius Severus selbst einem Netzwerk asketisch lebender Aristokraten angehört habe. Ähnlich wie auch sein Zeitgenosse Paulinus von Nola habe Sulpicius sich einem Leben in Verzicht und Gebet, einem gleichsam sakralen *otium cum dignitate*, verschrieben. Trotz späterer kirchlicher Ämter hätten sie stets abseits ihrer Gemeinde gelebt und ihr Ansehen primär aus ihrer performativen Demut geschöpft. Martins Amtsverständnis verortete Diefenbach dementsprechend im Kontext jener *nobiles sancti*. Den Gegenpol zum asketischen Bischofsbild suchte er stattdessen in Professionalisierungstendenzen innerhalb des gallischen Klerus. Da sich im vierten Jahrhundert ein innerkirchlicher *cursus honorum*, analog zum politischen, herausgebildet habe, hätten sich

Martins Widersacher wohl vor allem daran gestört, dass jener seinen Autoritätsanspruch nicht aufgrund der Ämterfolge, sondern aus einer persönlichen *imitatio Christi* heraus formulierte. Wie im weiteren fünften Jahrhundert sich jedoch das Bischofsamt zum Fluchtpunkt eines asketisch-aristokratischen Habitus entwickelte, erläuterte Diefenbach ferner im Rekurs auf die sogenannten Lériner Heiligenviten. In einem regional vergleichenden Ausblick setzte sich der Vortrag schließlich mit der These C. Rapps auseinander, asketische und bischöfliche Autorität stellten in der Spätantike keine einander ausschließenden Herrschaftsformen, sondern komplementäre Säulen zur (innerkirchlichen) Ordnungsbildung dar. Allein mit Blick auf die gallischen Befunde konnte Diefenbach ihre Annahmen bestätigen. Für den Osten des Reiches indes sei eine idealtypische Trennung durchaus sinnvoll. In diesem Zusammenhang unterstrich Diefenbach insbesondere den Umstand, dass sich östliche „Heilige Männer“ entweder klerikalen Würden widersetzen oder, wie beispielsweise Euthymius von Melitene, einen Weihegrad erst sehr spät annahmen. Ihre Heiligkeit stellten die Mönche zuvor unter Beweis. Anders als es das Konzept „holy bishops“ suggeriere, so folgerte Diefenbach letztlich, sei das Modell asketischer Amtsautorität in spätrömischer Zeit nicht ubiquitär verbreitet gewesen. Vielmehr weise es auf regionale Spezifika hin, die es nach wie vor zu erklären gelte.

Der vierte und letzte Sektionsbeitrag verließ schließlich den medialen Rahmen der Hagiographie und fokussierte auf normative Verfahren und legislative Maßnahmen gegenüber asketisch Lebenden. SEBASTIAN SCHMIDT-HOFNER (Tübingen) problematisierte eingangs das ungleiche Kräfteverhältnis charismatischer Autoritäten, welche z.B. syrische Mönche verkörperten, und öffentlicher politischer Akteure wie kommunaler Notablen oder gar dem Kaiser: Da sich sogenannte „Heilige Männer“ bewusst außerhalb der Reichweite öffentlicher Ordnung stellten bzw. diese hinterfragten, seien Recht und Rechtsordnung nur bedingt geeignete Instrumente gewesen, Asketen zu begegnen. Als Leitfrage seines Vortrages formulierte Schmidt-Hofner daher, wie allgemein staatliche und kirchliche Autorität auf die Herausforderungen durch Anachoreten und Koinobiten reagiert hätten und unter welchen Umständen Kaiser wie Bischöfe sich ihnen gegenüber rechtlicher Mittel bedienen konnten. Des Weiteren interessierten ihn kommunikative und

symbolische Strategien, die die einzelnen Akteure dabei einsetzten. Jenen Problemstellungen ging Schmidt-Hofner wiederum anhand dreier Fallbeispiele nach und entwickelte zugleich Parallelen zwischen den spezifischen Maßnahmen und allgemeinen gesetzgeberischen Tendenzen der Spätantike. Zunächst wandte sich sein Beitrag Kaiser Arkadius' Reichsgesetz über die Interzession Heiliger Männer aus dem Jahr 398 n.Chr. zu, welches im *Codex Theodosianus* unter 9, 40 16 tradiert ist. Zwar lasse das Gesetzesdiktum ein Bemühen von Seiten staatlicher Akteure erkennen, das ausufernd-anmaßende Verhalten insbesondere der Mönche von Konstantinopel zu disziplinieren und sie unter anderem im Umgang mit verurteilten Verbrechern in die Schranken zu weisen. Dennoch habe es sich nicht um repressive Maßnahmen gehandelt. Vielmehr illustrierten die einzelnen Bestimmungen den Versuch, die Mönche positiv in die bestehende Rechtsordnung einzubinden. So räumte der Kaiser den Asketen das Recht ein, direkt an ihn zu appellieren, um gleichsam durch die Hintertür deren *Parrhesia* (Redefreiheit) außerhalb offizieller juristischer Wege zu verhindern bzw. zu erschweren. Denn gerade aus jener außergesetzlichen Redefreiheit schöpften die Heiligen Männer ihre Autorität. Bemerkenswert an der formalen Gestaltung der Bestimmung sei überdies, so führte Schmidt-Hofner aus, ihr universeller Charakter. Als *lex generalis* beanspruchte sie allgemeine Gültigkeit. Sich legislativ an eine reichsweite Öffentlichkeit zu wenden charakterisierte Schmidt-Hofner sodann als zeittypisches Element kaiserlicher Gesetzgebung zu Beginn des fünften Jahrhunderts. Offenbar wollte Arkadius nicht nur den lokalen Autoritäten in der Hauptstadt, sondern Magistraten überall die Möglichkeit einräumen, die außergesetzlichen Autoritäten charismatischer Asketen zu beschneiden. Das zweite Fallbeispiel war den Konzilsbestimmungen von Chalkedon entnommen. Bei der Analyse der entsprechenden Kanones stellte sich heraus, dass sämtliche Bestimmungen zur Disziplinierung der Mönche, sei es die Maßregelung von Unruhestiftung, sei es die Begrenzung des Einzugs in die Hauptstadt, auf inszenierten Konsensfiktionen beruhten. Rhetorische Bezugnahmen auf einen (vorgeblichen) *consensus universorum* kennzeichnete Schmidt-Hofner ebenfalls als typisches Verfahren der zeitgenössischen rechtspolitischen Kultur. In der letzten Fallstudie zeigte sein Beitrag schließlich auf, wie ostentative Demutsgesten seitens

des Kaisers die *Parrhesia* der Asketen gleichsam ins Leere laufen ließen. Insbesondere Justinian habe sich verschiedentlich der Autorität Heiliger Männer unterworfen, um eine Auseinandersetzung mit ihnen performativ erfolgreich für sich zu entscheiden. Wie erfolgreich sich jene skizzierten normativen Mittel gegenüber Asketen in der rechtlichen Praxis erwiesen, ließ Schmidt-Hofner angesichts der begrenzten Quellenlage in der abschließenden Fragerunde jedoch bewusst offen.

Trafen sich in spätrömischer Zeit „ein Mönch, ein Bischof, ein Aristokrat und ein Kaiser“, dominierten folglich zuvorderst konkurrierende Autoritätsansprüche. Sämtliche Beiträge zur Sektion stellten heraus, welche fundamentale Herausforderungen sich kirchlichen wie staatlichen Akteuren stellten, wollten sie gegenläufige, charismatisch bedingte *sanctitas* medial, symbolisch und normativ einbinden. Zwar standen Kaiser, Bischöfe und regionale Machthaber in Gefahr, die direkte Konfrontation mit einem Asketen nicht unbeschadet zu überstehen. Doch nutzte sich jene Ressource, wie Trampedach mit Rekurs auf Schmidt-Hofners Fallbeispiele bemerkte, auch rasch ab. *Summa summarum* bot jene Integrationsproblematik zugleich eine Chance: Asketen ließen sich nicht nur durch kirchliche und staatliche Ordnungsbildung zurückdrängen, sondern konnten, so resümierte Diefenbach, auch *vice versa* gezielt aktiviert und eingesetzt werden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Steffen Diefenbach (Konstanz) / Kai Trampedach (Heidelberg)

Kai Trampedach (Heidelberg): Einführung

Ludwig Meier (Heidelberg): „Die Heiligen Männer und der rechte Glaube“

Steffen Diefenbach (Konstanz): „Askese im Amt. Die Quellen bischöflicher Autorität im West-Ost-Vergleich“

Sebastian Schmidt-Hofner (Tübingen): „Die Heiligen und das Recht von Staat und Kirche in der Spätantike“

Kai Trampedach (Heidelberg) / Steffen Diefenbach (Konstanz): Fazit und Abschlussdiskussion

Tagungsbericht HT 2016: *Zwischen Konkurrenz und Integration: ‚Heilige Männer‘ und die kirchliche und staatliche Ordnung in der Spätantike*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers – Obviously Believers – The Credibility of the Historian

Bericht von: Kristina Heubach, Lehrstuhl für Alte Geschichte, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Wieviel ‚Glauben‘ darf ein Historiker seinen Quellen entgegenbringen und was macht eine Quelle ‚glaubwürdig‘? Diesem Fragenkomplex ging die althistorische Sektion ‚Glauben und Glaubwürdigkeit des Historikers – Obviously Believers – The Credibility of the Historian‘ am Beispiel des thukydideischen Geschichtswerkes nach – einem Werk, das wie kaum ein anderes bis in die heutige Zeit zitiert und dabei nicht nur von Althistorikern für vielfältige Fragestellungen herangezogen wird. Zunächst führte CHRISTIAN WENDT (Berlin) in seiner Einleitung zur Sektion aus, dass sich die anschließenden Betrachtungen um die Felder Weltanschauung, Ideenwelt und das ‚Fürwahrhalten‘ positionieren und verschiedene Perspektiven auf Thukydides eröffnen.

Im ersten Vortrag arbeitete CHRISTIAN WENDT (Berlin) die Dichotomie zwischen Glauben und Glaubwürdigkeit bei Thukydides heraus. Seinen Fokus legte er auf die meist zitierten Passagen des thukydideischen Werkes und konnte dabei deutlich den Gegensatz zwischen Wahrheit und ‚Fürwahrhalten‘ zeigen. Bereits im ersten Kapitel beschreibt Thukydides seine Absicht, den Krieg zwischen seinen beiden Antagonisten Athen und Sparta darzulegen, „in der Erwartung, der Krieg

werde bedeutend werden und denkwürdiger als alle früheren“¹. Mit dem im Griechischen verwendeten Partizip Aorist *elpísas* (‚in der Hoffnung/Erwartung‘) wird interessanterweise zum Ausdruck gebracht, dass es sich keineswegs um ein Faktum, sondern vielmehr um die subjektive Einschätzung bzw. die plausible Annahme des Autors handelt.

Ähnlich verhält es sich beim so genannten Methodenkapitel, das durch die Unterscheidung von *aitíai* (‚Anlässe‘) und *alēthestátē próphasis* (‚wahrster Grund‘) für den Ausbruch des Peloponnesischen Krieges nicht selten als erste ‚Balance-of-Power‘-Theorie verstanden wird. Wendt konnte an diesem Beispiel plausibel machen, dass Thukydides weit weniger dogmatisch vorging als seine modernen Interpreten es ihm unterstellen. Denn vor allem durch das Verb *hēgoumai* (‚glauben‘) betont er hier seine subjektive Einschätzung.² Auf Grundlage dieser Beobachtung wird die Notwendigkeit einer neuen Betrachtungsweise dieser viel diskutierten Stelle ersichtlich: nicht mehr ‚Anlässe‘ sollten vom ‚wahrsten Grund‘, sondern scheinbar eindeutige Symptome von einer subjektiven, nicht belegten bzw. belegbaren Meinung getrennt werden.

Diese Trennung von Wahrheit und ‚Fürwahrhalten‘ tritt vor allem bei Reden hervor, die keine allgemein akzeptierten Ansichten, sondern Randpositionen präsentieren. Während die Figur des Redners selbst natürlich überzeugen möchte, distanziert sich Thukydides bewusst von den dort geäußerten Meinungen und überlässt den Lesern das Urteil, wodurch verschiedene Ebenen der Wahrheit und des ‚Fürwahrhaltens‘ entstehen. Dass diese Reden darüber hinaus noch eine weitere Ebene des Glaubens einbringen, wird im Vergleich mit den *erga* (‚Werke‘/‚Taten‘; bei Thukydides sind ‚erga‘ in Abgrenzung zu den Reden ‚Faktenge-schichte‘) deutlich, die im Gegensatz zu den Reden laut Thukydides ausschließlich auf überprüften Fakten und genauer Recherche fußen.³

Angesichts dieser Überlegungen kam Wendt zu dem Resultat, dass vor allem die viel zitierten Aussagen des Thukydides, die gemeinhin als

¹Thuk. I, 1; Übersetzung nach Landmann.

²Thuk. I, 23,6: „Den wahrsten Grund freilich, zugleich den meistbeschwiegenen, sehe ich (*hēgoumai*) im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Kriege zwang.“; Übersetzung nach Landmann.

³Thuk. I, 22,1-2.

Beleg für das kritisch-methodische Vorgehen des Autors herangezogen werden, besonders von Subjektivität geprägt sind und zeigen, dass der eigene Glaube und das ‚Fürwahrhalten‘ die eigentliche Grundlage der thukydideischen Darstellung bilden.

NEVILLE MORLEY (Exceter) schloss thematisch wie inhaltlich an die Ausführungen Wendts an, indem er mit den Begriffen ‚truth‘ und ‚trustworthy‘ operierte. Während auch diese Termini – ähnlich wie ‚Glaube‘ – von der modernen Geschichtswissenschaft zumeist als unkritisch abgelehnt werden, nutzt Thukydides diese Kategorien, um das Vertrauen seiner Leser zu gewinnen und durch seinen ‚neuen‘, stärker methodologisch wirkenden Zugriff seine eigene Glaubhaftigkeit *ad nihilum* zu konstruieren. Diese vermeintlich kritische Methode macht seine Darstellung des Peloponnesischen Krieges für viele vertrauenswürdig⁴ und die Rezeption scheint ihn darin noch zu bestätigen: zu den Argumenten des Thukydides wurden seit dem 18. Jahrhundert noch weitere für seine Glaubwürdigkeit hinzugefügt und als „justification of the historical enterprise as a whole“ genutzt.

Thukydides fungierte vor diesem Hintergrund lange als ‚role model‘, Vorbild und ideeller ‚Kollege‘ für nahezu jeden Historiker der Neuzeit. Dieses Bild verblasste im Laufe der Zeit aufgrund der fortschreitenden Etablierung der Geschichte als Wissenschaft und der Institutionalisierung des Fachs. In dem Maße wie die Autorität des Thukydides in der geschichtswissenschaftlichen Forschung schwand, nahm das Interesse an ihm und seinem Werk in den Politik- und Sozialwissenschaften zu. Als ‚political thinker‘ wird er heute immer öfter als ‚Experte‘ und Referenz im Zusammenhang mit modernen Ereignissen (z.B. Brexit) und Phänomenen (z.B. Donald Trump) zu Rate gezogen.

Nach Morley verbinden die genannten Fachrichtungen aber ähnliche Prinzipien: Während die Sozialwissenschaften aus der thukydideischen Darstellung möglichst viele Daten und Fakten ‚wegdiskutieren‘, um die darunter liegenden ‚patterns of human behaviour‘ herauszuarbeiten, negiert die Geschichtswissenschaft einen Gutteil des Textes als Topos oder Ausschmückung, um ein möglichst ungestörtes Bild der Vergangenheit sichtbar zu machen. Als Resultat bleibt, dass beide Richtungen weite

⁴Morley: „Thucydides is to be trusted, because his primary intention is to tell the truth.“

Teile des Werkes ignorieren oder relativieren müssen, um Thukydides weiterhin als ‚Kollegen‘ ansehen zu können. Die Erklärung der doch so unterschiedlichen aber konstanten Rezeption des thukydideischen Werkes sah Morley abschließend im spezifischen Nutzen der Darstellung für beide Fachrichtungen. Während Thukydides im 19. Jahrhundert zur Etablierung einer kritischen Geschichtswissenschaft beitrug, festigt er nun nicht nur die Grundsätze der Sozialwissenschaften, sondern dient diesen darüber hinaus als „alibi for non-engagement with history“, indem die Vergangenheit zwar thematisiert wird, dies jedoch hauptsächlich unter der Prämisse geschieht, die darunter verborgenen Prinzipien und Grundsätze menschlichen Handelns greifen zu können.

LIISI KEEDUS (York) betrachtete im Anschluss Leo Strauss und seine Positionierung zum Historismus. Strauss definierte politische Philosophie als „quest for universal standards“, welche durch den Historismus und seine ihm zugrundeliegenden Prinzipien eingengt wurden. So sah er die Gefahr, dass durch die Geschichtswissenschaft als solche das Philosophieren zur bloßen ‚Chronologie von Gedanken‘ verkomme. Der geistige Begründer des amerikanischen Neoliberalismus war dabei laut Keedus wesentlich mehr durch die Prinzipien des Historismus und historische Methoden geprägt, als gemeinhin angenommen wird; sie charakterisierte Strauss nicht als ‚a-historical‘, sondern als ‚anti-historical thinker‘, der dabei dennoch in seiner Beschäftigung mit antiker Überlieferung immer auf akkurater historischer und politischer Interpretation beharrte. Die Erklärung für dieses Vorgehen scheint vor allem in seiner Sozialisierung in der deutschen Wissenschaftslandschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts zu liegen.

Während Strauss zwar die Möglichkeit der Existenz einer „unhistorical political philosophy“ als Utopie verstand, kritisierte er zugleich die Intentionen und den Glauben des Historismus: Um die ‚Wahrheit‘ zu finden, müsse der Historist die Welt des antiken Autors besser verstehen als dieser selbst. Da jedoch jeder Autor in seiner eigenen Zeit, unter den jeweils gültigen Normen schreibt und vor diesem Hintergrund entsprechend gelesen werden muss, kann klassische Literatur nur dann richtig verstanden werden, wenn der Betrachter bereit ist, die zuvor definierte historistische Grundeinstellung und Methode nicht konsequent zu Ende zu führen.

Darüber hinaus zeichnete Keedus Strauss als ‚contextualist‘, der zwar bestimmte hermeneutische Prinzipien verfolgte, die Existenz einer universellen hermeneutischen Theorie jedoch ablehnte: „There is no universal hermeneutic theory, interpretation is always occasional“. Der Mensch könne sich zudem nur selbst hinterfragen, wenn er der Vergangenheit gegenüber offen bliebe. Damit rückte Strauss wesentlich näher an die so genannte Cambridge School heran, die vor allem die Strauss'sche Interpretation von Hobbes ablehnt, was in der anschließenden kurzen Diskussion noch vertieft wurde.

Den Abschluss der Sektion leitete UWE WALTER (Bielefeld) mit einem Kommentar ein. Von Thukydides ausgehend unterscheidet er in der modernen althistorischen Forschung zwischen drei Ebenen des ‚Glaubens‘: Zunächst betonte er das Erbe des 19. Jahrhunderts in Gestalt der Wissenschaftsgläubigkeit und des Glaubens an die Überlegenheit der Methode. In der ebenfalls von Morley erwähnten Etablierung der Historia als Wissenschaft diene Thukydides dementsprechend lange Zeit als eine Art ‚Säulenheiliger‘, dessen institutionelles Erbe noch heute in der den geschichtswissenschaftlichen Disziplinen innewohnenden Hierarchie erkennbar sei. Hinzu träte mit dem ständigen Diskurs über den besten methodischen Zugriff ein gewisser Missionierungsgedanke.

Darüber hinaus finde sich nach Walter in der Geschichtswissenschaft ein disziplininterner Glaube, der sich in verschiedenen Paradigmen, wie die lange vorherrschende Fixierung auf den Staat als wichtigsten Akteur der Geschichte, widerspiegele. Er betonte jedoch ebenfalls, dass jedes Paradigma seine Zeit habe und eine Auflehnung gegen bestehende Konventionen die Wissenschaft voranbringen und überaus fruchtbar genutzt werden könne.

Zuletzt sah Walter die dritte Ebene des ‚Glaubens‘ in der täglichen Forschungspraxis und einem gewissen ihr zugrunde liegenden Konventionalismus, der es erlaube, bestimmte Fakten und Gegebenheiten als glaubwürdig und richtig zu erachten, ohne diese selbst grundlegend überprüft zu haben.

Insgesamt bildete der Kommentar trotz relativ geringer Referenzen auf die vorangegangenen Vorträge einen durchaus gelungenen Abschluss der Sektion; in der anschließenden Diskussion konnten darüber hinaus einzelne Aspekte der Vorträge noch präzisiert werden.

Wie die Sektion zeigen konnte, übte und übt Thukydides wie kein zweiter antiker Autor einen ungebrochenen Einfluss auf Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaft aus. Zwar erfuhren auch andere antike Autoren wie Livius und Tacitus eine reiche, frühneuzeitliche Rezeption, doch konnte niemand Thukydides seine herausgehobene Position als erster ‚political-thinker‘ streitig machen. Der Leitanspruch der Historiker, so Walter abschließend, leite sich eben nicht mehr so sehr aus theoretischen, sondern aus politischen Grundsätzen ab.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Christian Wendt (Berlin) / Neville Morley (Exeter)

Christian Wendt (Berlin): Glauben an und bei Thukydides

Neville Morley (Exeter): Belief in an Unhistorical Thucydides

Liisi Keedus (York): O ye of different faith – Leo Strauss and his school

Uwe Walter (Bielefeld): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Glauben und die Glaubwürdigkeit des Historikers – Obviously Believers – The Credibility of the Historian*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.10.2016.

HT 2016: Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike

Bericht von: Franziska Lupp, Institut für Geschichte, Technische Universität Dresden

KATHARINA WOJCIECH (Freiburg/Bordeaux) führte in die Sektion ein. Anhand des Beispiels der Rede des Demosthenes gegen Aischines, in welcher dem Beschuldigten vorgeworfen wurde, den seit jeher bestehenden Anspruch auf Amphipolis unzureichend begründet zu haben, illustrierte sie die Kernfrage der Sektion: Glaubten die antiken

Zeitgenossen tatsächlich an diese so heraufbeschworene Vergangenheit? Die Glaubensfrage erneut zu stellen, die antiken Zugänge zur eigenen und fremden Geschichte zu untersuchen und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen griechischer und römischer Erinnerungskultur aufzuzeigen, waren die gesetzten Ziele der Sektion, in deren Rahmen bewusst unterschiedliche Räume, Kontexte und Epochen behandelt wurden.

Zunächst beschäftigte sich MARIA OSMERS (Würzburg) mit Herakles. Ihren Beitrag widmete sie der Frage, ob Herakles ein Heros für alle war. Osmers zufolge ging die Bezugnahme auf Herakles über den kulturellen Selbstzweck hinaus: Vielmehr seien mit ihr konkrete politische Ziele verfolgt worden. So proklamierten bspw. Städte durch die Integration des Herakles in ihre eigene Geschichte eine Bedeutung und auch Adelsgeschlechter legitimierten durch genealogische Anknüpfung an den Heros innenpolitische Ansprüche. Obwohl Herakles ein panhellenischer Heros war – die Erzählungen über die zwölf Taten des Herakles lassen sich in leicht variierender Form in ganz Hellas nachweisen – spreche nicht zuletzt das Fortbestehen lokaler Traditionen und die uneinheitliche Charakterzeichnung des Heros gegen eine Kanonisierung der mit ihm verbundenen Geschichten. Dies führte zur Entstehung vielfältiger, teilweise unvereinbarer Erzählungen. Die Versuche einiger Gemeinwesen, wie Sparta und Theben, ihre Version durchzusetzen und damit den Mythos des Herakles für sich zu vereinnahmen, blieben größtenteils erfolglos. Eher differenzierte sich die Figur des Herakles immer weiter aus: Osmers konkludiert, dass die Griechen Herakles nicht als dorischen, sondern vielmehr als multilokalen Heros wahrnahmen. Eine besondere Rolle nahm Herakles auch in der Außenpolitik ein. Dabei führte der Variantenreichtum, so Osmers, nur selten zu Konflikten. Erst, wenn eine Variante die Vorstellung oder Ansprüche des Gegners herausforderte, sei Widerspruch erhoben worden. So entstand eine ‚gegläubte Geschichte‘, die jene Darstellungen des Herakles umfasste, die als relevante Vergangenheiten der Gegenseite akzeptiert wurden. Dieser flexible Umgang der Griechen auf der einen und die Vielschichtigkeit und Bekanntheit des Herakles auf der anderen Seite konstituierten Osmers zufolge Herakles als einen Heros für alle.

Mit den Latinern als ‚Glaubensgemeinschaft‘, also als einem Volk,

das an eine gemeinsame Abstammung glaubt, beschäftigte sich EVA HAGEN (Freiburg/Paris). Sie legte ihrem Beitrag die Frage zugrunde, welche Arten von Geschichten im antiken Latium ‚glaubwürdig‘ waren. Anhand von nichtliterarischen Zeugnissen, nämlich Inschriften und Münzen, konnte Hagen belegen, dass sich die Glaubwürdigkeit in der tatsächlichen Wirksamkeit konstruierter Geschichten äußerte. Hagen zeigte, dass gerade eponyme oder aus griechischen Epen stammende Heroen weit mehr als eine rein literarische Kreation ohne weitere Relevanz waren, sondern durchaus ‚Glaubwürdigkeit‘ besaßen und bei den Latinern Bedeutung erlangten. Dabei betrachtete sie zwei Ebenen von Ursprungsgeschichten: Erzählungen über die Gründung latinischer Städte zum einen und Erzählungen über die Ursprünge des Ethnos der Latiner zum anderen. Dass Erzählungen, welche die Gründungsväter latinischer Städte auch als Stammväter von Familien auswiesen, durchaus Glaubwürdigkeit besaßen, zeigte Hagen am Beispiel der römischen Caecilii und der tusculanischen Mamilii. Aber auch im diplomatischen Kontext wurde auf Gründungsgeschichten zurückgegriffen. So erneuerten die Bürger Kenturipes und Lanuviums ihre verwandtschaftliche und gastfreundschaftliche Beziehung, die auf den Helden Lanoios zurückgeführt wurde. Die Zugehörigkeit zu den Latinern insgesamt konnte, so Hagen, über die Abstammung von den Söhnen des Odysseus und der Kirke ausgedrückt werden. Etwa im 4. Jh. entwickelte sich daraus eine komplexere Ursprungserzählung, der zufolge das Volk der Latiner aus dem Zusammenschluss trojanischer Flüchtlinge mit dem (ebenso erfundenen) Volk der *Aborigines* hervorgegangen sei. Während sowohl die Bezugnahme auf Odysseus als auch auf die *Aborigines* den Latinern glaubwürdig erschienen sein könnten, habe die Erzählung über die Ursprünge der latinischen Städte als Gründungen von Alba Longa, wie Hagen darlegt, unter den Latinern wohl kaum Glauben gefunden. Sie setzte sich in den latinischen Städten und außerhalb der annalistischen Historiographie nicht durch. Vielmehr handle es sich hier um ein diplomatisches Argument innerhalb der historiographischen Darstellung der Konflikte zwischen Rom und Latinern.

KATHARINA WOJCIECH (Freiburg/Bordeaux) untersuchte in ihrem Beitrag das Bedürfnis nach neuen identitätsstiftenden Figuren innerhalb der attischen Rhetorik. Aus der Beobachtung heraus, dass in

attischen Reden häufig auf Gesetzgeber und Strategen Bezug genommen wurde, weniger aber auf mythische Persönlichkeiten, erschloss Wojciech eine Bedeutungsverschiebung von „Theseus zu Chabrias“. Mythische Paradeigmata erfüllten in der attischen Gerichtsrhetorik drei Funktionen: Erstens dienten namentliche Vergleiche der Diffamierung, indem mythische Heroen als Codes für Verfehlungen, wie Gattenmord oder Tyrannenherrschaft, wirken konnten. Zweitens wurden durch ihre Nennung Ansprüche auf Territorien sowie die Demokratie und ihre Institutionen legitimiert. Drittens garantierten die Heroen den äußeren Schutz und den Fortbestand der Polis durch ihre völlige Ausrichtung auf das Vaterland. Diesen Funktionen mythischer Paradeigmata stellte Wojciech die der jüngeren Paradeigmata gegenüber. Dabei zeigte sie, dass die Bezugnahme auf historisch gesicherte Persönlichkeiten in der attischen Gerichtsrhetorik ganz ähnliche Funktionen erfüllte. Zwar sei der Prozess der Kodierung bei den zeitgenössischen Strategen noch im Gange gewesen, doch stellte Wojciech eine bereits auffällig starke Fixierung auf ihre historische Rolle fest, die ihre Instrumentalisierung in der attischen Gerichtsrhetorik ermöglichte. Anhand der Rede des Demosthenes gegen Leptines zeigte Wojciech, dass auch die jüngeren Helden erstens für den Schutz der Polis und ihrer Interessen einstanden und zweitens den Anspruch der Athener auf die Hegemonie in Griechenland legitimieren sollten. So entwarf Demosthenes das Bild eines Konons, der durch die Befreiung der Bundesgenossen der Athener und durch die Beendigung der als ungerecht empfundenen Herrschaft Spartas die Polis geschützt und die athenische Hegemonialstellung gesichert hat. Drittens konnte ihre Nennung aber auch diffamierend wirken: Der Vergleich des Leptines mit Konon und Chabrias sollte die Undankbarkeit des Prozessgegners zum Ausdruck bringen. Die historischen Persönlichkeiten und Zeitgenossen dienten dabei als neue Identifikationsfiguren, mit denen, wie Wojciech feststellte, die Schwäche nach der Niederlage im Peloponnesischen Krieg überwunden werden sollte: Eben weil es nicht mehr genug gewesen sei, die gute alte Zeit heraufzubeschwören, bedurfte die athenische Hegemonialstellung einer neuen Rechtfertigung und neuer Identifikationssymbole.

Wie die Einbettung von Ritualen in Vergangenheitsbezüge dazu diente, eine Gesellschaft in Umbruchszeiten neu zu definieren, zeigte

ANGELA GANTER (Dresden/Erlangen) am Beispiel des Festes der Lupercalia. In das Zentrum ihres Beitrags stellte sie die Frage, wie man zwischen später Republik und früher Kaiserzeit mit diesem Fest und seinen archaisch anmutenden Ritualen umging. Dies war bereits bei den Römern umstritten, denn nackt umherlaufende Luperci, welche die Zuschauer verspotteten und die ihnen dargebotenen Frauenhände und -rücken mit Fellriemen schlugen, schienen so gar nicht in das Selbstbild der antiken Millionenstadt Rom zu passen. Autoren wie Cicero oder Cassius Dio sahen darin nicht nur die Untergrabung römisch-republikanischer, sondern zivilisatorischer Standards überhaupt. Wie also ging man mit diesem Spannungsverhältnis um? Das uralte Fest der Luperci war zu tief im römischen Jahreskreis verankert, als dass eine grundsätzliche Abänderung oder gar Abschaffung denkbar gewesen wäre. Gelehrten Diskurse erklärten die Riten anhand ihrer Ursprünge. Sie stellten die Lupercalia als ein zweifellos sehr altes, aus einer gänzlich anderen Zeit stammendes Fest dar, dessen Anfänge noch vor die Gründungszeit Roms zurückreichten. Ganter zeigte, dass sich die Riten vor allem durch einen besonderen Gegenwartsbezug auszeichneten, mittels dessen die Gründungszeit in die eigene Zeit geholt wurde. Dieser Gegenwartsbezug werde zum einen auf zeitlicher Ebene durch die Gegenüberstellung von Temporaladverbien wie *nunc* und *tum* deutlich, zum anderen auf räumlicher Ebene durch Bezugnahme auf in Rom vorhandene Strukturen. Dafür spreche nicht zuletzt, dass sich das Lupercal am Palatin befand, also an eben jenem Hügel, an dem die Besiedelung Roms begonnen haben soll. Außerdem führte ihr Lauf die Luperci an erinnerungsträchtigen Orten vorbei, vermutlich bis hin zum Forum Romanum. So sei den Einwohnern Roms die Bedeutung dieser Orte durch die mit dem Fest verbundenen Rituale wieder bewusst gemacht worden. Vielmehr noch vermochten gerade die archaisch anmutenden Rituale kollektive Emotionen zu schüren, eine Rückbesinnung auf die Vorzeit zu ermöglichen und so, wie Ganter feststellte, die existenziellen Grundlagen der Gesellschaft in den Vordergrund zu rücken. Genau diese Macht, die den altherwürdigen Ritualen innewohnte, siegte über das Unbehagen.

An die Ausführungen von Ganter schloss UWE WALTER (Bielefeld) seinen Kommentar an. Er befand, die Zielstellung der Sektion nicht nur

HT 2016: State, Kingdom and Empire: The Experiences in Pre-modern India and Europe

Bericht von: Philip Martin Straub, Seminar für Alte Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

Findet bei der Beschreibung gesellschaftlicher Organisationseinheiten der Staatsbegriff Anwendung, so hat der deutsche Historiker stets Max Webers Begriffsdefinition im Hinterkopf.¹ Zur Beschreibung vormoderner Gesellschaften ist die Definition Webers allerdings nur bedingt geeignet, da vormoderne „Staaten“ oft weder über ein klar begrenztes Herrschaftsgebiet („Territorium“) verfügten, noch eindeutig lokalisierbare Zentralgewalten alle Gewaltmittel legitimerweise auf sich konzentrierten („Gewaltmonopol“). Dieser Befund vermag kaum zu überraschen, hatte Weber doch bei seiner Analyse den Beamtenstaat im deutschen Kaiserreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts vor Augen.² Für die Beschreibung vormoderner Gesellschaftsordnungen wird daher eher von Imperien oder Königreichen gesprochen, während die Anwendbarkeit des Begriffs Staat kontrovers diskutiert wird.³

Laut Herfried Münkler schließen sich Staat und Imperium jedoch nicht aus. Vielmehr tendieren staatliche und imperiale Strukturen dazu,

¹Weber versteht unter einem Staat bekanntlich einen „Herrschaftsverband [...], der innerhalb eines Gebietes die legitime physische Gewaltsamkeit als Mittel der Herrschaft zu monopolisieren mit Erfolg getrachtet hat“. Max Weber, Gesamtausgabe. Abteilung I: Schriften und Reden. Band 17. Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Wolfgang J. Mommsen / Wolfgang Schluchter (Hrsg.), Politik als Beruf 1919, Tübingen 1992, S. 166.

²Kritisch zur Anwendung des Staatsbegriffes auf vormoderne Gesellschaften vgl. Carl Schmitt, Der Staat als ein konkreter, an eine geschichtliche Epoche gebundener Begriff, in: ders. (Hrsg.), Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924 - 1954, Berlin 1958, S. 375-385.

³Christoph Lundgreen, Staatsdiskurse in Rom? Staatlichkeit als analytische Kategorie für die römische Republik, in: ders. (Hrsg.), Staatlichkeit in Rom? Diskurse und Praxis (in) der römischen Republik (Staatsdiskurse 28), Stuttgart 2014, S. 13-61. Zur Verwendung des Staatsbegriffes im Kontext vormoderner Gesellschaften vgl. Scheidel, Walter, Studying the state, in: Peter F. Bang / Walter Scheidel (Hrsg.), The Oxford handbook of the state in the ancient Near East and Mediterranean, Oxford / New York 2013, S. 5-57. Kritischer zur vormodernen Staatlichkeit vgl. Winterling, Aloys, „Staat“ in der griechisch-römischen Antike?, in: Christoph Lundgreen (Hrsg.), Staatlichkeit in Rom? Diskurse und Praxis (in) der römischen Republik (Staatsdiskurse 28), Stuttgart 2014, S. 249-256.

auf den Vergleich zwischen griechischer und römischer Erinnerungskultur zu beschränken, sondern um die Frage nach den Grenzen ihres Funktionierens im pragmatischen Kontext zu erweitern. Darüber hinaus regte er zu weiteren Untersuchungen an, die sich mit denjenigen Fällen beschäftigen, in denen Griechen entscheidungsbefugten Römern historische Argumente vortrugen. Zu denken sei hier an Gesandtschaften im Senat oder an die Athener gegenüber Sulla. Diese Untersuchungen, so Walters Vermutung, würden Gemeinsamkeiten, zum Beispiel in Bezug auf die beiden Parteien gemeinsamen Kulturen der öffentlichen Rede, und Unterschiede, wie die Funktionsweisen verschiedener Exempla, offenbaren.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Katharina Wojciech (Freiburg / Bordeaux)

Maria Osmers (Würzburg): Herakles für alle? Vergangenheit als politisches Argument in der griechischen Antike.

Eva Hagen (Freiburg / Paris): Glaubensgemeinschaften: Ursprungserzählungen und ethnische Identität in Rom und Latium.

Katharina Wojciech (Freiburg / Bordeaux): Von Theseus zu Chabrias: Protagonisten historischer Erzählung in der attischen Rhetorik des 4. Jh. v. Chr.

Angela Ganter (Dresden / Erlangen):

Mythos, Ritual und Rationalisierung: Romulus und Remus auf den Lupercalia, oder: Das augusteische Rom als Hirtenidyll.

Kommentar: Uwe Walter (Bielefeld)

Tagungsbericht HT 2016: *Vergangenheit als Glaubensfrage? Geschichte in der politischen Kommunikation der Antike*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 05.11.2016.

sich zu überlagern. Eine konkrete Definition des Imperiums vermeidet Münkler zu Recht. Vielmehr liefert er einen Katalog imperialer Merkmale, anhand derer sich Imperien identifizieren und in ihren historischen Erscheinungsformen unterscheiden lassen.⁴

Als dritte, derzeit etwas vernachlässigte Kategorie nahm die Sektion das Königtum in den Blick, das sich weniger institutionell als dynastisch, charismatisch oder religiös legitimiert. Häufig wird das Königtum mit Weber als ein Herrschaftstyp begriffen, der lediglich eine Vorstufe staatlicher bzw. imperialer Herrschaft darstellt. Die Sektion hatte es sich zur Aufgabe gemacht, zu fragen, inwiefern Staat, Imperium und Königreich als Herrschaftstypen einen Vergleich antiker Reichsentwicklungen in Europa und Vorderasien auf der einen Seite und auf dem indischen Subkontinent zur Zeit des „Early Medieval“ auf der anderen sinnvoll machen. Ein wesentliches Ziel der Sektion war es, die Möglichkeiten oder auch Grenzen eines Austausches zwischen der europäisch-westlichen und indischen Erforschung der Vormoderne auszuloten und zu intensivieren.

PETER BANG (Kopenhagen) ging der Frage nach, inwieweit Vergleiche mit außereuropäischen Großreichen dazu beitragen können, das Verständnis von Staatlichkeit und imperialen Strukturen in der römischen Geschichte zu erweitern. Bang kritisierte, dass die westliche Geschichtswissenschaft noch immer stark einem eurozentrischen Geschichtsverständnis verhaftet sei. Bereits die Periodisierung der Geschichte in Antike, Mittelalter, frühe Neuzeit und Neuzeit sei im außereuropäischen Kontext wenig hilfreich und revisionsbedürftig (s. auch unten Kulke). Vor allem der wirtschaftliche Aufstieg Chinas markiere das Ende der Zeit, in der Europa die Deutungshoheit über die Weltgeschichte habe beanspruchen können. Entsprechend sei es für die westliche Geschichtswissenschaft an der Zeit, die europäische Geschichte innerhalb ihres globalen Kontexts, ihrer globalen Beziehungen und Zäsuren zu untersuchen.⁵

⁴Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 8, 16-18.

⁵Peter F. Bang, *The Roman Empire II: The Monarchy*, in: ders. / Walter Scheidel (Hrsg.), *The Oxford handbook of the state in the ancient Near East and Mediterranean*, Oxford / New York 2013, S. 412-472.

So sind etwa Expansion und innere Entwicklung des römischen Reichs deutlich besser zu verstehen, wenn sie mit außereuropäischen „universal empires“ verglichen werden.⁶ Unter einem „universal empire“ versteht Bang ein Imperium mit universellem Machtanspruch, der es nicht erlaubt, andere Herrschaftsgebilde als gleichwertig zu akzeptieren. Kein Imperium habe jedoch je tatsächlich eine universelle Machtstellung erlangen können. Lediglich das Selbstverständnis eines Reiches als Weltreich sei ausschlaggebend, sodass durchaus mehrere *universal empires* nebeneinander existieren konnten.

In der europäischen Geschichte erscheine Rom zunächst als Ausnahme und Paradigma eines universal empire. Im globalen Vergleich, etwa mit China, so betonte Bang, stellte es jedoch die weltgeschichtliche Norm dar.

HERMANN KULKE (Kiel) widmete sich der Staatsbildung im vor-modernen Indien. Die genauen Umstände und der Zeitpunkt der indoarischen Emigration aus dem zentralsüdasiatischen Raum stehen noch immer stark in der Diskussion. Fest stehe jedoch, dass indoarische Auswanderer im Zuge ihrer West-Migration – gegen Ende des 2. Jahrtausends v.u.Z. – mit den urbanen Indus-Kulturen zwischen dem Arabischen Meer und dem heutigen Islamabad in Kontakt kamen.

Der Prozess der Staatsbildung vollzog sich laut Kulke im nördlichen Indien, indem kleine Herrschaftseinheiten von größeren übernommen wurden und in diesen aufgingen („*law of the fish, according to which the big fish swallows the small ones*“). Zunächst skizzierte Kulke die Entwicklung der kleinen Stammesherrschaften des 9. Jahrhunderts v.u.Z. (*janapadas*) über die ersten 16 indischen Territorialstaaten (*mahajanapadas*) und das Nanda-Reich als ersten transregionalen Staat der Region hin zum großen panindischen Magadha-Königreich, welches ca. 320 v.u.Z. unter der Maurya-Dynastie gegründet wurde.

Als einschneidend sowohl für die indische wie auch die europäische Geschichte bewertet Kulke die Hunneneinfälle im 5. Jahrhundert. Diese

⁶Vgl. Peter F. Bang / Dariusz W. Kołodziejczyk, 'Elephant of India': universal empire through time and across cultures, in: Peter F. Bang / Dariusz W. Kołodziejczyk (Hrsg.): *Universal Empire. A Comparative Approach to Imperial Culture and Representation in Eurasian History*, Cambridge u.a. 2012, S. 1-40, hier S. 10. Dieser Anspruch auf Universalität lässt sich gut mit der von Münkler formulierten „imperialen Mission“ von Imperien begründen.

seien zwar nach neuerer Forschung nicht die Hauptursache des Zerfalls lokaler Staaten gewesen, hätten ihn jedoch befördert. Auch die arabische Eroberung zu Beginn des 8. Jahrhunderts stelle für beide Kulturkreise eine Zäsur dar. Es ließen sich zahlreiche weitere gesellschaftliche Bereiche aufzeigen, in denen die indische und europäische Geschichte sich parallel oder in Relation zueinander entwickelt hätten, wie etwa die steigende Bedeutung des Hinduismus und der christlichen Kirche. In globaler Perspektive seien deswegen gemeinsame Epochenbegriffe zu entwickeln, die sich auf Zäsuren in beiden Kulturräumen beziehen ließen und so den historischen Vergleich erleichterten.

Mit Blick auf das Sektionsthema widmete sich Kulke zum Ende seines Vortrags der Frage, ob der panindische Staat unter der Maurya-Dynastie als Imperium oder lediglich als Großreich zu klassifizieren sei. Dabei stellte er heraus, dass die territoriale Ausdehnung eines Reiches keine Rückschlüsse auf den Grad an Staatlichkeit zulasse. Entsprechend qualifiziere sich das Reich erst ab der administrativen Zentralisation unter Ashoka in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts als Imperium.

CHRISTOPH LUNDGREEN (Dresden) unterstrich, dass es durchaus möglich sei, den Staatsbegriff fruchtbar auf vormoderne Gesellschaften anzuwenden. Es sei für Historiker sogar unumgänglich, die Vergangenheit mit den Begriffen und Definitionen ihrer eigenen Zeit zu fassen.

Hierzu sei allerdings unverzichtbar, das starre Staatsverständnis, das in der deutschen Geschichtswissenschaft – vor allem im Rückgriff auf Weber – vorherrsche, aufzugeben. Vielmehr müsse es durch eine flexiblere Staatsvorstellung ersetzt werden, welche verschiedene Grade von Staatlichkeit zulasse. Staatlichkeit solle, so Lundgreen, nicht als Zustand, sondern als Prozess verstanden werden. Entsprechend sei die Frage nach Staatlichkeit in einer Gesellschaft nicht mit Ja oder Nein zu beantworten. Stattdessen sei zu klären, wie ausgeprägt staatliche Strukturen in einer Gesellschaft seien.

Lundgreen schlägt drei Analyseebenen vor: „*statehood*“, „*state organisation*“ und „*stateness*“.⁷ Unter *statehood* versucht Lundgreen die Außenwahrnehmung einer herrschaftsorganisatorischen Entität durch

⁷Lundgreen nannte in seinem Vortrag zudem die Kategorie der „*state power*“, auf die aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Sektionsberichtes an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

andere Akteure zu fassen, während *state organisation* die Regierungsform (Königsherrschaft, Demokratie etc.) beschreibt. Unter *stateness* hingegen versteht er die administrativen und herrschaftlichen Strukturen innerhalb einer solchen Einheit. Wie ausgeprägt die *stateness* in einem Herrschaftsgebilde war, möchte Lundgreen in Anlehnung an Norbert Elias daran bemessen, wie stark Schlüsselmonopole in zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders auf eine Zentralgewalt konzentriert waren.⁸

BHAIRABI PRASAD SAHU (Dehli) betrachtete die Entwicklung der frühen indischen Königreiche seit dem 6. Jahrhundert über die komplexen staatlichen Herrschaftssysteme in der Mitte des 8. Jahrhunderts hin zu den Großreichen, welche die Region um die Jahrtausendwende dominierten. Geographisch konzentrierte er sich auf Odisha, eine Provinz im Nordosten des indischen Subkontinents. Auch Sahu sieht Möglichkeiten und Chancen struktureller Vergleiche zwischen dem europäischen und dem indischen Raum. Er betonte jedoch, dass Vergleichbarkeit nicht zwangsläufig Ähnlichkeit impliziere oder voraussetze.

Zum Vergleich böten sich das Karolingerreich und dessen Nachfolgereiche sowie die späten Reiche der östlichen Gangesregion an. In diesem Fall ließen sich tatsächlich Parallelen feststellen, wie die Reiche ihre Macht durch Eroberungen zunächst erweiterten und anschließend in den eroberten Gebieten Herrschaftsstrukturen etablierten. Auf diese Weise seien sowohl im westeuropäischen als auch im indischen Raum zumindest vorübergehend stabile transregionale Staaten entstanden.

KESAVAN VELUTHAT (Hyderabad) beleuchtete die Etablierung und Transformation von Staaten im äußersten Süden des indischen Subkontinents, die sich unter ganz anderen geographischen Bedingungen als in Odisha entwickelten. Veluthat fasste dabei zwei soziale Gefüge ins Auge, nämlich Stammesgesellschaften auf der einen und staatliche auf der anderen. Ein wesentlicher Faktor der Etablierung und Konso-

⁸Vgl. Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. 2. Wandlungen der Gesellschaft, Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 159), 20. Aufl. Frankfurt am Main 1997, S. 151-165. In Weiterentwicklung der Überlegungen von Elias bezeichnen Philipp Genschel und Bernhard Zangl den Staat als „ein[en] Monopolanbieter politischer Herrschaft“. Vgl. Genschel, Philipp / Zangl, Bernhard, Metamorphosen des Staates – vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager, Leviathan 36,3 (2008), S. 430-454, das Zitat auf S. 432.

lidierung größerer herrschaftlicher Einheiten war die landwirtschaftliche Produktion. Zwar gibt es nur wenige Quellen, die uns Aufschluss über die administrativen Strukturen der frühen Stammesherrschaften geben, doch muss die Subsistenzwirtschaft der lokalen Stammesgesellschaft mit nur geringer Überschussproduktion der Ausbreitung einzelner Stammesherrschaften zunächst enge Grenzen gesetzt haben. Im Wettstreit um die territoriale Dominanz in der Region besaßen jene Stammesfürsten einen Vorteil, welche die ertragreichen, reisproduzierenden Ebenen oder einträgliche Handelshäfen kontrollierten.

Veluthat verdeutlichte an Bildquellen die transregionale Bedeutung von Kulturen und Bräuchen und strich heraus, dass sich auch die sozialen Strukturen innerhalb der Stammesgesellschaften stark ähnelten. Diese Gemeinsamkeiten hätten, verstärkt im Zuge verbesserter Bedingungen für die Agrarproduktion, die Ausbildung transregionaler Staaten in Form von Königreichen in der Region massiv begünstigt.

Im letzten Vortrag der Sektion befasste sich SITTA VON REDEN (Freiburg) mit der Reichsbildung im ptolemäischen Ägypten. Von Reden skizzierte die Geschichte der frühen ptolemäischen Herrschaft in den Jahren 323 bis 240 v.u.Z. als einen Entwicklungsprozess von einem Königtum hin zu einem Staat, der Kern eines maritimen Imperiums wurde.

Zu Beginn der ptolemäischen Herrschaft sei das Ptolemäerreich lediglich ein Königreich und noch kein Staat gewesen.⁹ Die ptolemäische Herrschaft über Ägypten basierte auf dem militärischen Erfolg einer Herrscherfamilie und ihrem unmittelbaren Umfeld und nicht auf institutionalisierten Beziehungen und Güterkreisläufen. Die königliche Sphäre (*basileía*) wurde in dieser Zeit wie ein Großhaushalt (*oikos*) des Königs beherrscht. Neben der königlichen Domäne existierten in Ägypten jedoch auch staatliche Strukturen aus vorptolemäischer Zeit weiter, die im Sinne einer *ritual polity* (Heitzman) in der Frühzeit des Ptolemäerreiches noch relativ autonom und teilweise sogar in Konkurrenz zum Königtum funktionierten. Die wichtigste Rolle nahmen dabei die Priesterschaften in den ägyptischen Tempelwirtschaften ein, welche eine enorme religiöse, ökonomische und lokale soziale Macht auf

⁹Das Ptolemaios I. bis 306 formal als Satrap und erst danach als König herrschte ist für diese Klassifizierung unerheblich.

sich konzentrierten. Die ptolemäische Herrschaft könne erst ab dem Zeitpunkt als Staat bezeichnet werden, als es dem König gelang, sich an die Spitze dieser lokalen Strukturen zu stellen, sie fest in seine Herrschaftssphäre zu integrieren und auf diese Weise direkten Zugriff auf ihre Machtressourcen zu erlangen. Diese Bündelung von Ressourcen in der Hand des Herrschers könnten, ohne dass sich von Reden darauf bezog, der von Lundgreen vorgeschlagenen Ausbildung von „Schlüsselmonopolen“ entsprechen.¹⁰ Parallel habe sich das Ptolemäerreich in der Zeit von 315 bis 240 v.u.Z. zu einem maritimen Imperium entwickelt. Typisch für dieses Imperium sei, dass – im Vergleich zu dem Kernstaat – Gebiet und Polis der Peripherie in sehr unterschiedlichem Maß in den ptolemäischen Machtbereich integriert waren.

Zum Abschluss betonte von Reden noch einmal die Relevanz der Begrifflichkeiten Königreich, Staat und Imperium als getrennte, wenn auch in der Praxis überlappende Analysekategorien. Insbesondere bei der Untersuchung von Entwicklungsprozessen wie der Stabilisierung oder Destabilisierung von Herrschaftssystemen könnten diese Kategorien bei konsequenter begrifflicher Trennung zum Verständnis der Prozesshaftigkeit von Integration und Staatlichkeit beitragen. Einen Dialog zwischen der indischen und europäischen historischen Forschung – das zeigte die rege Diskussion der Sektion deutlich – beförderten sie allemal.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sitta von Reden (Freiburg) / Kesavan Veluthat (Hyderabad)

Sitta von Reden (Freiburg im Breisgau): Einführung

Peter Bang (Kopenhagen): „Among States and Empires – Towards a Global Comparative History of Rome“

¹⁰Allerdings hätte Elias, auf dessen Werk Lundgreen aufbaut, die hier betrachteten vormodernen Herrschaftsentitäten nicht als Staaten bezeichnet, da nach einem Staatsverständnis zusätzlich eine „Vergesellschaftung“ privater Schlüsselmonopole notwendig ist um von einem Staat sprechen zu können. Vgl. Elias, *Prozess der Zivilisation*, S. 157-161.

Hermann Kulke (Kiel): „The Premodern State in India: Reflections on Processes of State Formation and Periodization in the Eurasian Context“

Christoph Lundgren (Dresden): „Stateness – A New Category for Analyzing the Premodern World“

Bhairabi Prasad Sahu (Dehli): „From Kingdoms to Transregional State: Exploring the Dynamics of State Formation in Early Medieval Odisha“

Kesavan Veluthat (Hyderabad): „From Chieftdom to Kingdom and Empire: Trajectories of State in South India“

Sitta von Reden (Freiburg im Breisgau): „Kingdom, State or Empire?: The Case of Hellenistic Egypt“

Tagungsbericht HT 2016: *State, Kingdom and Empire: The Experiences in Pre-modern India and Europe*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 12.11.2016.

HT 2016: Glaub-würdig? Proselyten im Judentum zwischen Spätantike und Früher Neuzeit

Bericht von: Christoph Cluse, FB III - Arye Maimon-Institut, Universität Trier

Die von Johannes Hahn (Münster) und Sabine Ullmann (Eichstätt) für die Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Juden e.V. (GEGJ) organisierte, epochenübergreifend angelegte Sektion adressierte das Thema des Historikertags in zweifacher Weise. Dass es sich bei der Konversion zum Judentum um eine „Glaubensfrage“ handelt, liegt auf der Hand – dies umso mehr, als ein derartiger Schritt über lange Jahrhunderte mit der Gefahr schwerer Sanktionen seitens der christlichen Umwelt verbunden war, woran Sabine Ullmann in ihrer Einleitung erinnerte. Nicht zuletzt deshalb fand das Konversionsgeschehen „als Faszinosum der Alterität“ hohe Aufmerksamkeit und wurde daher in

den zeitgenössischen Quellen häufig überzeichnet und stilisiert dargestellt. Die vermeintliche Missionstätigkeit jüdischer Gemeinden („Proselytenmacherei“) wurde zum antijüdischen Stereotyp, was umgekehrt die Gemeinden selbst zu erhöhter Vorsicht und Wachsamkeit bei der Aufnahme übertrittswilliger Nichtjuden zwang. Vor „Glaubensfragen“ standen mithin schon die Zeitgenossen, wenn es um die mit dem Übertritt verbundenen Motive und Narrative ging. Ebenso geht es heutigen Historikerinnen und Historikern beim Umgang mit den Quellen. Die Vorträge der Sektion beleuchteten die hierin angelegten Spannungen vom 4. Jahrhundert, d. h. vom Aufstieg des Christentums zur Mehrheitsreligion, bis in das Zeitalter der konfessionellen Spaltung in Westeuropa (17. Jahrhundert).

Mit der Epoche der konstantinischen Wende eröffnete JOHANNES HAHN (Münster) seinen Vortrag, der den Zusammenhang von Konversionen und antijüdischem Diskurs im 4. Jahrhundert beleuchtete. Entgegen der älteren Forschung gab es in der Spätantike eine bemerkenswerte Blüte jüdischen Lebens, die sich auch im Verhältnis der Diaspora-Gemeinden zu den umgebenden Gesellschaften äußerte, wie beispielsweise die prominente Erwähnung von zahlreichen *theosebeis* auf jüdischen Inschriften in Aphrodisias zeigt. Diese „Gottesfürchtigen“ sind hier als eigene Statusgruppe neben Juden und Proselyten markiert, wenngleich die religiösen Anforderungen an diese heidnischen Sympathisanten sich kaum klären lassen. Die „freiwillige, nicht-exklusive und widerrufliche Zugehörigkeit zur Gemeinde“ übte eine große Anziehungskraft aus, wie nicht zuletzt im Vergleich mit dem Status von Katechumenen in den christlichen Gemeinden deutlich werde. Auch Christen entzogen sich dieser Attraktivität nicht, wie sich an den scharfen Invektiven des Johannes Chrisostomos gegen die „Judaisierenden“ in Antiochia ablesen lässt. Obwohl seine Reden später als *Adversus-Judaeos*-Texte gelesen wurden, waren sie doch ursprünglich gegen jene christlichen Sympathisanten der Juden gerichtet gewesen, die sich ähnlich den heidnischen *theosebeis* den jüdischen Synagogen anschlossen, ohne deshalb zum Judentum überzutreten. Hahn machte deutlich, dass der Aufstieg der *Adversus-Judaeos*-Schriften im 4. Jahrhundert im Wesentlichen ein Resultat der kirchlichen Missionserfolge war; der massenhafte Zustrom von Neuchristen erforderte unablässige Anstrengungen,

die ‚Gläubigen‘ vor näherem Kontakt mit den Juden zu bewahren. Diese Dynamik setzte Kräfte frei, die zur Zerstörung des *religious marketplace* (J. North) im 4./5. Jahrhundert beitrugen.

Dass Attraktivität, nicht Mission für die Zuwendung von Nichtjuden zur jüdischen Gemeinschaft wohl entscheidend war, zeigt sich auch an dem Übertritt des Klerikers Bodo im Jahre 839 – einen Vorgang, den WOLFRAM DREWS (Münster) in seinem Vortrag einer erneuten Betrachtung unterzog. Die Apostasie des angesehenen Pfalddiakons am Hofe Ludwigs des Frommen fand in der zeitgenössischen Öffentlichkeit ein gewisses „Medienecho“; neben zahlreichen Annalen sind hier eine Schrift Amolos von Lyon sowie der Briefwechsel zwischen Bodo, der sich nun Eleazar nannte, und dem mozarabischen Christen Paulus Alvarus von Córdoba zu nennen. Da Bodos eigene Briefe in der einzigen erhaltenen Handschrift von einem christlichen Leser des hohen Mittelalters weitgehend unleserlich gemacht wurden, liegen über seine Motive nur die Zuschreibungen christlicher Autoren vor: Er sei vom Teufel verführt worden und den angeblichen Überredungskünsten nicht näher genannter jüdischer Verführer erlegen. Auch die Stereotypen der Habgier (*cupiditas*) und der sexuellen Begierde (Bodo / Eleazar heiratete nach seiner Konversion) werden bemüht. Es lässt sich rekonstruieren, dass Eleazar auf diese Anwürfe mit Hinweisen auf Ausschweifungen am karolingischen Hof geantwortet hat und im Übrigen Zweifel an der Plausibilität der christlichen Bibelauslegung äußerte; seine Konversion (von ihm selbst als *reversio* bezeichnet) verweist mithin auch auf Konflikte innerhalb der Kirche des karolingischen Reichs. Lediglich in der Angst mozarabischer Christen vor einer „Arabisierung“ waren dagegen die Anschuldigung begründet, Bodo-Eleazar wolle andere zum Islam (!) verführen; auch gibt es wenig Grund für die Annahme, spanische Juden hätten Christen zu ihren Gemeinden konvertieren wollen. Es waren vielmehr individuelle Motive, die den Pfalddiakon zu seinem Übertritt bewegten.

In die Vereinigten Niederlande des 17. Jahrhunderts führte der anschließende Vortrag von YOSEF KAPLAN (Jerusalem), der sich mit der Aufnahme von ehemals (zwangs-)getauften Juden bzw. deren Nachkommen in die jüdische(n) Gemeinde(n) von Amsterdam befasste. Die Stadt galt unter zeitgenössischen Juden als Refugium der Toleranz, in

der sogar die Konversion zum Judentum gefahrlos möglich gewesen sei. Bei denen, die sich in die niederländische Metropole begaben, um sich offen zum Judentum zu bekennen, handelte es sich allerdings in den seltensten Fällen um regelrechte Konvertiten (für deren Aufnahme neben der Beschneidung auch ein rituelles Tauchbad erforderlich war), sondern fast ausnahmslos um sefardische „Neuchristen“, die religionsgesetzlich zum „Samen Israels“ zu rechnen waren und „in den Schoß der Torah“ zurückkehren wollten. Die calvinistischen Niederlande duldeten diese Vorgänge vor allem wegen ihres scharfen Antagonismus gegenüber der katholischen Kirche. Eine formelle juristische Anerkennung der jüdischen Gemeinden in Amsterdam war damit nicht verbunden; faktisch galten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur einige wenige, 1616 nach anti-jüdischen Vorgängen formulierte Bedingungen. Unter diesen fand das Verbot der Aufnahme von Proselyten insofern Beachtung, als die Vorsteher der jüdischen Gemeinden selbst es den Mitgliedern ausdrücklich untersagten, einen Christen zu beschneiden; Zuwiderhandlungen wurden bestraft. Auf die Beschneidung sefardischer Neuchristen und deren Nachkommen wurde dieses Verbot jedoch nicht angewandt, wie Kaplan an zahlreichen Beispielen englischer und iberischer Neuankömmlinge belegt. Gegenüber Konvertiten (hebr. *gerim*) im engeren Sinne blieben die Amsterdamer Gemeinden dagegen reserviert. Diese Haltung äußerte sich bei Autoren wie Orobio de Castro dezidiert in der Vorstellung vom besonderen Adel des jüdischen Blutes, was der Referent als bedenkliche Adaption der spanischen Ideologie der *limpieza di sangre* deutete.

Skepsis gegenüber Konvertiten kennzeichnete auch die Haltung der frühen Reformatoren, wie THOMAS KAUFMANN (Göttingen) in seinem abschließenden Beitrag verdeutlichte. Luther selbst beispielsweise mochte dem geborenen Juden Bernhard, der ihn 1535 um Unterstützung gebeten hatte, nicht mehr als einen „Gaststatus“ in der Kirche zubilligen. Reuchlin und die „Dunkelmännerbriefe“ bedienten sich in ihrer Polemik gegen den Konvertiten Johannes Pfefferkorn in hohem Maße der traditionellen Motive christlicher Judenfeindschaft. Obwohl die Juden hier als „genus hominum“ angesprochen wurden, begegnete man den Nachkommen getaufter Juden keineswegs mehr mit derselben Skepsis. Die Vorbehalte galten vor allem dem bloß sakramentalen Vollzug

der Taufe; im Gegensatz zu den katholischen Förderern Pfefferkorns, die diesen nach vollzogener Taufe als vollgültigen Christen betrachteten, stellten die Reformatoren hohe religiös-sittliche Forderungen an Konvertiten – aus Juden sollten nicht bloß getaufte Juden, sondern „rechte Christen“ werden. In Luthers späten Schriften, unter anderem im Traktat *Wider die Sabbather* (1538), wird deutlich, dass die Skepsis gegenüber Konvertiten zum Christentum und die übertriebene Angst vor der angeblichen „Proselytenmacherei“ der Juden zusammenhingen. Misstrauen und Angst deutete der Referent als „sozial-psychologische Reflexe der Repression“. Letztlich habe die Reformation, so Kaufmann, eine Grundparadoxie des christlichen Judenbildes übernommen, die darin bestand, „dass man die Juden einerseits für Christus gewinnen wollte, dies andererseits aber im Ganzen für unmöglich hielt“.

In ihrem Schlusskommentar wies SABINE ULLMANN (Eichstätt) darauf hin, dass die zumeist individuellen Motive des Glaubenswechsels in den vorgestellten Fällen jeweils auch auf krisenhafte Vorgänge im persönlichen Umfeld der Betroffenen hinwiesen; bei Bodo/Eleazar werde dies besonders deutlich. Die Attraktivität der jüdischen Gemeinden hing auch von deren Organisationsgrad ab; in der Spätantike und im Amsterdam der Frühen Neuzeit sei sie deshalb höher gewesen als in den prekären Verhältnissen des Reichs im 16. Jahrhundert. Umso deutlicher wurde in dieser Zeit das Zerrbild von der jüdischen „Proselytenmacherei“ ausgebildet. Die Sektion wurde mit einer lebendigen Diskussion beschlossen, in der noch einmal besonders die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen christlichen Katechumenen und den *theosebeis* im Umfeld der jüdischen Gemeinden der Spätantike, zwischen Proselyten und Revertiten zum Judentum ging. In ihrer Gesamtheit hat sie einen Beitrag dazu geleistet, den dialogischen Charakter des Konversionsgeschehens zu erhellen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Johannes Hahn (Münster) / Sabine Ullmann (Eichstätt)

Sabine Ullmann (Eichstätt): Einleitung

Johannes Hahn (Münster): »Wo steht der Feind?« Konversion(en), anti-jüdischer Diskurs und der Zusammenbruch des »market place« der

Religionen im 4. Jahrhundert n. Chr.

Wolfram Drews (Münster): Die Kontroverse zwischen dem Proselyten Bodo-Eleazar und Paulus Alvarus von Córdoba: Ein jüdisch-christlicher Disput über die Glaubwürdigkeit von Konversionen im umayyadischen Spanien des 9. Jahrhunderts

Yosef Kaplan (Jerusalem): Converts or Returnees to the Bosom of Judaism? How the Western Sephardic Diaspora Dealt with Marranos who Adopted the Jewish Faith

Thomas Kaufmann (Göttingen): »Proselytenmacherei« als antijüdisches Narrativ. Beobachtungen zur Reformationszeit

Sabine Ullmann (Eichstätt): Schlusskommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Glaub-würdig? Proselyten im Judentum zwischen Spätantike und Früher Neuzeit*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Ökonomische Glaubensfragen. Strukturen und Praktiken jüdischen und christlichen Kleinkredits im Spätmittelalter

Bericht von: Christoph Cluse, FB III - Arye Maimon-Institut, Universität Trier

Die von den Kieler Wirtschafts- und Sozialhistorikern Gerhard Fouquet und Sven Rabeler organisierte Sektion bezog sich auf den Begriff „Glaubensfragen“ in mehrfacher Weise. Erstens ist Kredit, wie schon J. G. Krünitz in der *Oekonomischen Encyclopädie* bemerkte¹, buchstäblich eine Frage des Glaubens; der Begriff beschreibt Aspekte wirtschaftlichen Verhaltens angesichts unsicheren Ausgangs. Zweitens geht es um das Verhältnis von Juden und Christen auf einem alltäglichen und gerade

¹Johann Georg Krünitz u.a., *Oekonomische Encyclopädie*. Allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft in alphabetischer Ordnung, Berlin 1773–1858.

deshalb wichtigen Feld ihrer Begegnung im Mittelalter. Mit den unzähligen Vorgängen der Aufnahme kleiner Kredite, als Darlehen und in anderen Formen, die zumeist als reine Konsum- und Überbrückungskredite anzusehen sind, geraten Akteure in den Blick, die sonst in den Quellen weniger Spuren hinterlassen. Gerade im Hinblick auf das christlich-jüdische Verhältnis ist das Bild von diesen Strukturen und Vorgängen aber drittens noch immer stark von den im späten 19. Jahrhundert geprägten Sichtweisen bestimmt. Unter dieser Perspektive ist auch die gegen Schluss der Sektion nochmals aufgeworfene Frage des Kredits an Bedürftige im Rahmen einer christlich gerahmten „moral economy“ zu betrachten. An den überkommenen Stereotypen hat die aktuelle Forschung bereits wichtige Korrekturen vorgenommen; die Dynamik der gegenwärtigen Entwicklung spiegelt sich nicht zuletzt in den Beiträgen der hier zu besprechenden Sektion.

Im ersten Beitrag stellte CHRISTIAN HAGEN (Kiel) erste Befunde aus einem von ihm bearbeiteten DFG-Projekt über christlich-jüdische Kreditbeziehungen im Spiegel dreier ausgewählter Gerichtsbuch-Überlieferungen (Konstanz, Wien, Babenhausen) vor. Er griff dafür das *Registrum* des Konstanzer Amman-Gerichts heraus, mit dessen Judenbetreffen sich bislang vor allem Hektor Amman (1949, 1952) näher befasst hat. Diese Betreffen dürfen freilich nicht isoliert werden, denn auf jeden Kredit eines jüdischen Geldverleihers kommen vier Kredite, die von Christen vergeben wurden (1423). Das Konstanzer *Registrum* enthält im Übrigen nur wenige ausgesprochene Kleinkredite (83 Prozent betrafen Summen über 10 fl. und mehr); aber auch sehr vermögende Konstanzer gingen mit ihren Geschäften selten an das Ammangericht (ein ursprünglich bischöfliches Gericht, das im Verlauf des 15. Jahrhunderts von der Stadt übernommen wurde). Bemerkenswert ist der Umstand, dass ein Drittel der Kredite als Waren- bzw. Dienstleistungskredite anzusprechen sind. Insgesamt scheint das Register aber trotz seines Umfangs nur einen Teil des Kreditmarkts abzubilden – es fehlen ganz kleine Beträge, und auch der Rentenmarkt mit seinen teils beträchtlichen Kreditgrößen darf nicht völlig ignoriert werden. So zeichnet sich die Aufgabe ab, den Befund in einen nochmals größeren Zusammenhang zu stellen.

Ein neues Licht auf das Verhältnis zwischen jüdischem und christ-

lichem Geldverleih warf auch TANJA SKAMBRAKS (Mannheim) in ihrem Vortrag über die öffentlichen Monti di Pietà in den italienischen Städten, wofür sie aus den ca. 200 bekannten Einrichtungen dieser Art die Beispiele Perugia, Florenz und Rom wählte. Der Vortrag hinterfragte speziell das von der franziskanischen Historiographie entworfene Bild, nach dem die Gründung der Monti zur Verdrängung der jüdischen Geldverleiher aus den jeweiligen Städten geführt habe. Tatsächlich unterstreichen zwar die Gründungsurkunden in ihrer Rhetorik die Absicht, durch die Fundierung einer auf Barmherzigkeit gründenden Leihanstalt das Übel des „jüdischen Wuchers“ abzuschaffen. Allerdings treten schon bei der Ausstattung mit Grundkapital sowie auch im Verlauf der folgenden Jahrzehnte große Finanzierungsprobleme zu Tage, die dazu führten, dass weitere, auch jüdische Geldverleiher sich auf dem Markt für Kleinkredite behaupten konnten. In Venedig blieben die Versuche zur Gründung eines Monte ganz erfolglos. Die von Skambraks untersuchten Kassenbücher und Pfandregister offenbarten zudem, dass Juden und Jüdinnen in vielfachen Beziehungen zu den Monti standen, indem sie beispielsweise verfallene Pfänder übernahmen.

In seinem Kommentar unterstrich ALFRED HAVERKAMP (Trier) die Zusammenhänge zwischen den Befunden nördlich und südlich der Alpen, die auch in den länger währenden Familien- und Geschäftsbeziehungen von Juden in Konstanz und Treviso Ausdruck fanden. Offenkundig waren die Unterschiede zwischen den Standorten, auch hinsichtlich der Geschäftspraxis, „überwindbar“. Auf ein Übergewicht des Kleinkredits deuteten schon die Befunde in den Geschäftsbüchern eines jüdischen Konsortiums von Vesoul (Grafschaft Burgund) und in den Rothenburger Gerichtsbüchern in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts hin. Es gebe keinen Grund für die Annahme, dass die Bedeutung dieses Kreditsegments nach 1350 angestiegen sei. Hinsichtlich der Monti sei die Frage noch unbeantwortet, warum sie in Italien (und teils in Spanien) verbreitet waren, nicht aber nördlich der Alpen.

Die Diskussion der ersten Sektionshälfte machte nochmals deutlich, dass nur der Vergleich möglichst vieler Kreditangebote und Überlieferungen zu angemessenen Aussagen über den Stellenwert des jüdischen Kredits und über das Verhältnis zwischen Christen und Juden am jeweiligen Ort führen kann. In den zeitgenössischen Debatten, die auf

gesellschaftliche Krisenlagen verweisen, lassen sich dabei unterschiedliche Akteurs- und Interessengruppen identifizieren.

Teil II der Sektion wurde mit dem (vertretungsweise von Sven Rabeler verlesenen) Vortrag von DAVID SCHNUR (Trier) über die Beziehungen zwischen Juden und Handwerkern im Spiegel der Frankfurter Gerichtsbücher eröffnet. Diese Akten sind zwar 1943/44 restlos verbrannt, doch wurden die Judenbetreffende von Isidor Kracauer in dessen Urkundenbuch zur Geschichte Juden in Frankfurt am Main (1914) „annähernd lückenlos“ dokumentiert.² Die seit 1330 überlieferten Protokolle werden seit ca. 1370 ausführlicher; die Sprache wechselt ins Deutsche. Von den rund 10.500 Belegen betreffen ca. 90 Prozent die Klagen jüdischer Gläubiger gegen säumige Schuldner. Zu den christlichen Kunden sind in fast 2.500 Fällen Berufsbezeichnungen überliefert, wobei knapp 1.800 auf 30 Gewerbe entfallen. Schnur hat diese nochmals in „Hauptgewerbe“ zusammengefasst – allen voran „Nahrung“, gefolgt von „Metall“, „Leder“ und „Textil“. Zwischen der ersten und der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zeichnen sich Schwerpunktverlagerungen ab. Der „Handel“ dürfte insgesamt wohl unterrepräsentiert sein; doch weist Schnur nach, dass Juden durch das Instrument der Schadennahme auch in die Clearing-Vorgänge der Frankfurter Messen eingebunden waren. Eine regelmäßige Verschuldung bei Juden lässt sich für die Fischer konstatieren, wobei nicht weniger als 92 Belege auf vier Personen entfallen, die häufig auch für einander bürgten. Umgekehrt sind mehr als 60 Fälle bezeugt, in denen Juden ihre Schulden bei christlichen Handwerkern nicht rechtzeitig bezahlt haben und deshalb gerichtlich belangt werden.

Auf eine weitaus breitere, funktional differenzierte Überlieferung konnte GABRIELA SIGNORI (Konstanz) ihren Beitrag über die Basler Geldleihe im 15. Jahrhundert stützen, der zugleich einen Einblick in die Ergebnisse ihrer Monographie Schuldenwirtschaft (2015) bot.³ In Basel, wo nach 1397 keine jüdischen Geldverleiher mehr ansässig waren, bezeugt ein exzeptionell dichter Bestand städtischer Gerichtsbücher die Allgegenwart von Schulden und Kredit unter der christlichen Bevölke-

²Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150 - 1400 / bearb. von I. Kracauer. Frankfurt am Main 1914.

³Gabriela Signori, Schuldenwirtschaft. Schuldenwirtschaft: Konsumenten- und Hypothekarkredite im spätmittelalterlichen Basel, Konstanz 2015.

rung, gerade auch in den unteren Schichten. Der Vortrag ging näher ein auf „Verbotsbücher“ und „Beschreibbüchlein“, die sich häufig mit dem Nachlass verstorbener Schuldner befassten, sowie auf die „Vergichtbücher“ mit öffentlichen Konfessionen, die bei Säumigkeit des Schuldners unmittelbar Sanktionen ermöglichten. Schrift erweise sich damit als effizientes Sicherungsinstrument. An Beispielen verdeutlichte Signori, dass die Nachlassarreste hauptsächlich „Geldforderungen im unteren Schillingbereich“ dokumentieren, die nur zum Teil als „geliehenes Geld“ markiert sind und die aus Krediten resultierten, die horizontal, häufig im nachbarschaftlichen Umfeld vergeben worden waren. Dagegen lassen sich in den Vergichtbüchern auch vertikale Kreditbeziehungen nachweisen; in den älteren Bänden dieser Reihe finden sich auch noch viele Warengeschäfte, die später eher in die „Kaufhausbücher“ eingetragen wurden. Die Einträge in den Gerichtsbüchern konzentrieren sich im Verlauf des 15. Jahrhunderts zunehmend auf „eine Armada kleiner Leute“, während Mittel- und Oberschicht ihre Geldgeschäfte anders organisierten.

Im Kommentar zur zweiten Sektionshälfte hob HANS-JÖRG GILOMEN (Zürich) zunächst hervor, dass die Omnipräsenz von Kredit in der spätmittelalterlichen Gesellschaft nicht als Indifferenz gegenüber den kirchlichen Normen zu werten sei. Legale Kreditgeschäfte seien nicht allein von Zinsdarlehen, sondern auch von verschleierte Wuchergeschäften grundsätzlich zu unterscheiden. Im teils rigiden Vorgehen städtischer Obrigkeiten gegen unlautere Kredite zeige sich jene „religiöse Grundierung“ im wirtschaftlichen und sozialen Denken der Zeit, die sich auch in der Wahrnehmung des jüdischen Kredits äußere (nicht widerspruchsfrei übrigens, denn christliche Lombarden und Kawertschen genossen dieselben Privilegien wie Juden). Die Grenze und zugleich funktionale Verzahnung werde in den mehrfach erwähnten Schadennahmen sichtbar. Im Hinblick auf „Glaubensfragen“ seien schließlich auch die von Signori unterschiedenen „horizontalen“ und „vertikalen“ Kreditbeziehungen zu thematisieren; die neuere Forschung betone hier eine „christliche Modellierung“, die von späteren, kapitalistischen Formen des Kredits zu unterscheiden sei.

Die hiermit angesprochene Frage, ob die Kreditverhältnisse des Spätmittelalters als „vorkapitalistisch“ von denen der kapitalistischen

Ökonomie abgegrenzt werden können, wurde in der anschließenden Diskussionsrunde nochmals aufgegriffen. Signori sprach sich dafür aus, auch hier den Blick auf die Akteure zu richten: So verliehen Basler Kaufleute einerseits kleine Kredite ohne begründete Hoffnung auf Rückzahlung, während sie zugleich profitorientiert in Bergwerks-Kuxen investierten. Allerdings warnte sie vor sozialromantischen Blickweisen. Auch Gilomen räumte die Existenz „präkapitalistischer“ Formen ein.

In seiner Zusammenfassung unterstrich GERHARD FOUQUET (Kiel), dass Fortschritte beim Verstehen spätmittelalterlicher Kreditbeziehungen „nur über die Epistemik gleichsam des massenhaften Buchstabierens“ zu erreichen seien. Damit schloss er sich der Forderung an, den Fokus der Untersuchung auf die beteiligten Personen, auf die individuellen Risiken des Lebens „auf Pump“ zu richten. Die vorgestellten Befunde zeigten „teilweise paradoxe Ambivalenzen in der Gegenüberstellung von Christen und Juden in den Verschränkungen von Norm und Praxis“. In der Zusammensetzung der Sektion wie auch in den einzelnen Vorträgen wurde nachdrücklich vor Augen geführt, dass die isolierte Betrachtung des jüdischen Darlehensgeschäfts den komplexen Verhältnissen von Verschuldung und Kredit im Spätmittelalter nicht gerecht wird.

Sektionsübersicht :

Sven Rabeler (Kiel): Einführung

Christian Hagen (Kiel): Christliche und jüdische Darlehensverträge im Konstanzer Ammanngerichtsbuch (1423–1434)

Tanja Skambraks (Mannheim): Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Jüdische Pfandleihe und Monti di Pietà in Italien

Alfred Haverkamp (Trier): Kommentar I

David Schnur (Trier): Jüdische Wirtschaftspraxis im spätmittelalterlichen Frankfurt – Strukturen innerstädtischer Geld- und Pfandleihe im 14. Jahrhundert

Gabriela Signori (Konstanz): „Gelihen geltz“. Christliche Geldleihe aus

dem Blickwinkel spätmittelalterlicher Gerichtsbücher

Hans-Jörg Gilomen, Zürich: Kommentar II

Gerhard Fouquet (Kiel): Zusammenfassung

Tagungsbericht *HT 2016: Ökonomische Glaubensfragen. Strukturen und Praktiken jüdischen und christlichen Kleinkredits im Spätmittelalter*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Rhetorik der Gewissheit – dynamisches Wissen. Glaubensfragen in der Vormoderne

Bericht von: Miriam Czock, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen

Im Mittelpunkt dieser überaus anschlussfähigen epochenübergreifenden Sektion standen die in Glaubensfragen eng zusammenhängenden Felder ‚Wissen‘ und ‚religiöse Orthodoxie‘. Wissen und Orthodoxie sind zwei Bereiche, die in der Vormoderne rhetorisch häufig mit Gewissheiten verbunden wurden: Jeweils für sich genommen werden sie als konstant, stabil, grundsätzlich gültig und klar abgrenzbar gegen das Nicht-Wissen bzw. die Häresie dargestellt. Dieser Rhetorik folgen geschichtswissenschaftliche Narrative, wenn sie ewige Gewissheit als Kennzeichen der Vormoderne begreifen und in ihrem Brüchigwerden und Verschwinden Charakteristika der Moderne erkennen. Die Sektionsleiterinnen RENATE DÜRR (Tübingen) und IRENE VAN RENS-WOUDE (Den Haag/Utrecht) forderten jedoch dazu auf, Wissen und damit einhergehend religiöse Orthodoxie bereits für die Vormoderne konsequenter als bislang geschehen als aus komplexen Denkprozessen hervorgehende dynamische Kategorien in einem stabilen System, sei es kodifiziert oder immanent, aufzufassen. Konzeptionell wurde also davon ausgegangen, dass Wissen und Orthodoxie zwar rhetorisch als Gewissheiten konzipiert waren, sie jedoch gleichzeitig Instabilität bzw.

Vorläufigkeit in sich trugen. Es ging also um einen Bereich des Wissens, für den Martin Mulsow den Begriff des „prekären Wissens“ geprägt hat. Um die Dynamik des Wissens, also seinen prekären Status im Rahmen von Glaubensfragen, aufzudecken, wandte sich die Sektion der Untersuchung einer „Grauzone“ zu: dem apokryphen Wissen.

Die Sektion setzte zwei zeitliche Schwerpunkte: die karolingische Zeit und das 17./18. Jahrhundert. Dabei wurde der Anspruch verfolgt, nicht einfach nur Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten auszuloten, vielmehr wurde verdeutlicht, dass eine durch die Rhetorik der Gewissheit verschleierte Dynamik des Wissens nicht das Kennzeichen einer bestimmten Epoche, sondern grundsätzlich eine Facette von Wissen ist. Gleichzeitig wurden durch den Bezug auf die zeitlichen Ränder der Vormoderne deren Eigenlogiken beleuchtet: Das Frühmittelalter als Epoche einer ersten Konzeption von Orthodoxie und die Frühe Neuzeit als Periode, in der das System an seine Grenzen stieß.

Den Anfang der chronologisch aufeinander folgenden Vorträge machte IRENE VAN RENSWOUDE. Sie setzte sich mit der Rezeption des *Decretum Gelasianum de libris recipiendis et non recipiendis* vom 6. bis in das 15. Jahrhundert auseinander. Das *Decretum* ist eine Liste von kanonischen und apokryphen Büchern, die rhetorisch ein Leseverbot für die apokryphen Bücher forderte. Ein einfaches Verbot setzte sich im Frühmittelalter jedoch nicht durch; vielmehr wurde die Liste als Richtlinie verstanden, die Interpretationsspielraum ließ. Dafür sprachen Interpolationen, besonders aber die Kommentare und Glossierungen an der Liste. Hier fänden sich neben dem Leseverbot auch Kommentare, die eine Rezeption zuließen. Allerdings scheine die Rezeption der apokryphen Texte kritische Reflexion verlangt zu haben, so wurde das Vorwissen eine Bedingung für den Umgang mit den Texten. Die Auswertung Renswoudes zeigte, dass es im Frühmittelalter eine große Bandbreite dessen gab, was gelesen werden durfte. Erst als sich die Leserschaft nicht mehr weitgehend aus gelehrten Mönchen zusammensetzte, wurden die Verbote strikter gehandhabt.

Die Offenheit des karolingischen Diskurses beschäftigte auch CARINE VAN RHIJN (Utrecht). Ihr Augenmerk lag allerdings auf einem ganz anderen Textgenre, nämlich prognostischen Texten, die, aus dem Altertum stammend, in karolingischer Zeit häufiger Abschrift erfuhren.

In Manuskripten wurden diese prognostischen Texte häufig mit komputistischen und medizinischen Texten zusammengebunden, was dafür spreche, dass sie als Teil eines Wissensregimes zu betrachten seien. Im Widerspruch zu den Abschriften stehe die wiederholte Ablehnung von Aberglauben und Magie im reformerischen Diskurs. Bislang habe man in Berufung auf die Kritik an prognostischen Verfahren die Gattung daher als außerhalb der religiösen Sphäre stehend verstanden. So fragte die Forschung des 19. Jahrhunderts sogar, ob die Abschriften von clandestin paganen Mönchen verfasst wurden. Nach van Rhijn greift dieser Erklärungsversuch allerdings nicht, vielmehr müssten die Schriften als ein Teil der religiösen Kultur des Frühmittelalters verstanden werden, die einen breiten und experimentellen Diskurs der intellektuellen Wissensaneignung pflegte, in den auch die Prognostik eingebunden war. Eine Verengung fand erst im 11. Jahrhundert statt, von da an wurden an den Texten Glossierungen angebracht, die eine deutliche Zurückweisung der Textinhalte enthalten.

Während die beiden Vorträge zu den frühmittelalterlichen Themen den Fokus auf den Diskurs gelegt hatten, beleuchteten die Beiträge zur Frühen Neuzeit die Akteursperspektive. So ging MARTIN MULSOW (Gotha) von der Prämisse aus, dass theologiegeschichtliche Rückblicke meistens aus der orthodoxen Perspektive geschrieben werden und damit Verwerfungen unausgeleuchtet bleiben. In der Akteursperspektive erscheine jedoch, was theologiegeschichtlich als wahre Lehre feststeht, häufiger als Experimentierfeld oder durch die „Brille des Abweichlers“. Ein Beispiel hierfür sei Johann Georg Wachter, der als Lutheraner erzogen, sich seit 1698 mit der Kabbala und dem Spinozismus auseinandersetzte. Sein Denken kreiste dabei immer wieder um die Tradition des Offenbarungswissens. Zum Thema wurde auch die begrifflich als „*doctrina catholica*“ gefasste Lehre der Väter vor dem Konzil von Nicäa und damit Überlegungen zur Logostheologie und Trinitätslehre. Wachters sich im Rahmen der Vermittlungsposition der anglikanischen Kirche bewegende Gedanken waren für kurze Zeit an seinem Wirkungsort, dem Brandenburger Hof, politisch anschlussfähig. Das Scheitern der Verhandlungen des Brandenburger Hofes mit der anglikanischen Kirche markierte gleichzeitig das Scheitern von Wachters Theorien. Hier spiegelte sich deutlich der prekäre Status von Wissen in Glaubensfragen und

in Wachters weiterem Vorgehen, möglicherweise auch sein Bewusstsein dafür. So produzierte er z.B. seine Schrift *Theologica Martyrium* von 1712 nur noch „für die Schublade“.

Während Mulsow ausleuchtete, wie ein Gelehrter durch seine Auseinandersetzung mit Dogmen von der Orthodoxie zu heterodoxen Ideen kam, beschäftigte sich ERIK JORINK (Den Haag) mit Willem Goeree (1635-1711), der ebenso ein Exponent prekären Wissens war, allerdings ein ganz anderes Anliegen als Wachter hatte: Er wollte einer breiten Öffentlichkeit der niederländischen Republik die Wahrheit der biblischen Geschichte in Bildern nahebringen. Dabei entstand ein Text, der auf über 1.000 Seiten jedes Detail der Bibel bebilderte und diskutierte. Die Beschäftigung mit der Frage, wie biblische Geschichte zu visualisieren sei, ging mit einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Textsinn einher, die Goeree ungewollt in die Nähe von Spinoza rückte; stellte seine literale Auslegung doch die Logik des biblischen Texts in Frage. So erschien es ihm beispielsweise kaum erklärlich, wie die Arche Noah in einer Nacht gebaut werden konnte. Seine literale Auslegung der Bibel nötigte Goeree, um solche und ähnliche Fragen zu beantworten, daher öfter dazu, seine Aussagen zu rationalisieren, indem er betonte, dass die Bibel nur in ihrem historischen Kontext valide sei. Obwohl er mit seinem Unterfangen gerade der Orthodoxie Vorschub leisten wollte, glitten seine Überlegungen so in die Heterodoxie ab.

Auch der letzte Vortrag beschäftigte sich mit einer Auseinandersetzung mit der biblischen Geschichte, jedoch unter anderen Vorzeichen als ihrer Visualisierung. So beleuchtete RENATE DÜRR die chronologischen Überlegungen des Grazer Jesuiten Joseph Stöcklein zur chinesischen Annalistik und biblischer Zeitrechnung aus dem *Neue Welt=Bott* von 1729. Der christliche Universalismus musste sich in der Frühen Neuzeit mit dem zunehmenden Wissen über die Geschichte anderer Völker, wie zum Beispiel China, auseinandersetzen. Gleichzeitig sollte das neuerworbene Wissen in die christliche Welterklärung integriert werden. Stöckleins Chronologie sei ein solcher Versuch der Integration. Stöcklein war bemüht, die Erkenntnisse über die chinesische Geschichte mit dem Wissen über die biblische Chronologie in Einklang zu bringen. Da sich aus seiner Sicht die chinesische Chronologie ausgehend von einer Sonnenfinsternis von 1706 empirisch beweisen ließ, konnte die

chinesische Geschichte chronologisch gesehen Pate für die biblische Überlieferung stehen. In seiner Beweisführung lege letztlich die chinesische Geschichte somit Zeugnis über die Richtigkeit der Heilsgeschichte ab, womit auch sein Zugang als heterodox zu bewerten sei.

Die Diskussion im Anschluss an jeden Vortrag nahm zwar auch spezifische Facetten in den Blick, wie ein roter Faden zog sich jedoch die Frage nach der Rezeption des Wissens durch sie hindurch. Während in den Vorträgen also Wissen und seine Dynamik eher in diskursiver oder epistemischer Hinsicht untersucht und damit die Uneindeutigkeit, Flexibilität und Komplexität von Wissen selbst in den Vordergrund gestellt wurden, zielten die Fragen eher darauf ab, ob und wie Wissen institutionalisiert wurde und welchen Status es in der Gesellschaft hatte. Rezeptionsspuren sind aber in allen vorgestellten Fällen nur schwerlich nachzuverfolgen. Damit stellt sich das Wissen über die historischen Bedingungen der Rezeption derzeit ebenso lückenhaft wie vielfach schwer zu ermitteln dar. Dennoch hat die Diskussion gezeigt, dass es nahe liegt, intensiver über das Verhältnis von Dynamik von Wissen in Glaubensfragen und der Reichweite seiner Zirkulation nachzudenken. Es gilt also mitunter, die gesellschaftlichen Aushandlungs- und Verwertungsprozesse von „prekarem Wissen“ in Glaubensfragen stärker in den Blick nehmen.

Die Beschränkung auf zwei „Randzeiten“ der Vormoderne war im Rahmen einer Sektion sinnvoll. In den dadurch gebliebenen Leerstellen ergeben sich weitere Untersuchungsfelder, denn das hier präsentierte Konzept hält großes Analysepotential ganz allgemein für die Betrachtung des Zusammenhangs von Wissen, Glaubensfragen und rhetorisch beschworener Gewissheit bereit. Gerade wenn man nicht dem Modernisierungsparadigma das Wort reden will, wäre eine Erforschung des „prekären Wissens“ der Moderne anzustreben. Aber auch andere Zeiten, in denen Wissen einer erhöhten Dynamisierung unterlag, sollten weitere lohnende Felder bieten. Zum Beispiel würde die Auseinandersetzung mit Denkern wie Abaelard und Meister Eckhart sicherlich von dieser Perspektive profitieren können. Hier ließe sich wohl auch der Zusammenhang von prekarem Wissen beziehungsweise der Dynamik des Wissens und seinen Rezeptionsbedingungen sowie schließlich die Bedeutung der Generierung von religiösen Gewissheiten näher aus-

leuchten.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Irene van Renswoude (Den Haag) / Renate Dürr (Tübingen)

Irene van Renswoude (Den Haag): What Not to Read. Lists of »Suspicious« Books Before the Index (500–1500)

Carine van Rhijn (Utrecht): »A Good Day to Move your Bees«. Early Medieval Prognostic Texts Between Fabula and Pastoral Care

Martin Mulsow (Gotha): Unter der Oberfläche der Gewissheit: »katholische« Lehre um 1700

Eric Jorink (Den Haag): The Ark and the Temple. Visualizing Biblical Constructions in the Dutch Republic (17th century)

Renate Dürr (Tübingen): War Adam ein Chinese? Heterodoxie im christlichen Universalismus jesuitischer Weltchroniken des 17. und 18. Jahrhunderts

Tagungsbericht HT 2016: *Rhetorik der Gewissheit – dynamisches Wissen. Glaubensfragen in der Vormoderne*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 21.10.2016.

HT 2016: Mittelalterliche Stiftungen – eine Glaubensfrage? Indien und die übrige vormoderne Welt

Bericht von: Joseph Lemberg, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Wie vermutlich kaum einer anderen Sektionsleiter/in des diesjährigen Hamburger Historikertags ist es der Indologin ANNETTE SCHMIEDCHEN (Berlin) mit ihrem Panel gelungen, das Motto des Kongresses

(„Glaubensfragen“) mit dem diesjährigen regionalen Schwerpunkt („Indien“) in einer Sektion überzeugend zusammenzuführen. Unter dem Titel „Mittelalterliche Stiftungen – eine Glaubensfrage? Indien und die übrige mittelalterliche Welt“ trafen sich Indologen, ein Islamwissenschaftler, ein Byzantinist und eine Kirchenhistorikerin, um über religiöse Devianz und Ambivalenz im vormodernen Stiftungswesen zwischen Indien und Westeuropa zu diskutieren. Methodisch und teils auch personell knüpfte die Sektion dabei an das von Michael Borgolte geleitete ERC-Projekt „FOUNDMED – Stiftungen in mittelalterlichen Gesellschaften“ an der Humboldt-Universität zu Berlin an. Die transkulturellen Impulse dieses Projekts aufgreifend und sie fortentwickelnd, nahm Schmiedchens Historikertagssektion in gleich zweifacher Hinsicht eine transkulturelle Perspektive ein: Zum einen weil sie die Stiftertätigkeit selbst nach transkulturellen Prozessen befragte, insofern es nämlich darum ging zu verstehen, warum und in welchen Kontexten Stifter religiöse Gruppen begünstigen, deren Kult von dem des Stifters abweicht; zum anderen aber weil diese Frage zugleich in transkulturell vergleichender Perspektive erörtert wurde: von Indien – mit einem Seitenblick auf Kaschmir – über die muslimische Welt und Byzanz bis zum westlichen Europa der Reformationszeit.

In ihrer Einführung berief sich ANNETTE SCHMIEDCHEN auf ein mediävistisches, an der Überlieferung des lateinischen Westens gewonnenes Stiftungsmodell. Demnach unterscheiden sich Stiftungen von Schenkungen dadurch, dass das durch den Stifter bereitgestellte Grundstockvermögen eine ständig wiederholte und damit auf Dauer angelegte Gabe ermögliche, welche sich aus den Erträgen des Stiftungskapitals speise. Dabei folgen Stiftungen in der Regel einer durch den Stifter definierten Zweckbestimmung. Diese ist in den transzendenten Gesellschaften des mittelalterlichen Jahrtausends religiös, zumindest aber auf religiöse Sinngebung angewiesen. In den mittelalterlichen Stiftungskulturen zwischen Indien und Westeuropa sind es bei weitem nicht nur, aber häufig die für den kultischen Vollzug der Religion zuständigen Gruppen und Einrichtungen, zu deren Gunsten fromme Stiftungen ins Werk gesetzt werden. Wie aber ist vor diesem Hintergrund mit dem Befund umzugehen – so Schmiedchens zentrale Frage, um die die gesamte Sektion kreiste –, dass stiftende Könige und Fürsten in einer

multireligiösen bzw. multikonfessionellen Umwelt nicht nur den eigenen Kult durch Stiftungen förderten, sondern in einem beachtlichen Ausmaß auch andere Kulte? Gerade im mittelalterlichen Indien pflegten Herrscher, ihre Zuwendungen breit zu streuen, um sie Brahmanen, hinduistischen Tempeln, buddhistischen Klöstern und jainistischen Einrichtungen zuteilwerden zu lassen. Mit herrscherlicher Toleranz oder der vermeintlichen Fluidität religiöser Grenzen im vorislamischen Indien, so die herkömmlichen Deutungen dieser Praxis, sei dies allein nicht zu erklären. Vielmehr müsse man einerseits die religiöse Orientierung eines stiftenden Herrschers ernst nehmen. Andererseits aber gehe mit dieser zugleich ein herrschaftliches Amtsverständnis einher, das darauf ziele, für die verschiedenen Glaubensvorstellungen eines Herrschaftsbereichs durch Stiftungen Patronage auszuüben und damit Herrschaft zu markieren.

Ganz in diesem Sinne konnte KATRIN EINICKE (Halle) in ihrem Vortrag auf der Grundlage von 3.700 Inschriften aus Nordindien die Streuung herrscherlicher Stiftungen an Brahmanen, hinduistische Tempel und buddhistische Klöster quantitativ erheben. Dabei wurde deutlich, dass – besonders im Mittelalter – die Brahmanen zu den bevorzugten Nutznießern herrscherlicher Stiftungen avancierten. Anhand der Widmungsformeln von circa 800 Urkunden arbeitete Einicke überdies die Motive der Stifter heraus: Die Herrscher hätten es als ihre vorrangige Pflicht angesehen, für ihre Untertanen zu sorgen; überdies seien aber auch die Hoffnung auf spirituelle Belohnung im Jenseits durch die Ansammlung von religiösem Verdienst und (vor allem in Stiftungen an brahmanische und hinduistische Empfänger) das Bemühen um Ruhm und Ansehen im Diesseits ausschlaggebend gewesen. Die Vorstellung, dass ein Stifter durch seine Wohltat Lohn im Jenseits erwerbe, wurde zwar allenthalben geteilt, wie der reiche Befund der Widmungsformeln zeige, habe aber in einer gewissen Diskrepanz zu den vereinzelt aufgeführten normativen Texten gestanden, sich von der Gabe keine Gegenleistung zu erhoffen. In politischer Hinsicht seien Stiftungen im mittelalterlichen Indien zudem von zentraler herrschaftsstabilisierender Bedeutung gewesen. Sie bekräftigten die Legitimation des Herrschers; der Logik der Herrschaftsstabilisierung folgten auch und gerade dann Fürsten, wenn sie in neu eroberten Gebieten für lokale Götter stifteten

und damit ihren Patronats- und Herrschaftsanspruch unterstrichen.

Im Zentrum des Vortrags von WALTER SLAJE (Halle) standen die vielfachen Wechselbeziehungen, die sich anhand des Stiftungswesens im mittelalterlichen Kaschmir zwischen Buddhisten, Hindus und Muslimen beobachten lassen. Stiftungen des Adels im vorislamischen Kaschmir (vor dem 14. Jahrhundert) seien sowohl buddhistischen als auch brahmanisch-hinduistischen Gruppen zugutegekommen, und zwar unabhängig von den religiösen Neigungen des Stifters. Die hohe wechselseitige Akzeptanz zwischen Hindus und Buddhisten sei darauf zurückzuführen, dass beide Religionen aus Indien stammten, also nicht als fremd wahrgenommen wurden, und dass ihre Anhänger zentrale Glaubensgrundsätze teilten. An dieser multireligiös ausgerichteten Stiftungspraxis scheint sich auch nach dem Vordringen des Islam in Kaschmir vorerst wenig geändert zu haben. So bedachten muslimische Herrscher, Beamte und Adlige mit ihren Stiftungen in früherer islamischer Zeit, nämlich noch bis weit ins 15. Jahrhundert, nicht nur muslimische, sondern auch hinduistische und buddhistische Einrichtungen. Zwar sei es mit der Ausbreitung der Islam auch in beträchtlichem Maß zur Auflösung nicht-muslimischer Kultstätten gekommen. Entweihungen fanden jedoch schon in vorislamischer Zeit statt, etwa dann, wenn ein Fürst finanzielle Engpässe durch die Aneignung von Stiftungsgut ausgleichen wollte, auch dies zuweilen unabhängig von den religiösen Präferenzen des entweihenden Herrschers. Heikel waren derlei Desakralisierungsmaßnahmen hinduistischer Götterstatuen und Tempel durch einen Hindu-Fürsten nicht nur deshalb, weil der Fürst sich mit der Konfiskation von Stiftungsgut am „Eigentum der Götter“ bereicherte, sondern überdies, weil ein Götterbild als Aufenthaltsort der Gottheit angesehen wurde, der Gott also ausgetrieben werden musste, bevor das kostbare Material profanen Zwecken zugeführt werden konnte.

Als „Eigentum Gottes“ wurde Stiftungsgut auch im mittelalterlichen Islam konzipiert, wie IGNACIO SÁNCHEZ (Warwick) in seinem Vortrag darlegte. Am Beispiel der Überlegungen des islamischen Theologen Ibn Hanbal (gest. 855) diskutierte Sanchez die rechtliche, moralische und rituelle Relevanz des islamischen Modells der Stiftung, des waqf. Dessen Gestalt nämlich sei aufs engste mit dem Prinzip größter religi-

öser Gewissenhaftigkeit (wara) verknüpft, das vor allem bei solchen religiösen Gruppen anzutreffen sei, die ihr Handeln an einer besonders strengen Auslegung des islamischen Rechts orientieren; auch Ibn Hanbal und seine asketische Schule der Hanbaliten gehörten dazu. Nach Ibn Hanbal war es nicht zulässig, eine Erbschaft anzunehmen, wenn der Erbe nicht wusste, ob die Güter auf rechtem Wege erworben worden, das heißt moralisch rein, waren. In einem solchen Fall habe Ibn Hanbal empfohlen, das Erbe in eine religiöse Stiftung einzubringen. Sanchez zeigt damit, wie hier Kapital durch einen überwölbenden religiösen Zweck, auf den die Stiftung zielt, vor den Verdikten religiösen Reinheitsdenkens gerettet wird: Es ist die Reinheit des Stiftungszwecks, die die Unreinheit der Stiftungsmittel überwindet. Ibn Hanbals ‚Skrupel aus dem Glauben‘ werden durch eine ‚Lösung aus dem Glauben‘ pariert und damit gleichsam aufgehoben. Erst vor diesem Hintergrund sei denn auch der Pragmatismus der zweiten Generation der Hanbaliten erklärbar. Während Hanbal und seine zeitgenössischen Anhänger sich selbst noch gesträubt zu haben scheinen, möglicherweise unrechtmäßig erworbene Mittel aus der Hand potentieller Förderer anzunehmen, habe die nachfolgende Generation dazu geneigt, sich auf die reinigende Wirkung der Stiftung zu verlassen – um als Günstlinge mächtiger Stifter eine bedeutende islamische Rechtsschule auszubilden.

ZACHARY CHITWOOD (Mainz) widmete sich in seinem Vortrag der Stiftertätigkeit byzantinischer Kaiser und Funktionsträger für nicht-orthodoxe Gemeinschaften. Diese erlaube, die verbreitete Auffassung von Byzanz als einer christlich-orthodoxen Einheitskultur in Frage zu stellen. So förderte das Kaiserpaar Justinian und Theodora im 6. Jahrhundert die missionarischen Aktivitäten syrisch-orthodoxer Christen, obwohl diese als Miaphysiten einen zentralen Grundsatz der griechischen Orthodoxie, die Zwei-Naturen-Lehre Christi, ablehnten. Theodora stiftete miaphysitischen Syrern ein Kloster des Heiligen Sergios. Weitaus bedeutender noch als die Syrer waren bis zum Ende des 11. Jahrhunderts die Minderheiten der (mehrheitlich miaphysitischen) Armenier und der (orthodoxen) Georgier in Byzanz. Obwohl die byzantinischen Kaiser gegenüber den Armeniern offenbar keine offizielle Politik der Toleranz betrieben, seien Stiftungen armenischer Kirchen und Klöster wohl vereinzelt geduldet worden. So stiftete der aus Iberia stammende,

aber dem griechisch-orthodoxen Glauben anhängende Feldherr Gregor Pakourianos gegen Ende des 11. Jahrhunderts im heutigen Batschkowo (Bulgarien) ein Kloster für eine monastische Gemeinschaft von Georgiern und Armeniern. Anders liege der Fall bei Kaiser Basileios II. (gest. 1025) und seinem Mitkaiser Konstantin VIII., die das armenische Kloster Aparank mit einer Reliquie des Wahren Kreuzes beschenkten. Dieser Gunsterweis müsse im Zusammenhang mit der byzantinischen Ostexpansion im 10. und 11. Jahrhundert gesehen werden, in deren Folge bis dahin unabhängige armenische Fürstentümer annektiert wurden. Die dabei in den Machtbereich der Byzantiner fallenden armenischen Kirchen und Klöster habe man nicht nur geduldet, sondern wohl vereinzelt auch begünstigt, um die neue Herrschaft zu stabilisieren.

Eine frühneuzeitliche Perspektive nahm GURY SCHNEIDER-LUDORFF (Neuendettelsau) in ihrem Vortrag über das Stiftungswesen der Reformationszeit im römisch-deutschen Reich ein. Durch die reformatorische Kritik an der tradierten Vorstellung von der erlösenden Wirkung guter Werke habe sich das Stiftungswesen in Deutschland während des 16. Jahrhunderts grundlegend gewandelt. An die Stelle der Stiftung um des eigenen Seelenheils willen, die Luther als eigennützig abgelehnt habe, sei das Programm einer „wahren caritas“ getreten, deren Proklamatoren die Nächstenliebe um ihrer selbst willen verkündeten. Die Gabe der Stifter habe damit in erster Linie ein Verhältnis zwischen Stiftern und Begünstigten konstituieren sollen, weniger zu Gott. Auch die reformatorische Neudeutung des Todes und die damit einhergehende Transformation des Totengedenkens werde sichtbar etwa dort, wo Epitaphien nicht mehr forderten, für die Toten zu beten, sondern den Glauben der Lebenden zu stärken. Als Signum einer neuen bürgerlich-protestantischen Konzeption des Stiftens wertete Schneider-Ludorff die wachsende Rolle von Stipendienstiftungen für Studenten der Theologie; auch bei diesen habe nicht das Seelenheil der Toten, sondern das Heil der Lebenden im Vordergrund gestanden. Gleiches gelte für die landesfürstlichen Umwandlungen von Klöstern in Hospitäler.

Die Sektion dokumentierte eindrücklich, wie anregend und zuweilen überraschend der vergleichende Blick auf Stiftungskulturen im mittelalterlichen Asien und Europa sein kann, gerade dann, wenn dabei der Umgang stiftender Akteure mit Abweichung und Fremdheit im

Vordergrund steht. Gewiss bleibt grundsätzlich festzuhalten, dass der Monotheismus den Handlungsspielraum eines muslimischen oder gar christlichen Herrschers, abweichende Kulte zu fördern, weitaus stärker einschränkte, als dies im multireligiösen Indien (zumal bei den polytheistischen Hindus) der Fall sein konnte. Umso stärker würdigte man in der Diskussion das Beispiel von der byzantinischen Förderung des armenischen Klosters Aparank auf frisch erobertem, nunmehr byzantinischem Terrain, das Vergleiche ermöglichte mit der Praxis indischer Herrscher, neu annektierte Herrschaftsräume durch die Begünstigung lokaler Kulte einzufrieden. Sowohl das indische als auch das byzantinische Beispiel wichen hier fundamental von der *Raison d'être* (lateinisch-) christlicher Herrschaftsstabilisierung und Expansion ab: Diese nämlich bewährte sich vorrangig in der Strategie, Herrschaft durch Mission, also durch religiöse Homogenisierung, zu sichern – und gerade nicht durch die Duldung oder gar Förderung abweichender Kulte. Interesse fanden unter den Zuhörern auch die in den unterschiedlichen Stiftungskulturen vorherrschenden Vorstellungen vom religiösen Verdienst, das ein Stifter durch seine Gabe erwerben könne; aus ihnen ergeben sich Fragen nach dem Wechselverhältnis von Selbstlosigkeit und Eigennutz des Stifters. Beachtet wurde denn auch, dass die Diskrepanz zwischen der Vorstellung von der spirituellen Verdiensthaftigkeit der Stiftung einerseits und dem Ideal der selbstlosen, unverzweckten Gabe andererseits sowohl im Christentum als auch im mittelalterlichen Indien latent fassbar ist. Mittelalterliche Wohltäter ließen sich durch diesen Zwiespalt allerdings weder in Indien noch in der christlichen Welt von ihren Stiftungen und der Hoffnung auf himmlischen Lohn abhalten. Umso schärfer erweist sich von hier aus der Bruch, den die Reformation mit der Abkehr von der Seelenheilstiftung herbeigeführt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die Referenten ihr interdisziplinäres Gespräch bald fortsetzen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Annette Schmiedchen (Berlin)

Annette Schmiedchen (Berlin): Einführung

Katrin Einicke (Halle): Stiftungspraxis in Indien: Normative Grundlagen

und persönliche Motivation der Akteure

Walter Slaje (Halle): Zum Stiftungswesen im mittelalterlichen Kaschmir. Wechselbeziehungen zwischen Buddhismus, Hinduismus und Islam

Ignacio Sánchez (Warwick): Endowment Practices, Asceticism and Religious Scrupulosity in Medieval Islam

Zachary Chitwood (Mainz): Zur Frage der ostchristlichen Konfession von Stiftern, Begünstigten und Umgebungsgesellschaft in Byzanz

Gury Schneider-Ludorff (Neuendettelsau): Kritik und Neudeutung des Stiftungswesens in der Reformationszeit und seine Bedeutung für die Profilierung eines konfessionellen Selbstverständnisses in den Reichsstädten und Territorien des 16. Jahrhunderts

Tagungsbericht *HT 2016: Mittelalterliche Stiftungen – eine Glaubensfrage? Indien und die übrige vormoderne Welt*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 29.10.2016.

HT 2016: Religionskriege im Mittelalter – eine Glaubensfrage?

Bericht von: Hans-Werner Goetz, Historisches Seminar, Arbeitsbereich Mittelalterliche Geschichte, Universität Hamburg

Die Frage nach Religionskriegen im Mittelalter wird in der Forschung sehr unterschiedlich gehandhabt. In seiner Einführung in die Sektion machte Hans-Werner Goetz auf die Diskrepanz zwischen dem von Glaubensfragen geprägten Mittelalterbild und der insgesamt geringen Beachtung von ‚Religionskriegen‘ in der breiten Literatur zum mittelalterlichen Kriegswesen aufmerksam. Religiöse Aspekte des Krieges bleiben weithin der Spezialliteratur (zu Klerus und Krieg, religiösen Aspekten des Krieges, Christentum und Gewalt oder Heiligen Kriegen) vorbehalten. Zweifel an mittelalterlichen ‚Religionskriegen‘ wurden in

jüngerer Zeit sowohl von frühneuzeitlicher als auch von mediävistischer Seite laut, hängen aber auch von der jeweiligen Definition ab. Die Sektionsbeiträge wollten daher kritisch prüfen, wie eng Glaubensfragen und Kriegführung tatsächlich miteinander verbunden sind.

Dazu betonte HANS WERNER GOETZ (Hamburg) in seinem Vortrag „Glaubenskriege? Die Kriege der Christen gegen Andersgläubige in der mittelalterlichen Wahrnehmung“ zunächst, dass die mittelalterliche Wahrnehmung in der Historiographie nicht zwangsläufig identisch mit den Kriegsmotiven der Akteure und zudem erst im Nachhinein überliefert ist. „Heilige Kriege“ sind ein Kunstprodukt der mediävistischen Forschung und haben im Mittelalter keine begrifflichen Entsprechungen, während religiöse Aspekte das Kriegswesen ebenso gründlich durchdrangen, wie ein martialisches Vokabular in das religiöse Schrifttum einfluss (etwa der Mönch als *miles Christi*). Das schuf ein geistiges Milieu, in dem Kriege ständig religiös interpretiert wurden. Solche Deutungen (göttliche Schlachtenhilfe, der Kriegsausgang als Gottesurteil) sind in den Quellen allgegenwärtig, werden hier aber unterschiedslos auf innerchristliche wie auf Kriege gegen Andersgläubige angewandt. Nur Letztere können aber ‚Glaubenskriege‘ als Kriege um des Glaubens willen (als Kriegsmotiv) sein, und sie können nur gegen Andersgläubige geführt werden. In den christlichen Einstellungen gegenüber den *infideles* schufen Polemik und Kriegsmetaphern zwar ebenfalls die geistigen Voraussetzungen für solche Glaubenskriege, doch wurden längst nicht alle Kämpfe gegen Andersgläubige explizit religiös begründet. Drei Fallbeispiele (Gregor von Tours, die Normannenabwehr und das Rolandslied als Beispiel der Kreuzzugsepik) belegen, dass Kriege gegen Andersgläubige durchaus als ‚Glaubenskriege‘ wahrgenommen und legitimiert werden konnten, doch blieb das zum einen auf besondere Situationen beschränkt und unterschied sich zum andern in der Deutung nicht prinzipiell von innerchristlichen Kriegen. Eine eigene Kategorie bilden Glaubenskriege im Mittelalter nicht. Von daher scheint es kein Zufall zu sein, wenn ein Begriff für den „Heiligen Krieg“ fehlt.

Unter dem Titel „Glaubenskriege Karls des Großen?“ betrachtete WOLFRAM DREWS (Münster) die fränkischen Auseinandersetzungen mit Sachsen und Muslimen. Dem einen Spanienfeldzug Karls stehen zahlreiche Kriegszüge gegenüber, die er in einem Zeitraum von über

dreißig Jahren gegen die Sachsen unternahm. In der historiographischen Überlieferung nehmen sie daher einen ungleich größeren Raum ein. Die Religion der Sachsen wird hier nur gelegentlich thematisiert; wenn die Sachsen als *infideles* charakterisiert werden, handelt es sich sowohl um politische Rebellion und Verstoß gegen Friedensvereinbarungen als auch um Glaubensabfall. Oftmals wird die Religion der Sachsen in den Quellen gar nicht erwähnt; zuweilen gelten sie eher als politische Rebellen, die eigentlich bereits seit zwei Jahrhunderten Untertanen des Frankenkönigs gewesen seien. Aus dieser Perspektive erscheint Karl der Große als Herrscher, der verlorene Gebiete zurückerobert; Religion dient dabei als Integrations- und Herrschaftsinstrument, aber nicht als ausschlaggebendes Motiv der militärischen Auseinandersetzung. Die erfolgreiche Integration der Sachsen in das Frankenreich ließ die Erinnerung an die Umstände ihrer Bekehrung und an die jahrzehntelangen Kämpfe Karls des Großen in der Folgezeit aber zugunsten der religiösen Motive in den Hintergrund treten; nicht zuletzt die sächsischen Eliten waren daran interessiert, sich ihrer Vorfahren nicht etwa als Besiegter zu erinnern. Die Quellen zum Spanienfeldzug Karls liefern teils überhaupt keine legitimierende Begründung, teils werden als Motiv Eroberungsabsichten genannt, aber auch die Verteidigung gegen einen bevorstehenden muslimischen Angriff oder die Hilfe für angeblich in Spanien verfolgte christliche Glaubensbrüder. Die historiographischen Quellen und Briefe zeigen dabei teils deutliche Parallelen zu liturgischen Texten, die im Kontext von Kriegszügen verwendet wurden, wodurch das Gepräge eines Religionskriegs akzentuiert wird. Dass Karl wahrscheinlich nicht auf einen Hilferuf von Glaubensbrüdern, sondern auf ein Bündnisangebot aufständischer Muslime reagierte, also in einen innerislamischen Machtkampf eingriff, um einen Eroberungskrieg zu führen, geriet vollständig in Vergessenheit. Für Karl selbst standen vermutlich an beiden Fronten Eroberungsmotive, also politische Ziele, im Vordergrund, doch rechtfertigte er sein Vorgehen in Spanien von Anfang an auch mit religiösen Argumenten. Solche Motive traten auch in Sachsen schon zu einem frühen Zeitpunkt hinzu. In historiographischer Deutung gewannen religiöse Motive dabei im Verlaufe des Mittelalters bezüglich beider Kriegsschauplätze immer größeres Gewicht, so dass die rein politischen Ziele territorialer Expansion schließlich völlig in

den Hintergrund traten.

Leitfragen des Vortrags von NIKOLAS JASPERT (Heidelberg) über „Kreuzzüge und ‚Reconquista‘ im 12. Jahrhundert: Die Grenzen des Glaubenskriegs“ waren einerseits, welche Rolle der Glaube für die Kreuzzüge und die sogenannte „Reconquista“ spielte. Andererseits galt es festzustellen, ob bzw. auf welche Weise bei den Kämpfen gegen Muslime auf der Iberischen Halbinsel und in der Levante die Grenze zwischen dem mittelalterlichen, gemeinhin durch religiöse Praktiken und Riten geprägten Krieg und dem eigentlichen Glaubenskampf gegen Mitglieder anderer Religionszugehörigkeit überschritten wurde. „Reconquista“ und Kreuzzüge sind, so wurde postuliert, insofern als Religionskriege zu bezeichnen, als sie ganz oder vorwiegend um des eigenen Glaubens willen geführt oder legitimiert wurden, allerdings weniger deshalb, weil die muslimischen Gegner der Christen aufgrund der Inhalte ihres Glaubens alterisiert wurden, als vielmehr, weil der Kampf als Gottesdienst und damit als ein Mittel zur persönlichen Läuterung angesehen wurde und das Ziel der Rückgewinnung des alttestamentlichen Kanaan und insbesondere Jerusalems den Kreuzzug zu einer Form des Gotteskriegs machte. Die Muslime wurden zu Beginn der Kreuzzugszeit vor allem bekämpft, weil ihre Herrschaft über das „Land Gottes“ als unrechtmäßig verstanden wurde. Diese Vorstellung gründete auf die Andersgläubigkeit der Muslime. Vor allem in dieser Hinsicht wurde der Glaube des Gegners als ein handlungsleitender Faktor wahrgenommen. Die in unterschiedlichen Quellengattungen fassbare Sakralisierung des Heiligen Landes wurde gegenüber anderen Motivationen wie Mission, Rache und Endzeiterwartung besonders herausgestellt. Die Wirkkraft des Ideologems eines religiös aufgewerteten, weil von Gott geliebten Landes wird nicht zuletzt daran erkennbar, dass Christen im Zuge der Auseinandersetzungen mit Muslimen auch die Iberische Halbinsel zum Gelobten Land stilisierten. Zugleich zeigt eine genauere Betrachtung der in den Grenzgebieten zwischen Islam und Christentum entstandenen Quellen, dass dort Krieg zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionen insgesamt deutlich weniger religiös aufgeladen war als in Schriften, die fern vom Geschehen entstanden. Die Pragmatik des Grenzkriegs ist bei der Erforschung von Kreuzzug und Reconquista stärker zu beachten.

Im letzten Beitrag über „Heilige und Heilige Kriege“ fragte ALMUT HÖFERT (Zürich) angesichts der in der Sektion problematisierten Kategorie der Glaubenskriege aus einer transkulturellen Perspektive, welche Rolle Heilige in ausgewählten christlich-muslimischen Kontaktzonen spielten. Im normannischen Sizilien waren die am meisten verehrten christlichen Heiligen – der 1087 in die Stadt Bari überführte Nikolaus von Myra und die 1126 vom Bischof zurück nach Catania gebrachte Märtyrerin Agathe – keine Spezialisten im Sarazenenkampf. Der Agathekult am Ätna strahlte auch auf schutzsuchende Muslime aus. Catania scheint überdies eine besonders hohe Anzahl von muslimischen Heiligen aufzuweisen. Insgesamt lässt sich die Kultlandschaft Siziliens in byzantinischer, arabischer und normannischer Zeit durchgängig als konservative Peripherie charakterisieren. Ganz andere transreligiöse Kontinuitäten finden sich in der dichten Sakraltopographie Palästinas, wo der an seinem Reliquienschrein in Lydda verehrte Georg zum Kreuzfahrerheiligen aufstieg, der häufig als weißer Reiter für die Christen gegen die Sarazenen kämpfte. Hier kam es zu einer bemerkenswerten Verflechtung der Kultfiguren Georgs und des muslimischen Heiligen Khidr, des einzigen muslimischen Heiligen, der auch als Drachentöter und auf einem Pferd dargestellt wurde. Auch in Syrien und Anatolien wurde ab dem 12. Jahrhundert der Khidr-Kult in Grenzzonen intensiviert. In Anatolien war das Motiv des reitenden Drachenschlächters generell besonders präsent: zum einen in den byzantinischen Militärheiligen, Georg, Khidr und dem ursprünglich jüdischen Elias, aber auch im türkisch-islamischen Epos Danischmendname, dessen Held als drachentötender heiliger Krieger siegreich gegen die Christen kämpft. Glaubenskriege sind daher auch aus der Perspektive der Heiligen ein Beispiel für die Produktivität antagonistischer Verflechtungen.

Insgesamt zeigen die gewiss erst exemplarischen Beiträge auf, wie differenziert die Frage mittelalterlicher Glaubenskriege in jedem Einzelfall zu betrachten ist, aber auch, wie wenig religiöse Deutungen vorschnell mit Glaubensmotiven gleichgesetzt werden dürfen. Vielmehr vermengen sich religiöse und politische Motive, werden aber auch regionale Unterschiede deutlich. Erst spätere, aber auch dem Schauplatz fernere Deutungen erklären den Sachverhalt.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Hans-Werner Goetz (Hamburg)

Hans-Werner Goetz (Hamburg): Glaubenskriege? Die Kriege der Christen gegen Andersgläubige in der mittelalterlichen Wahrnehmung

Wolfram Drews (Münster): »Glaubenskriege« Karls des Großen? Die fränkische Auseinandersetzung mit Sachsen und mit spanischen Muslimen

Nikolas Jaspert (Heidelberg): Kreuzzüge und »Reconquista« im 12. Jahrhundert: die Grenzen des Glaubenskriegs

Almut Höfert (Zürich): Heilige und heiliger Krieg

Tagungsbericht HT 2016: *Religionskriege im Mittelalter – eine Glaubensfrage?* 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 29.10.2016.

HT 2016: Immerwährende Gesetze – ein Glaubensfrage?

Bericht von: Jörg Schwarz, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die von Eva Schlotheuber (Düsseldorf) und Michail Boicov (Moskau) geleitete Sektion des Hamburger Historikertages hatte sich vorgenommen, jene auffällige Häufung großer Gesetzestexte in der europäischen Geschichte des Spätmittelalters, als deren berühmtester Repräsentant aus deutscher Blickrichtung sicherlich die „Goldene Bulle“ Kaiser Karls IV. von 1356 steht, in einen Zusammenhang zu bringen. Deziert sollten diese Texte dabei nicht – im Sinne eigener Propaganda oder schiefer Interpretation – als ‚Monumente‘, sondern in ihrer Prozesshaftigkeit gesehen werden. Die konkreten ‚Aushandlungen‘ sollten dabei ebenso berücksichtigt werden wie die umfassende Frage nach den Rezeptionen. Im Hintergrund der Sektion stand der Versuch, über die Qualität von

„Dauerhaftigkeit“ nachzudenken – verbunden mit einem Nachdenken über die „Glaubwürdigkeit“, die eine solche Dauerhaftigkeit verspricht.

Im ersten Vortrag der Sektion, der mit dem Titel „Die Goldene Bulle 1356: ‚Für immer und ewig‘“ überschrieben war, unterstrich PIERRE MONNET (Frankfurt am Main / Paris), dass es sich bei der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV., die lange Zeit hauptsächlich im Lichte ihrer Mängel und Widersprüche gesehen worden sei, um das Gesetz mit der größten Langlebigkeit in der europäischen Geschichte überhaupt gehandelt habe. Als die ‚drei Säulen‘ des Textes arbeitete Monnet erstens die darin zum Ausdruck kommende Bedeutung der Stadt (Hauptstadt) Prag heraus, zweitens das Streben nach Legitimation, drittens die Tatsache, dass es sich dabei überhaupt um ein schriftliches Werk gehandelt habe, das die Bedeutung theoretischer Schriften in der Reichspolitik regelrecht forciert habe. Das Bauprinzip des Textes sei reziprok gewesen, er habe erstens die Beziehungen des Kaisers zu den Kurfürsten regeln wollen, zweitens die Beziehungen der Kurfürsten zum Kaiser. Die „Goldene Bulle“, so Monnet weiter, habe auf ein grundlegendes Problem der damaligen Reichsverfassung reagieren wollen: auf die konkreten Funktionsweisen von Beziehungen der höchsten Repräsentanten des Reiches untereinander. Sie habe schließlich gleichsam ein Kontrollprinzip in die Reichsverfassung einführen und eine Dokumentation des Respekts dieser Repräsentanten untereinander darstellen wollen.

In ihrem eigenen Vortrag zur Sektion berichtete EVA SCHLOTHEUBER (Düsseldorf) von jenem vom Kardinal Aegidius Albornoz, dem Legaten und Generalvikar in temporalibus des avignonesischen Papstes Innocenz VI. 1357 in Fano promulgierten Corpus von Verordnungen für die verschiedenen Länder und Provinzen des Kirchenstaates, das unter dem Namen „Constitutiones Aegidianae“ bekannt geworden ist. Schlotheuber beleuchtete vor allem folgende drei Aspekte des Gesetzeswerkes: erstens die Ereignisse des Jahres 1354/55 als Voraussetzung für die päpstliche Neuordnung und in diesen vor allem die Verhandlungen um die Kaiserkrönung Karls IV., zweitens die theoretischen und praktischen Vorbereitungen der Constitutiones durch den Legaten sowie drittens den Zusammenhang von Goldener Bulle und den Constitutiones Aegidianae („Einigung durch Schweigen“). Vor allem in ihrem letzten Punkt unterstrich die Referentin, dass Karl primär durch sein

„Schweigen“ eine Neuordnung des Kirchenstaates geduldet habe. Die diplomatische Meisterleistung beider Dokumente habe in dem Verzicht auf Widerspruch gelegen.

Über das „Wiener Konkordat“, den Vertrag zwischen dem römisch-deutschen König Friedrich III. und Papst Nikolaus V. von 1448, sprach CLAUDIA MÄRTL (München). Das Konkordat, das auf ein älteres Konkordat aus Zeiten des Konstanzer Konzils zurückgriff, jetzt aber „dauerhaft“ verstanden werden sollte, wollte vor allem die Besetzungspraxis der geistlichen Stellen im römisch-deutschen Reich regeln. Eingeprägt habe sich dabei vor allem die Tatsache, dass dem Papst die Besetzung der Kanonikate bei Erledigung in den ungeraden (den sogenannten „päpstlichen“) Monaten (also Januar, März usw.) zustehen sollte. Märtl wies auf die – ähnlich wie bei der „Pragmatischen Sanktion“ des französischen Königs Karl VII. 1438 – auf die im Ganzen noch unaufgearbeitete Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des Wiener Konkordats hin. Was sich indessen, so Märtl, jetzt schon erkennen lässt, ist dass es über ein Vierteljahrhundert gedauert habe, bis sich das Konkordat ins Bewusstsein der deutschen Nation etabliert habe. Und: je länger ein neues Konzil ausgeblieben sei, desto mehr habe sich das Konkordat als Mittel der Kirchenpolitik etabliert. In summa, so Märtl, könne man sagen: Nichts sei langlebiger als ein Provisorium.

Mit dem „Privilegium Maius“ Herzog Rudolfs IV. von Österreich von 1358/59, jener gefälschten Urkundenserie, die eine Reihe von (angeblich) uralten Vorrechten des Hauses Österreich betonen, beschäftigte sich MICHAEL BOICOV (Moskau). Der Referent, der auf die Kontroverse zwischen Alexander Sauter und Peter Moraw in der Deutung des Privilegs ausführlich einging, stellte seine Ausführungen unter die Leitfrage: War das Privilegium Maius – wie so oft gedeutet – primär eine Reaktion auf die Goldene Bulle Karls IV.? Dezidiert begriff Boicov das Privileg, das er in seiner Geltung bis zum Ende des Alten Reiches wirksam sah, als eine Reaktion auf das, was über den feierlichen Rahmen der Goldenen Bulle berichtet wurde, einem Rahmen, aus dem die Habsburger sich ausgeschlossen sehen mussten. Ausführlich ging der Referent ferner auf die starke Rolle der Bedeutung Kaiser Friedrichs III. für die Rezeption des Privilegium Maius ein (Bestätigung der Maius-Privilegien 1452 usw.). Doch sei, so Boicov, Friedrich III. in seiner

Politik weniger der Rolle Rudolfs IV., sondern mehr derjenigen Karls IV. gefolgt.

Über spätmittelalterliche Gesetzestätigkeiten aus den Bereichen der westeuropäischen Königreiche berichteten JEAN MARIE MOEGLIN (Paris) und JESÚS VALLEJO FERNANDES DE LA REGUERA (Sevilla). Während Moeglin ein breites Panorama von Ordonnanzen des spätmittelalterlichen französischen Königtums in Augenschein nahm – von Gesetzen, die Johann II. dem Guten von den Ständen aufgedrängt worden sind, über eine Konstitution Karls V. des Weisen, die die Regelungen einer Erbmonarchie betroffen haben, bis zur „Pragmatique“ von 1438 –, erfasste de la Reguera vor allem die kastilischen „Siete Partidas“, ein aus der Zeit Alfons' X., des Weisen, von Kastilien stammendes bzw. dort initiiertes Gesetzbuch, dessen Charakter sich vor allem durch seine Rezeption erschließt.

Die in der Fundiertheit der einzelnen Beiträge überzeugende Sektion darf – von ihrer Intention her betrachtet – als gelungen gelten. Vor allem ist es geglückt, den (zumindest aus deutscher Perspektive) nach wie vor oftmals recht dominanten Blick auf die „Goldene Bulle“ zu relativieren – und auch diese selbst mit immer differenzierteren Wertungen einzuordnen und in ihrer Pragmatik verstehbar werden zu lassen. Konstruktiv und weiterführend scheint vor allem der Hinweis auf die Verbindungen zwischen den Constitutiones Aegidinae und der kaiserlichen Politik in Italien im Umfeld der Vorbereitung der Kaiserkrönung Karls IV., und in gleicher Weise auch die Einbettung der Ordonnanzen Karls V. in die dynastisch-verwandtschaftliche Verschlungenheit der Valois-Luxemburger.

Wie unerquicklich es ist, Gesetzestexte, gleich ob groß oder klein, ob immerwährend oder vor allem für den Moment gedacht, als ‚Statuen‘ oder Monumente zu sehen und nicht zugleich auch nach Entstehungsbedingungen, nach den praktischen Anwendungen und der Geschichte ihrer Rezeption zu fragen, versteht sich immer noch nicht von selbst – die Sektion hat von daher, was eine angemessene Bewertung dieser Texte anbelangt, genau das Richtige getan. Eine der weiteren Leitfragen der Sektion, unter welchen Bedingungen Gesetze entstehen können, die das Versprechen leisten ‚immerwährend‘ zu sein, ist sicherlich ebenso berechtigt wie weiterführend – gerade auch in ihren möglichen Ver-

knüpfungen mit aktuellen Fragen der Politik bzw. Fragestellungen der Politik- und Sozialwissenschaft. Sicherlich ist sie von der Sektion – aus Zeitgründen hat eine abschließende Diskussion leider nicht mehr stattfinden können – noch nicht abschließend beantwortet worden; es wurden hingegen gute Voraussetzungen für weitere Antworten (oder auch überhaupt erst noch Fragen) geschaffen. Möglicherweise böte es sich an, die Auswahl – auch zeitlich gesehen – künftig zu schärfen und das Frageraster einzuengen. Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen dem einen oder dem anderen dieser großen Gesetzestexte scheinen evident und wurden so bislang kaum schon irgendwo beleuchtet. Gerade hier gälte es weiter zu bohren – auch wenn es in einem gesamt- oder auch nur mittel- oder westeuropäischen Rahmen zu einem überzeugenden Abschluss zu gelangen, ohne die Individualität der Gesetze und das Umfeld, in das sie gehören, über Gebühr einzuebrennen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Eva Schlotheuber (Düsseldorf) / Michail Boytcov (Moskau)

Pierre Monnet (Frankfurt am Main / Paris): Die Goldene Bulle 1356: »Für immer und ewig?« (Röm.-dt. Reich)

Eva Schlotheuber (Düsseldorf): Constitutiones Aegidianae 1357 – »Ein diplomatisches Kunststück« (Kirchenstaat, Italien)

Michail Boytcov (Moskau): Privilegium Maius 1359 – (Röm.-dt. Reich / Habsburger)

Jean Marie Moeglin (Paris): Ordonnances Charles le Sage 1374 (Frankreich)

Claudia Märkl (München): Das Wiener Konkordat von 1448 (Habsburger / Kurie)

Jesús Vallejo Fernandez de la Reguera (Sevilla): Siete Partidas (Kastilien)

Tagungsbericht HT 2016: *Immerwährende Gesetze – ein Glaubensfrage?* 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.01.2017.

HT 2016: Heidentum oder Heidentümer? Frühneuzeitliche Perspektiven auf den Polytheismus

Bericht von: Anne Christina May, Max Weber Kolleg für sozial- und kulturwissenschaftliche Studien, Universität Erfurt

Die Frage nach dem Glauben ist immer eine Frage nach den Ursprüngen aber auch den Grenzen des eigenen Glaubens. Wie Dominik Fugger in seiner Einführung darlegte, wurden die europäischen Gelehrten seit der Renaissance infolge der Wiederentdeckung einschlägiger Quellen und der Erschließung neuer Handelsmärkte in verstärktem Maße mit Heidentum konfrontiert, und zwar mit dem historischen ebenso wie mit dem zeitgenössischen. Daraus entwickelte Fugger die Leitfrage für die Beiträge dieser Sektion: Wie wurde das religiöse Andere als vergangenes oder auch gegenwärtiges Heidentum in der Frühen Neuzeit wahrgenommen? Wie verhielten sich theoretische Vorstellungen von „dem Heidentum“ zu den empirischen Befunden und inwieweit fanden Differenzierungen statt zwischen vergangenen und gegenwärtigen Erscheinungsformen? Dienten die mit dem Begriff operierenden Diskurse der tatsächlichen Auseinandersetzung mit dem Anderen oder vor allem der eigenen Selbstverortung und Abgrenzung? Die Beiträge der Sektion erhellten diese Fragen aus unterschiedlichen Perspektiven und mittels exemplarischer Analysen, die es ermöglichten, dem Begriff und den mit ihm verbundenen Konzepten im 16. und 17. Jahrhundert erste Konturen zu verleihen.

YANN DAHHAOUI (Lausanne) untersuchte in seinem Vortrag „Les primeros padres se conformaron con las ceremonias de los gentiles. Comparing Pagan and Christian rites in Early Modern Spain“ spezifische Methoden des frühneuzeitlichen Religionsvergleichs und die daraus resultierenden Wertungen. Dabei ging es hier insbesondere um die Perspektive katholischer Humanisten des 16. Jahrhunderts und das Konzept der „Konformität“.

Allgemein bezeichnet Konformität eine im 17. und 18. Jahrhundert verbreitete Methode des Religionsvergleichs, die verwendet wurde, um die Korrespondenzen zwischen den Riten vergangener, paganer und

zeitgenössischer Religionen zu verdeutlichen. Es ging darum Ursprünge zu erkennen und Entwicklungen aufzuzeigen. Während die Forschung allgemein davon ausgeht, dass der französische Humanist Francois Estienne 1567¹ erstmals die Methode der Konformität anwendete, konnte Dahhaoui in seinem Vortrag darlegen, dass der spanische Humanist Alvar Gomez de Castro bereits 1562 in seinem Essay „De la orden y origen de las Virgines Vestales“ die Methode der Konformität in einem religionsvergleichenden Kontext verwendete. In seiner in Briefform geschriebenen Abhandlung über die Priesterinnen der Vesta und ihren Kult veranschaulicht Gomez die historischen paganen Praktiken, in dem er Analogien zu aktuellen, zeitgenössischen Bräuchen und Zeremonien bildet. Vergleichsgröße sind die Lebensgewohnheiten, Rituale und Regeln christlicher Nonnen. Während die These der Konformität oder auch der Anpassung seit dem 16. Jahrhundert vor allem in antikatholischen Abhandlungen unter dem Stichwort des „Paganopapismus“ verwendet wurde, sieht Gomez hier zwar heidnische Spuren in der christlichen Liturgie, zieht daraus aber keine moralischen Urteile, sondern hält dieses für völlig akzeptabel. Ja er erkennt hier sogar eine besondere Leistung der Kirchenväter, denn sie waren es, die diese heidnischen Rituale, sei es etwa das (Oster-)Feuer, das Singen des Kyrie Eleison in der Messe, oder auch die Wahl des Knabenbischofs, verbessert, erneuert und schließlich in allgemein akzeptierte Medien verwandelt haben, die dem Lob und Preis Gottes dienten. So konnte Dahhaoui am Beispiel des spanischen Humanisten Alvar Gomez de Castro deutlich machen, dass die Konformität zwischen paganen Bräuchen und christlich-liturgischen Ritualen von katholischer Seite im 16. Jahrhundert durchaus zugegeben und sogar als wichtige kulturelle Übertragungsleistung interpretiert wurde.

Nach diesem Einblick in ein katholisches Verständnis vom Zusammenhang zwischen Heidentum und katholischer Frömmigkeitspraxis, analysierte FRANZISKA TURRE (Erfurt) in ihrem Vortrag: „Die Heiden unter uns. Heidenstereotype in der konfessionellen Auseinandersetzung des 16. und 17. Jahrhunderts“ die Entstehung und Struktur des Heidentopos als antikatholisches Argument. Die Vorgehensweise, katholische Frömmigkeitspraktiken mit denen des antiken Heidentums zu

¹In seiner Schrift „Traicté de la conformité du langage françois avec le grec“, erschienen 1567.

vergleichen, die bereits seit dem Mittelalter bekannt war, erlebte jedoch erst ab der zweiten Generation der Reformatoren eine Hochkonjunktur. Während Luther seine Kritik an der katholischen Frömmigkeitspraxis (in erster Linie) noch wesentlich theologisch begründet hatte (sola scriptura), verwendeten Nachfolger vor allem seit dem Tridentinum das Heidenstereotyp als Argument gegen die altgläubige Religionspraxis. Es hat den Anschein, als habe nach der Veröffentlichung der Dekrete von Trient ein verstärkter Rechtfertigungsbedarf des Prinzips „sola scriptura“ selbst geherrscht, nachdem in den Konzilsdekreten die Heilige Schrift gleichberechtigt neben die Tradition gestellt wurde. In den darauffolgenden Debatten besannen sich die Protestanten auf religionsgeschichtliche Argumentationen, um sich mit dem Katholizismus auseinanderzusetzen. Die Urkirche diente nun als Folie und wurde zum wirksamen Ansatzpunkt, um das Traditionsargument der Katholiken auszuhebeln. Hatte Gomez also noch die Übertragungsleistung der Kirchenväter hervorgehoben, beschrieben die Protestanten ausgehend von dieser Stunde null eine Verfallsgeschichte, die mit der Institutionalisierung der Kirche begonnen hatte. Dabei standen hier, so Turre, zwei Themen im Mittelpunkt: Das Verhältnis zwischen Tradition und Heiliger Schrift und die Werkgerechtigkeit der Katholiken, die mit der des Heidentums verglichen wurde.

Während die Tradition für die Katholiken also ein wichtiger Pfeiler ihrer Religion blieb, erkannten die Protestanten in der Apostelkirche das Vorbild und in den Neuerungen seit der Institutionalisierung den Abfall vom wahren Glauben. Zwar entstand das Heidenstereotyp in einer besonderen theologiegeschichtlichen Situation, doch es erwies sich, wie Turre zeigen konnte, als besonders langlebig. Noch im 19. Jahrhundert behauptete etwa Karl August Hase in seinem Handbuch der Protestantischen Polemik, die katholische Heiligenverehrung sei auf dem Boden der alten Götterwelt entstanden.

Hatten sich beide Vorträge vor allem auf die praktische Instrumentalisierung und den konfessionellen Umgang mit dem Heidentum als Topos konzentriert hatten, stellte DOMINIK FUGGER (Erfurt) in seinem Beitrag „Das Partikulare im Universellen: Philipp Clüvers Blick auf das Heidentum“ eine frühe allgemeine Theorie des Heidentums vor. Der Geograph Philipp Clüver (1580-1622) verband dabei, wie Dominik

Fugger ausführte, als erster den ethnographischen Zugriff mit einer zeittypisch universalistischen Heidentumstheorie. Der Ursprung der Abgötterei liegt nach Clüver zeitlich vor der Sintflut: Das Heidentum kam mit Kain in die Welt, der, verleitet durch den Satan, sich über die Natur Gottes täuschen ließ. So ging das Wissen Adams verloren und das Heidentum kam als Missverständnis in die Welt. In seiner Urform manifestierte es sich als stellare, physische Abgötterei, das heißt die Eigenschaften des unsichtbaren Schöpfers wurden von den Menschen auf die sichtbare Schöpfung übertragen. Die Verehrung der Sonne wurde an Gottes Stelle gesetzt. Mit der Zeit trat neben den Sonnenkult die Verehrung des Mondes. Die Eigenschaften Gottes wurden nun teilweise dem Mond attribuiert, einzelne Eigenschaften in der Folgezeit auch den Sternen zugesprochen. Von hier ausgehend, griff die Vergötterung auch auf Verstorbene über, denen göttliche Eigenschaften zugesprochen wurden. Dabei stellte sich Clüver diese Attribuierungen, so Fugger, wie eine fortschreitende Aufspaltung, oder Aufteilung göttlicher Eigenschaften auf immer mehr Götter vor. Mit der babylonischen Sprachverwirrung bekam das bereits zuvor ausdifferenzierte Pantheon unterschiedliche Namen. Für Clüver ergibt sich damit, dass dem Heidentum fehlattribuierte Eigenschaften des einen Gottes zu Grunde liegen. Weise Heiden zeichneten sich dadurch aus, dass sie die Existenz eines einzigen Schöpfergottes, sozusagen subkutan und unter der oberflächlichen Verwirrung liegend, erkannten. Ein Beispiel für ein solches weises Heidentum erkennt Clüver bei den Germanen. Denn bereits Caesar bezeuge, dass die Germanen Sonne und Mond und Feuer verehrt hätten. Hieraus entwickelt Clüver ein christliches Dreifaltigkeitsmodell, in dem die Sonne für Gott Vater und der Mond als sonnenhafter Himmelskörper für Christus steht. Vulkan, das Feuer, steht für den heiligen Geist. Weitere Gottheiten waren den Germanen – Tacitus folgend – zwar durchaus bekannt, aber sie hätten sie nur als Eigenschaften der drei Hauptgottheiten verstanden, so dass die germanischen weisen Heiden in Clüvers Theorie also Vorstellungen des Schöpfergottes und sogar der Dreifaltigkeit bewahrt hätten. Dieses elaborierte religionshistorische Konzept machte sie in der Vorstellung Clüvers zu den weisesten Heiden, weiser noch als die Ägypter, die ja zumindest auch die Sonne verehrten. So lebten, folgt man Clüver, alle Völker unter demselben universellen Heidenhimmel,

aber nicht alle hatten den gleichen Horizont.

Im Anschluss an diesen Einblick in frühneuzeitliche Religionstheorie als historische Heidentumstheorie, stellte PAOLA VON WYSS-GIACOSA (Zürich) in ihrem Vortrag „Vielgötterei und Feuerkult. Der Blick des britischen Geistlichen Henry Lord auf die Religionen Indiens“ die unmittelbare Erfahrung mit zeitgenössischem Heidentum und die daraus folgende Religionsinterpretation und Reaktion in den Mittelpunkt. Mit „A Display of two Forraigne Sects in the East Indies“ (erschienen 1630 in London) stellte sie eine Schrift vor, die zu den ersten gedruckten Texten gehört, die in Europa über indische Religion erschienen ist. Gegenstand des aus zwei Teilen bestehenden Bandes sind einmal die Bania („A discovery of the sect of the Banians“) und einmal die Parsen („The Religion of the Persees“). Während Henry Lord mit den Parsen aber eine tatsächlich homogene Religionsgemeinschaft vorstellt, umfasst der Begriff Bania Vertreter der Händlerkaste, die sich unter anderem aus Jains oder auch Vaishnava zusammensetzte, also keine religiös homogene Gruppe. Henry Lord hatte von 1624 bis 1629 im Auftrag der East India Company als anglikanischer Pastor in Surat (Gujarat), gelebt und gearbeitet. Seine beiden Abhandlungen basieren, wie der Autor selbst betonte, auf direktem Augenschein, waren durch Befragung der religiösen Spezialisten und Studium der heiligen Schriften vor Ort entstanden. Bei den Texten Lords handelte es sich, wie Wyss-Giacosa ausführte, typologisch dennoch nicht um eigentliche Berichterstattungen, sondern eher um eine methodische Analyse der heidnischen Kulte. Entsprechend klar strukturiert und aufgebaut präsentieren sich die beiden Teile dem Leser. Die Kapitelunterteilungen weisen starke Parallelen auf. Beide Male beginnt der Autor, nach Widmungen und einer Einleitung, mit der Schöpfungsgeschichte und beschreibt dann den jeweiligen Mythos bis zur Sintflut. Im Anschluss daran betrachtet er die Heiligen Bücher und thematisiert danach ausführlich einerseits die spezifischen „moral laws“, die religiösen Gebote, und andererseits die „ceremonial laws“, die Feste, Zeremonien und Rituale. Dennoch kann von einer wertfreien, objektiven Analyse hier nicht die Rede sein. Schon in der Einleitung macht der Autor deutlich, dass er die Prägung falscher Religion, denn um eine solche handle es sich hier, für ein gravierendes Vergehen halte. Der englische Pastor meint in den

Vorstellungen und Geboten der Bania pythagoreische Ursprünge zu erkennen. Ihre Vielgötterei nennt er polemisch eine der papistischen nahe „Heiligenverehrung“. Den Feuerkult der Parsen setzt er zwar von anderen Formen der Idolatrie ab, verurteilt ihn jedoch scharf. Das vorrangige Ziel der von Lord unternommenen möglichst genauen Dokumentation der fremden „Heidentümer“ zur Religionskritik wird auch aus der visuellen Gestaltung des Frontispizes deutlich, und vor allem die gewählten Zitate aus der Aeneis Vergils (Buch VIII, Vers 698) und dem 1. Korintherbrief des Paulus (Paulus 1 Kor. 11-19) verdeutlichen, wie Wyss-Giacosa darlegen konnte, das Religions- und Heidentumsverständnis Lords. Mit dem Aufsuchen und der bewussten Analyse heidnischer Religion in Indien lieferte der puritanische Geistliche, so Wyss-Giacosa, empirische Evidenz zu gentiler Idolatrie, die zum wirkmächtigen Argument innerhalb religionsgeschichtlicher Auseinandersetzungen wurde und gleichzeitig als Mahnung und Antrieb zur notwendigen Stärkung der christlichen Einheit im Kampf gegen das Heidnische verstanden werden sollte. Die von ihm geleistete präzise Dokumentation dieser Kulte stand also innerhalb eines großen Auftrags zur Bestätigung der christlichen Wahrheit. Die wahrgenommene Pluralität sollte Lord zufolge, so Wyss-Giacosa abschließend, zu größerer Klarheit über den persönlichen Glauben führen, und so diene die Beschäftigung mit der Vielfalt also letztlich der Wohlfahrt der eigenen Religion. Die abschließende Diskussion bestätigte den großen Forschungsbedarf im Feld der frühneuzeitlichen Wahrnehmung des Polytheismus.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Dominik Fugger / Franziska Turre (beide Erfurt), Paola von Wyss-Giacosa (Zürich)

Yann Dahhaoui (Lausanne): „Les primeros padres se conformaron con las ceremonias de los gentiles. Comparing Pagan and Christian rites in Early Modern Spain“

Franziska Turre (Erfurt): „Die Heiden unter uns. Heidenstereotype in der konfessionellen Auseinandersetzung des 16. und 17. Jahrhunderts“

Dominik Fugger (Erfurt): „Das Partikulare im Universellen: Philip Clü-

vers Blick auf das Heidentum 1580-1622“

Paola von Wyss-Giacosa (Zürich): „Vielgötterei und Feuerkult. Der Blick des britischen Geistlichen Henry Lord auf die Religionen Indiens“

Entfallen: Sergio Botta (Rom): „Towards a Global Theory of Polytheism in Fray Juan de Torquemada's Monarquía Indiana“

Tagungsbericht HT 2016: *Heidentum oder Heidentümer? Frühneuzeitliche Perspektiven auf den Polytheismus*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 12.11.2016.

HT 2016: Mythos Bedrohung – Mythos Sicherheit: Schutzwallvorstellungen im östlichen Europa des 20. und 21. Jahrhunderts

Bericht von: Alfons Brüning, Radboud Universiteit Nijmegen

Die Vorstellung von einem „Schutzwall der Christenheit“ (*antemurale christianitatis*), oder einem „Vorposten des Abendlands“ (die Bezeichnungen wechseln im Detail) ist eigentlich ein alter, durch die Jahrhunderte hinweg immer wieder belebter Mythos der Geschichte vor allem des östlichen Europa. Zugleich erfährt dieser Topos vor dem Hintergrund von Flüchtlingskrise und Ukraine Konflikt auch im EU-Europa des frühen 21. Jahrhunderts eine erneute Renaissance. Bei der öffentlichen Diskussion in Ländern wie Polen oder Ungarn stößt man allenthalben auf einschlägige Denkfiguren, einschließlich historischer Reminiszenzen. Die hier zu beschreibende, von HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) und LILIYA BEREZHNYAYA (Münster) organisierte Sektion auf dem 51. Deutschen Historikertag in Hamburg machte es sich zur Aufgabe, derartige Anspielungen historisch zu verorten und im Licht der bekannten Theorien von politischen Mythen zu durchleuchten.

HEIDI HEIN-KIRCHER (Marburg) rekapitulierte entsprechend in ihren einleitenden Ausführungen das in der Theorie Bekannte zur Natur

und Funktion politischer Mythen: Nicht nur enthalten sie gegenüber einer verbreiteten Wahrnehmung von Kontingenz einen ordnenden Beitrag, sie leben und wirken vor allem dank eines inhärenten Sicherheitsversprechens. Ein solches Versprechen wird aber umso bedeutender, je größer zugleich die Bedrohung ausfällt, auf die der Mythos antwortet. Dies wiederum impliziert, dass die mobilisierende und von politischen Führern und Parteien entsprechend nutzbare Wirkung politischer Mythen Hand in Hand geht mit teils ihrerseits mythologischen Bedrohungsszenarien. Auch diese haben, namentlich im östlichen Europa, ihre Tradition, an die sich anknüpfen lässt.

Vor diesem Hintergrund nahm anschließend STEVEN SEEDEL (Colorado) in seinem Vortrag zu „Spatial Politics, Religion and Identity: Uses and Abuses of Antemurale“ die Funktion von Landkarten als Instrument politischer Mythisierung und Mobilisierung unter die Lupe. Karten enthalten spätestens seit dem späten 19. Jahrhundert ein stark suggestives Element, das Bedrohungsszenarien wie geopolitische Ansprüche gleichermaßen abbildet und popularisiert. An verschiedenen Beispielen zum, wie Seedel es nannte, „geheimen Leben der Karten“ wurde hier gezeigt, wie diese Karten ihre Wirkung zur Entschlüsselung scheinbar undurchsichtiger Mechanismen von Religion und Geopolitik entfalten. Tatsächlich enthielten Seedels Ausführungen auch immer den Hinweis auf ein den politischen Mythen meist inhärentes sakrales Element. „Maps are myths, and myths are maps“, unterstrich Seedel, der an dieser Stelle auch auf die theoretischen Arbeiten von Roland Barth und dessen Feststellung von der „Fähigkeit von Karten zur Verzerrung komplexer Realitäten“ verwies. Was zählt, ist nicht die adäquate Abbildung, sondern der Effekt. Erreicht wird dieser Effekt durch eigene Stilmittel: Farben, Linien und Bezeichnungen enthalten meist einen verborgenen Code, der den Betrachter in der Regel ohne weitere Vorinformationen anspricht. Grelles Rot etwa symbolisiert oft eine bedrohliche Entwicklung, dicke Grenzlinien suggerieren Abgrenzungen, wie sie sein sollen – nicht unbedingt wie sie sind. Die angesprochenen Hintergründe traten in der Zeit nach 1921 noch einmal deutlicher hervor. Karten erlebten nach dem Friedensvertrag von Riga, der unter anderem die polnische Ostgrenze festlegte, gleichsam den Höhepunkt ihrer demagogischen Karriere. Diese Karriere hatte dann auch ihre besonderen Förderer. Seedel stellte

hier Kartographen aus Deutschland, Polen, Ungarn und der Ukraine vor, in deren Werken der *antemurale*-Topos stets eine besondere Rolle spielte. Ihnen allen war zwar ein gewisser Internationalismus eigen – sie reisten viel, und verfügten über ein internationales Netzwerk von Kollegen – doch liefen ihre geopolitischen Visionen dann umso mehr auf unzweideutige Anwendungen des „Vormauer“-Mythos und seiner Spielarten hinaus. Hierzu gehörte der deutsche Kartograph Albrecht Preuss, dessen entschiedener Protestantismus schließlich stets mehr eine deutschnationale Färbung annahm, so dass seine Ideologie in völkischen „Raum“-Konzepten endete. Zu seinen Schülern zählte in Polen Pater Eugeniusz Romer. Romer hatte allerdings von seinem Landsmann Jerzy Szpetkowski die polnische *antemurale christianitatis*-Idee übernommen, und pflegte sie nun unter dezidiert katholischen Vorzeichen. Vor allem im (nach 1921) polnischen Galizien begab er sich damit in polemischen Gegensatz zu den nationalukrainischen Vorstellungen Stepan Rudnyk'skyjs. Alle diese Beispiele zeigen, wie Seedel klar machen konnte, wie Karten zu Medien, Mitteln und Texten in geopolitischen Auseinandersetzungen wurden.

Ein illustratives Fallbeispiel, allerdings diesmal aus Europas Mitte und der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland brachte im Anschluss hieran Vanessa Conze (Gießen): „... ein Bollwerk christlicher Kultur gegen heidnisches Chaos. 'Das Abendland' im Kalten Krieg“. Sie schilderte die Feierlichkeiten zum Anlass des tausendsten Jahrestages der Schlacht auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955. Damals hatte der deutsche Kaiser Otto I. in einer großen Feldschlacht den Raubzügen der heidnischen Magyaren ein Ende bereitet, und mit diesem Akt gemeinsamer Abwehr wesentlich zur Stabilisierung des noch jungen deutschen Reiches beigetragen. Im Augsburg des Jahres 1955 versammelten sich zum Gedenken an diese historische Wende neben einer großen Zahl von Vertretern der katholischen Kirche auch aktive Politiker der jungen Bonner Republik, darunter der eben in sein Amt eingesetzte Außenminister Heinrich von Brentano. Der Augsburger Bischof Joseph Fronhofer ließ in seinen Ansprachen keinen Zweifel daran, worin in der Gegenwart die Bedeutung der Schlacht zu suchen sei. Genauso wie damals gelte es auch jetzt wieder, zur Abwehr der Bedrohung durch „barbarische Horden aus dem Osten“ zusammenzustehen, die es

einmal mehr auf die Zerstörung der abendländischen christlichen Kultur abgesehen hätten. Im heraufziehenden Kalten Krieg waren hiermit aber keine Reiternomaden mehr gemeint, sondern das bolschewistische Russland. Wieder bestand das Bedrohungsszenario aus der alten Kombination aus „Osten, Barbarentum, Kommunismus, Atheismus“. Außenminister Heinrich von Brentano stieß in das gleiche Horn wie der Bischof, als er ausführte, dass ähnlich wie vor tausend Jahren nur ein solides, von allen getragenes, letztlich im christlichen Glauben ruhendes geistiges Fundament eine erfolgreiche Verteidigung garantieren könne. Brentano hatte in dieser Zeit gleich anderen Ministern der Adenauer-Regierung auch eine führende Position in der konservativ-klerikalen „Abendländischen Bewegung“ inne. Genaugenommen führte diese Bewegung freilich einen ideologischen Zwei-Fronten-Krieg: Denn ebenso bedrohlich wie der gottlose russische Bolschewismus waren für das christliche, hier katholisch-klerikal und konservativ gedachte Abendland – Protestanten spielten in Augsburg allenfalls eine Nebenrolle – auch alle Formen von Liberalismus und Säkularismus, wie sie gerade jetzt aus Amerika über den Ozean gelangten. In Conzes Beispiel wurde dann auch die Verschränkung von politischen und sakralen Argumentationsmustern, die politischen Mythen auch in der neueren Zeit noch eignet, erstmals augenfällig.

Vollends die Brücke zu aktuellen Ereignissen schlug im Anschluss hieran der Vortrag von PAUL SRODECKI (Gießen/Ostrava) „Die Bollwerksrhetorik reloaded. Antemurale-Topoi vor dem Hintergrund der aktuellen Ukraine- und Flüchtlingskrise“, der eine Fülle von Beispielen aktueller Bollwerksrhetorik vorwiegend aus Polen seit dem Jahr 2000 vortrug. In der polnischen Presse selbst, in deutschen Fernsehsendern, aber auch im Ausland und englischsprachigen Publikationen erschien im Umfeld des EU-Beitritts die polnische Ostgrenze erneut als Grenze und Vormauer des „christlichen Abendlandes“, später vor dem Hintergrund von Ukraine-Konflikt und Flüchtlingskrise auch als Schutzwall wahlweise gegen Islamisierung oder „russischen Imperialismus“. Das Mobilisierungspotential solcher politmythologischer Topoi ist offensichtlich groß. Anti-Islamische Demonstrationen einer der deutschen „Pegida“ vergleichbaren Initiative gegen die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes brachten in Polen landesweit und ohne die sonst

oft beobachteten regionalen Unterschiede erhebliche Teilnehmerzahlen auf die Beine, während sich selbst im sonst liberalen Warschau die Zahl der Gegendemonstrationen in engen Grenzen hielt. Der Rückgriff auf geschichtliche Mythen und Erinnerungsorte, darunter als prominenteste Jan Sobieskis Türkenabwehr vor Wien 1683 und das „Wunder an der Weichsel“ von 1920, geschieht in den rechtskonservativen bis ultra-nationalistischen Kreisen, und in der einschlägigen Rhetorik und Publizistik ohne große Umwege. Beispielhaft zitierte Srodecki hier die Pressesprecherin der neuen Regierungspartei PiS: „[...] Polen haben um die Freiheit der Vereinigten Staaten gekämpft, sie waren die treuesten Soldaten Napoleons, haben Belgien und die Niederlande [vom nationalsozialistischen Deutschland] mitbefreit, haben an der Schlacht um Monte Cassino teilgenommen. Wir haben die Türken [vor Wien 1683] wie auch den Ansturm der Bolschewiken im Jahre 1920 aufgehalten.“ Solche Töne bemüht auch Parteichef Kaczyński regelmäßig und weiß sich dabei in guter Gesellschaft mit anderen ostmitteleuropäischen Rechtspopulisten, allen voran der ungarischen Orban-Partei Fidesz. Bei näherem Hinsehen sind freilich auch die Parallelen zum vorangegangenen Beispiel des Augsburger Lechfeld-Millenniums augenfällig und interessant. Denn auch in Polen, wenn auch teils weniger explizit, ist das zu verteidigende Europa vor allem ein gläubiges und christliches und eines religiös konnotierter Werte. Das impliziert eine gleichzeitige Mission nach innen zur Erhaltung des wahren Europa, das in der Brüsseler „Euro-Kolchose“ (wie es in Zitaten aus Polen und Ungarn heißt) unter die Räder kommt, an geistiger Substanz verliert und gleichsam vor sich selbst geschützt werden muss. Gleich den Augsburger Katholiken des Jahres 1955 führen auch die polnischen rechtskatholischen Bollwerksrhetoriker der Gegenwart somit in Wirklichkeit einen Zwei-Frontenkrieg.

Bereits Srodeckis Vortrag enthielt auch eine Reihe von Verweisen auf die zeitgenössische Rhetorik im Nachbarland Ukraine, das schon vor der aktuellen Krise von westlichen Geopolitikern gern als Bollwerk gegen alle möglichen Gefahren aus dem Osten, wie Drogen- und Waffenhandel und illegale Migration, aufgebaut wurde. Seit Beginn der Konfrontation mit Russland machen sich nun auch ukrainische Politiker das Vokabular eines „Bollwerks“ gegen die Gefahr von außen, im

konkreten Fall die des russischen Imperialismus, zu Eigen. Wie dies historisch einzuordnen ist, war Thema des abschließenden Vortrags von GUIDO HAUSMANN (Regensburg), der sich mit „Historische[n] Kontinuitäten gegenwärtiger Geschichtsbilder in der Ukraine“ befasste. Die Gesellschaft im 1991 neu entstandenen unabhängigen ukrainischen Staat hatte eine Reihe von Abgrenzungsmythen im Gepäck historischer Erinnerung. Die prominentesten in dieser Reihe war die Grenzziehung gegenüber den muslimischen Krimtataren, gegenüber dem katholischen Polen und gegenüber Russland bzw. der Sowjetunion – Letztere freilich immer mit erheblicher Ambivalenz, da weder national oder kulturell sprachlich, noch konfessionell eindeutige, auch historisch dauerhafte Grenzen gezogen werden konnten. Faktisch spielte aber, wie Hausmann ausführte, nur einer dieser drei in den Jahren danach eine das öffentliche Bewusstsein maßgeblich beeinflussende Rolle. Anti-islamische Rhetorik spielte keine Rolle mehr, zumal sich die Krimtataren loyal in den ukrainischen Staat eingliederten. Der alte, konfessionell und national aufgeladene Gegensatz zwischen Ukrainern und Polen wurde durch politische und kirchliche Initiativen von beiden Seiten nach 1991 weitgehend ausgeglichen. Bleibt der Gegensatz zu Russland, der ohnehin brisanteste in der post-sowjetischen Ukraine, der in der aktuellen Krise neue Aufwertungen erfuhr. Bemüht wurden und werden in diesem Zusammenhang historische Reminiszenzen, in denen, wie Hausmann es darlegte, der Mythos des freiheitsliebenden, zugleich allein dem Volk verbundenen und keiner staatlichen Autorität untergebenen Kriegers ein Kontinuum darstellt. Das ist in erster Linie der Kosakenmythos, dessen Präsenz in der Ukraine der Gegenwart verschiedentlich augenfällig wurde. So machte sich die Regierung Jušenko in den Jahren 2005-2009 für die „Rehabilitierung“ des Kosakenhetmans Ivan Mazepa stark, den einstmals die sowjetische, und noch die russische Geschichtsschreibung vor allem als „Verräter“ gegenüber Zar Peter dem Großen präsentierten. In den gleichen Kontext gehörte die Restaurierung der alten Kosakenresidenz von Baturyn. Ferner erhielt der Mythos vom freien patriotischen Kämpfer gegen auswärtige Unterdrücker Unterstützung im Denkmal für das Gefecht von Kruty 1918, als eine kleine Einheit vor allem Kiever Studenten sich den einfallenden Rotgardisten entgegenstellte. Die entsprechenden Muster tauchen dann wieder

in den Geschichtsbildern der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) nach 1991 auf, in Denkmälern für deren Chefideologen Stepan Bandera und Verweisen auf Dmytro Doncov. Doch auch hier dominiert unterdessen das anti-russische Element, während der historisch ebenso verwurzelte Gegensatz zu Polen kaum noch eine Rolle spielt.

In ihren Kommentaren unterstrich schließlich LILIYA BEREZHNA-YA (Münster) noch einmal die Bedeutung von Bedrohungsszenarien, die für das Fortleben und die Aktivierung politischer Mythen stets eine zentrale Bedeutung besitzen. Zugleich verwies sie auf die Tatsache, dass scheinbar gleiche Erinnerungsorte – Paradebeispiel ist „Wien 1683“ – von verschiedenen Seiten auch je verschieden gedeutet und genutzt werden können. Denn mit dem einschlägigen Verweis arbeitete beispielsweise auch die österreichische Außenministerin Johanna Mikl-Leitner im Oktober 2015, als sie am Vorabend des nächsten EU-Krisengipfels dazu aufrief, an einer „Festung Europas“ zu bauen. Immer freilich sind Vorstellungen vom „Bollwerk“ oder der „Vormauer“ an der äußersten Grenze zum imaginären Feindesland mit einer besonderen politischen Mission verbunden. Feinbilder sind dabei zugleich notwendig pauschalierend, für Differenzierungen ist kein Platz. Der Aufruf zur Aktion, zur Verteidigung ist dem Mythos andererseits quasi inhärent. Der Aufruf zur Einheit, der zugleich damit verbunden ist, appelliert wiederum häufig, wie Berezhnaya vor allem mit Verweis auf die von Vanessa Conze präsentierten Lechfeld-Feierlichkeiten ausführte, an ein „goldenes Zeitalter“ der gesinnungsmäßigen Geschlossenheit, zu dem angesichts einer virulenten Bedrohung schnellstmöglich zurückgekehrt werden muss. Vor allem die massenpsychologische Seite des Aktivierungspotentials politischer Mythen wurde hier deutlich.

Die abschließende Diskussion trug noch weiter zur Vertiefung der den genannten Beispielen gemeinsam zugrundeliegenden Topoi des politischen *antemurale*-Mythos bei. Vor allem die immer auch präsente, wenn auch nur teils explizite sakrale Konnotation stand hier zur Debatte – freilich auch in dem Sinne, dass sie in neuerer Zeit womöglich durch zivilisatorische Wahrnehmungsmuster teils vervollständigt, teils ersetzt wird. So wie Religion allgemein oder als bestimmte Religion in Verbindung mit Moralität, Werten und Kultur gesehen wird, geht die Bedrohung vom religiös Anderen, gegebenenfalls Gottlosen aus,

der nicht nur den Glauben, sondern auch die zivilisatorischen Werte und Errungenschaften nicht teilt, sondern es auf deren Zerstörung abgesehen hat. Anderswo ist womöglich gerade die Religion eine Gefahr für die Zivilisation. Heraus kommt freilich ein Spektrum von säkular nach religiös, entlang dessen zahllose Verschiebungen möglich sind. Hier, aber nicht nur hier verdient ein überaus interessantes Sujet, dessen verschiedene Aspekte im Panel durchaus zu Wort kamen, weitere Behandlung.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Heidi Hein-Kircher (Marburg)

Heidi Hein-Kircher (Marburg): Einführung

Steven Seegel (Colorado): Spatial Politics, Religion and Identity: Uses and Abuses of Antemurale

Vanessa Conze (Gießen): "... ein Bollwerk christlicher Kultur gegen heidnisches Chaos. Das „Abendland“ im Kalten Krieg

Paul Srodecki (Gießen / Ostrava): „Bollwerke Europas“ - Die Bollwerksrhetorik reloaded. Antemurale-Topoi vor dem Hintergrund der aktuellen Ukraine- und Flüchtlingskrise

Guido Hausmann (Regensburg): Bollwerk gegen die ausländische Gefahr: Historische Kontinuitäten gegenwärtiger Geschichtsbilder in der Ukraine

Liliya Berezhnaya (Münster): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Mythos Bedrohung – Mythos Sicherheit: Schutzwallvorstellungen im östlichen Europa des 20. und 21. Jahrhunderts*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Globalgeschichte von Religionen – Perspektiven und Erkenntnischancen

Bericht von: Sören Rohrmann, Historisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Globalgeschichte von Religionen: Eine Glaubensfrage?

„Sollte es aber jemals eine universale Religion geben, so muss es eine sein, die weder an Ort, noch an Zeit gebunden ist; die unendlich, wie der Gott ist, den sie verkündet; [...] die nicht brahmanisch, christlich oder mohammedanisch ist, sondern die Zusammenfassung alles diesen [...]“¹, verkündete 1893 Vivekananda in seiner Rede auf dem Weltparlament der Religionen in Chicago, nachdem er seine Idee des Hinduismus als erfahrungsbasiertem Advaita Vedanta, also die Offenbarung der Einheit von Atman und Brahman in den vedischen Traditionen (Naturgesetze), in die Welt entlassen hatte. Vivekanandas Hinduismuskonzept reihte sich neben Christentum und Islam in die Vorstellung ein, es gebe große Religionen.

Globalgeschichte – alles nur eine Glaubenssache? So fragte OLAF BLASCHKE (Münster) in seiner Einführung und stellte damit gleich zu Beginn den Bezug der Sektion zum übergeordneten Thema des Hamburger Historikertages „Glaubensfragen“ her. Sein Vortrag kreiste um zwei Problemstellungen, die gleichsam den konzeptionellen Rahmen der gesamten Sektion markierten: Wie kann Religion die Globalgeschichtsschreibung bereichern und welchen Nutzen hat eine globale Perspektive für die Religionsgeschichte? Unverkennbar seien in der Gegenwart das wachsende Interesse an Globalisierung und ein Boom der globalgeschichtlichen Forschung. Doch welchen Erkenntnisgewinn bietet eine globale Verflechtungsgeschichte für die Arbeit des Historikers? Denn Verflechtungsgeschichte als Selbstzweck zu betreiben, sei wenig erhellend, solange sie nicht den Nachweis erbringe, Zusammenhänge besser

¹Swami Vivekananda, Hinduismus. Ansprache gehalten auf dem internationalen Religionskongress in Chicago 1893, hrsg. von Emma von Pelet, Zürich 1935, S. 29.

erklären zu können als der methodologische Nationalismus bisher, so Blaschke.

Einerseits konzentrierten sich globalgeschichtliche Ansätze häufig auf wirtschafts- oder migrationsgeschichtliche Phänomene und vernachlässigten Religion. Andererseits werde Religionsgeschichte weiterhin vorwiegend als Nationalgeschichtsschreibung betrieben. Trotzdem könne eine globalgeschichtliche Perspektiverweiterung der Religionsgeschichtsschreibung auf eine ansehnliche Leistungsbilanz zurückblicken: So spricht etwa Christopher Bayly von einer wachsenden „Uniformität“ der Weltreligionen seit dem frühen 19. Jahrhundert.² Tomoko Masuzawa vertritt die These, dass Europäer wie der Indologe Max Müller die Nicht-Europäer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts darin beeinflusst hätten, ihre religiösen Identitäten als Weltreligionen zu konstruieren.³ Außerdem plädiert beispielsweise Rebekka Habermas dafür, Missionsgeschichte nicht mehr als einfache Expansionsgeschichte Europas zu betreiben, sondern als „entangled history“.⁴ Klaus Koschorke wirbt für eine „polyzentrische Christentumsgeschichte“ der transkontinentalen religiösen Netzwerke.⁵

Auch an Skepsis gegenüber einer Globalgeschichte des Religiösen mangle es nicht: Werde nicht gerade der Eurozentrismus durch den Gebrauch eines westlichen Religionsbegriffs vertieft? In den luftigen Höhen globalgeschichtlicher Fragestellungen sei Quellenarbeit schwierig, aber nötig. Mangelnde Sprachkenntnisse der Historiker seien ohnehin ein grundsätzliches Problem. Außerdem könne man verflechtungsgeschichtliche Untersuchungen gar nicht als Projekt von Einzelnen betreiben.

Obwohl es historiographische Wellen und disziplinäre Modeerscheinungen gebe, schloss Blaschke sein Plädoyer für die Vorzüge einer

²Vgl. Christopher A. Bayly, *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914*, Frankfurt am Main 2006.

³Vgl. Tomoko Masuzawa, *The Invention of World Religions. Or, How European Universalism was Preserved in the Language of Pluralism*, Chicago 2005.

⁴Vgl. Rebekka Habermas, *Mission im 19. Jahrhundert. Globale Netze des Religiösen*, in: *Historische Zeitschrift* 287 (2008), S. 629-679.

⁵Vgl. Klaus Koschorke / Adrian Hermann (Hrsg.), *Polyzentrische Strukturen in der Geschichte des Weltchristentums (Studien zur Außereuropäischen Christentumsgeschichte 25)*, Wiesbaden 2014.

Globalgeschichte von Religionen, sei diese eben nicht nur eine vorübergehende Glaubenssache, sondern ein konstruktiver Lösungsvorschlag für lang anhaltende Debatten in der Historikerkunft, wie etwa bei der Frage, ob der Ultramontanismus im 19. Jahrhundert eher von oben oder von unten ausgegangen sei.

MARGRIT PERNAU (Berlin) widmete sich in ihrem Vortrag über die Emotionen der kolonialen Moderne in Indien einem Modernenarrativ, das Rationalisierung, Säkularisierung und Disziplinierung auf der Chronologie normativ synchronisiere und so die Muslime bzw. den Orient als vormoderne Gesellschaften ausweise, da Religion und exzessive Gefühle dort einen hohen Stellenwert einnehmen. Diversität im Raum werde in Homogenität in der Zeit überführt: Europas Moderne werde zur Zukunft des Orients und dieser wiederum führe Europa seine eigene Vergangenheit vor Augen. Pernau gab jedoch zu bedenken, dass die Moderne nicht in Karl Marx, Max Weber und Michel Foucault aufgehe, sondern dass zu ihr ebenso Religion bzw. Emotionalisierung gehöre, wie das Beispiel der Kulturkämpfe oder der Herausbildung von Geschlechteridentitäten im 19. Jahrhundert zeige. Außerdem verwies Pernau auf einen merkwürdigen Befund: Das Denken in Entwicklungsstadien und das Erzählen einer Defizitgeschichte seien in der akademischen Welt so weit verbreitet, dass das Narrativ der nachholenden Modernisierung in Bezug auf den Islam, bei manchen Autoren gar die Geschichte einer verweigerten Modernisierung, selbst dann beibehalten werde, wenn ihm die empirischen Befunde der Forschung offensichtlich widersprächen. Daher war Pernaus These ein emphatisches Plädoyer dafür, dass es bei einer Globalgeschichte von Religionen nicht darum gehen könne, „auch noch ein paar Frauen und Schwarze“ ins Narrativ zu integrieren, sondern dass die Masternarrative Europas andere werden müssten, denn Europa brauche Kenntnisse über andere Religionen und Weltregionen zur Selbstinterpretation.

„Welchen Erkenntnisgewinn bringen globalgeschichtliche Fragestellungen für die Religionsgeschichte?“, fragte sich VOLKHARD KRECH (Bochum) und spitzte seine Antwort aus religionswissenschaftlicher Perspektive in fünf Thesen zu. Erstens verdanke sich der heutige Blick auf Religion zeitgenössischen Globalisierungsprozessen seit den 1970er-Jahren, wobei die Vorgeschichte der Globalisierung des Religiösen zwei-

tens bis in die Frühe Neuzeit zurückreiche. Man müsse daher mehrere Globalisierungen voneinander unterscheiden; die Geschichte der globalisierten Religion sei retrospektiv zu schreiben. Die religiöse Globalisierung in der Gegenwart knüpfe drittens an eine relationale Verflechtungsgeschichte von Religion im 19. Jahrhundert an. Mission sei keine Einbahnstraße und Europa das Produkt seiner außereuropäischen Verflechtungen. Globale Prozesse beschreiben viertens eine eigenständige Ebene des Religiösen. Deshalb sei Globalgeschichte kein methodischer Turn, sondern eine Perspektiverweiterung des Religionsbegriffs in der Religionsgeschichtsschreibung, die zur Aufgabe der Zentrum-Peripherie-Unterscheidung zugunsten einer polyzentrischen Geschichte des religiösen Feldes nötige. Einzelne Religionen bezögen sich fünftens trotz ihrer regionalen Emergenz auf gemeinsame, einheitsstiftende Traditionen, wie die weltweite Ausbreitung der Marienverehrung zeige. Krech resümierte: „Was also bringt die Globalgeschichte für die Religionsgeschichtsschreibung? Wesentliches.“ Denn eine integrale Religionsgeschichte globaler Verflechtungsprozesse könne ohne sie nicht sinnvoll geschrieben werden.

Ausreichend Diskussionsstoff war vorgelegt worden, als REBEKKA HABERMAS (Göttingen) ans Rednerpult trat, um die vorangegangenen Vorträge kritisch zu würdigen. Die Globalisierung von Religion habe nichts mit Homogenisierung zu tun, sondern immer mit der Schärfung des eigenen Profils, gab sie etwas knapp zu bedenken. Auf die bohrende Frage, warum sich die Verflechtungsgeschichte selber derart schwer tue mit dem Thema Religion, fand Habermas folgende Antwort: Die Globalgeschichtsschreibung werde so lange blind für Religion bleiben, wie sie keinen Begriff des Säkularen entwickle. Säkular und religiös seien relationale Begriffe, die sich im „langen 19. Jahrhundert“ wechselseitig in einer globalen Verflechtung konstituierten. Habermas fasste ihre Überlegungen in der Forderung zusammen, die große Chance, die das Thema Religion für verflechtungsgeschichtliche Arbeiten biete, stärker zu nutzen, aber nur in Verbindung mit einer Geschichte des Säkularen.

Die sich anschließende Plenumsdiskussion kreiste im Wesentlichen um vier zentrale Fragekomplexe. Erstens: Wer ist eigentlich der Ansprechpartner für eine globale Religionsgeschichte? Etwa die Religionssoziologie in historischer Perspektive? Aber Religion geht in ihrer

Funktionalisierung auf Interesse und Erkenntnis genauso wenig auf wie im Nationalen, sie hat vielmehr einen Eigensinn. Zweitens: Woher kommt das Säkulare? Gibt es ein Konzept des Säkularen, das womöglich protestantisch und europäisch konnotiert ist? Im 19. Jahrhundert machte sich vor allem für Sozialdemokraten und Naturwissenschaftler das Säkulare am Antikatholizismus und Antipietismus fest. Es war ein europäischer Kampfbegriff. Drittens: Wann wird aus „entangled history“ eine Globalgeschichte? Gar nicht. Man kann nur eine Geschichte von Vorstellungen des Globalen schreiben. Religion entstand einerseits erst durch Performanz, andererseits durch Interaktivität von Religion und Nicht-Religion. Jedenfalls sollte man nicht den Fehler machen, Religion einfach als analytischen Begriff vorauszusetzen, so wie einst die Nationalismusforschung den Begriff Nation. Viertens: Warum bleibt das Judentum in den Sektionsbeiträgen ein Thema *non grata*, obwohl es doch seit 2.000 Jahren eine Verflechtungsgeschichte mit dem Christentum gibt?

Die Globalgeschichtsschreibung wird wohl solange mit dem Thema Religion hadern, wie sie sich gegen das Theorieangebot des Postkolonialismus sperrt. Wenn man wie Jürgen Osterhammel Religion als einen westlichen Begriff einfach voraussetzt⁶, verpasst man gerade die Pointe, die eine Globalgeschichte von Religion im 19. Jahrhundert zu bieten hätte, und vertieft vielmehr den alt bekannten Eurozentrismus der Historikerkunft. Michael Bergunder hat überzeugend dargelegt, wie die Historisierung des heute allgemein gebräuchlichen Religionsbegriffes im Rahmen einer asymmetrisch verflochtenen und postkolonial grundierten Globalgeschichte dafür sensibilisieren kann, dass Religion im 19. Jahrhundert das Produkt einer globalen Aushandlung war.⁷ Denn um die „Mitte des 19. Jahrhunderts [...] fanden Namensgebungen für ‚Religion‘ statt, die im Angesicht der Herausforderungen der Naturwissenschaften und der Entdeckung der Religionsgeschichte sowie der Globalisierung im Zeichen des Kolonialismus neue Äquivalenzketten produzierten, die den heutigen sedimentierten Namen ‚Religion‘

⁶Vgl. Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts* (Historische Bibliothek der Gerda-Henkel-Stiftung 5), München 2009, S. 1242.

⁷Vgl. Michael Bergunder, „Religion“ and „Science“ within a Global Religious History, in: *Aries* 16 (2016), S. 86-141.

nach wie vor bestimmen.“⁸ Die Geschichte von Vivekanandas Hinduismuskonzeption als erfahrungsbasiertem Advaita Vedanta, um auf das Eingangszitat zurückzukommen, mag dafür paradigmatisch stehen.⁹

Es kommt also darauf an, die Rede vom „europäisch-westlichen“ Religionsbegriff zugunsten eines globalen Verständnisses zu überwinden. Erste Schritte wurden bereits gemacht; die besprochene Sektion auf dem Hamburger Historikertag leistete dazu einen substantiellen Beitrag. So gesehen wurde der Fehdehandschuh geworfen, nun liegt es an den Skeptikern einer globalen Verflechtungsgeschichte von Religion, sich der Diskussion konstruktiv zu stellen – das heißt jenseits von Glaubensfragen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Olaf Blaschke (Münster)

Olaf Blaschke (Münster): Einführung. Glaubenssache Globalgeschichte?

Margrit Pernau (Berlin): Religion in der Globalgeschichtsschreibung

Volkhard Krech (Bochum): Globalgeschichte in religionswissenschaftlicher Perspektive

Rebekka Habermas (Göttingen): Kommentar

⁸Ders., Was ist Religion? Kulturwissenschaftliche Überlegungen zum Gegenstand der Religionswissenschaft, in: Zeitschrift für Religionswissenschaft 19 (2011), S. 3-55, hier S. 46.

⁹Vgl. ders., Indischer Swami und deutscher Professor. „Religion“ jenseits des Eurozentrismus, in: Michael Stausberg (Hrsg.), Religionswissenschaft, Berlin 2012, S. 95-107.

Tagungsbericht HT 2016: *Globalgeschichte von Religionen – Perspektiven und Erkenntnischancen*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: Globaler Rausch. Das Projekt Pelz vom 15. bis in das 19. Jahrhundert

Bericht von: Ulla Kypta, Departement Geschichte, Allgemeine Geschichte des Mittelalters, Universität Basel

Die Sektion „Globaler Rausch. Das Projekt Pelz vom 15. bis in das 19. Jahrhundert“ nahm den Prozess unter die Lupe, der Pelz von einem Alltagsobjekt am Ort seines Vorkommens in ein Wunschobjekt verwandelte, das fern der Heimat der verarbeiteten Tiere das Begehren nicht nur adliger Schichten weckte. Auf Pelz, so die These der Sektion, gründete die höfische Konsumkultur des spätmittelalterlichen Westeuropas, die Kolonie New Netherland, die Wiener Berufsgruppe der Modisten wie die russische Eroberung Sibiriens. Der Pelzhandel kann so nicht nur als Folgeerscheinung, sondern auch als eine der Triebkräfte der Globalisierung gesehen werden. Erst im 20. Jahrhundert geriet der Pelzhandel als ressourcenvernichtend und tierfeindlich ins Zwielficht, das das Begehren nach Pelz überschattete.

Wie EVA BRUGGER (Basel) in ihrer Einführung darlegte, eignen sich Pelze besonders als Objekt einer Geschichte globalen Begehrens, weil die Nachfrage nach Pelz keinesfalls nur mit dem praktischen Bedürfnis nach warmer Kleidung erklärt werden kann. Vielmehr diente das Tragen von Pelz dazu, wirtschaftliche wie politische Potenz deutlich zur Schau zu stellen, soziale Distinktion zu untermauern. Deshalb geht die Verbreitung von Pelzen einerseits mit der Etablierung von Luxusordnungen einher: Pelz sollten eben nur die tragen können, die auch den sozialen Rang besaßen, den Pelz markierte. Andererseits wurde Pelz bis zur Unkenntlichkeit recycelt und konnte so auch zu ärmeren Gesellschaftsschichten vordringen. Diese Funktion als sozialer Marker konnte Pelz insbesondere dort einnehmen, wo er nicht herkam, denn in

Russland, Kanada oder Sibirien galt Pelz als Alltagsgut und Währungsersatz. Das westeuropäische Begehren nach Pelz schuf Kontaktzonen zwischen Europäern und Indigenen, schuf und festigte Verbindungen von Europa nach Sibirien wie nach Nordamerika und wurde somit zum Katalysator des globalen Handels. Um die Veränderungen zu erfassen, die der Pelzhandel auslöste, schlug Eva Brugger das Konzept des Projekts vor. Angelehnt an Daniel Defoe soll ein Projekt dabei ein geplantes Vorhaben bezeichnen, das neuartig und innovativ gedacht ist. Ein Projekt heißt nur solange Projekt, wie es nicht abgeschlossen ist. Deshalb entfällt der Zwang zu beurteilen, ob ein Projekt scheiterte oder Erfolg zeitigte. Das Begehren nach Pelz initiierte solche Projekte, wie die folgenden Beiträge ausführten.

ANJA RATHMANN-LUTZ (Basel) zeichnete den Weg nach, den Felle aus Russland an die westeuropäischen Höfe des späten Mittelalters fanden. Aus der Währung in Russland wurden die Waren der Hansekaufleute und schließlich die Wunschobjekte des westeuropäischen Adels, dessen zeremonielle Roben aus Pelz Macht und Ehre symbolisieren sollten. Anja Rathmann-Lutz legte den Fokus auf Eichhörnchenfelle, die vor Marder- und Biberfellen in der größten Zahl aus Russland exportiert wurden. Die Eichhörnchenfelle gelangten meist unverarbeitet auf den westlichen Markt und wurden dort von Hofbeamten oder direkt von Kürschnern angekauft. Kürschner und Händler verkauften die fertigen oder halbfertigen Kleidungsstücke auf Messen, Märkten oder im blühenden Secondhand-Handel. Getragene Pelze wurden weiterverkauft oder an Bedienstete oder Bedürftige weitergegeben. Die Pelzkleidung bei Hof veränderte sich mit den Schwankungen der Mode. Neue Arten von Kleidungsstücken ließen den Fellaufwand pro Stück im Laufe des 14. Jahrhunderts um 300% Prozent steigen. Die symbolische Funktion des Pelzes als Marker für einen besonderen sozialen Stand blieb somit erhalten. Entsprechend diente Pelz auch als Brautgabe oder als Geschenk für zukünftige Mitglieder einer adligen Familie: Pelz markierte soziale Zugehörigkeit. Zur „dress-literacy“ (U. Rublack)¹ gehörte auch, den richtigen Pelz zu tragen: Gegen Ende des Mittelalters kamen Eichhörnchen außer Mode, stattdessen kleidete man sich in Zobelpelze.

¹Ulinka Rublack, *Dressing up. Cultural identity in Renaissance Europe*, Oxford u.a. 2010.

Eva Brugger unterfütterte die Ausführungen zum Projektbegriff, die sie in der Einführung dargelegt hatte, mit dem Fallbeispiel der Kolonie New Netherland. Sie berichtete zunächst von Henry Hudsons Projekt, die Nordwestpassage zu finden. Stattdessen entdeckte er einen natürlichen Hafen und ein Angebot an Pelzen, das ein neues Projekt anstieß, nämlich die Gründung von New Amsterdam, dem späteren New York. Die Besiedlung sollte helfen, Angebot in Nordamerika und Nachfrage in Europa zusammenzubringen. Um den Austausch von Waffen, Schießpulver, Eisen, auch Tabak, Zucker und Sklaven gegen die begehrten Pelze beständig am Laufen zu halten, reichte die Ansiedlung immer neuer Siedler aus Europa allerdings nicht aus. So entstand das nächste Projekt, die Westindienkompagnie, die gegründet wurde, um die Siedlung wirtschaftlich zu stabilisieren. Auf dieser Grundlage blühte der Handel insbesondere mit Biberpelzen. Die bearbeiteten Pelze wurden von Indigenen in die Handelsstützpunkte gebracht und dort von europäischen Händlern aufgekauft. Die Interessen der Indigenen, der europäischen Händler und europäische Konsumenten beeinflussten Angebot und Nachfrage nach Pelzen und somit die Geschichte der Kolonie New Netherland und der westindischen Handelskompagnie. Als Projektgeschichte lässt sich deren Schicksal erzählen, ohne sich für eine Interpretation als Erfolgs- oder Niedergangsgeschichte entscheiden zu müssen.

Anschließend wendete VERONIKA HYDEN-HANSCHO (Wien) den Blick wieder zurück auf die europäischen Absatzmärkte. Sie erzählte die Geschichte der französischen Biberhüte. Diese Dreispitze waren im 17./18. Jahrhundert ein *must-have* der europäischen Elite am Hof, in Militär und Administration. Auch hier zeigte sich die doppelte Erscheinungsform der Pelze als soziales Distinktionsmerkmal wie – in recycelter Form – als Konsumgut auch für ärmere Bevölkerungsschichten. Einerseits waren Biberhüte viermal so teuer wie einfache Hüte und somit ein Luxusartikel, andererseits wurden sie über den Gebrauchtwarenhandel in weniger zahlungskräftige Schichten verbreitet. Neben den Biberpelzen vor allem aus Kanada wurde auch das Fell der Vikunja, einer südamerikanischen Kamelart, verarbeitet. Die traditionell zünftisch orientierten Wiener Hutmacher konnten auf diese neuen Trends kaum reagieren. Französische und italienische Hutmacher

siedelten sich in Wien an, konnten als Hofhutmacher die zünftischen Regulierungen umgehen und so den Hauptumsatz des Hutgewerbes an sich ziehen. Die Wiener Hutmacher reagierten darauf nicht, indem sie sich das Know-How der italienischen und französischen Konkurrenz aneigneten. Stattdessen gewannen neue Gewerbe an Prominenz, nämlich die Hutstepper und Modisten, die halbfertige Hüte ankauften, sie färbten, mit Applikationen oder Straußenfedern verfeinerten und wieder verkauften. Die Globalisierung restrukturierte in diesem Bereich das Wiener Gewerbe: An die Stelle des produzierenden trat das weiterverarbeitende und verkaufende Gewerbe.

In JÖRN HAPPELS (Basel) Vortrag stand die dunkle Seite des Begehrens nach Pelz im Vordergrund. Als in der Frühen Neuzeit die Pelzvorkommen im europäischen Teil Russlands zu Ende gingen, rückte Sibirien in den Fokus der Pelzhändler. Zobel und Eichhörnchen machten Sibirien zum begehrten Land. Der Zobel habe, so zitierte Jörn Happel die Forschung, die Eroberung Sibiriens nicht nur angestoßen, sondern zugleich finanziert. Die Pelzhändler nahmen dabei weder auf Grenzen noch auf die indigene Bevölkerung Rücksicht. Die Eroberer behandelten Pelze wie Luxusartikel, was das indigene Warenggefüge durcheinanderbrachte, in dem Pelze lediglich den Status von Alltagsgegenständen eingenommen hatten. An Stelle des ehrenden Andenkens, das laut indigener Tradition den getöteten Tieren gewährt werden musste, blieb den Bewohnern Sibiriens nur der für die Pelze eingetauschte Alkohol. Als der Zar schließlich eine Pelzsteuer erhob, mussten die Pelze ohne Gegenleistung in immer höherer Zahl abgegeben werden. Sibirienreisenden des 18. Jahrhunderts fiel auf, dass ein solches Vorgehen nicht nachhaltig sein konnte: Wie zum Beispiel Georg Wilhelm Steller mahnte, würde der Zobelnachschub versiegen, wenn man nicht mehr auf Menschen, Tiere um Umwelt achte. Solche Appelle verfielen auf offizieller Seite allerdings nicht, erst im frühen 20. Jahrhundert unterzeichnete Russland das erste Tierschutzabkommen.

HEINRICH LANG (Bamberg) ging in seinem Kommentar zunächst auf den Projektbegriff ein. Er stellte eine mögliche negative Konnotation heraus, die bei der Diskussion um Projekte zu berücksichtigen sei: So charakterisiert zum Beispiel Zedlers Universal-Lexikon Projektemacher als Betrüger, deren falschen Versprechungen kein Glauben zu schenken

sei. Zudem strich er noch einmal die verschiedenen Funktionen von Pelz als Luxus- und Konsumgut wie als sozialer Marker mit symbolischer Funktion heraus. Die starken konjunkturellen Schwankungen des Pelzhandels hängen mit diesen verschiedenen Funktionen zusammen und könnten daher noch genauer untersucht werden. Das Ziel der Gründer der Hudson's Bay Company, andere Wettbewerber aus dem Pelzmarkt zu verdrängen, ging zwar auf, da jedoch die Beschaffungskosten für Pelz sehr hoch lagen, ließen sich die Gewinne trotzdem nicht in dem Masse steigern, das die Investoren sich erhofft hatten.

Insbesondere die Frage nach dem Projektbegriff wurde in der Diskussion ebenfalls aufgegriffen. Eva Brugger konturierte genauer, dass ein Projekt im Sinne von Defoe dem Gemeinwohl dienen müsse und außerdem stets vorläufig sei. Die Kolonie New Netherland sei insofern nur solange ein Projekt, bis sie mit Hilfe der Gründung der westindischen Handelskompanie stabilisiert worden sei. Außerdem wurde diskutiert, wer die Kosten eines Projekts trage und ob Projekte nur solange Attraktivität besäßen, bis staatliche Aktivitäten im 18./19. Jahrhundert an die Stelle der Projektemacherei traten. Die Sektion bereicherte die geschichtswissenschaftliche Diskussion also um das Konzept des Projekts, einer aus der Quellsprache des 17./18. Jahrhunderts entwickelten Analysekategorie, die eine interessante Perspektive für alle Studien darstellen dürfte, die Planungen und Ideen erforschen wollen, ohne sich in Teleologien oder retrospektiven Urteilen über Erfolg oder Misserfolg zu verfangen. Zugleich demonstrierten die RednerInnen eindrücklich, wie anhand eines konkreten Objekts die Geschichte der Globalisierung epochenübergreifend und weltumspannend erzählt werden kann.

Sektionsübersicht:

Eva Brugger (Basel): Einführung

Anja Rathmann-Lutz (Basel): Währung, Ware, Wunschobjekt. Felle zwischen Markt und Hof im 14. und 15. Jahrhundert

Eva Brugger (Basel): Transatlantisches Begehren. Biberpelz und die Krone New Netherland (1609-1664)

Veronika Hyden-Hanscho (Wien): Biber und Vikunja: Globale Rohstoffe

für die europäische Hutproduktion am Beispiel Wiens im 17. und 18. Jahrhundert

Jörn Happel (Basel): Pelzrausch. Sibirien in Reiseberichten des 18. Jahrhunderts

Heinrich Lang (Bamberg): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Globaler Rausch. Das Projekt Pelz vom 15. bis in das 19. Jahrhundert*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 22.10.2016.

HT 2016: Frühneuzeitliche Konfessionskultur(en): Stand und Zukunft eines Konzepts

Bericht von: Hanna Goyer / Laura-Marie Krampe, Sonderforschungsbereich 1150 „Kulturen des Entscheidens“, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Frühneuzeitliche Konfessionskultur(en) standen im Mittelpunkt dieser Sektion, und schon der Plural in Klammern macht deutlich, dass es Gesprächsbedarf gab und auch immer noch gibt. Aus interdisziplinärer Perspektive heraus wurden konzeptionelle Fragen gestellt und Denkanstöße für weitere Forschungsarbeit gegeben.

Den ersten Vortrag der Sektion eröffnete der Kirchenhistoriker THOMAS KAUFMANN (Göttingen) mit einer kurzen Retrospektive auf die Forschungsdebatten der 1980er- und 1990er-Jahre zum Konfessionalisierungsparadigma und dem sich davon abgrenzenden Begriff der Konfessionskultur. Diese verstand Kaufmann als den „Formungsprozess einer bestimmten, bekenntnisgebundenen Auslegungsgestalt des christlichen Glaubens in die vielfältigen lebensweltlichen Ausprägungen und Kontexte hinein, in denen der allenthalben wirksame Kirchenglaube präsent war“.¹ Daran anknüpfend erläuterte er sein Verständnis von

¹Thomas Kaufmann, *Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Kirchengeschichtliche Studien zur lutherischen Konfessionskultur*, Tübingen 1998, S. 7.

Konfession als relativ distinkte, soziale Formation, wie sie sich etwa in Festen, Kleidungswahl oder Normsetzungen widerspiegle. Vor diesem Hintergrund wurde dann das komplexe und dynamische Wechselverhältnis von Konfession und Kultur in den Blick genommen. Um sich der Frage nach den Charakteristika einer lutherischen Konfessionskultur anzunähern, entwickelte Kaufmann – in dezidiert Abgrenzung zu dem im von Robert Kolb herausgegebenen Sammelband verfolgten Ansatz² – das Bild der lutherischen Konfessionskultur als sich konzentrisch ausdehnender Kreis. Kern ebendieser Konfessionskultur sei demnach das volkssprachliche Wort (Predigt, Buchdruck). Kaufmann verwies hier insbesondere auf die prägende Wirkung des Kleinen Katechismus und der Perikopen. Von diesem Kern ausgehend ließen sich nun weitere Kreise mit Inhalten aufladen, die jedoch – umso weiter sie sich vom Kern entfernten – immer größere Gemeinsamkeiten und Überschneidungen mit anderen Konfessionen aufweisen würden. Nennen ließen sich hier etwa Endzeitkonzepte, die zwar eng mit dem lutherischen Ordnungsdenken verbunden, jedoch auch in anderen Konfessionen präsent seien. Als weiteres Beispiel könne unter dem Aspekt der Genderforschung die Pfarrfrau als Leitikone des lutherischen Frauenbildes ausgemacht werden, obwohl bei genauerem Hinsehen vielmehr das Patriarchat dominiere, welches sich dann wiederum als gemeinsamer Nenner sowohl der katholischen als auch der lutherischen Konfession ausmachen lasse. Um im Bild der konzentrischen Kreise zu bleiben, könne also festgehalten werden, dass sich die Spezifik der einzelnen Merkmale nach außen hin zunehmend verflüchtige.

Im Anschluss näherte sich BRIGIT EMICH (Erlangen-Nürnberg) dem Konzept der Konfessionskulturen aus kulturgeschichtlicher Perspektive. Auf Grundlage ihres Verständnisses von „Konfessionskultur als Code, der Handlungen die Potenz verleiht, Konfessionalität herzustellen“, entwarf Emich ein alternatives Modell des Kaufmann'schen Paradigmas. Hierbei grenzte sie sich sowohl von einer rein essentialistischen Sicht auf Konfession wie auch von den gängigen performativ-kulturalistischen Ansätzen ab, ohne dabei deren Vor- und Nachteile aus den Augen zu verlieren. An ihr Modell formulierte sie daher gleich zu

²Vgl. Robert Kolb (Hrsg.), *Lutheran ecclesiastical culture 1550-1675* (= Brill's companions to the Christian tradition, 11), Leiden 2008.

Beginn einen dreifachen Anspruch: Es müsse die Vorzüge des klassischen Konfessionalisierungsparadigmas bewahren (v.a. den komparativen Ansatz und seine Orientierung an makrohistorischen Prozessen), aber auch die kulturalistische Kritik an diesem Konzept ernst nehmen und zugleich mit der Frage nach den *Propria* das ursprüngliche Konzept der Konfessionskulturen integrieren.

Zum Zweck der Abgrenzung von essentialistischen und kulturalistischen Ansätzen stellte Emich zunächst beide Positionen in ihren Grundzügen vor. Vertreter der essentialistischen Sicht, wie Kaufmann, propagierten Emich zufolge einen harten Konfessionsbegriff, demgemäß Konfession einen unveränderlichen religiösen Kern besitze. In kulturelle Kontexte hineingetragen, verändere Konfession zwar ihren Charakter, ihr religiöser Kern bestehe jedoch fort. Dagegen gingen Anhänger des Kulturalismus davon aus, dass Konfession sich erst in und durch Kultur konstituiere. Stellvertretend für diese zweite Perspektive berief sich Emich auf Barbara Stollberg-Rilinger, der zufolge Konfessionalität als „eine stets schwankende und instabile kulturelle Praxis im jeweiligen performativen Vollzug zu beschreiben (sei)“.³ Mit den Formeln „Konfession und Kultur“ und „Konfession als Kultur“ wurden die vorgestellten Positionen auf ihre jeweilige systemische Verhältnisbestimmung heruntergebrochen.

Eine Synthese präsentierte Emich schließlich mit der Vorstellung ihres Modells von Konfessionskultur. Mit diesem regte sie dazu an, Konfessionskulturen in Konfessionsgesellschaften (Andreas Holzem) zu untersuchen, deren Zugehörigkeitsvorstellungen historisch erst zu rekonstruieren seien. Diese Konfessionsgemeinschaften seien entweder als Diskurs- und Konfliktgemeinschaften zu konzeptualisieren, wie dies Wassilowsky in seinem Beitrag vorführte, oder aber in der Analyse politisch-territorialer Einheiten zu identifizieren. Empirische Untersuchungen, in denen diese Gemeinschaften auf ihre jeweiligen konfessionellen Normen- und Wertesysteme, ihre Repräsentations- bzw. Differenzmedien, ihre Vorstellungen von der eigenen Geschichte und

³Barbara Stollberg-Rilinger, Einleitung, in: Andreas Pietsch/Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), *Konfessionelle Ambiguität. Uneindeutigkeit und Verstellung als religiöse Praxis in der Frühen Neuzeit* (= Schriften des Vereins für Reformationgeschichte, 214), Gütersloh 2013, S. 9-26, hier S. 14.

der Zukunft sowie ihre Organisation und Verfahren hin befragt würden, könnten dazu dienen, konfessionskulturelle Gemeinsamkeiten und Differenzen auch in ihrem makrohistorischen Rahmen auszumachen, zu benennen und einander gegenüberzustellen.

Eine empirisch ausgerichtete Annäherung an die lutherische Konfessionskultur wagte dann MATTHIAS POHLIG (Münster). Im ersten Schritt seiner Ausführungen stellte er verschiedene Elemente einer lutherischen Konfessionskultur dar, deren Auswahl er durchaus selbstkritisch als „klischeehaft“ kennzeichnete. Neben der Pluralität der lutherischen Konfessionskultur, die ihre Grundlagen in der dezentralen, territorialen Ausgestaltung des Luthertums habe, sei auch die Streitkultur der lutherischen Orthodoxie als prägendes Element zu nennen. Es müsse ebenso darauf aufmerksam gemacht werden, dass Luthertum bzw. lutherische Konfessionskultur nicht identisch seien mit lutherischer Theologie. So sei letztlich Martin Luther selbst zur überformten Projektionsfläche einer Konfessionskultur geworden, die weit über das hinausgegangen sei, was theologisch legitimiert gewesen sei. Ebenfalls charakteristisch sei eine spezifisch lutherische Verzauberung der Welt, wie sie etwa Renate Dürr in ihren Forschungen nachgewiesen habe.⁴ Graubereiche der populären Frömmigkeitspraxis hätten ohne größere Probleme in die Konfessionskultur integriert werden können. Daneben müsse selbstverständlich auch die Konzentration auf das Wort Eingang in die Aufzählung finden, auch wenn die einst starre Differenzierung der Konfessionskulturen nach Wort und Bild von der jüngeren Forschung zunehmend aufgelockert worden sei. Keinesfalls fehlen dürften darüber hinaus das Pfarrhaus sowie eine identitätsstiftende, immer wieder aktualisierbare Endzeiterwartung, die die Konfessionskultur nachhaltig beeinflussten. Pohlig schloss seine Erläuterungen zu den Elementen der lutherischen Konfessionskultur mit einem Blick auf das Verhältnis ebendieser zur Geschichtsschreibung. Das Luthertum habe sich als Erfüllung biblischer Prophetie verstanden und sich in Abwehr des katholischen Neuheitsvorwurfes stets mit dem historischen Argument als Element der Kontroverspolemik gewappnet. Auch das Refor-

⁴Vgl. Renate Dürr, *Prophetie und Wunderglauben. Zu den kulturellen Folgen der Reformation*, in: *Historische Zeitschrift* 281 (2005), S. 3-32.

mationsgedenken selbst sei so letztlich aus der Unsicherheit über die eigene Legitimität heraus entstanden.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen lenkte Pohlig den Blick auf die methodischen Probleme, die eine solche empirische Auseinandersetzung mit den Elementen der lutherischen Konfessionskulturen mit sich bringe und forderte einen komparatistischen Zugriff auf die frühneuzeitlichen Konfessionskulturen ein, der von der Forschung bisher viel zu selten geleistet worden sei. Nur eine solche Perspektive öffne den Blick für das Zusammenspiel und die Pluralität verschiedener Elemente der Konfessionskultur mit je unterschiedlichem Status. Gleichzeitig wohne dem Begriff der Konfessionskultur das Problem mangelnder Trennschärfe inne, schließlich müsse es durch eine exakte Begriffsverwendung auch möglich sein, bestimmte Phänomene auszuschließen. Aktuell werde Konfessionskultur jedoch zu unbedacht zu einem Containerbegriff. Das Hauptproblem sah Pohlig jedoch in der herrschenden Unklarheit über die Funktion des Begriffs, der ursprünglich als Gegenbegriff zur Konfessionalisierung etabliert worden sei. Ist Konfessionskultur Thema oder Perspektive? Wird eine Periodisierung oder ein Ablaufmodell benötigt, und wie könnte dieses aussehen? Dies ist beim gegenwärtigen Diskussionsstand offen.

GÜNTHER WASSILOWSKY (Frankfurt am Main) betrachtete das Konzept der Konfessionskultur in seiner Funktion als analytisches Instrumentarium. Statt bereits in dem Kompositum Konfessionskultur einen apriorischen Dualismus zwischen Konfession und Kultur auszumachen, betonte er in Anlehnung an die kulturalistische Tradition die Notwendigkeit, den Kultur- auf den Konfessionsbegriff anzuwenden („Konfession als Kultur“). Auf diese Weise könne ein integrales, operatives Verständnis von Konfessionskultur befördert werden, das es ermögliche, konfessionskulturelle Eigentümlichkeiten analytisch zu ermitteln.

Zu diesem Zweck definierte Wassilowsky Kultur zunächst als Zeichen- und Symbolsystem, das Menschen dazu ver helfe, Identitäten und Ordnung herzustellen, diese zu kommunizieren und so Wirklichkeiten zu erzeugen. Konfession beschrieb er im Anschluss daran als performative Praxis und soziales, von Situativität und Historizität geprägtes Kulturphänomen; Konfessionalität werde durch Handlungen erzeugt,

die sich in distinkte Traditionen und Konventionen einschreiben. Die dezidierte Untersuchung konfessioneller Symbolsysteme erlaube es dann, so Wassilowsky weiter, Konfessionskulturen hinsichtlich ihrer symbolischen Kommunikation und ihrer spezifischen Handlungsrepertoires zu unterscheiden.

Auf Grundlage dieser konzeptionellen Überlegungen bezeichnete Wassilowsky den Katholizismus als Präsenzkultur, in der neben zahlreichen weiteren Medien unter anderem Artefakte als Mittel der Vergegenwärtigung des präsenten Heiligen dienten. Hiervon sei der Protestantismus als Differenzkultur, in der die Schrift auf das Sakrale verweise, deutlich zu unterscheiden. Besonders nachdrücklich betonte er zudem die Tatsache, dass auch innerhalb des Katholizismus eine starke konfessionskulturelle Binnendifferenz auszumachen sei.

Innerhalb des Katholizismus, den Wassilowsky im Anschluss an Georg Simmel als Konfliktgemeinschaft begriff, identifizierte er vier Felder intensiver Auseinandersetzung, die als gemeinsame Streitobjekte dem frühneuzeitlichen Katholizismus eine spezifische Kontur verliehen: die Frage nach der Jurisdiktionsinstanz, das Trienter Konzil, die frühneuzeitlichen Gnadendebatten und die Symbolstreitigkeiten. Zwar habe auf all diesen Feldern eine vorherrschende Position dominiert, doch sei es immer wieder auch zu Auseinandersetzungen gekommen, die zur Ausbildung diverser Untergruppierungen geführt hätten. Diese aufeinander bezogenen Konflikteinheiten seien wiederum als Teile einer gemeinsamen Konfessionskultur zu verstehen.

Den abschließenden Kommentar zur Sektion eröffnete der französische Historiker CHRISTOPHE DUHAMELLE (Paris) mit zwei prägnanten Fragen: Ist Konfessionskultur deutsch? Und: Ist Konfessionskultur davon abhängig, dass es Konfessionskultur_en_ gibt? Seine erste Frage beantwortete er mit einem eindeutigen Ja. Zum einen dürfe nicht unterschätzt werden, wie grundlegend die Struktur des Alten Reiches die Entstehung von Konfessionskulturen ermöglicht und befördert hätte. Zum anderen habe der interdisziplinäre deutsche Wissenschaftsstreit über das Konzept der Konfessionskultur zwischen Kirchenhistorikern, Theologen, Historikern und Volkskundlern zu extrem fruchtbaren Ergebnissen geführt. In kaum einem anderen Land, so Duhamelle, sei eine fächerübergreifende Debatte in dieser Form denkbar gewesen.

Zur Beantwortung seiner zweiten Frage holte Duhamelle weiter aus, wenn er damit argumentierte, dass innerhalb des Reiches Pluralität an vielen Stellen eingeübt worden sei, sowohl in politischem, rechtlichem als auch religiösem Nebeneinander. Diese Koexistenz habe mindestens zwei Folgen gehabt: Zunächst das Wechselspiel von Nachahmung und Abgrenzung zwischen den verschiedenen Konfessionsgruppen und darüber hinaus die Etablierung einer Streitkultur. Konfessionskultur sei demnach nur in Abhängigkeit von Konfessionskultur_en_ zu erfassen. Folglich seien Konfessionskultur_en_ auch als Toleranzkulturen zu verstehen, die nicht nur verglichen werden müssten, sondern deren Interaktion im Mittelpunkt zukünftiger Forschungen stehen sollte. Der Kommentator schloss mit dem Fazit: „Wir werden auch in Zukunft weiter streiten.“

In den Vorträgen wurde deutlich, dass die Beantwortung der Frage, wodurch Konfessionalität letztlich konstituiert wird, untrennbar mit dem zugrundeliegenden Konzept von Kultur verbunden ist. Essentialistische Sichtweisen trafen in der zweistündigen Sektion auf fluide, durchlässigere Vorstellungen von Kultur und führten so zu sehr heterogenen Auffassungen darüber, worin der Kern der Konfessionalität eigentlich besteht. Dass sich Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen in dieser Frage künftig einig werden, ist unwahrscheinlich. Gerade der Dissens macht die Diskussion jedoch extrem ergiebig, befördert die multiperspektivische Auseinandersetzung mit dem Thema Konfessionalität und trägt so auch dazu bei, Konzepten wie dem der Konfessionskultur in all ihren Facetten gerecht zu werden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Birgit Emich (Erlangen-Nürnberg) / Matthias Pohlig (Münster)

Thomas Kaufmann (Göttingen): „Konfessionskultur“ in der Perspektive der Kirchengeschichte

Birgit Emich (Erlangen-Nürnberg): „Konfessionskultur“ in der Perspektive der Kulturgeschichte

Matthias Pohlig (Münster): Was ist lutherische Konfessionskultur?

Günther Wassilowsky (Frankfurt am Main): Was ist katholische Konfessionskultur?

Christophe Duhamelle (Paris): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2016: Frühneuzeitliche Konfessionskultur(en): Stand und Zukunft eines Konzepts*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 21.10.2016.

HT 2016: Transcending Boundaries. The Religious, the Secular, and Negotiations of Cultural Hierarchies in Turn-of-the Century Counter-Cultural Contexts between Europe, Asia, and Africa

Bericht von: Michael Philipp Brunner, Geschichte der modernen Welt, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Giving credit to both the motto of the 2016 German Historians' Convention, *Glaubensfragen* ('religious matters'), and the convention's guest country, India, the conference section „Transcending Boundaries. The Religious, the Secular, and Negotiations of Cultural Hierarchies in Turn-of-the Century Counter-Cultural Contexts between Europe, Asia, and Africa“ set out to discuss the influential but often criticized concept of 'secularization' through an examination of various transcultural movements and initiatives, all of them related to some extent to South Asia. For long, historiography maintained rather unchallenged narratives of a strong and linear connection between the two laden concepts of 'secularization' and 'modernization'. Only since the 1990s scholars have started to question this understanding. Following these newer critical perspectives and highlighting entanglements and exchanges of persons and thoughts between various parts of the world, the individual contributions of the panel problematized prevalent and often Eurocentric notions of 'modernity' and the place of 'religion' therein.

JULIA HAUSER (Kassel), who is currently writing an entangled history of vegetarianism, presented the first paper of the section. Her presentation focused on three vegetarian associations in colonial India, examining vegetarianism as a contact zone and opportunity of cooperation for diverse actors with diverse aims and intentions. Although concepts of meat-less living had been present in Europe and India for a long time, Hauser stressed that it was in the nineteenth century that 'vegetarianism' in Europe became a distinct term as well as an organized movement. In India, too, vegetarianism assumed new connotations during the last decades of the nineteenth century. Indeed, discourses in Europe and in India became increasingly entangled.

As Hauser noted, there was among the various associations present in British India a common ambivalent attitude toward animal welfare and the status of the animal in relation to the human. Even while most embraced animal welfare as one of their aims, one of the rhetoric tools frequently used when arguing for the superiority of a vegetarian lifestyle was the 'animalizing' of non-vegetarians, thus apparently degrading them both morally and physically. Equally important in the arguments of the various associations, regardless of their sometimes diverging objectives and motives, was a merging of Western science and religion viz. spirituality. Further, the vegetarian movement in the Indian colonial setting, even when based on alliances between Europeans and Indians, often proved to be a source of anti-colonial critique.

ROBERT KRAMM (Konstanz), based on his current research project which examines radical utopian communities in early twentieth century Japan, Switzerland, South Africa and Jamaica, spoke about the co-operative 'Tolstoy Farm' in Johannesburg, South Africa, which had been set up by Mohandas Gandhi and Hermann Kallenbach and existed from 1910 to 1913. As Kramm emphasized, utopian communities have so far been mostly analyzed in their respective national contexts. He chose a different perspective, intending to draw light on aspects of transnational entanglements and circulations of utopian knowledge, as the multinational utopian communities were niches for retreat and formative hubs of radical ideological exchange. Kramm pointed out the ambivalent fact that while these communities were unified in a common rejection of so called 'modernity' and capitalist forms of production and

consumption, they still relied heavily on the particularities of modernity, such as steamships and new media, to uphold their transnational connections and outlooks.

In his programmatic paper Kramm praised the potential of analyzing these institutions which figured as nodal points of various forms of life reform, and described the radical utopians as 'moving subjects,' borrowing a term coined by Tony Ballantyne and Antoinette Burton.¹ The study of communities such as Tolstoy Farm in Johannesburg thus seems to promise many insights on the range but also limits of actors of globalization, on the global circulation of knowledge and for the writing of a decentered global history of the early twentieth century.

Due to her absence, only an abstract of JUDITH GROSSE's (Zürich) paper was read. It dealt with the World League for Sexual Reform (1921-1935), a network of sex reformers with a cosmopolitan outlook and reformist ideas explicitly grounded in a European enlightenment discourse against Christian sex morality. Her paper focused on the Indian sexologist A.P. Pillay, who tried to reconcile science and spirituality in his visions of marriage reform. Although Pillay was able to enter the circles of sex reformists through the imperial networks of science, his work never got in-depth reception among the European community.

ISABEL RICHTER (Bremen) presented the last research paper. Her paper dealt with Western travelers to India in the 1960s and 1970s and the corresponding hippie counter-culture as a transnational youth movement. Due to a growing corpus of autobiographical accounts from these travelers, Richter was able to analyze this group of actors, who were substituting their search for a perfect society at home with a search for a perfect inner mind in India. In referencing the travelers' images of India as a place of the eternal and timeless, Richter pointed to the long-standing tradition in Western academia and popular culture which constructed the 'Orient' and 'India' as 'the other' and a projection screen of multifarious imaginations, as has been deconstructed by scholars such as Edward Said or Ronald Inden.²

¹Tony Ballantyne / Antoinette Burton (eds.), *Moving Subjects: Gender, Mobility, and Intimacy in an Age of Global Empire*, Champaign 2009.

²Edward W. Said, *Orientalism*, New York 1978; Ronald Inden, *Imagining India*, Oxford 1990.

Embedding her research in the broader discourse on secularization and the often claimed erosion of religion in the 'West', Richter pointed out that the India-oriented hippie movement in its search for a new spiritual freedom has to be seen as a phenomenon countering secularist narratives of religion as an anti-liberal, anti-emancipating and anti-modern historical force. Instead, Richter stressed the emergence of new forms of 'bricolages' of religion resulting from these transcultural encounters which also helped distribute and popularize elements from Indian culture such as sitar music, tantric ideas and practices, ayurvedic food systems as well as yoga and meditation systems and techniques outside of India.

HANS MARTIN KRÄMER (Heidelberg) concluded the section with a comment. He interpreted the section's contributions as further refutations of the often heard, but too simplistic classical assumption of a direct and unidirectional link between modernization and secularization. He advocated a more fruitful approach as outlined for example by Talal Asad³, looking rather at the modern project of secularism as a structuring ideal than at alleged processes of secularization. Krämer described the movements presented in the research papers as going against a normative secularist interpretation of religion that distinctly differentiates between secular and religious spheres. Pointing to complex science-cum-scriptures arguments in vegetarian discourse, Gandhi's anti-secularism at the Tolstoy Farm, A. P. Pillay's reference to the religious base of marriage, and the western travelers' spiritual search in India, the commentator located in these movements moments of a „resacralization“ or „respiritualization“ in a distinctively modern and transnational world.

With its varied selection of alternative and counter-culture movements analyzed – from utopian living communities to vegetarianism, sexual reform and the hippies – the section shed light on insightful moments of transcultural encounter, exchange as well as the negotiation of hierarchies. In this way, it managed to give the audience an apt impression on the historical complexities and contradictions of too often unquestioned notions of the 'modern', the 'secular', and the 'religious',

³Talal Asad, *Formations of the Secular: Christianity, Islam, Modernity*, Stanford 2003.

and provided intriguing and inspiring perspectives and approaches to the topic.

Session Overview:

Section convenor: Julia Hauser (Kassel)

Julia Hauser (Kassel): Between Humanitarianism, Colonial Critique, and Nationalism. British Vegetarians and Hindu Activists in Turn-of-the Century India

Robert Kramm (Konstanz): Radical Utopianism at Tolstoy Farm: Building Communities at the Margins of Global Modernity

Judith Große (Zürich): Cosmopolitanism, Secular Morality, and the Boundaries of Universalism in the Transnational Movement for Sexual Reform in the Interwar Years

Isabel Richter (Bremen): Spiritual Seekers, Pilgrims and Psychonauts. Travelers to India and the Transformation of Religion in the long 1960s

Hans Martin Krämer (Heidelberg): Commentary

Tagungsbericht HT 2016: *Transcending Boundaries. The Religious, the Secular, and Negotiations of Cultural Hierarchies in Turn-of-the Century Counter-Cultural Contexts between Europe, Asia, and Africa*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 21.10.2016.

HT 2016: Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der afrikanisch-europäischen Transfersgeschichte

Bericht von: Norman Aselmeyer, Department of History and Civilization, European University Institute, Florence

Historiker und Historikerinnen seien gewillt, fast alles zu glauben, solange es nicht dreidimensional ist.¹ Von dieser Skepsis, so 1977 von John Schlebecker formuliert, ist heute nicht viel geblieben: Die Dinggeschichte hat in den letzten Jahren Furore gemacht. Nicht nur, dass sie angesichts der Ubiquität von Diskursen die Materialität zurück in die Geschichte brachte und dieser zu neuen Einsichten verhalf, sondern sie stand auch Pate für einige Bestseller auf dem Buchmarkt. Neil MacGregor, um ein bekanntes Beispiel zu nehmen, hat mit seiner „Geschichte der Welt in 100 Objekten“ gezeigt, wie sich mithilfe von Sammlungsobjekten des British Museum eine verflochtene Geschichte der Welt schreiben lässt.²

Obgleich die Rede vom „material turn“ suggeriert, dass es sich bei der Geschichte der Dinge und ihrer Materialität um ein Novum handelt, hat sie doch eine offenkundige Vorgeschichte in der klassischen Realienforschung und dem marxistischen Materialismus. Die französischen Poststrukturalisten haben ihnen allerdings einen neuen Stellenwert in der sozialen Wirklichkeit beigemessen und damit vor allem auf ihre Bedeutung für Machtbeziehungen und als Wissensspeicher verwiesen. Bruno Latour hat später mit dem Konzept der Aktanten ihren Eigensinn betont. Heute wird die Relevanz von Objekten für die moderne Geschichtsschreibung nicht mehr bestritten, sogar ein „Vetorecht der Dinge“ – analog zum Koselleck'schen Vetorecht der Quellen – wurde proklamiert.³ In der Geschichtswissenschaft spielt momentan neben ihrer Handlungsmacht und ihrem Stimulus für globale Verflechtungen vor allem die Sprache der (Alltags-)Dinge eine herausragende Rolle, die ihren Gebrauchs- und Bedeutungswandel in der Zeit untersucht.⁴

¹John T. Schlebecker, *The Use of Objects in Historical Research*, in: *Agricultural History* 51 (1977), S. 200–208, hier S. 200.

²Neil MacGregor, *Eine Geschichte der Welt in 100 Objekten*, München 2011 (zuerst als: *A History of the World in 100 Objects*, London 2010).

³So vor allem Gudrun M. König, *Das Veto der Dinge. Zur Analyse materieller Kultur*, in: dies. / Karin Priem / Rita Casale (Hrsg.), *Die Materialität der Erziehung. Kulturelle und soziale Aspekte pädagogischer Objekte*, Weinheim / Basel 2012, S. 14–31, hier S. 22.

⁴Besonders der Begriff „Semiophor“, der auf Krzysztof Pomian zurückgeht, ist hier relevant. Vgl. u.a. Krzysztof Pomian, *Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln*, Berlin 1988; Lorraine Daston (Hrsg.), *Things that Talk. Object Lessons from Art and Science*, New York 2004; zuletzt: Hans Peter Hahn (Hrsg.), *Vom Eigensinn der Dinge. Für eine neue Perspektive auf die Welt des Materiellen*, Berlin 2015. Beispielfähig für die Vielzahl

Diese mediale Seite von Objekten war auch Gegenstand der Sektion „Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der afrikanisch-europäischen Transfergeschichte“. FELIX BRAHM (London) und BETTINA BROCKMEYER (Bielefeld) betonten in ihrer Einführung die ambivalente Rolle von Objekten in interkulturellen Austauschbeziehungen. Diese war bedingt durch, erstens, asymmetrische Machtverhältnisse und, zweitens, unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen. Ihr umstrittener Charakter, wie die anhaltenden Diskussionen um Raubkunst und zwiespältige Erinnerungsgeschichten zeigen, dauert in der Gegenwart an. Die Sektion fragte davon ausgehend nach dem Konfliktpotential und den Deutungsverschiebungen im Transfer von Objekten zwischen Afrika und Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Besonderes Augenmerk liegt, so die beiden Organisator/innen, auf dem jeweils religiösen und wissenschaftlichen Gehalt dieser Objekte in der interkulturellen Kontaktsituation, der Verflechtungsgeschichte und ihrer Erinnerungspolitik.

FELIX BRAHM (London) untersuchte im ersten Vortrag die Rolle von Feuerwaffen in Ostafrika. Die aus europäischen, US-amerikanischen und südasiatischen Arsenalen ausgemusterten und für den Handel umgebauten Waffen gehörten seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu begehrten und nicht nur zahlenmäßig bedeutsamen Transferobjekten zwischen lokalen Potentaten sowie zwischen europäischen und afrikanischen Akteuren. Ihre besondere Rolle erklärt sich in diesen Kontexten, so Brahm, durch ihre vielschichtigen Funktionen als Vertrauensbeweis, Prestigeobjekt und Männlichkeitssymbol. Anhand der Beziehung zwischen dem König von Buganda, Kabaka Mtesa, und dem Missionar der britischen Church Missionary Society, Alexander Murdoch Mackay, zeigte Brahm aber auch eine Bedeutungsverschiebung von Feuerwaffen im interkulturellen Kontakt auf: War Mackay anfangs überzeugt, dass die Distribution von Feuerwaffen durchaus friedensstiftend wirke und Geschenke von Waffen notwendig seien, um sich der Gunst des

neuerer globalhistorischer Objekt-, Commodity- oder Konsum-Geschichten sind u.a. Frank Trentmann, *Empire of Things. How We Became a World of Consumers, from the Fifteenth Century to the Twenty-First*, London 2016; Anne Gerritsen / Giorgio Riello (Hrsg.), *The Global Lives of Things: The Material Culture of Connections in the Early Modern World*, London / New York 2016.

Kabakas zu versichern, wurden diese für ihn – als sie für den Herrscher zunehmend zentrales Medium zur Herrschaftssicherung wurden – zu moralisch umstrittenen Objekten. Der wahrgenommene Zusammenhang zwischen freiem Waffenhandel in Afrika und Gewaltexzessen, Raubzügen und Sklavenhandel veranlasste die europäischen Kolonialmächte 1890, den Transfer modernerer Schusswaffen zu verbieten und damit zugleich die Basis der eigenen kolonialen Herrschaft zu legen.

Dass Objekte nicht nur eine Transfergeschichte haben, sondern auch zur Weitergabe von Wissen und Glauben beitrugen, argumentierte BETTINA BROCKMEYER (Bielefeld) in ihrem Vortrag. Dafür analysierte sie Wege und Bedeutungswandlungen der menschlichen Überreste des Wahehe-Chiefs Mkwawa aus dem kolonialen Tansania, dessen Schädel sowohl als Trophäe, Wissenschaftsobjekt, politisches als auch religiöses Objekt fungierte. Nach der Enthauptung durch deutsche Truppen wurde dem Chief ein Backenzahn entnommen, der als religiöse Reliquie aufgeladen und in Form eines Kettenanhängers in Familienhand aufbewahrt den Erfolg der deutschen Kolonisation repräsentieren sollte. Die Geschichte des Schädels ist dagegen bis heute nicht geklärt. Eventuell wurde er nach der Grablegung von deutschen Soldaten erbeutet und in Virchows Schädelammlung in Berlin deponiert, wo er wissenschaftlichen Zwecken diente. Seine politische Geschichte kulminierte im Versailler Friedensvertrag, in dem er in Artikel 246 als Symbol deutscher Grausamkeit firmierte. Erst 1954 wurde der vermeintlich echte Schädel, damals dem Bremer Völkerkundemuseum entnommen, nach Tansania gebracht. Dort wurden ihm von den Briten magische Fähigkeiten zugeschrieben. Auch die Familie, in deren Hand der Backenzahn verblieb, glaubte aufgrund verschiedener Unglücksfälle an einen Fluch und gab ihn 2013 zurück. Die Überreste von Chief Mkwawa sind, so Brockmeyer abschließend, Exempel europäischer Glaubensweisen, die sich der im kolonialen Diskurs geprägten Dichotomie von ‚afrikanischem‘ Glauben und ‚europäischem‘ Wissen entziehen.

Ausgehend von der Sammelpolitik des Berliner Museums für Völkerkunde berichtete KRISTIN WEBER (Leipzig) über den Konflikt zwischen objektiver Wissensproduktion und kolonialer Sammlungspraxis im ostafrikanischen Kontext. Die koloniale Expansion Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts nutzten die Berliner Ethnologen, um Objekte

aus den Schutzgebieten für Forschungszwecke und zur vermeintlichen Rettung von Kulturgut in den musealen Besitz zu bringen. Die Aneignung dieser Objekte sollte unter ethnologischen Sammelvorgaben erfolgen, obgleich die Sammelpraxis der Personen vor Ort in Form von Raub, Diebstahl, Erpressung, Ankauf und Geschenken in Kauf genommen wurde. Die Perspektive des Kontrollverlusts ermöglicht es, so Weber, den Sammelprozess über die oft vereinfachende Reduktion auf gewaltsame Enteignung und Machtasymmetrien hinaus auch nach anderen Aspekten zu befragen. So geraten nicht nur die Rolle afrikanischer Akteure in den Blick, die sich als Vermittler oder Informanten teilweise am Erwerb beteiligten, sondern auch die Brüchigkeit objektiver Wissensproduktion und die zweifelhafte Kontrollierbarkeit und Rationalität kolonialer Expansion. Am Beispiel der kigilya-Figur aus Ukerewe zeigte Weber schließlich auf, wie wenig Sammlungspraxis von kolonialer Politik zu trennen war. Die Aneignung von Objekten war demzufolge ein ambivalenter Prozess zwischen Konformität und Kontrollverlust, der das Verhältnis der verschiedenen Parteien in Ostafrika im Kontext von Zusammenarbeit, Widerstand und Gewalt strukturierte.

Der Beitrag von REBEKKA HABERMAS (Göttingen) rief dazu auf, neben der klassischen Provenienzgeschichte von Objekten auch deren politischer Dimension Aufmerksamkeit zu schenken. Anhand der Bronzekunst, die 1897 nach einer gewaltsamen Expedition britischer Truppen im Benin nach Europa gelangt war, zeichnete sie den typischen Weg von kolonialen Beuteobjekten in die Ethnologische Sammlung Berlins nach und verwies auf die vorangehende rhetorische Uminterpretation ihrer Aneignungsgeschichte, die entlang kolonialer Stereotype als Befreiungs- und Rettungsaktion gerechtfertigt wurde. In Europa entfalteten diese Objekte eine umfassende Wirkungsmacht und hinterließen ihre Spuren in der Geschichte des Wissens, der Kunst, Identität und Ökonomie. Indem sie beispielsweise konstitutiv geworden sind für die Malerei der europäischen Moderne, so Habermas, haben sie sich ins kulturelle Vermächtnis des Kontinents eingeschrieben. Die aktuelle Dimension der Objekte zeigt sich, so der Vortrag weiter, angesichts energischer Restitutionsforderungen in der Abwehrreaktion der Museen. In der „Declaration on the Importance and Value of Universal Museums“ (2002), die den Verbleib der erbeuteten und erworbenen Stücke

in den großen Museen des Westens legitimierte, wirkten vor allem die Echos kolonialer Rhetorik von 1897 nach. Die Geschichtswissenschaft kann zur Aufdeckung dieser Traditionslinien beitragen, aber auch – wenn sie es mit der Dezentrierung ihres Blicks ernst meint – auf die Verwicklung von kolonialer Wirtschaft und heutigem Kunstmarkt hinweisen sowie die Herstellungssituation und die politischen, religiösen oder popkulturellen Bedeutungsverschiebungen im lokalen Kontext analysieren.

In seinem anschließenden Kommentar verwies HOLGER STÖCKER (Berlin) auf die erinnerungskulturelle Dimension der analysierten Objekte. Diese haben nicht nur einen musealen, wissenschaftlichen oder ökonomischen Wert, sondern sind auch sprechende Träger der europäischen Kolonialvergangenheit. Aus diesem Grund sind, so Stöcker, die Kontexte der Aneignungssituationen historiografisch besonders interessant. Denn bei den Objekten geht es nicht ausschließlich um die rechtliche Inbesitznahme, sondern auch um die Einverleibung und Aktivierung von politischem Kapital, das den Objekten zu eigen ist. Zuletzt betonte Stöcker die historiografische Bedeutung der Sektion, die dazu beiträgt, die Konturen von Objekten in europäisch-afrikanischen Transfergeschichten zu pluralisieren: Dinggeschichten untersuchten üblicherweise, wie Objekte nach Europa gelangten, besitzen darüber hinaus aber auch eine rückläufige oder gegenläufige Richtung. Außerdem erstreckt sich die Geschichte ihrer Aneignung nicht allein auf die Zeit nach Etablierung von kolonialer Herrschaft, sondern bereits in der vorkolonialen Vergangenheit bestanden Austauschprozesse zwischen europäischen und afrikanischen Akteuren. Diese konnten auf ganz unterschiedlichen Ebenen stattfinden; sie waren nicht nur begleitet von asymmetrischen Gewaltexzessen, Plünderungen und Geschäftsbeziehungen, sondern auch Ergebnis von Austauschbeziehungen auf Augenhöhe.

In der abschließenden knappen Diskussion wurde die von Holger Stöcker erwähnte Reziprozität der Austauschbeziehungen thematisiert und nach europäischen Objekten in afrikanischen Archiven und Museen gefragt. Diese gebe es beispielsweise im Militärmuseum in Ghana, wo sich europäische Beutewaffen aus dem Zweiten Weltkrieg befänden. Populären Objektgeschichten, die allein von Objekten in europäischen Museumssammlungen handeln und die afrikanische Seite außer Acht

lassen, bleibe ein eurozentrischer Zug eingeschrieben. Ein weiterer Themenkreis betraf die religiöse Dimension der Objekte und inwieweit diese ein Aspekt europäischer Glaubenspraktiken ist. Eine Vielzahl von Objekten entwickelten sich zu Kultobjekten in Europa, nahmen also eine Bedeutung an, die sie in ihrem Herkunftskontext nicht besaßen. Zudem waren die im 18. und 19. Jahrhundert in Europa durchaus nicht unübliche Sammlung und Aufbewahrung von *human remains* nicht dezidiert religiös, sondern mussten erst damit aufgeladen werden. So sind Objekte nicht nur Träger einer langen Geschichte, sondern auch kultureller Stereotype.

Die vier Beiträge behandelten europäisch-afrikanische Transfergeschichten von Feuerwaffen, Ethnographica und menschlichen Überresten. Mit dieser Ausrichtung hatte die Sektion drei Fragekomplexe zum Gegenstand, die für die gegenwärtige Dinggeschichte besonders richtungsweisend sind: der Subjektcharakter von Objekten, der Wandel ihres Alltagsgebrauchs und ihrer Bedeutungszuschreibungen sowie ihre globalhistorische Dimension. Mit dem Augenmerk auf die europäisch-afrikanische Verflechtungsgeschichte hat die Sektion zudem die deutsche Kolonialvergangenheit in den Fokus gerückt, deren Aufarbeitung sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der Öffentlichkeit momentan erfreuliche Aufmerksamkeit gewinnt.⁵ In diesem Kontext erklärt sich auch der bis heute andauernde und im Sektionstitel aufgegriffene umstrittene Charakter der Objekte, der in der Bewältigung und Auseinandersetzung mit der europäischen Kolonialgeschichte beständig hervortritt. Mit dem Fokus auf die lange Trajektorie von Objekten lässt sich jedoch auch beobachten, dass sich ursprüngliche Bedeutungen teilweise von Objekten lösen und, wie die verschiedenen Vorträge gezeigt haben, ein Eigenleben beginnen. Was sich dagegen erstaunlicher Langlebigkeit erfreut, sind die Topoi kolonialer Rettungs- und Bewahrungsrhetorik, die gegenwärtig in den Rechtfertigungen westlicher Museen angesichts von Restitutionsforderungen durchschimmern, aber auch in anders gelagerten Projekten wie dem „Endangered Archives

⁵Siehe die aktuelle Ausstellung im Deutschen Historischen Museum Berlin unter dem Titel „Deutscher Kolonialismus: Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“ (14. Oktober 2016 bis 14. Mai 2017).

Programme“ anklingen.⁶

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Felix Brahm (London) / Bettina Brockmeyer (Bielefeld)

Felix Brahm (London): Die Waffen der Missionare. Zur Bedeutung von Feuerwaffen und ihrem Transfer in der kulturellen Kontaktzone Ostafrikas (1850–1890er Jahre)

Bettina Brockmeyer (Bielefeld): Europäischer Aberglaube oder Kulturtransfer? Afrikanische menschliche Überreste aus der deutschen Kolonialzeit im Wandel der Bedeutungen

Kristin Weber (Leipzig): Vom Glauben an die wissenschaftliche Objektivität. Museale Kultur und Praxis im kolonialen Ostafrika

Rebekka Habermas (Göttingen): Wie die Benin-Bronzeköpfe nach Berlin kamen. Kunst und Ethnographicahandel um 1900

Holger Stöcker (Berlin): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Umstrittene Objekte. Bedeutungswandel und Konflikte um Glauben und Wissen in der afrikanisch-europäischen Transfersgeschichte*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 12.11.2016.

⁶„Unless action is taken now, much of mankind’s documentary heritage may vanish – discarded as no longer of relevance or left to deteriorate beyond recovery.“ Siehe <<http://eap.bl.uk>>.

HT 2016: Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne

Bericht von: Nina Mackert, Nordamerikanische Geschichte, Universität Erfurt

Ob Phänomene wie Armut als soziales oder medizinisches Problem gelten, hat Konsequenzen für den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen und für die Ordnung des Sozialen. Mehr noch, seit dem 19. Jahrhundert ist die Verhandlung der gesellschaftlichen Ordnung untrennbar mit Auseinandersetzungen damit verbunden, was als gesund oder krank und mithin als richtiges oder defizitäres Verhalten gelten kann. Auf dem diesjährigen Historikertag beschäftigte sich die von Yvonne Robel (Hamburg) und Malte Thießen (Oldenburg) geleitete Sektion „Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne“ mit den Zusammenhängen von Gesundheit und gesellschaftlicher Ordnung. Es ging darum, wie Gesundheitskonzepte im 19. und 20. Jahrhundert dazu beigetragen haben, die Gesellschaft zu ordnen.

Zu einer „Glaubensfrage“ ist Gesundheit in der Moderne deshalb avanciert, argumentierte Thießen in seiner Einführung, weil Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit Streitfragen darstellten, über die die Ordnung des Sozialen mitverhandelt und gestaltet wurde. Was wann und in welcher Hinsicht als krank und gesund galt, hatte mithin Konsequenzen für soziale Hierarchien, Ein- und Ausschlüsse. Kurz, der Sektion ging es darum, „wie Gesellschaft mit Gesundheitskonzepten gemacht wurde“.

JENS GRÜNDLER (Stuttgart) begann mit einem Vortrag zu den Auseinandersetzungen um „mentally defective“ in Großbritannien zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Anhand von Berichten der *Royal Commission on the Care and Control of the Feeble-minded* zeigte er erstens, wie unterschiedliche Expert/innen um 1900 versuchten, Zwangsbehandlungen von als „schwachsinnig“ geltenden Personen durchzusetzen. Ihre Bemühungen waren Teil von Diskussionen um die vermeintliche „Degeneration“ der britischen „Rasse“ und markierten Menschen als krank,

die ein von bürgerlichen Normen abweichendes Leben führten. Diese Pathologisierungsstrategien waren jedoch kontrovers: Wie Gründer zweitens argumentierte, konnten sich Vorschläge wie eine permanente Zwangsunterbringung nicht durchsetzen. Gegner/innen wandten etwa ein, solche Maßnahmen seien zu teuer oder würden den Grundsatz der Unversehrtheit des Individuums verletzen. Auch stand in Frage, welches Verhalten wirklich krankhaft sei. Während es also zwar keinen Konsens um Definitionen und Behandlungen gab, waren solche Pathologisierungen dennoch wirkmächtig. Gründer zeigte drittens am Beispiel „verhaltensauffälliger“ Kinder, wie sich Konzepte von „mental deficiencies“ etwa in den Beschreibungen von Eltern und Lehrkräften zeigten, die immer mehr Schüler_innen mit immer geringeren „Defiziten“ an Sonderschulen verwiesen.

Im Vortrag von BRITTA MARIE SCHENK (Kiel) ging es um die Leistungsvergabe in deutschen Obdachlosenasylen im späten 19. Jahrhundert. Wie sie argumentierte, waren Arbeitsfähigkeit und –willigkeit die Gradmesser, anhand derer nicht nur zwischen Gesundheit und Krankheit, sondern auch über die Legitimität von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen entschieden wurde. Prinzipiell schloss das neue System der Sozialleistungsvergabe diejenigen aus, deren Armut als selbstverschuldet galt. Aber, so Schenks zentrale These, diese Pathologisierung habe auch zu Inklusionspraktiken geführt. Ein städtisches Bürgertum, das sich neue Handlungsfelder erschließen und sich als verantwortlich und human darstellen wollte, nutzte eben diese Pathologisierung, um Stadtverwaltungen davon zu überzeugen, Obdachlose mit Essen zu versorgen. Auf diese Weise, so Schenk, führten prinzipiell exkludierende Diskurse zu einer doppelten Inklusion: Erstens funktionierte die Pathologisierung als „konsensuale Praktik“, der sich letztlich auch die Gegner von Leistungsvergaben an nicht arbeitsfähige Personen anschließen konnten; zweitens wurden letztere inkludiert, indem ihr Überleben durch die Essensvergabe gesichert wurde.

YVONNE ROBEL (Hamburg) behandelte in ihrem Vortrag Auseinandersetzungen um das Nichtstun und auch hier standen Fragen von Arbeitsfähigkeit im Vordergrund. Um 1900 geriet Faulheit im Zusammenhang mit einer zunehmenden Problematisierung von Armut und Arbeitslosigkeit verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit. Dabei

wurde das Nichtstun unter unterschiedlichen Begriffen (wie Faulheit, Arbeitsscheue, Müßiggang) in Wohlfahrtspraktiken, sowie juristischen, psychiatrischen und pädagogischen Debatten verhandelt. Während in Diskussionen um „Arbeitsscheue“ prinzipiell soziale Gründe wie Arbeitslosigkeit im Vordergrund standen, zeigten die Auseinandersetzungen um „Faulheit“ deren – durchaus kontroverse – Pathologisierung als Willenskrankheit. Unter anderem am Beispiel der breit rezipierten Schriften der Pädagogen Carl Andrae und Aloys Fischer zeichnete Robel die Deutungskämpfe um den vermeintlich krankhaften Charakter von Faulheit nach. Demnach konzipierte Andrae Faulheit als „Bulasthenie“, als gleichsam ansteckende Krankheit, die sogar noch gefährlicher sei als Neurasthenie – eine Ende des 19. Jahrhunderts epidemisch diagnostizierte „Zivilisationskrankheit“. Im Gegensatz dazu betonte Fischer den nicht-krankhaften Charakter von Faulheit, da diese im Unterschied zu etwa Muskelschwäche oder Tuberkulose nicht angeboren sei und individuell überwunden werden konnte. Solche Erklärungen verlagerten die Verantwortung auf das Individuum. In ihrem Ausblick argumentierte Robel, dass Pathologisierungen nicht zwangsläufig zu härteren Disziplinarmaßnahmen wie Arbeitszwang führten, sondern auch in fürsorglichen Praktiken resultieren konnten, weil Sie zum Teil mit Annahmen der Schuldlosigkeit einhergingen.

CHRISTOPH LORKE (Münster) ging anschließend Pathologisierungen von Armut und abweichendem Verhalten in den beiden deutschen Staaten nach. Anhand von Verhandlungen armer, kinderreicher Familien zeigte er, wie sich die Pathologisierungsstrategien in den 1960er-Jahren trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Leitbilder glichen. In der BRD rückten zu dieser Zeit kinderreiche Familien in den Fokus medizinischer, juristischer und psychologischer Studien. Dabei knüpften Expert/innen eine Verbindung von Armut und Kinderreichtum: Triebgesteuertheit und ein zu laxer Umgang mit Verhütungsmitteln würden zur hohen Kinderzahl führen, während diese ihrerseits sozialen Aufstieg erschwere. Auf diese Weise fungierte insbesondere Kinderreichtum als Marker für Armut und als Gegensatz eines bürgerlichen Lebens in einer erfolgsorientierten Industriegesellschaft. In DDR-Diskursen konnten kinderreiche Familien zwar auch Projektionsflächen von „Normalbiographien“ darstellen, über die der Staat ein Kollektiv „ordentlicher“

Bürger/innen aufrief. Als sozial randständig markierte kinderreiche Familien aber wurden auch hier über Etikette wie „Dissozialität“ in den Bereich des Pathologischen gerückt. In beiden deutschen Staaten funktionierte die Pathologisierung auch darüber, dass man einen „sozialen Teufelskreis“ diagnostizierte, in dem die vermeintlichen Defizite über Generationen weitergegeben wurden. Mit der Heraufbeschwörung einer so gefährdeten Gesellschaft, so Lorke, war die Pathologisierung abweichenden Verhaltens sowohl in der BRD als auch in der DDR Teil einer „Versicherheitlichung des Sozialen“, in der die „sozialtechnologische Steuerung der Gesellschaft“ angestrebt wurde.

Thießens abschließender Kommentar konzentrierte sich auf Befunde, die die Vorträge zusammengefasst zeigten: Erstens verdeutlichten die Fallstudien die These der engen Verschränkung von Gesundheitsvorstellungen und der Gesellschaftsordnung in der Moderne – auf der Mikro- sowie auf der Makroebene. Mit einem Fokus auch auf lokale Akteure treten zweitens, so Thießen, die „Wechselwirkungen zwischen Ebenen und Milieus“ hervor. Es lässt sich also etwa nicht nur zeigen, wie wissenschaftliches Wissen angeeignet und zu Subjektivierungswissen wurde, sondern auch, welche gegenläufigen Wissenstransfers möglich waren, die nicht dem „top down-Prinzip“ entsprachen. Drittens fordert ein solcher Blick auf die „gesunde Gesellschaft“ dazu auf, gängige Periodisierungen zu überdenken und andere Kontinuitäten bzw. Brüche auszumachen. Nicht zuletzt aufgrund der erstaunlichen Beharrungskraft der Verschränkung von Gesundheit und Gesellschaft ist deren Geschichte für Thießen auch eine Geschichte der Gegenwart.

In den sehr schön ineinandergreifenden Vorträgen lag der Fokus also vor allem auf darauf, wie Armut, Obdachlosigkeit und abweichendes Verhalten mit Krankheitsnarrativen verknüpft wurden und mit welchen Konsequenzen diese Pathologisierungen einhergingen. Neben Einzelaspekten dominierten in der Diskussion dann auch Fragen, die eine Klammer zwischen den Vorträgen zogen und von denen zwei hier hervorgehoben werden sollen: Erstens die Frage nach der *longue durée*, zweitens die nach der Rolle und Konzeption von Körpern. Verhandlungen des gesunden Lebens gehen bis in die Antike zurück. In Bezug auf die Frage, was sich Ende des 19. Jahrhunderts veränderte und der „gesunden Gesellschaft“ eine besondere Qualität verlieh, verwies das

Panel vor allem auf Industrialisierung und Urbanisierung, die die Auseinandersetzung mit Fragen von Armut, Arbeit und Freizeit besonders dringlich und intensiv machten. Eine hier zum Ausdruck kommende Leerstelle des Panels, die in der Diskussion angesprochen wurde, war der Körper und dessen Geschichte im (späteren) 19. Jahrhundert. Die im Panel diskutierten Pathologisierungsstrategien setzten am Körper an, die Körper selbst kamen in den Vorträgen überraschenderweise aber kaum vor. Dabei lässt sich die besondere Qualität von Aushandlungen der „gesunden Gesellschaft“ im 20. Jahrhundert und damit auch die Frage des historischen Wandels nicht ohne die zentrale Rolle verstehen, die der Durchdringung und Formbarkeit des menschlichen Körpers seit dem 19. Jahrhundert zugewiesen wurde – und dies war ja auch eine der Thesen, die dem Panel zugrunde lagen. Durch eine stärkere Berücksichtigung dezidiert körpergeschichtlicher Fragen in einzelnen Vorträgen hätte Pathologisierung stärker als etwas hervortreten können, das über Körper funktionierte und regiert wurde. Nichtsdestotrotz hat dieses sehr anregende Panel verdeutlicht, wie produktiv ein kultur- und sozialgeschichtlicher Blick auf Aushandlungen von Gesundheit sein kann. Gerade, wenn der Fokus auf den Konsequenzen von Pathologisierung liegt, zeigt sich, dass diese nicht einfach in disziplinarischen Praktiken resultierte, sondern unterschiedlich angeeignet und auch zurückgewiesen werden konnten.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Yvonne Robel (Hamburg) / Malte Thießen (Oldenburg)

Malte Thießen (Oldenburg): Einführung und Kommentar

Jens Gründler (Stuttgart): Pathologisierungskonflikte. Britische Experten und Verwaltungspraktiker in der Auseinandersetzung um »mentally defective« und ihre Behandlung

Britta Marie Schenk (Kiel): Pathologisierte Inklusion. Obdachlosen asyl im späten 19. Jahrhundert

Yvonne Robel (Hamburg): Pathologisches Nichtstun? Die öffentliche Aufmerksamkeit für »Faule« und »Müßiggänger« zwischen 1900 und

1930

Christoph Lorke (Münster): Sozialer Deutungsglaube in Demokratie und Diktatur. Armut und Pathologisierungsdiskursive nach 1945

Tagungsbericht HT 2016: *Die gesunde Gesellschaft als Glaubensfrage: Zur Pathologisierung des Sozialen in der Moderne*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 12.11.2016.

HT 2016: Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratiegeschichte von 1800 bis 1933

Bericht von: Frank Möller, Historisches Institut, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Die These vom deutschen Sonderweg ist eine grundlegende Erklärung der deutschen Entwicklung zur nationalsozialistischen Diktatur. Diese Entwicklung sei durch undemokratische Strukturen, obrigkeitstaugliche Einstellungen, ein schwaches Bürgertum und eine Vorherrschaft vormoderne Eliten geprägt gewesen und habe sich grundsätzlich von dem demokratischen „Normalweg“ Frankreichs, Großbritanniens und der USA unterschieden. Wesentliche Punkte dieser Darstellung sind das Scheitern der bürgerlichen Revolution von 1848, die Reichseinigung „von oben“, die undemokratische Struktur des deutschen Kaiserreichs, seine Schuld am Kriegeausbruch und die fehlende Stabilität der Weimarer Republik. Seit Ende der 1960er-Jahre besonders durch Hans-Ulrich Wehler vertreten, ist die Sonderwegsthese schon bald in die Kritik geraten und gilt heute als weitgehend überholt. Warum also eine Sektion zu diesem Thema im gut besuchten Philosophenturm der Universität Hamburg? Oder, wie der Mitveranstalter Tim Müller einen kritischen Kollegen zitierte: „Welchen Sinn hat es, einen toten Hund zu erschlagen, dessen Herrchen vergreist ist?“

HT 2016: Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratiegeschichte von 1800 bis 1933

In ihrer Einleitung beschrieb HEDWIG RICHTER (Hamburg) das der Sektion zu Grunde liegende Problem. Die „Meistererzählung“ Sonderweg sei zwar in der Forschung offiziell obsolet und zahlreiche Einzelstudien hätten ihre Grundannahmen widerlegt, jedoch wirke sie „undercover“ weiter. Überblicksdarstellungen zum Kaiserreich würden immer wieder die gleichen Geschichten und Bilder anführen: den Flottenbau, die Pickelhauben, das Drei-Klassen-Wahlrecht, den protzigen Kaiser und die Zabern-Affäre. Damit seien drei Defizite verbunden. Erstens bleibe der Blick der Historiker national ausgerichtet. So würde etwa das Wahlrecht des Kaiserreichs nie im internationalen Vergleich bewertet. Zweitens stehe das Ergebnis bereits vorher fest. Die demokratischen Bestandteile des Kaiserreichs würden etwa von Beginn an abqualifiziert. Was für die USA als Ausdruck einer dynamischen Demokratie gelte – z.B. Gewaltausbrüche bei Wahlen –, sei plötzlich für das Deutsche Reich der Beweis seiner Demokratieunfähigkeit. Drittens würden durch diesen Blick wichtige Bereiche der deutschen Geschichte ausgeblendet. So werde etwa der Gewaltdiskurs des Kaiserreichs, das zunehmend friedfertiger geworden sei, nicht berücksichtigt. Daher sei die Sonderwegsthese als Theorie zur Erklärung der deutschen Demokratie „bemerkenswert unterkomplex“.

Der zweite Sektionsveranstalter TIM MÜLLER (Hamburg) vertiefte die Fragestellung, indem er – besonders unter Bezug auf Reinhart Koselleck – die geschichtstheoretischen Probleme der Sonderwegsthese beschrieb, die aus politisch-therapeutischen Motiven entwickelt worden sei. Sie statte die Gegenwart mit einer Finalität aus, durch die Vorläufer der Demokratie nicht erkannt würden. Stattdessen würde der Wunsch befriedigt, die deutsche Geschichte in „Freunde und Feinde des Fortschritts“ einzuteilen. Letztlich führe die hier entwickelte Kausalität dazu, dass die undemokratische Entwicklung Deutschlands alternativlos erscheine und damit auch die Entscheidungen der Handelnden, also der Täter, ignoriert würden. Selbstverständlich sei der Nationalsozialismus eine Möglichkeit der Weimarer Republik gewesen, denn Gewalt sei immer eine Möglichkeit, aber er habe eben nicht die einzige Entwicklungsoption dargestellt.

MARGARET ANDERSON (Berkeley) begann ihren Vortrag sehr packend mit dem berühmten Zitat aus Theodor Mommsens politischem

Testament, „ich wünschte ein Bürger zu sein“, um aus den kritischen Stimmen von Liberalen des Kaiserreichs die Frage zu entwickeln, ob denn das Kaiserreich wirklich so wenig politische Teilhabe ermöglicht habe, wie hier behauptet wurde. Ihre Antwort stützte sich dann auf ihre Arbeit zur Wahlkultur im Kaiserreich.¹ Sie machte deutlich, dass das Kaiserreich nicht nur das demokratischste Wahlrecht der Welt gehabt habe, sondern auch in der Wahlpraxis das Fehlen von Korruption und direkten wirtschaftlichen Gewinnen, die Abwesenheit von Gewalt, die Neutralität des Staates und der Aufstieg der Oppositionsparteien SPD und Zentrum außergewöhnlich fortschrittlich gewesen seien. Dem stehe etwa das zutiefst undemokratische Wahlsystem in Großbritannien mit begrenztem Wahlrecht, mehrfachem Stimmrecht von Besitzenden und gewalttätigen Ausbrüchen – etwa der irischen Protestanten aber auch der Sufrageten – gegenüber. Anderson erweiterte ihre Argumentation auch auf die Stellung des Parlaments und hob hervor, dass in Großbritannien etwa in der Irland-Frage das Parlament entweder durch das Oberhaus blockiert wurde oder seine Entscheidungen einfach nicht umgesetzt wurden. Auch beim Kriegseintritt Großbritanniens 1914 habe das Parlament gegenüber einer unabhängig agierenden und um ihren Machterhalt fürchtenden Regierung keinen Einfluss gehabt. Es gäbe daher keinen Beweis für bessere Entscheidungen des britischen Parlaments gegenüber seinem deutschen Pendant.

Wie Hedwig Richter betonte auch ADAM TOOZE (New York) in seinem Vortrag, dass Demokratisierung nicht im nationalen Rahmen, sondern in großen globalen Demokratisierungswellen abgelaufen sei, die sich vor allem aus Erwartungen gespeist hätten. Der Demokratisierungsschub am Ende des 19. Jahrhunderts musste dabei auch in den westeuropäischen Staaten erkämpft werden. Demokratie war dabei eine Forderung der Opposition. Erst der Erste Weltkrieg habe zu einer „Diskursradikalisierung“ geführt, indem Demokratie von den Entente-Mächten als Schlagwort den Mittelmächten entgegengehalten wurde. Dabei war zeitgenössisch die Entwicklungsrichtung der Demokratie noch offen. Kurzfristig wurde etwa 1917 auch Russland nach dem Sturz des Zaren zu den demokratischen Staaten gezählt. Und Sun-Ya-Tsen

¹Margaret Lavinia Anderson, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009.

erwartete etwa, dass China zum Vorreiter der dritten Stufe der Demokratie, der Errichtung des Wohlfahrtsstaates, werden würde. Tatsächlich habe sich in der Zwischenkriegszeit die Sorge um die Stabilität durchgesetzt, man befürchtete, dass Demokratie für heiße Konflikte nicht geeignet sei. Die Antwort war ein System der Entpolitisierung, der Alternativlosigkeit mit der die Forderung nach radikaler Demokratie an den Rand gedrängt wurde. Damit sei jedoch das große Narrativ einer immer demokratischer werdenden Herrschaftsordnung fragwürdig. Unter Bezug auf Detlev Peukert wagte Tooze die These, ob nicht der Zeitraum 1890 bis 1930 der Höhepunkt der Demokratieentwicklung gewesen sei.

JEPPE NEVERS (Odense) entwickelte schließlich am Beispiel Dänemarks die Ambivalenz der demokratischen Entwicklung. Sowohl im siegreichen Krieg von 1848-1850 als auch dem gescheiterten von 1864 seien die dänischen Demokraten die „Kriegstreiber“ gewesen. Nevers verwies damit auf ein insgesamt vielleicht in der Sektion etwas unterbelichtetes Argument, dass nämlich Demokratie, Nationalismus und Nationalstaatsgründung eng verbunden sind. An der Krise des parlamentarischen Systems am Ende des 19. Jahrhunderts und den Debatten in der Zwischenkriegszeit könne man erkennen, dass auch die dänische Demokratie auf Widerstände stieß, die mit Deutschland vergleichbar seien. Jedoch wäre es eben nicht zu einer grundlegenden Krise des demokratischen Systems gekommen.

In zwei Diskussionsrunden wurden die Thesen der Vortragenden lebhaft diskutiert. Die Grundannahme stieß dabei auf wenig Kritik. Tatsächlich seien etwa Schulbücher durchgehend am Narrativ des Sonderwegs ausgerichtet. Hingewiesen wurde allerdings auf die Lernfähigkeit der Historiker des Sonderwegs, die eben viele Positionen auch modifiziert hätten. Die theoretischen Grundlagen wurden jedoch in Frage gestellt. Bestehe nicht eine Spannung zwischen der historischen Erklärung als einem kausalen System und demokratischer Politik als Ausdruck freier Entscheidung? Auch der normative Gehalt des Begriffs Demokratiegeschichte wurde in Zweifel gezogen. Ausführlich wurde das Problem einer Meistererzählung erörtert: Was sei denn das alternative Konzept? Welche Struktur liege denn hinter der hier präsentierten sonderwegskritischen Erzählung? Und schließlich bleibe die Frage, wie

denn die Machtergreifung zu erklären sei.

Der hier verfolgte Ansatz erweist sich als äußerst fruchtbar. Die Erkenntnis, dass wir eben immer noch im Schatten einer Narration stehen, die wir ablehnen und genau deswegen nicht einmal mehr kritisch diskutieren, überzeugt. Jedoch sollte sich der kritische Blick auf den Sonderweg davor hüten, auf einen Pappkameraden einzuschlagen. Die Väter der Sonderwegsthese – Hans-Ulrich Wehler oder Wolfgang J. Mommsen – waren doch wesentlich differenzierter, als es hier manchmal erschien. Zudem sollte sich Demokratiegeschichte nicht nur auf Fragen der Partizipation, des Wählens, beschränken. Die Parlamentarismus- und die Parteiengeschichte haben Ergebnisse gebracht, die man nicht einfach ignorieren sollte. Die von Margaret Anderson angeführten Liberalen Theodor Mommsen und Max Weber kritisierten ja gar nicht das deutsche Wahlrecht, sondern die fehlenden Möglichkeiten für liberale Politiker in Staatsämtern aufzurücken – und dass war in Staaten mit einem dominierenden Parlament eben schon vor 1914 möglich. Auch eine zeitliche Ausweitung der Diskussion wäre sicher von Nöten: die Sonderwegsthese stützte sich ja auf das Scheitern einer bürgerlichen Revolution in Deutschland und die Besonderheit einer Nationalstaatsgründung von oben.

Die Kernfrage bleibt jedoch die auch in der Diskussion angesprochene Frage nach der alternativen großen Erzählung für die deutsche Geschichte. Landen wir bei einer konservativen Interpretation des unglücklich oder sogar ungerecht gescheiterten deutschen Nationalstaates oder in einer global- und kulturgeschichtlichen Beliebigkeit des „Anything goes“? Aber schon für diese Frage hat sich der Weg nach Hamburg gelohnt.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Tim Müller (Hamburg) / Hedwig Richter (Greifswald)

Tim Müller (Hamburg) / Hedwig Richter (Greifswald): Das Sprechen über die Demokratie und die narrativen Strukturen des Sonderwegs

Margaret Anderson (Berkeley): Demokratie auf schwierigerem Pflaster. Wie das deutsche Kaiserreich demokratisch wurde

Adam Tooze (New York): Global Democracy: Provincializing the Sonderweg

Jeppé Nevers (Odense): Differences and Similarities: Danish Democratization in a North-Western European Perspective

Tagungsbericht HT 2016: *Volkslauf auf dem Sonderweg? Deutsche Demokratiegeschichte von 1800 bis 1933*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 03.12.2016.

HT 2016: Dynamiken religiösen Wissens: Resilienzstrategien und Innovationspotenziale im Angesicht der Moderne

Bericht von: Lisa Gerlach, Georg Eckert Institut – Leibniz Institut für internationale Schulbuchforschung

Dass Religion keineswegs ausschließlich Glaubensfragen befördert, sondern gleichfalls Wissensfragen aufwirft, zeigte auf dem Historikertag 2015 die Sektion „Dynamiken religiösen Wissens“. Sie hinterfragte die angebliche Dichotomie zwischen Glauben und Wissen schon im Titel und betonte statt der Konkurrenz der beiden Kategorien deren Verbundenheit. Für unterschiedliche geographisch-kulturelle Räume und zeitliche Schwerpunkte wurden religiöse Gemeinschaften, Bildungsinstitutionen, Akteurinnen und Akteure betrachtet und daraufhin untersucht, wie – sich wandelndes – religiöses Wissen Transformationen in der Moderne bedingte, aufgriff und beförderte.

In ihrer Einführung verdeutlichte SIMONE LÄSSIG (Washington DC), dass „Wissen“ zwar gemeinhin mit Vorstellungen von Rationalität, Evidenz und Objektivität verbunden wird, sich in historischer Perspektive aber nicht darauf reduzieren lässt. Vielmehr seien genau diejenigen Wissensformen für die kulturhistorische Forschung interessant, die als Wert- und Praxisorientierung in der Lebenswelt wirksam waren und sind. Dies gelte auch für religiöses Wissen. Jenes nämlich erschöpfe sich

nicht in theologischer Expertise und der seit dem 19. Jahrhundert vielfach zu beobachtenden Verwissenschaftlichung von Religion, sondern schließe auch Wissen ein, das mit lebensweltlicher Referenz in religiösen Räumen, religiösen Medien und von religiösen Akteuren produziert und kulturell so übersetzt worden sei, dass es kulturelle Praktiken und Mentalitäten größerer Gruppen zu beeinflussen oder gar zu prägen vermochte. Konstruierte Dichotomien von Religion auf der einen und Rationalität/Wissen auf der anderen Seite widersprach Lässig damit ebenso wie einer strikten Abgrenzung zwischen den Begriffen Wissen, Glauben und Fühlen. Diese Formen der Weltaneignung seien keineswegs getrennt zu betrachten. Vielmehr vertrat Lässig sehr überzeugend den Anspruch, Wissensformen in der Vielfalt ihrer Wahrnehmungen zu untersuchen und damit zeitgenössische Diskurse darüber, was unter Wissen, Glauben und Nicht-Wissen zu einer bestimmten Zeit verstanden wurde und wie diese jeweiligen Verständnisse wiederum im konkreten gesellschaftlichen Kontext zum Tragen kamen. Die seit Mitte des 18. Jahrhunderts heraufziehende Moderne hatte in vielen Teilen der Welt starke, sogar mitunter eruptive Konsequenzen für religiös definierte Gruppen und damit auch auf das für sie verfügbare Wissen und auf die Formen seiner Vermittlung und Zirkulation.

Mit Blick auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert bezeichnete es Simone Lässig als lohnend, religiöses Wissen und seinen Wandel als Ressource von Resilienz und sozialer Innovation zu verstehen bzw. zu analysieren. Der Begriff „Resilienz“ werde vielfach auf bloßes Beharren, auf Abwehr von Neuem und Widerständigkeit sozialer Kollektive reduziert. In Anlehnung an die Psychologie bezeichne das Konzept jedoch eher – eine soziales Überleben sichernde – Anpassungs- und Handlungsfähigkeit sozialer Gruppen in Zeiten tief greifender, gesellschaftlicher Veränderungen, die die Grundlagen ihrer Existenz in Frage stellen. Und in diesem Sinne markierte „Resilienz“ eine zentrale Frageebene für alle Beiträge dieser Sektion.

Im ersten Vortrag machte KERSTIN VON DER KRONE (Washington DC) mit ihrer Studie zu alten und neuen Wissensordnungen in der deutsch-jüdischen Geschichte deutlich, dass Religion einen spezifischen Wissenskontext beschreibe, in dem immer wieder neu verhandelt würde, was als Wissen gelten kann, was sichtbar wird und was ver-

borgen bleibt. Anhand einer Auswahl jüdischer Religionslehrbücher, die seit dem frühen 19. Jahrhundert neben Schulbibeln, Spruch- und Gesangbüchern zum Hauptlehrmittel des jüdischen Religionsunterrichts wurden, zeigte von der Krone auf, dass die Beschreibung der maßgeblichen Fundamente des Judentums und jüdischer Religion in recht unterschiedlicher Weise auf jüdische Traditionsbestände, auf autoritative Texte wie die Bibel aber auch die rabbinische Literatur Bezug nahmen. Formal bemerkenswert erscheint, dass die untersuchten Schulbücher häufig im Frage-Antwort-Schema strukturiert waren, womit sie christlichen Katechismen ähnelten. Von der Krone konnte zeigen, dass jüdische Religionslehrbücher nicht nur in inhaltlicher Hinsicht ein ganz eigenständiges Genre bildeten, sondern auch formale Eigenheiten aufweisen. So spielten Zitat und Kommentar als erläuternde Elemente in der Darstellung eine wichtige Rolle, womit sich die Lehrbücher an traditionelle Praktiken der Textauslegung und dem Judentum inhärente Methoden der Wissensproduktion anlehnten. In Hinblick auf die konkrete Darstellung ist hervorzuheben, dass häufig eine Unterscheidung in Glaubenslehre und Pflichtenlehre erfolgte. Letztere umfassten Pflichten gegen Gott, sich selbst und Pflichten gegen Andere. Von der Krone betont, dass diese „Anderen“ Juden wie Nicht-Juden gleichermaßen einschlossen. Pflichten gegen Andere wurden auf das Gebot der Nächstenliebe zurückgeführt, das hier in Anlehnung an aufklärerische Debatten universalisiert wurde. Diese Pflichten umfassten unter anderem konkretes, soziales Handlungswissen gegenüber Gesellschaft und Staat und antworteten damit auf die weitreichenden, im Emanzipationsprozess wie in innerjüdischen Transformationsprozessen begründeten, Wandel jüdischer Lebenswelten im 19. Jahrhundert.

Im zweiten Vortrag ging ANTHONY STEINHOFF (Montreal) auf die Bedeutung von Religion und religiöser Wissensproduktion in Elsass-Lothringen ab 1871 ein, also nach der Annexion durch das Deutsche Reich. Er beschrieb dabei zum einen die Verbreitung und Produktion von religiösem Wissen im sich verändernden öffentlichen Schulwesen und zum anderen die Neustrukturierung des Fachbereichs „Protestantische Theologie“ an der Universität von Straßburg. Steinhoff zeigte, dass der deutsche Staat in Elsass-Lothringen zwar Modernisierung und Germanisierung propagierte und doch die Bedeutung von Religion und

religiösem Wissen in seiner Bildungspolitik anerkannte. Dies begründete sich zum einen im Bestreben der neuen Machthaber, die Elsässer für das Deutsche Reich zu gewinnen, indem man ihren Bedürfnissen entgegenkommen wollte. Zum anderen war die Verwissenschaftlichung der Theologie in Deutschland bereits stärker vorangeschritten, weswegen man sich an bereits etablierten Standards orientierte. Der religiösen Erziehung von Kindern und Jugendlichen wurde darüber hinaus eine hohe Bedeutung als moralisches und soziales Orientierungswissen zugemessen. Steinhoff verfolgte in seinem Vortrag die Reaktionen der jeweiligen Religionsgemeinschaften auf die weitere Entwicklung und präsentierte die Reform der religiösen Bildung als einen dynamischen Aushandlungsprozess zwischen neuen Machthabern und etablierten Eliten. Religiöse Bildung war also kein statisches Relikt, das in der Moderne fortbestand, sondern vielmehr ein Produkt von Kompromissen, von Wandel und Innovation. Die verschiedenen Positionen gründeten dabei auf den unterschiedlichen Bedürfnissen der Religionsgemeinschaften, waren an die jeweiligen Akteure gebunden und sind zugleich im Rahmen allgemeiner europäischer Prozesse der Zeit zu verstehen. Steinhoff betont, dass der Verbleib von Religion als selbstverständlicher Bestandteil des schulischen wie universitären Bildungskanons kein Zeichen „unvollkommener Modernisierung“ war. Vielmehr wurde religiöses Wissen in ein breit gefasstes, soziales Wissen integriert, dass Schülerinnen und Schüler erlernten. Er konnte auch zeigen, dass die Schulreformen und vor allem die Etablierung der Schulpflicht im Elsass dazu beitrugen, dass religiöses Wissen eine umfassendere Verbreitung fand als vor 1871.

Im dritten Vortrag untersuchte JANA TSCHURENEV (Göttingen) das Verhältnis von religiöser Identitätsbildung, Konversion und sozial- und bildungspolitischen Auseinandersetzungen von Frauen im kolonialen Indien. Tschurenev schilderte zunächst die komplexen Wandlungsprozesse, denen die brahmanischen Bildungseliten im 19. Jahrhundert unterworfen waren. Durch die Einflussnahme auf den kolonialen Verwaltungsapparat gewannen die höheren Kasten an Einfluss und Status. Die religiös begründeten Strukturen und Normen wurden zur „nationalen Tradition“ erhoben. Gleichzeitig formierte sich aber eine stärker werdende Gegenbewegung zu den Sozialkonservativen, die der Vor-

trag mit einem Fokus auf weibliche Akteure differenziert betrachtete. Hierbei konzentrierte sich Tschurenev vor allem auf zwei Fallbeispiele: erstens die in der Forschung bisher kaum präsente Schulleiterin, Dichterin und Anti-Kasten-Aktivistin Savitribai Phule (1831–1897) und zweitens die schon zu ihren Lebzeiten international prominente Bildungsaktivistin und Feministin Pandita Ramabai (1858–1922). Beide hatten die intensiven Auseinandersetzungen um den Zugang aller Kasten zu brahmanischem Wissen und moderner Bildung, um Kinderheirat und asketische Witwenschaft, um Hinduismus und nationale Identität entscheidend geprägt. Dabei boten sich sowohl neue Lesarten brahmanischer Texte (Ramabai) als auch die Suche nach nichtbrahmanischen, plebejischen Traditionen und die Adaption universeller Vorstellung an. Einflussreich war hierfür auch der Protestantismus, dem sowohl Phule als auch Ramabai zwei Aspekte entnahmen: erstens die Praxis der christlichen Mildtätigkeit in Form des Einsatzes für sozial Schwache und humanitäre Nothilfe; und zweites die universell gültige Idee der Erlösungsfähigkeit. Die „Parteilichkeit“ der brahmanischen Religion gegen niedrige Kasten war einer der zentralen Kritikpunkte der Antikastenbewegung – dagegen galt es eine auf menschliche Gleichheit gegründete Deutung von Religion zu setzen. Besonders augenfällig war hier das Nebeneinander von wissenschaftlich geprägten, universellen Wissensbeständen und der Übernahme von christlich geprägten Vorstellungen von Fürsorge und Barmherzigkeit. Die Kombination aus beidem wurde als geeignetes Mittel betrachtet, um „überkommene Glaubenssätze“ hinter sich zu lassen.

Die letzte Referentin ESTHER MÖLLER (Mainz) konnte nicht persönlich an der Sektion teilnehmen. Ihr Vortrag wurde von ANNE BRUCH (Braunschweig) verlesen. Der Beitrag rückte die Frage in den Mittelpunkt, welche Funktionen religiöses und kulturelles Wissen in transnationalen Wissensgemeinschaften in französischen Bildungseinrichtungen im Libanon einnahm. Möller zeigte, wie sich eben diese Wissensbestände im Libanon angesichts der stärkeren kolonialen Abhängigkeit von Frankreich veränderten, und welche Positionen diverse kulturelle und religiöse Gemeinschaften diesbezüglich vertraten. Hierfür analysierte sie Schulen unterschiedlicher religiöser – oder säkularer – Ausrichtung in zwei zentralen Zeiträumen: erstens die Zeit um 1905, als in

Frankreich, aber auch im Libanon, säkulare Strömungen an Bedeutung gewannen und zweitens die zweite Hälfte des Völkerbundmandates, also die späten 1920er- bis 1930er-Jahre. Besonders im zweiten Zeitraum kam es zu einer Annäherung zwischen französischer Mandatsmacht und libanesischen Muslimen, welche auch das Verhältnis zwischen libanesischen Katholiken und Frankreich beeinflusste. Für den ersten Untersuchungszeitraum arbeitete Möller heraus, dass aus dem französischen Kanon übernommene Wissensbestände, in Form von Lehrinhalten und Lehrwerken, zur Herausbildung eigenständiger religiöser, kultureller und politischer Identitäten im Libanon beitrugen. Die in dieser Zeit entstandenen transnationalen Wissensgemeinschaften unterlagen allerdings einem Wandel, der mit den neuen Erfahrungen der französischen Mandats Herrschaft einherging. Möller legte in ihrem Paper überzeugend dar, dass religiöses und kulturelles Wissen im Libanon von transnationalen Wissensgemeinschaften im regen Austausch zwischen der Bevölkerung und französischen Schulen geschaffen wurde und sich angesichts zunehmend kolonial geprägter Machtverhältnisse zugleich stark wandelte. Sie befragt zum Abschluss das für die Analyse angewendete Konzept der Resilienz dahin gehend, ob durch diese Kategorie eventuell konfrontative und spannungsgeladene Aspekte den Vorzug vor kooperativen und einvernehmlichen Entwicklungen erhielten.

In ihrem Kommentar unterzog HEDWIG RÖCKELEIN (Göttingen) die auf Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts ausgerichteten Vorträge einer kritischen Betrachtung aus der Perspektive der Vormoderne. Hierzu präsentierte Röckelein zunächst einige konzeptionelle Überlegungen zum Verhältnis zwischen Religion, Bildung/Erziehung und Politik/Staat im Wandel der Zeit, wobei sie einen Bogen von der griechischen und römischen Antike, über Spätantike und Mittelalter, hin zur frühen Neuzeit und dem 18. bis 20. Jahrhundert als Zeit der „modernité religieuse“ schlug. Ausgehend hiervon und mit Bezug auf die vorangegangenen Vorträge arbeitete sie den Bedeutungswandel von Religion und Religiosität, von Wissen und Wissensordnungen und ihren sozialen und politischen Rahmenbedingungen in einer längeren zeitlichen Perspektive heraus. Diese Perspektive, so betonte die Mediävistin, lasse wichtige Rückschlüsse auf die vielfältigen Konjunkturen religiös geprägten Wissens zu. Röckelein fragte in diesem Kontext insbesondere

inwieweit das Resilienz-Konzept geeignet sei ein lineares, teleologisches und damit häufig simplifizierendes Masternarrativ zu vermeiden.

Die nachfolgende Diskussion griff die thematische, räumliche wie zeitliche Vielfalt der vier Beiträge auf und machte deutlich, dass religiöses Wissen eine für die Erforschung gesellschaftlicher Transformationsprozesse in der Moderne fruchtbare und weiterführende analytische Kategorie darstellt. Sie lenkt den Blick auf ein breites Spektrum von Akteuren und verdeutlicht ihre Handlungsmöglichkeiten und Strategien sowie die jeweils grundlegenden Deutungsmuster und Weltansichten, in Form religiöser Vorstellungen und Praktiken. Zugleich rückte die Sektion die Frage der Erneuerung- und Wandlungsfähigkeit des Religiösen bzw. durch Religion in den Mittelpunkt. Das für die historische Forschung noch recht neue Konzept der Resilienz bietet für diese Doppelperspektive einen vielversprechenden Ansatz.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Simone Lässig (Washington) / Hedwig Röckelein (Göttingen) / Kerstin von der Krone (Braunschweig)

Simone Lässig (Washington DC): Religion, Wissen und Resilienz: Zur Wandlungsfähigkeit sozialer Gruppen im Angesicht der Moderne (Einführung)

Kerstin von der Krone (Washington DC): Alte und neue Wissensordnungen in der deutsch-jüdischen Geschichte

Anthony Steinhoff (Montreal): Religiöses Wissen im Grenzland: Religionsunterricht und akademische Theologie in Elsaß-Lothringen, 1870–1914

Jana Tschurenev (Göttingen): Religion und Sozialreform im kolonialen Indien: Anti-Kasten-Bewegung, Feminismus und die Kritik des „Hinduismus“

Esther Möller (Mainz): Transnationale Dimensionen religiösen und kulturellen Wissens im spätkolonialen Nahen Osten

Hedwig Röckelein (Göttingen): Wissensordnungen und Religion aus der Sicht der Moderne und der Vormoderne (Kommentar)

Tagungsbericht HT 2016: *Dynamiken religiösen Wissens: Resilienzstrategien und Innovationspotenziale im Angesicht der Moderne*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 17.12.2016.

HT 2016: Towards a Better Life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges in the Nineteenth and Twentieth Centuries

Bericht von: Sebastian Schwecke, International Institute of Asian Studies, Leiden

The German Historians' Convention 2016 in Hamburg for the first time selected a non-western country, India, as its partner country. This selection was mirrored in a wide range of panels that sought to de-center an often times largely European perspective of German historiography, and topically focused on subjects and approaches that reinforced this shift in scholarly emphasis. The panel „Towards a better life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges in the Nineteenth and Twentieth Centuries“, co-organized by MARGRET FRENZ (Oxford/Nantes) and MORITZ VON BRESCIUS (Konstanz) in this respect formed one of the most interesting and fruitful panels of the convention. Engaging with social histories of migration, bringing into focus the granular nuances of an increasingly interconnected world in the last two centuries, the panel explored a number of avenues that are still underrepresented in the study of social mobility.

Histories of migration – despite their strong tendency of interpreting history as connected, transnational, and entangled – are still predominantly concerned with a linearity of movement that informs a perspective on historical developments that hides complexity, even while attempting to decipher it. To a large extent due to the availability of sources, their subject frequently remains tied to the point of arrival, rather than encompassing the entire process of mobility. In its colonial context and specifically in relation to South Asian history, this is accom-

panied by an emphasis on out-migration that echoes the hierarchical difference between metropolis and periphery, and reinforces the linear portrayal of mobility: While „reverse“ flows of migration concerning Europeans tend to be the subject of political or economic history rather than history of migration, migratory flows within the periphery – within or even between empires – remain significantly under-researched. Similarly, while there has been a noticeable increase in studies focusing on other stages in the migration process in recent times, the prelude and preparation of mobility, its initial stages within the country of origin, the in-between stage of the journey as well as the aftermath of arrival, secondary migration, and the memory of the migration process have received much less attention. Lastly, migration tends to be depicted as a consciously planned process with an ultimate arrival point fixed in advance – an interpretation that certainly has its merits when discussing relatively organized forms of migration, for instance the movement of large bodies of labor forces or as part of penal processes. This narrative, however, tends to obscure a significant body of migratory processes with either circular or itinerant characteristics.

The panel clearly addressed these problems already in its composition, emphasizing „reverse flows“ of migration, secondary migration, and issues relating to the memory of migration. Most prominently, it focused on the figure of the „imperial outsider“ (von Brescius), an allegory with a range of facets implicitly explored by several presentations. Von Brescius introduced the term in the panel and used it to describe German academics employed by British colonial rule in India in the mid-nineteenth century, though it could equally have been applied to many of their collaborators. In a similar way, CHRISTOF DEJUNG (Konstanz) focused on European employees of a Swiss company doing business in British India and their collaboration with Indian mercantile capital. APARAJITH RAMNATH (Kozhikode) – whose paper had to be read out by Frenz in his absence – partially reversed this perspective, looking at Indian and German technical experts during the late colonial period living in the respective other country. In her own paper, MARGRET FRENZ studied a different set of „imperial outsiders“ in exploring the history of medical services under both British and French colonial rule and the contributions of migrant Indian physicians in other

parts of the Empire. ELIZABETH BUETTNER (Amsterdam) shifted the perspective to the aftermath of migration and the role of memory in the construction of post-migration identities, studying Indian and Surinamese migrant communities respectively in Britain and the Netherlands. The panel was concluded with a commentary by JOHN DARWIN (Oxford), summarizing the discussion.

Von Brescius introduced the term „imperial outsiders“ with reference to the Schlagintweit brothers, three German geographers from the Humboldtian school of thought who were hired in 1854 by the British East India Company, at the time ruling India, to conduct surveys of the Himalayas and parts of Central Asia, operating both within and beyond the frontiers of British India. The Schlagintweits continued to receive generous funding and other support from the British Indian state throughout their long years of service, despite growing resentment among the British scientific community, founded both on xenophobic antipathy and resentment over British funding for German scientific explorations the results of which were supposedly withheld from the British academe. British support to the brothers was finally withdrawn in the 1860s, but the Schlagintweit explorations instead fed into the emerging German colonial imagination, especially after one of the brothers had been executed as a spy in Central Asia after returning there without British diplomatic support.

Von Brescius' analysis used the case of the Schlagintweits to craft a compelling narrative of connectedness in mid-nineteenth century Europe and Asia, ranging from the establishment of German academic networks in Britain that enabled German scholars to make use of British colonial rule to the depictions of relations between European and „indigenous“ scholars, helpers, and informers and a critical evaluation of scholarly tendencies even in recent times to downplay the latter as mere „local knowledge“. Embedding the narrative in a depiction of scholarly enterprise that made use of colonial institutions such as jails and hospitals to acquire and preserve body parts or produce plaster castes of „indigenous“ faces, the analysis engaged with the manifold layers of the inextricable link between colonial rule and colonial science. At the same time, the major thrust of the argument remained on the figure of the „imperial outsider“, a category of people in service

to colonial rule that provided specific functions to the imperial order, but nevertheless continued to remain vulnerable. In this respect, von Brescius argued that the supposed detachment of German scholars – as representatives of a European scientific community not yet part of a competing colonial project – formed one of the most important prerequisites for their long-standing political patronage, and may even have helped in accessing the supposedly „local“ knowledge necessary for the conduct of geographical surveys in the frontier regions of the British empire. Yet, at the same time, the colonial state's largesse on scholars who – after all – remained outsiders became increasingly contested, and finally withdrawn.

Christof Dejung, in turn, observed a different facet of colonial history related to the figure of the imperial outsider in pointing out the at times surprisingly low level of penetration of the colonial economy by British capital. The Swiss firm he studied, Volkhart, remained one of the two leading exporters of Indian cotton in the late nineteenth century, specializing on the shipment of Indian cotton to East Asia and Continental Europe – i.e. to areas beyond British imperial rule – and relying on intricate links with Indian mercantile groups that continued to control access to local markets. The focus of Dejung's analysis rested on the depiction of the firm as a „contact zone“ between European and Asian actors, following Mary Lousie Pratt, in that it constituted an arena of interaction rather than segregation, though obviously with strongly asymmetrical characteristics. The dependence of the Volkhart business on local intermediation especially on the supply side of its business networks and its relative detachment from racial stereotyping underlying the colonial narrative of separation combined to give the Swiss firm an incentive to prioritize collaboration with Asian mercantile and peasant communities. While Dejung's depiction made it clear that Swiss and other European employees of Volkhart straddled two distinct worlds, their everyday social lives being partly embedded in British colonial culture, this was reflected in highly appreciative positions on their „indigenous“ business partners, described by one Volkhart employee as „a class of men who would be an ornament to any commercial community in and out of India ... [that was] honest, straightforward and reliable in their dealings with others and cautious, nay conservative, as regards

their own affairs” – a depiction that was reinforced by official company policy, and contrasts strongly to the dominant colonial narrative even on the largely collaborative mercantile segments of Indian society. Moving beyond the illustration of connectedness, Dejung used the firm’s positioning vis-à-vis colonial segregation narratives to point out the close similarities that still existed in the second half of the nineteenth century between European and Indian mercantile practices and ethical codes, and enabled close interaction – an aspect of colonial business that continues to remain sorely under-researched in a field of literature that emphasizes difference over commonalities.

While the papers by von Brescius and Dejung were looking at the interaction of „imperial outsiders“ in Asian contexts, the contribution by Aparajith Ramnath went one step further in the study of dimensions of connectedness between India and Europe in contrasting the histories of technical experts from Germany and India living in the respective other country. Following examples set by Chris Manjapra and Christina Lubinski, the paper identified alternative idioms of identity that emerged and evolved parallel to colonial narratives. In particular, it engaged with questions on how the colonial Indian state viewed German technical experts and German-trained Indian experts, and the effects on this by the rise of Nazism. Conversely, Ramnath extended the inquiry into identity and mobility by studying the ways in which emerging nationalist sentiments in India affected the decision to study in Germany.

Margret Frenz, in turn, deepened the panel’s focus on non-European mobility, and added another layer of connectedness in discussing the histories of migration of Indian physicians migrating to other colonies, taking into account not only the British but also the French colonial context. Depicting the increasing entanglement of colonized regions and colonial spheres, Frenz returned to the emphasis on migrants straddling divides between different worlds, simultaneously occupying positions of different status. The physicians discussed by her constituted an elite among migrants, having been trained for and fulfilling functional roles for the imperial order in their service, yet remaining outsiders not only in their countries of destination, but also by continuing to be „subalterns“ among the colonial elite. Her paper also highlighted a facet otherwise often unrecognized in the history of migration in

depicting the itinerant character of migrants who repeatedly moved to different areas of the respective colonial spheres, engaging with distinct regimes of mobility and immigration that differed significantly between the French and British colonial contexts as well as between the ideas underlying its codification and lived experience. Analyzing both formal and real restrictions on mobility within and between empires, Frenz concluded by depicting the French colonial context as characterized by a „fragmented citizenship“ based on race and class distinctions as opposed to a British imperial citizenship based on universality, but modified by gradations of privilege according to the level of „British-ness“.

The final paper of the panel by Elizabeth Buettner shifted the debate towards the study of memory in migration processes. Contrasting political activism by migrant groups in Britain and the Netherlands, Buettner analyzed the ways in which the remembrance of migration supported or hampered the construction of inter-ethnic collaborations between migrant groups against racism in their new homes, and the resulting processes of migrant identity construction. Her study engaged with the history of the Indian Workers’ Association (IWA) in the British West Midlands which originally reinforced constructions of identity based partially on migrants’ experiences in their country of origin apart from the experience of discrimination in Britain. The IWA propagated an amalgamation of identity based on class but overlaid by the migratory experience, though migrant groups in Britain reverted more strongly to identity constructions based on community since the 1980s. This was contrasted with Surinamese migrants in the Netherlands. Here, the two stages of migration – first becoming part of the multi-ethnic Surinamese society, before joining the multi-ethnic immigrant population of the Netherlands – reinforced fragmentation processes among the immigrants which, in turn, provided an obstacle to inter-ethnic alliances against racism and led to tensions between Surinamese migrant communities of different background.

Session Overview:

Session conveners: Margret Frenz (Oxford / Nantes) / Moritz von Brescius (Konstanz)

Margret Frenz (Oxford / Nantes) / Moritz von Brescius (Konstanz): Introduction

Moritz von Brescius (Konstanz): Empires of Opportunity: German Scholars Between Asia and Europe in the Mid-Nineteenth Century

Christof Dejung (Berlin): The Firm as Contact Zone. European and Indian Staff in the Merchant House Volkart Bros., 1850s–1950s

Aparajith Ramnath (Kozhikode): Engineers Beyond Empire: The Circulation of Technical Experts between India and Germany, c. 1900–1960

Margret Frenz (Oxford / Nantes): Treating the Empire: Indian Doctors in the (Post-)Colonial British and French Sphere, c. 1900–1960

Elizabeth Buettner (Amsterdam): Looking Back After Migration: Indian-Descended Communities Revisit the Colonial Past in Postcolonial Britain and the Netherlands

John Darwin (Oxford): Comment

Tagungsbericht HT 2016: *Towards a Better Life? Migration, Social Mobility, and Indo-European Exchanges in the Nineteenth and Twentieth Centuries*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 17.12.2016.

HT 2016: Gläubige und Marktgläubige. Zur Kontinuität unternehmerischer Semantik im 19. Jahrhundert

Bericht von: Sebastian Mittelberg, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Seit den 1980er-Jahren haben sich die ökonomischen Wissenschaften sukzessive kulturtheoretischen Fragestellungen geöffnet. Im Folge dieser „kulturalistischen Wende“ wurden und werden die Fragen vor allem nach den mentalen Voraussetzungen ökonomischen Handelns neu

diskutiert.¹ Nicht erst seit Walter Benjamins berühmten Traktat „Kapitalismus als Religion“ oder Max Webers „Protestantischer Ethik“ wird die Frage nach dem (wechselseitigen) Verhältnis von Religion bzw. Glauben und Ökonomie auf verschiedene Arten und Weisen gestellt.² In dieser Hinsicht ist gerade für die Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte Religion als eine wichtige Produktivkraft und Ressource von Bedeutung, da durch sie vielfach „Vertrauen“, „Sozialkapital“ und handlungstranszendenter „Sinn“ gestiftet würden.³ Trotz ihrer Bedeutung wurde die Religion vom „cultural turn“ in der Unternehmensgeschichte bisher allerdings weitgehend gemieden.

In ihrer Einführung machten BORIS GEHLEN (Bonn) und MARTIN LUTZ (Berlin) deutlich, dass ihre Sektion ein neuer Beitrag zu der alten Frage sei, wie der moderne Kapitalismus entstanden sei und welche Rolle der religiöse Glaube dabei spielte. Beide betonten, dass ihre Sektion als Versuch anzusehen sei, sich dieser komplexen Fragestellung aus kulturhistorischer Perspektive zu nähern und weitere Forschungen anzuregen. Gleichzeitig sollten die Vorträge die Anschlussfähigkeit der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte an andere geschichtswissenschaftliche Fragestellungen demonstrieren. Die Grundlage der Sektion war die These, wonach der Kapitalismus genau wie Religion eine mögliche Antwort auf die Kontingenzfrage sein kann: Kapitalismus kann Sinn stiften, welcher wiederum eine semantische Konstruktion beinhalte. Diese Feststellung führe dann zur Frage, ob Gott nicht durch den Markt als Glaubenskonstrukt abgelöst wurde oder ob Gott und der Markt letztlich nicht das gleiche seien. Die Referenten näherten sich dieser Fragestellung aus verschiedenen Blickwinkeln: Susanne Kokel und Martin Lutz analysierten diese aus der Perspektive von Unternehmern, während Boris Gehlen und Catherine Davies einen semantischen Zugriff wählten.

Zu Beginn befasste sich SUSANNE KOKEL (Marburg) mit der Konzernentstehung der Herrnhuter Brüdergemeine 1895, was zugleich

¹Friedrich Wilhelm Graf, *Die Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur*, 2. durchgesehene Aufl. München 2004 (1. Aufl. 2004), S. 179.

²Dirk Baecker (Hrsg.), *Kapitalismus als Religion*, Berlin 2004.

³Friedrich Wilhelm Graf, *Beeinflussen religiöse Weltbilder den ökonomischen Habitus?*, in: Hartmut Berghoff / Jakob Vogel (Hrsg.), *Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivwechsels*, Frankfurt am Main 2004, S. 241–264, hier S. 244.

einen Teil ihres Promotionsvorhabens zum Unternehmertum der Herrnhuter Brüdergemeine im 19. und 20. Jahrhundert darstellt. Die Herrnhuter Brüdergemeine leitete 1895 eine Neuordnung ihrer Wirtschaftsbetriebe ein, die in einer radikalen Modernisierung der diversifizierten Gemeinwirtschaft mündete. Die bisher von lokalen Gemeindemitgliedern geführten Unternehmen wurden einem professionellen Management unterstellt, dessen Fokus auf Umsatz- und Wachstumssteigerung lag. Legitimität erhielt diese von der Brüdergemeine kontrovers diskutierte Neukonzeption dadurch, dass das Herrnhuter Unternehmertum religiös ausgelegt und mit aktuellen gesellschaftlichen Themen verknüpft wurde. Ein christliches Unternehmen wurde so als eine mögliche Lösung der sozialen Frage angesehen, als ein neuer Auftrag Gottes an seine Gemeinde. Das tradierte Bild eines sinnbildlich für Tüchtigkeit und Treue stehenden „Herrnhuter Kaufmannes“, der mit seiner Arbeit Gott und der Gemeinde dient, konnte durch seine Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen Zustimmung erlangen. Gleichzeitig wurde mit Bezugnahme auf die protestantischen Vorstellungen einer selbstverantwortlichen Haushaltung und das Vertrauen in Gottes Führung die Eigenverantwortung der einzelnen Gemeinden in den Vordergrund gerückt. Nicht länger sollten defizitäre Gemeinden von den rentablen profitieren, sondern ihre Eigeninteressen dem übergeordneten Nutzen der Brüdergemeine unterordnen. Letztlich spielte also die gemeinsame Übereinstimmung mit dem traditionellen religiösen Selbstverständnis eine entscheidende Rolle für die Unternehmensreform.

Der Beitrag von MARTIN LUTZ (Berlin) widmete sich dem mennonitischen Unternehmertum in Nordamerika und stellt gleichzeitig einen Teil seines aktuellen Projektes zu den Täufern in der modernen Marktwirtschaft dar. Die mennonitische Glaubensrichtung entstand als Teil der Täuferbewegung während der Reformation und folgte dem Grundsatz der „separation from the world“. Diese Abschottung von allem Weltlichen schränkte gleichzeitig die unternehmerischen Möglichkeiten erheblich ein, wenngleich weniger konservative mennonitische Gruppen sich bereits seit dem 18. Jahrhundert am marktbasierten Agrarkapitalismus beteiligten. Diese Tendenz wurde durch die Einwanderung nach Nordamerika und die einsetzende Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert beschleunigt. In diesem Umfeld entwickelte sich

unter den ausgewanderten norddeutsch-russischen und südwestdeutschen Mennoniten ein dynamisches Unternehmertum. Mennonitische Unternehmer verwendeten zunehmend ökonomisches Vokabular wie Fortschritt, Wachstum, Markt oder Profit, das religiös besetzt wurde: Ökonomischer Erfolg war kein weltlicher Selbstzweck, sondern ein legitimes Beschäftigungsfeld für Mennoniten, das der Gemeinschaft diente.

Diese Konstellation war im Folgenden Grundlage für die rasante ökonomische Entwicklung vieler mennonitischer Gemeinden in Nordamerika. Die Entwicklung mündete dabei ab den 1930er-Jahren in einem intensiven und kritischen Diskurs über die Vor- und Nachteile mennonitischen Unternehmertums. Die Unternehmer selbst nahmen und nehmen bis heute ihr in vielen Fällen erfolgreiches unternehmerisches Handeln als Ausdruck göttlicher Gnade wahr. Ihr Erfolg habe zudem positive Auswirkungen auf die Gemeinden, etwa als Arbeitgeber oder als Geldgeber für kirchliche Projekte. Ähnlich argumentierten mennonitische Akademiker im Laufe des 20. Jahrhunderts, die die unternehmerische Arbeit als eine praktische Umsetzung der christlich-mennonitischen Prinzipien in „der Welt“ ansahen. Bis heute lasse sich eine Kontinuität religiöser Sinndeutung bei mennonitischen Unternehmern feststellen und keine Hinwendung zu einem säkularen Marktglauben.

Eine andere Perspektive nahm CATHERINE DAVIES (Hagen) ein. Sie untersuchte anhand zeitgenössischer Publikationen von Journalisten, Theologen und Ökonomen, wie die Wirtschaftskrisen 1857 und 1873 verhandelt wurden. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stand die Frage, ob religiöse Deutungen rückläufig waren oder ob sie in anderer Form in den säkularen Diskursen des Marktes auftraten. Dabei zeigte sich, dass religiöse Deutungen moderner Wirtschaftskrisen eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt haben. Wurde die Krise von 1857 im Nachgang sowohl von christlicher als auch von jüdischer Seite als göttliches Weltgericht gegenüber ausschweifenden Spekulationen interpretiert, blieb dieses Deutungsmuster jedoch eher die Ausnahme. Schon 1873 ließen sich praktisch keine Deutungen dieser Art mehr auffinden. Kontinuität lasse sich dagegen auf einem anderen Feld feststellen: In beiden Krisen bedienten sich die Zeitgenossen meteorologischer und physiologischer

Bilder. Besonders Sturm- oder Gewittermetaphern wurden häufiger angeführt, indem mit ihnen die Krise als ein Mittel der Wiederherstellung der Ordnung interpretiert wurde. In diesem Sinne wurde die Krise rationalisiert und als heilsame Kraft propagiert. Kritiker sahen in einer derartigen Krisendeutung eine Verschleierungstaktik, die gerade die individuelle Verantwortung von Unternehmen und Institutionen in den Hintergrund rückte. Davies betonte abschließend, dass diese Befunde einer weiteren Interpretation bedürften. Sowohl religiösen als auch naturbezogenen Krisendeutungen sei das Element des Glaubens inhärent, die Autoren *glaubten* an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Gerade aber religiöse Deutungen, die eher auf individuelles Versagen zielen würden, vernachlässigten strukturelle Faktoren. Zu diskutieren bleibe daher, inwiefern diese beiden Perspektiven inkompatibel seien.

Der abschließende Beitrag von BORIS GEHLEN (Bonn) widmete sich schließlich den Debatten des Deutschen Handelstages (DHT) von seiner Gründung 1861 bis 1914. Er ging dabei der Frage nach, welche Bedeutung das Wettbewerbsideal im Handelstag selbst einnahm und zeigte dies exemplarisch an drei Grundsatzdebatten zur Außenwirtschafts-, Eisenbahn- und Kartellpolitik. Religiöse oder theologische Bezüge wurden hierbei von den wenigen Kritikern des Wettbewerbs überwiegend in einem pejorativen Sinne benutzt, um den Wettbewerb als alleinigen Maßstab zu hinterfragen. Die Befürworter hingegen verzichteten in aller Regel auf religiöse Metaphern. Sie stützten ihre Argumentation vielmehr mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, sofern es ihrem Anliegen nützte, oder verwiesen auf ihre individuelle unternehmerische Praxiserfahrung. Hinzu kam, dass Wettbewerb nicht zwangsläufig der wichtigste Orientierungspunkt war, sondern etwa der Nation als Wertmaßstab untergeordnet werden konnte. Trotz der eher säkularen und rationalistischen Argumentationen in den Debatten des DHT seien Wettbewerb und Konkurrenz immer ein sinnstiftender rhetorischer Bezugspunkt geblieben. Als wohl wichtigster gemeinsamer Nenner einer heterogenen Vereinigung sei die Betonung des Wettbewerbs ein Ritual der Selbstvergewisserung und der gemeinschaftlichen Sinnkonstruktion gewesen. In diesem Sinne erfülle dieser das Merkmal einer Religion. Gehlen schlussfolgerte allerdings, dass der Kapitalismus hier kaum als Religionsersatz gedeutet werden könne, sondern Unternehmer berufs-

bedingt Opportunisten seien. Es müsse daher die Frage gestellt und untersucht werden, ob Unternehmer als Unternehmer überhaupt an übergeordnete Kräfte glauben können.

In seinem Kommentar lobte RALF AHRENS (Potsdam) die Sektionsvorträge als Beispiele einer Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte, die dem gesteigerten Interesse der Wirtschafts- und Sozialgeschichte an Kultur Rechnung tragen würde. Er betonte, dass die Sektion in verschiedener Hinsicht den Blick dafür schärfe, dass vermeintlich irrationale Phänomene wie Glauben auch in Prozessen der Rationalisierung nicht völlig verschwinden würden. Vielmehr könnten diese Phänomene den Prozessen eine besondere Form geben. Nichtsdestotrotz hätten die Vorträge gezeigt, dass es allen religiösen Einflüssen zum Trotz letztlich immer um das ökonomische Überleben gehe; ökonomische oder systemtheoretische Erklärungen von Unternehmen würden in diesem Sinne keinesfalls an Relevanz einbüßen. Weiter müsse zum einem danach gefragt werden, wie sich Glauben in der Unternehmenspraxis abbilde. Zum anderen, ob sich dies in der Folge bei den verschiedenen Unternehmenstypen auf unterschiedliche Weise verhalte. Neben dieser funktionalen Sichtweise komme die Frage hinzu, ob sich bei den Akteuren eine mehr oder weniger starke Verschiebung vom Gottvertrauen zum Marktvertrauen beobachten lasse. Dabei merkte Ahrens mahnend an, dass stets analytisch bedacht werden müsse, ob und wie sich „Glaubensbekenntnisse“ von bloßer Legitimationsrhetorik unterscheiden ließen.

Skeptischer äußerte sich VOLKHARD KRECH (Bochum). Er begrüßte ebenfalls den Versuch der Sektion, Wirtschafts- und Kulturgeschichte zusammen zu denken, sah aber vor allem methodische Schwierigkeiten bei der Analyse des Verhältnisses von Religion und Ökonomie. Dies sei insofern wichtig, als dass es in der Religionspraxis in Verbindung mit wirtschaftlichem Handeln nicht nur zahlreiche parallele oder symbiotische Schienen gebe, sondern sich dabei auch etliche Schnittmengen ergäben. In dieser Hinsicht sei es auch unabdingbar, die verschiedenen Ebenen – Akteurs-, Institutions-, Diskurs- und die gesellschaftliche Ebene – analytisch sauber zu trennen, um Unterschiede hervorzuheben. Außerdem mahnte er zur Vorsicht, Religion mit der Sakralisierung des Kapitalismus gleichzusetzen: Durch bestimmte Vorgänge, Riten, aber

auch religiöse Momente würde eine sakrale Aura des Kapitalismus geschaffen, die nicht mit Religion gleichzusetzen sei. In diesem Sinne forderte Krech ein konkretes methodisch-differenziertes Instrumentarium ein und verwies auf die verschiedenen Definitionsprobleme, etwa des Religionsbegriffs.

In der abschließenden kurzen Diskussion wurden besonders diese Problematiken nochmal hervorgehoben und ein spezifisches Instrumentarium angemahnt. Insgesamt wurde die Sektion aber für ihren wertvollen und anregenden Beitrag gelobt.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Lutz (Berlin) / Boris Gehlen (Bonn)

Martin Lutz (Berlin) / Boris Gehlen (Bonn): Einführung

Susanne Kokel (Marburg): „Im Glauben und im Dienst an der Kirche“ – Die Herrnhuter Brüdergemeine als Unternehmer

Martin Lutz (Berlin): „May God make my trip profitable“: Mennoniten und der Markt in den USA

Catherine Davies (Hagen): Gott, Natur, Markt – Semantiken von Wirtschaftskrisen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts

Boris Gehlen (Bonn): „Vermehrung der Konkurrenz“ als „Glaubensbekenntnis“? Markt und Wettbewerb zwischen Sinndeutung und Selbstzweck in den Debatten des Deutschen Handelstages bis 1914

Ralf Ahrens (Potsdam): Kommentar

Volkhard Krech (Bochum): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Gläubige und Marktgläubige. Zur Kontinuität unternehmerischer Semantik im 19. Jahrhundert*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.01.2017.

HT 2016: Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung

Bericht von: Christina Schröer, Historisches Seminar, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Religion ist für Historiker sowohl eine Analysekategorie als auch ein Quellenbegriff. Das ist zunächst einmal wenig umstritten, sorgt aber häufig für Verwirrung – teilweise auch auf diesem Panel des 51. Historikertags. In den Vorträgen ging es entgegen des Titels weniger um ‚Religion‘ als vielmehr um ‚das Säkulare‘, das sich in verschiedenen historischen Kontexten stets im Verhältnis zur ‚Religion‘ formierte. Diese Erkenntnis sei nicht neu, so betonten alle Redner, sie habe aber bislang nur selten auch als Ausgangspunkt historischer Forschung gedient. Und in der Tat reproduzieren auch neuere Studien zur Religionsgeschichte häufig schon bei der Wahl ihrer Untersuchungsgegenstände die alten Schubladen, wenn unter ‚Religion‘ bevorzugt die monotheistischen Glaubensgemeinschaften und/oder Kirchen thematisiert werden und nach wie vor davon ausgegangen wird, ‚Säkularisierung‘ sei ein prinzipiell ‚antireligiöser‘ Vorgang. Die Zusammenstellung der für die Sektion ausgewählten Fallbeispiele, die in chronologischer Reihenfolge vom Antiklerikalismus des 19. Jahrhunderts über die politische Theorie der 1930er- und 1940er-Jahre, sozialistische Rituale der 1950er-Jahre bis hin zu Säkularisierungstendenzen der westdeutschen christlichen Kirchen in den 1980er-Jahren reichten, versprachen hier Abhilfe zu schaffen.

Als kleinsten gemeinsamen Nenner formulierte LISA DITTRICH (München) eingangs das Bemühen, die Frage zu beantworten, wie Phänomene wie Religion und Säkularisierung angemessen beschrieben werden können, wenn beide Begriffe doch ganz offensichtlich mehrdeutig sowie aufeinander bezogen seien und ihre Bedeutung noch dazu einem historischen Wandel unterliege. Die Antwort lautete einhellig: durch eine Historisierung der Begriffe, bewusster Reflexion der methodischen Herangehensweise sowie insgesamt eine größere Sensibilität für die Pluralität und Komplexität des Religionsbegriffes. ‚Religion‘,

so erläuterte Dittrich einleitend, sei als Begriff im Zeitalter der Aufklärung entstanden – nicht ohne Grund in einem Kontext, in dem seine Infragestellung bereits möglich war, wie später Lucian Hölscher präzisieren sollte. ‚Säkularisierung‘ wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts als bewusster Gegenbegriff zur Religion geprägt – diese Bedeutungszuschreibung, so Dittrich, sei aber angesichts neuerer Forschungen „überholt“; vielmehr gelte es, die Aufeinanderbezogenheit der Begriffe herauszuarbeiten. Anhand von Beispielen aus ihrer eigenen Forschung zum französischen, spanischen und deutschen Antiklerikalismus belegte Dittrich anschließend, inwiefern die Bewegung selbst einen „religiösen Charakter“ gehabt habe. Unter den Antiklerikalen waren einerseits liberale Christen, Deisten und Spiritisten, die in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich dominierenden christlichen Kirchen ihre Vorstellungen eines „wahren Glaubens“ neu zu formulieren suchten. Andererseits bescheinigte Dittrich aber auch den Handlungen der ihrem Selbstverständnis nach Antireligiösen eine „religiöse Dimension“, wenn diese religiöse Sprache und Riten für eigene Zwecke umdeuteten. Statt jedoch von ‚Ersatzreligion‘ zu sprechen privilegierte Dittrich das Begriffspaar „Sakralisierung“ (als Prozess) und „Sakralität“ (als Ergebnis) – ohne dass klar wurde, wie diese Begriffe ihrerseits ohne Rückbezug auf einen substanziellen Religionsbegriff definiert werden können. Die Religionsgeschichtsschreibung, so Dittrich, solle zukünftig der Pluralisierung „des Religiösen“ und „des Säkularen“ im 19. Jahrhundert stärker Rechnung tragen.

MARTIN BAUMEISTER (Rom) plädierte dafür, die in den 1930er- und 1940er-Jahren formulierte Idee der politischen Religionen nicht (wie häufig geschehen) voreilig als ‚Ersatzreligion‘ zu disqualifizieren, sondern als Thema einer europäischen Religionsgeschichte ernst zu nehmen. Statt idealtypisch entscheiden zu wollen, ob und wann der Religionsbegriff auf politische Bewegungen angewandt werden dürfe, liege der Schlüssel zu einem besseren Verständnis im Entstehungskontext der Begriffe selbst. So entwickelte Eric Voegelin in den 1930er-Jahren sein Konzept der ‚politischen Religion‘ aus einem Gefühl des Verlusts heraus: Gott sei hinter die Welt zurückgetreten, diese wende sich „neuen Göttern“ zu, was mit einer „Säkularisierung des Lebens“ einhergehe. Der Franzose Raymond Aron habe demgegenüber

eine eher funktionalistische Perspektive eingenommen, aber auch er habe die großen antireligiösen Bewegungen des 20. Jahrhunderts als „religions séculières“ qualifiziert, da sie das Heil in der Welt suchten. Andere Begriffsdefinitionen entstanden aus einem kirchlichen, ebenfalls ablehnenden Umfeld heraus (vgl. Luigi Sturzo). Baumeister sprach von „vielfältigen Begriffsverwirrungen“: Kritiker des Konzeptes der politischen Religion setzten am Religionsbegriff selbst an – blind dafür, dass dieser nicht minder problematisch sei. Im Werben um Glauben, Mythos und Ritus verschränkten sich die neuen politischen Bewegungen mit den Kirchen: im italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus habe die Rede von ‚Religion‘ sowohl affirmative Bezüge zur überlieferten Religion wie zu ideologischen Ausdrucksformen der Politik herzustellen vermocht. So hätte man es mit einer anderen Form von struktureller Differenzierung zu tun, wobei ‚das Heilige‘ (wieder eine neue Kategorie) sich über die religiöse Sphäre hinaus in Bereiche, wie beispielsweise Politik oder Wissenschaft, ausgedehnt habe. Zukünftig könne es darum gehen, eine „Diffusionsgeschichte des Heiligen“ zu schreiben und dabei auf Religion als Analysebegriff möglichst ganz zu verzichten.

HELENA TOTH (Bamberg) distanzierte sich von der Idee, sozialistische Rituale pauschalisierend als ‚Ersatz‘-Religion zu interpretieren. Diese seien vielmehr konstitutiver Teil einer spezifischen politischen Kultur, die in ganz unterschiedlicher Form Berührungspunkte mit religiösen Fragen aufweisen konnte. Ende der 1950er-Jahre hätten sich Parteifunktionäre in beiden Untersuchungsländern bewusst mit der Frage auseinandergesetzt, wie Religion als Ritual funktioniere. Im Politbüro der SED gab es einerseits Bestrebungen, die sozialistische Kulturrevolution zu beschleunigen; andererseits aufgrund der Systemkonkurrenz mit der Bundesrepublik auch Vorbehalte gegenüber allzu offensichtlich antireligiösen Vorgehensweisen. In Ungarn hingegen wurde im Kontext der zweiten Welle der Kollektivierung der Landwirtschaft ganz offiziell das Ziel formuliert, die gesellschaftliche Rolle der Religion zu schwächen; auch hier gab es allerdings Konflikte bei der konkreten Umsetzung. Am Beispiel der Namensweihe zeigte Toth auf, wie unterschiedlich sich die gleiche Idee in verschiedenen Kontexten weiterentwickeln sollte: Während in der DDR lange Reden dazu genutzt wurden, die Eltern

über Geschichte und Gesetze zu belehren, waren die Ansprachen in Ungarn viel kürzer und enthielten oft explizite Religionskritik. Toth resümierte, sozialistische Rituale seien keineswegs ideologisch „von oben“ verordnet worden, sondern aus der Konfrontation mit Religion „vor Ort“ aus ganz unterschiedlichen Gründen heraus entstanden, wobei sie anschließend eigene Dynamiken entwickelt hätten. Grundsätzlich sei eine große Vielfältigkeit der sozialistischen Kulturen zu beobachten, die in ständiger Auseinandersetzung mit Religion zu sehr individuellen Lösungen gefunden hätten.

LUCIAN HÖLSCHER (Bochum) definierte Religion als ein „Verhältnis des Menschen zur Welt“, das sich historisch wandle und sich in verschiedenen Theorien (beispielsweise materialistischen oder religionssoziologischen) und Theologien (beispielsweise christlichen oder jüdischen) unterschiedlich darstelle. Er bedauerte, dass in der ausführlichen Debatte um die Säkularisierungstheorie bislang niemand den Versuch unternommen habe zu definieren, was ‚säkular‘ eigentlich bedeute. Säkularisierung, so Hölscher, sei heute „eine Gemengelage von höchst unterschiedlichen Einstellungen von Menschen zu Religion und Kirche“. Unter ihren Anhängern fänden sich sowohl Religionsgegner als auch Religionsgleichgültige und religiös Engagierte. Auf Polarität angelegte Erklärungsmodelle würden entsprechend nicht weiterhelfen: Religions- und Säkularitätsbegriffe seien wie alle politisch-sozialen Begriffe in sich widersprüchlich konzipiert, das heißt man könne gleichzeitig ihre Existenz behaupten und in Abrede stellen. Entsprechend sei es die Aufgabe der Religionsgeschichte, komplexen Verflechtungen nachzuspüren, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Kirchen selbst. Diese hätten sich zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren durchaus für demokratische Gesellschaften geöffnet, um ihre gesellschaftliche Anerkennung zu vergrößern. Mittels einer neuen Sprache, in der christlich geprägte Begriffe wie Welt, Schöpfung oder Caritas/Liebe umgedeutet wurden zu Gesellschaft, Umwelt und Solidarität, bemühten die christlichen Kirchen sich beispielsweise in der Bundesrepublik der 1970er-Jahre darum, zu Protagonisten politisch-sozialer Bewegungen zu werden; erst in den späten 1980er-Jahren sei dieser Trend in die Krise geraten.

SIGFRIED WEICHLEIN (Fribourg) wies in seinem Kommentar darauf hin, dass es so neu nicht sei, Religion und Säkularisierung nicht

als Gegensätze zu verstehen.¹ Die Hartnäckigkeit, mit der sich dieses Missverständnis in der öffentlichen Wahrnehmung halte, sei dem liberalen Geschichtsbild des 19. Jahrhunderts geschuldet, das unsere Gesellschaft (und Verfassungskultur) nach wie vor präge. Innovativ könne es tatsächlich gerade dort werden, wo überraschende Gemengelagen zu beobachten seien (ähnlich wie bereits in den Arbeiten von Robert Putnam oder Harold Berman geschehen). Anstatt genetische Modelle zu unterstützen und die große Erzählung zu suchen, fand Weichlein somit den Ansatz des Panels überzeugend, Mischungsverhältnisse nachzuzeichnen. Er erinnerte allerdings daran, dass sich nur das mischen könne, was auch getrennt wahrnehmbar sei und mahnte eine klare Abgrenzung zum Kultur- bzw. zum Ritualbegriff an. Auch stellte er in Frage, ob es überhaupt noch „religionsfreie Räume“ gebe, wenn man Säkularisierung und Religion stets zusammen denken solle, und erinnerte daran, dass eine geschichtswissenschaftliche Aufwertung von Religion zu einer unabdingbaren Größe in der Beschreibung zeitgenössischer Gesellschaften (neben Arbeit, Sprache oder Herkunft) keineswegs folgenlos sei.

Auch in der Abschlussdiskussion zogen die Vortragenden sich weitgehend darauf zurück, die Komplexität und Vielschichtigkeit der Phänomene zu betonen. Einig war man sich darin, dass es nicht darum gehen könne, „alles zur Religion zu machen“. ‚Säkularität‘ (dieser Begriff wurde gegenüber dem Säkularisierungsbegriff häufiger verwendet) sei allein aufgrund ihrer Berührung mit dem religiösen Diskurs keineswegs zwangsläufig ein neuer Religionstypus.² Doch auch der mehrfach formulierte Vorschlag, die Kategorie des ‚Heiligen‘ (in all ihren Facetten, vom ‚Sakralen‘ über ‚Sakralisierung‘ bis zur ‚Sakralität‘) gegenüber dem Religionsbegriff aufzuwerten, konnte nicht vollkommen überzeugen.

¹Vgl. unter anderem: Hermann Lübke, Säkularisierung. Geschichte eines ideenpolitischen Begriffs, um ein Nachwort erweiterte Neuauflage, 3. Aufl. Freiburg im Breisgau 2003 (1. Aufl. 1965); José Casanova, Public Religions in the Modern World, Chicago u.a. 1994; Talal Asad, Formations of the Secular. Christianity, Islam, Modernity, Stanford 2003; sowie auch Manuel Borutta, Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe, Göttingen 2010.

²Vgl. zu dieser Frage auch Todd H. Weir, der ‚Säkularismus‘ zumindest für die deutsche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts als ein ‚viertes Bekenntnis‘ interpretiert: Secularism and Religion in Nineteenth-Century Germany. The Rise of the Fourth Confession, New York 2014.

gen, bleibt doch jede Definition von Sakralität ihrerseits gebunden an einen substanziellen Religionsbegriff. Trotz der Fokussierung auf die Mischungsverhältnisse von ‚Religiösem‘ und ‚Säkularem‘ (wiederum andere Kategorien) zeichnete sich am Ende kein einheitlicher Begriffsgebrauch ab.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: So klar wie in dieser Sektion sind die Probleme, die sich bei der Analyse des Verhältnisses von Religion und Säkularität im 19. und 20. Jahrhundert ergeben, selten formuliert worden. Der von Dittrich eingangs angemahnte flexible Umgang mit den Begriffen weist in die richtige Richtung. Unbefriedigend blieb jedoch, dass mit diesem kenntnisreichen Postulat für Differenzierung und Historisierung zwar ein gangbarer Weg bzw. Lösungsansatz präsentiert wurde, ohne dass jedoch ausreichend klar wurde, welches Erkenntnispotenzial dieser Perspektive innewohnt. Inwiefern ändert sich unser Wissen über das hier (überraschenderweise nach wie vor und unhinterfragt) als ‚Zeitalter der Säkularisierung‘ bezeichnete Jahrhundert von den 1880er- bis in die 1980er-Jahre durch die Beobachtung der engen Verflechtung von Religion und Säkularität? Welche Missverständnisse der bisherigen Interpretationen von Moderne und Modernisierung können dank der neuen Perspektive überwunden werden? Verzichtet man auf ‚Religion‘ als Analysebegriff, so bedarf es neuer Kategorien für die geschichtswissenschaftliche Arbeit.

Hierzu möchte ich abschließend drei Begriffe vorschlagen, deren Erklärungspotential noch nicht ausgeschöpft erscheint: ‚*Religionspolitik*‘, ‚*Glaubenskulturen*‘ und ‚*Grenzarbeit*‘. *Erstens*: Als Beispiel für Religionspolitik bezeichnete Hölscher in der Abschlussdiskussion die Haltung der katholischen Kirche zum Transzendenzbegriff. Alle Panelisten waren sich einig, dass Transzendenz im Sinne eines außerirdischen Jenseits als Kriterium zur Unterscheidung zwischen Religion und Nicht-Religion ausgedient habe. Hölscher zitierte das berühmte Diktum von Ernst Troeltsch, wonach das Jenseits die Kraft des Diesseits sei; so hätten beispielsweise Zukunftskonzepte im 19. Jahrhundert die klassische Transzendenzfunktion „weitgehend übernommen“. Es sei eine religions-politische Position der christlichen Kirchen, die vermeintlich außerweltliche Transzendenz zu betonen, um die eigene Rolle zu stärken; in einer „unheiligen Allianz“ hätten zudem Religionsgegner dieses

Konzept allzu voreilig übernommen. In diesem Sinne wäre es *zweitens* wünschenswert, noch klarer zwischen religionspolitischen Auseinandersetzungen (um die es bei dem Panel mehrheitlich ging) und glaubenskulturellen Phänomenen zu unterscheiden, sowohl im Hinblick auf die jeweils beteiligten Akteure als auch auf die Räume, in denen Kultus- und Glaubensfragen verhandelt wurden; andere Sektionen des Historikertages thematisierten in diesem Sinne auch ‚Marktgläubige‘ oder ‚Zukunftsgläubige‘. Will man nicht Gefahr laufen, den Religionsbegriff zu überdehnen, bietet der Glaubensbegriff (ganz im Sinne des Mottos des Historikertages) weitere Interpretationsmöglichkeiten. Nicht alle Formen des Glaubens beziehen sich explizit auf ‚das Heilige‘; nicht alle von ihnen wurden (und werden) als ‚religiös‘ thematisiert, selbst wenn sie in Konkurrenz zu religiösen Deutungssystemen treten. Die große Konjunktur, die der Religionsbegriff aktuell in den Medien hat, sollte *drittens* nicht darüber hinwegtäuschen, dass darunter heute etwas anderes zu verstehen ist als im 19. Jahrhundert. Dieser fundamentale Transformationsprozess ist einerseits – dies wurde sehr deutlich – durch die dynamische Wechselbeziehung zwischen Religion und Säkularität mit geprägt. Wer Wechselbeziehungen beschreiben will, muss sich aber andererseits auch mit Grenzziehungen auseinandersetzen. Die von Baumeister formulierte Idee einer ‚Diffusionsgeschichte des Heiligen‘ kann umgekehrt auch als Geschichte einer permanenten ‚Grenzarbeit am religiösen Feld‘ erzählt werden.³ Spätestens mit der Französischen Revolution begann ein intensiver Aushandlungsprozess um die Rolle von Religion in der modernen Gesellschaft. Dabei hat sich das semantische Feld der *languages of religion* kontinuierlich erweitert und konnte auf vielfältige gesellschaftliche Bereiche angewandt werden. Ebenso kam es jedoch auch zu Brüchen und Neuanfängen, für die teilweise andere analytische Kategorien (wie Recht, Ökonomie oder Wissen) verwendet bzw. neue gebildet werden müssen. Hier besteht noch großer Forschungs- sowie auch gesellschaftlicher Erklärungsbedarf. Die anwesenden Historiker waren sich weitgehend einig, auf den Religionsbegriff als Analyse-kategorie verzichten zu wollen. Der im Titel der Sektion an-

³Vgl. Astrid Reuter, Religion in der verrechtlichten Gesellschaft. Rechtskonflikte und öffentliche Kontroversen um Religion als Grenzarbeiten am religiösen Feld, Göttingen 2014.

gekündigte „Streit“ um den Religionsbegriff fand somit eigentlich nur auf der Quellenebene statt. Solche Schlussfolgerungen dürften jedoch außerhalb des Veranstaltungsraums im Hamburger Philosophenturm deutlich umstrittener sein als in ihm.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Lisa Dittrich (München)

Lisa Dittrich (München): Einführung

Lisa Dittrich (München): Europäischer Antiklerikalismus zwischen Säkularisierung und religiöser Suche

Martin Baumeister (Rom): Sakralisierung der Politik und Politisierung der Religion in den europäischen Faschismen. Eine Historisierung des Konzepts der „politischen Religion“

Helena Tóth (Bamberg): Religion als Ritual. Namensweihen in der DDR und in Ungarn

Lucian Hölscher (Bochum): Säkularität zwischen Inkarnationstheologie und Religionsverachtung – die Großkirchen in der Nachkriegszeit

Siegfried Weichlein (Fribourg): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Religion – eine umstrittene Kategorie. Empirische und theoretische Ansätze zu ihrer Verwendung im Zeitalter der Säkularisierung*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.05.2017.

HT 2016: Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er-Jahren

Bericht von: Martin Schmitt, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erfuhren alle Bereiche der deutschen Gesellschaft im Zuge der Computerisierung einen umfassenden Wandel – ob in der Industrie, den Banken, dem Handel, der Polizei, den Verwaltungen, den Medien, der Forschung oder der Freizeitgestaltung. Allzu oft wurde dieser Wandel zwar auf einer Makro-Ebene adressiert, allzu selten hingegen wurde er historisch untersucht. Wie veränderten sich Arbeitsprozesse für die Mitarbeiter in der Praxis, wie organisierten sich Institutionen neu und wie formierten sich Widerstände und Gegenbewegungen der Computerisierung? Den historischen Wechselwirkungen von Informationstechnologie und Gesellschaft widmete sich auf dem 51. Historikertag in Hamburg ein Panel unter der Leitung des Potsdamer Professors und Direktors des dortigen Zentrums für Zeithistorische Forschung, Frank Bösch.

FRANK BÖSCH (Potsdam) eröffnete dementsprechend das Panel, das trotz direkter Konkurrenz zur prominent besetzten Podiumsdiskussion über Hitler und der Praxisession zur Digital History gut besucht war. Gegenüber den Digitalen Geschichtswissenschaften grenzte Bösch das Erkenntnisinteresse des Panels als Untersuchung der historischen Bedeutung der Computerisierung im Rahmen der generellen Zeitgeschichtsforschung ab. Er machte drei Herangehensweisen bisheriger Forschung aus: Erstens eine technikhistorische, die sich tendenziell auf Erfinder, deren Firmen und Erfindungen konzentrierte. Zweitens die medienwissenschaftliche, welche stark ideen- und diskursgeschichtlich orientiert war. Und drittens die stark auf den nationalen Rahmen ausgerichteten Perspektiven in der Geschichtswissenschaft. Demgegenüber sei es entscheidend, so Bösch, die alltägliche Nutzung in den Blick zu nehmen und dabei die Transferprozesse und internationalen Wechselwirkungen bis jenseits des Eisernen Vorhangs stärker zu berücksichtigen.

Diesen Anspruch griffen die Teilnehmer in ihren Beiträgen auf. RÜDIGER BERGIEN (Potsdam), der kurzfristig für Hannes Mangold (Zürich) eingesprungen war, fragte nach dem Zusammenhang zwischen der Computerisierung und dem Organisationswandel in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik und der DDR im Zeitraum von 1960 bis 1989. Er stellte in seiner Forschung fest, dass der Wandel in den Behörden wie dem BKA, den LKA oder dem Ministerium für Staatssicherheit tiefgreifend war. Allerdings konnte er keine Belege für einen aufziehenden Überwachungsstaat finden, der gespeist von einer überlegenen Informationstechnologie seine Bürger einer vollständigen Kontrolle unterzog. Sicherlich ließe sich über den Zeitraum von den späten 1960er-Jahren bis in die 1980er-Jahre, in dem die Sicherheitsbehörden in Ost und West mit dem Computereinsatz begannen und ihn intensivierten, eine Effizienzsteigerung der Praxis und eine Beschleunigung der Informationsverarbeitung feststellen. Das führte zu einer quantitativen Steigerung. Gleichzeitig folgten die einzelnen Abteilungen in den Behörden oder deren regionalen Untergliederungen aber ihren eigenen Interessen in der Computerisierung, was oftmals zu sehr disparaten Entwicklungen, Mehrfachanschaffungen und Inkompatibilitäten führte, so Bergien. Spätestens 1982 scheiterte beispielsweise die Idee eines Gesamtsystems der Sicherheitsdienste in der DDR, als sich die HVA des MfS abkapselte und ein eigenes Rechenzentrum aufbaute. Als Quelle der Ablehnung gemeinsamer Entwicklungen machte Bergien vor allem zwei Ursachen aus: Zum einen schlugen die Behörden im Zuge der Computerisierung technologische Pfade ein, die sie nur schwer wieder verlassen konnten. Diese standen inkompatibel nebeneinander und ließen sich nur schwer zusammenführen – denn Metasprachen wie HTML setzten sich erst nach dem Ende der DDR durch. Zum anderen dominierte unter den Zeitgenossen die Auffassung, dass Daten nur in der eigenen Datenbank sicher seien. Die Einführung von Computern war vor Ort noch in den Denkstrukturen der industriellen Moderne verhaftet. Ungeachtet dessen lässt sich im Verlauf der Zeit dann aber eine Flexibilisierung, Dynamisierung, Beschleunigung und eine Stärkung horizontaler Kommunikationskanäle in den Sicherheitsbehörden festmachen. Für einen Orwell'schen Überwachungsstaat reiche dies aber nicht.

Der Traum von der perfekt lesbaren Gesellschaft trieb LAWRENCE FROHMAN (New York) um. Dabei legte auch Frohman seinen Schwerpunkt auf die staatliche Datennutzung, allerdings in Hinblick auf die Meldegesetzgebung in der Bundesrepublik und dem damit eng verbundenen Thema des Datenschutzes. Durch das ganze 20. Jahrhundert, so konstatierte er, war der deutsche Staat darum bemüht, seine Gesellschaft lesbar zu machen. Dazu entwickelten die deutschen Behörden ein auf dem Personenkennzeichen basierendes Kontrollsystem aus zahlreichen Einzelsystemen, das bis auf die kommunale Ebene reichte. Der Systemausbau wurde flankiert von einer datennutzungsfreundlichen Gesetzgebung. So zitierte Frohman trocken aus dem Bundesmeldegesetz: „Datenaustausch ist zu fördern“. Die Pläne zu einer weitreichenden Nutzung brachte schließlich eine Debatte um den Datenschutz in Deutschland hervor. Diesen sieht Frohman als die direkte Gegenideologie zur integrierten Datenverarbeitung der 1970er-Jahre. Zu Recht wies er darauf hin, die Computerisierung nicht nur in den Planungsdiskurs einzubetten, sondern den Blick stärker auf den Informationsbegriff zu legen – auch wenn hier eine saubere Definition jenseits von „Daten als Ressourcen“ wünschenswert gewesen wäre. Letzten Endes kassierten die Gerichte zwar das Personenkennzeichen, mit dem Personalausweisgesetz von 1986 sieht Frohman allerdings zahlreiche Elemente des Meldegesetzes der 1970er-Jahre übernommen, was den Behörden zahlreiche Hintertüren zur Datennutzung offen ließ. In der anschließenden Debatte warf Constantin Goshler primär die Frage auf, ob mit einer solchen Erzählung nicht die bekannte Foucault'sche Erzählung reproduziert werden würde. Frohman verneinte dies. Vielmehr wolle er gerade über die Aushandlungsprozesse zu der Frage der Datennutzung vor der Folie von Überwachungs- gegen Fürsorgestaat neue Erkenntnisse zur Frage des Datenschutzes und seiner Genese gewinnen.

An die Frage des Datenschutzes schloss JULIA ERDOGAN (Potsdam) mit ihrem Beitrag zu Hackern in Deutschland an. Erdogan, die zu diesem Thema vor zwei Jahren auf dem 50. Historikertag bereits den History Slam des Historikerverbandes gewinnen konnte, stellte gleich zu Beginn heraus, dass sich die Hacker hierzulande im Vergleich zu den Vereinigten Staaten erst mit der Verbreitung der Heimcomputer formierten. Es war die Zeit, in der die Debatte um den Datenschutz

aufkochte. Der Diskurs bot den Hackern eine Bühne, auf der sie sich mit ihrer technischen Expertise beweisen konnten. Sie waren nicht Urheber des Diskurses, sondern trugen zu ihm bei. Hacken begreift Erdogan dabei als politische und kulturelle Praxis. Durch diese gelebte Praxis schwangen sich die Hacker zu Produzenten von Wandel auf. Vor allem durch Aufklärungsarbeit veränderten sie die Gesellschaft und leisten damit ihrem Beitrag zur Computerisierung Deutschlands. Der Prozess der Computerisierung, so Erdogan, wurde eben nicht nur von Unternehmen, Behörden oder Herstellern, sondern auch aus der Gesellschaft heraus vorangetrieben.

Aufklärungsarbeit leisteten die Hacker „direkt am Computer“ in zwei Bereichen. Zum einen setzten sie sich für eine Sicherung der Computersysteme ein, die von Hersteller- und Anwenderseite oftmals unzureichend geschützt wurde. Hacker drangen in diese Systeme ein und spähnten sie aus; diejenigen, die sich für Datenschutz einsetzten, meldeten darüber hinaus die Sicherheitslücken den betroffenen Firmen. Zum anderen sensibilisierten sie durch öffentlichkeitswirksame Aktionen die bundesdeutsche Bevölkerung für die Möglichkeiten des Datenmissbrauchs – und damit letztlich für einen besseren Datenschutz. Beides allerdings führte laut Erdogan zu einer zunehmenden Kriminalisierung von Hackern. Hacker sahen sich im Laufe der 1980er-Jahre einer einseitigen Gesetzgebung gegenüber gestellt, die das Aufdecken von Sicherheitslücken, nicht aber deren fahrlässige Programmierung durch die Hersteller unter Strafen stellte. Aber nicht nur von Staatsseite ernteten die Hacker Kritik. Auch von linken Gruppen sahen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, durch ihr Verhalten systemstabilisierend zu wirken. In diesem zermürbenden Spannungsfeld war es letztlich die Wiedervereinigung, welche den bundesdeutschen Hackern um den Chaos Computer Club neue, engagierte Mitglieder aus dem ehemaligen Ostblock hinzugesellte. Deren Erfahrung der Datenverarbeitung in einem repressiven System gab den Anliegen der Hacker in Sachen Datenschutz und offener Computernutzung neuen Aufwind.

Wie wichtig, aber auch wie anschlussfähig eine konsequent digital-historische Perspektive für die breitere zeithistorische Forschung sein kann, zeigten nicht nur die vier Beiträge. Allein die Verbindungen zum Konferenzthema Glaube und zum Partnerland Indien sind ein weite-

rer Beleg, wie innovativ und facettenreich Digitalgeschichtsschreibung sein kann. So legten die Beiträge den im Laufe des Digitalen Zeitalters zunehmenden Glauben in Daten und deren Wahrheitsgehalt in nachvollziehbarer Form offen. Darüber hinaus hätte sich aber ein eigenes Panel allein zur Verwendung religiöser Metaphorik und Praktik im Digitalen Zeitalter von den Evangelisten der Informationstechnologie bis hin zur Erlösungshoffnung und Spiritualismen des New Age im Cyberspace gestalten lassen können. Zur Geschichte der Computerisierung Indiens indes veröffentlichte erst 2015 Dinesh C. Sharma eine international viel gelobte, preisgekrönte und quellenfundierte Monografie.¹ Es ist daher abzusehen, dass auch auf den kommenden Historikertagen die Digitalgeschichte eine prominente Rolle einnehmen wird.

Sektionsbericht:

Sektionsleitung: Frank Bösch (Potsdam)

Frank Bösch (Potsdam): Motor von Reformen? Digitale Daten und sozioökonomischer Wandel

Larry Frohman (New York): Population Registration and the Discourse on Privacy Protection in West Germany

Rüdiger Bergien (Potsdam): Computerisierung als Organisationswandel. Polizei und Nachrichtendienste in der DDR und BRD, 1960-1989

Julia Erdogan (Potsdam): Gegenkontrolle: Bundesdeutsche Hacker in internationaler Perspektive

Tagungsbericht HT 2016: *Wege in die Computergesellschaft. Folgen digitaler Datenerfassung seit den 1950er-Jahren*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

¹Dinesh C. Sharma for The Outsourcer: The Story of India's IT Revolution , Cambridge 2015.

HT 2016: „Koloniale Gewalt, manichäische Welt“: Frantz Fanon, Hugo G. Olsson und die postkoloniale Gewaltgeschichte der Gegenwart

Bericht von: Timo Bonengel, Historisches Seminar, Universität Erfurt

„Die nackte Dekolonisation läßt durch alle Poren glühende Kugeln und blutige Messer ahnen.“¹ So beschreibt der französische Philosoph und Psychiater Frantz Fanon in seinem 1961 erschienenen Buch „Die Verdammten dieser Erde“ das Verhältnis von Gewalt und Entkolonisierungsprozessen. Das Werk inspirierte den schwedischen Filmemacher Göran Hugo Olsson dazu, Fanons Text über koloniale Machtstrukturen als Folie zu verwenden, um Archivaufnahmen von verschiedenen afrikanischen Befreiungsbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre analytisch zu rahmen. 2014 erschien Olssons Dokumentarfilm „Concerning Violence: Nine Scenes from the Anti-Imperialistic Self-Defense“, der nach dem ersten Kapitel aus Fanons Werk benannt ist („Concerning Violence“, auf Deutsch „Von der Gewalt“). Diesen mehrfach ausgezeichneten Film nahm die von Barbara Lüthi und Jürgen Martschukat organisierte Sektion unter Beteiligung von Andreas Eckert als Ausgangspunkt, um verschiedene Aspekte postkolonialer Gewalterfahrungen zu diskutieren. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die Relektüre Fanons HistorikerInnen einen analytischen Zugang zur Beschreibung (post-)kolonialer Machtverhältnisse bieten kann.

In seiner Anmoderation skizzierte JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) die historische Entwicklung der Fanon-Rezeption: In den von linken Bewegungen geprägten 1960er-Jahren sei dessen Ausführungen rege Aufmerksamkeit zuteil geworden – in den 1970er-Jahren, begleitet von Linksterrorismus, habe dieser Trend begonnen, sich umzukehren. Erst als der Postkolonialismus Konjunktur hatte, sei Fanon dann wieder vermehrt gelesen, schließlich sogar zu einem Vordenker stilisiert worden. Vor dem Hintergrund des gesteigerten Interesses an Fanons Schaffen wolle man sich nun „von Olsson inspirieren lassen“ und ähn-

¹Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt am Main 1981, S. 30.

lich wie dieser mit Fanon auf „postkoloniale Konstellationen“ blicken, die von Gewalt und Rassismus geprägt seien.

Olsson unterlegt in seinem Film Zitate aus Fanons Text mit Archivaufnahmen des schwedischen Fernsehens, wobei der Text stets das strukturierende Moment für die Bilder bleibt. Gelesen von der US-amerikanischen Hip-Hop-Künstlerin Lauryn Hill werden Fanons Worte in Kombination mit dem Bildmaterial zu einer scheinbar universal gültigen, stets treffenden Analyse von Kolonialismus und Entkolonisierungsprozessen erweitert. Einen solchen allgemeingültigen Deutungsanspruch erhält Fanons Werk durch die passgenaue Parallelmontage von Text und Bild: Für alle von Fanon beschriebenen Konstellationen, Machtverhältnisse und Widerständigkeiten findet Olsson Archivbilder, die eine Deckungsgleichheit von (filmischer) Realität und Fanons Worten suggerieren, als hätte letzterer seine Analyse auf Grundlage der Bilder verfasst. Durch diesen Bruch gelingt es Olsson, Fanons Werk zu „entzeitlichen“. So argumentiert Olsson, gewissermaßen durch die Augen Fanons, dass koloniale Gesellschaften sich durch eine strikte Unterteilung auszeichneten, „die koloniale Welt [...] eine in Abteile getrennte Welt“² sei und diese Trennung durch „Kasernen und Polizeiposten markiert“³ werde. Die so von Fanon beschriebene Entmenschlichung von Kolonisierten durch Gewalt und Rassismus illustriert Olsson beispielsweise mit Bildern eines Arbeiterstreiks in Liberia 1966, in dessen Folge das schwedische Unternehmen Anführer des Streiks entließ, zusammen mit ihren Familien aus deren Häusern warf und schließlich mit Lastwagen im Nirgendwo aussetzte.

Fanon kam 1961 zu dem Schluss, dass das Paradigma kolonialer Gewalt, das den Kolonisierten aufgezwungen wurde, das einzige Mittel für deren Selbstermächtigung, Subjektwerdung und damit die Entkolonisierung darstelle. Hierzu montiert Olsson dann etwa Bilder von Kämpfen zwischen der FRELIMO-Befreiungsbewegung in Mosambik und kolonialen portugiesischen Soldaten, die Verwundete und Tote auf beiden Seiten zeigen. Letztlich, so Fanon in Olssons Darstellung, habe sich Europa so weit entzivilisiert, dass es nun an den afrikanischen Nationen sei, ihre eigenen Visionen in Abgrenzung zu europäischen

²Ebd., S. 31.

³Ebd.

Vorstellungen zu verwirklichen und „einen neuen Menschen“ zu erschaffen.

Im Anschluss an die Vorführung argumentierte ANDREAS ECKERT (Berlin), zunächst an die Anmoderation anknüpfend, die Rezeption von Fanons „Verdamnten“ habe maßgeblich aufgrund des Vorwortes von Sartre stattgefunden. Zudem seien seine Werke vor allem in Europa gelesen worden, weniger in Afrika selbst, wo Gewalterfahrungen viel unmittelbarer gewesen seien. Eckert zufolge scheint sich also das Interesse an Fanons Schriften aus einer gewissen Distanz zu deren Gegenstand zu speisen. Außerdem sei Fanon als analytischer Rahmen weder für die Beschreibung des kolonialen noch des postkolonialen Afrika geeignet und zwar aus zwei Gründen: Erstens stelle Fanon die Kolonisierten als homogene Gruppe dar. So fehle etwa eine Beschreibung der Eliten innerhalb der kolonisierten Bevölkerungsgruppen und ihrer späteren Rolle im Übergang zur Entkolonisierung. Daran anschließend machte Eckert zweitens eine generelle Engführung in Fanons Texten als Hindernis für eine fruchtbare Analyse (post)kolonialer Gesellschaften aus: Deren Realitäten hätten sich weit ambivalenter gestaltet als dies in seinen Werken erscheine. Deshalb sei Fanon zwar nicht als Analyseinstrument, wohl aber als Gegenstand historischer Forschung zum postkolonialen Afrika geeignet. Zudem müssten seine Texte stärker an ihren historischen Entstehungskontext gekoppelt werden, also vor allem an Fanons Rolle im algerischen Unabhängigkeitskrieg.

BARBARA LÜTHI (Köln) stimmte Eckert zu, dass Fanon wenig Platz für Ambivalenzen lasse, insbesondere bei der Darstellung der kolonisierten Bevölkerung. Daher betonte auch Lüthi, Fanon sei „nicht unbedingt hilfreich für eine Analyse konkreter historischer Konstellationen“. Wohl aber könne Fanon helfen, den Blick zu schärfen für die „epistemische Dimension kolonialer und postkolonialer Gewalteinwirkung“. Fanon beschreibe, wie sich solche rassistischen Wahrnehmungs- und Unterdrückungsmuster auch nach dem Ende des Kolonialismus fortsetzten, welche so strukturelle Bedingungen von Rassismus und deren historische Entwicklung in den Fokus rücken können. So machte Lüthi am Beispiel globaler Migration deutlich, dass in postkolonialen Kontexten subtilere Formen von Gewalt und Rassismus vorherrschten, diese jedoch an koloniale Denkweisen anknüpften. In Migrationsde-

batten käme inzwischen kulturellem Rassismus eine zentrale Rolle zu, der eben über vorgeblich nicht zu überwindende kulturelle Differenzen zwischen dem „Fremden“ und dem „Eigenen“ argumentiere, statt über biologistische Muster. Solche Vorstellungen würden dann oft an Konzepte von *citizenship* und die Frage geknüpft, wem eine Zugehörigkeit zugeschrieben würde – und wem sie verweigert bliebe.

Auch die Aushandlung der Rolle der Frau bzw. deren Vereinnahmung in kulturrassistischen Diskursen thematisierte Lüthi: So würden Frauen beispielsweise in gegenwärtigen Debatten um die Verschleierung oft als Objekte dargestellt, die es vor dem „Fremden“ zu verteidigen gelte. Hier sah Lüthi einen weiteren Anknüpfungspunkt an Fanon, der bereits 1959 vor dem Hintergrund des Algerienkriegs angeprangert habe, dass Kolonialisten sich als Beschützer muslimischer Frauen inszenierten. So zeigte Lüthi – auch wenn die Beispiele unterschiedlichen historischen Zusammenhängen entstammen –, dass es mit Fanon möglich ist, einen (allerdings begrenzten) Blick auf die Verschränkung von Geschlecht und *race* zu werfen, aktuelle Debatten um Migration zu historisieren und deren rassistische Argumentationsmuster offenzulegen.

Im abschließenden Vortrag thematisierte JÜRGEN MARTSCHUKAT afroamerikanische Gewalterfahrungen. Als Ausgangspunkt wählte er die Tötung des Afroamerikaners Laquan McDonald durch den Polizisten Jason van Dyke in Chicago 2014. Während im Hintergrund die Aufnahmen aus der Kamera von van Dykes Polizeiwagen dessen knapp fünf Minuten dauernde Anfahrt zu dem Ort dokumentierten, an dem der Polizei ein junger Afroamerikaner gemeldet worden war, der mit einem Messer herumlaufe, entfaltete Martschukat mit Fanon als „Rahmen“ einen Blick auf die Geschichte von Gewalt gegen AfroamerikanerInnen.

Während die amerikanische Verfassung den universalen Anspruch stelle, alle Menschen vor Gewalt und Willkür zu schützen, sei AfroamerikanerInnen von Anfang an ihr Status als Mensch aberkannt worden – und damit ihr Recht auf das „Streben nach Glück“. Darin sah Martschukat „die amerikanische Version der ‘Entmenschlichung des Kolonisierten’, von der Fanon spricht.“ Wie stark die Formen rassistischer Gewalt in den USA oft an Institutionen gebunden waren und sind, verdeutlichte Martschukat an Beispielen von den Slave Codes und der Sklaverei,

den Jim-Crow-Gesetzen und Lynch-Morden sowie dem amerikanischen Gefängnisstaat und dessen verheerenden Auswirkungen auf die afro-amerikanische Community. Auch wenn es inzwischen eine größere afroamerikanische *middle class* und einen afroamerikanischen Präsidenten gebe: Die amerikanische Gesellschaft sei immer noch eine in jene Abteile getrennte Welt, in der die Polizei die wesentliche Verbindung der Kolonisierten und Kolonisierenden darstelle.

Im Folgenden wurde das Polizeivideo abgespielt, das die 16 Schüsse van Dykes auf einen offenkundig nicht bedrohlich auftretenden Laquan McDonald zeigt, in deren Anschluss die Polizisten dem am Boden liegenden McDonald zudem keine Aufmerksamkeit schenken. Daraufhin diskutierte Martschukat, ob das Vorzeigen von Gewalt nicht letztlich zu einer erneuten Unterwerfung der Opfer führe und damit die „manichäische Welt“ wie Fanon sie beschrieb, verfestige. Aus seiner Sicht könnten Bilder durchaus stabilisierend auf solche Machtverhältnisse wirken; sie könnten aber auch „Räume für Kritik“ eröffnen, wie dies beispielsweise Olssons Film getan habe. Dazu müssten die Bilder in einem „interpretativen Rahmen“ gesehen werden, der Gewalt als etwas Historisches, Veränderliches und damit nicht Natürliches darstelle sowie „das Menschsein der Gewaltopfer unterstreich[t] und so die manichäische Welt des Kolonialen auflös[t].“

Die anschließende, trotz des Freitag-Nachmittag-Slots sehr lebhaft diskutierte Diskussion könnte man gemäß der Frage „Wie Fanon in den postcolonial studies lesen?“ so zusammenfassen: Fanons Werk eignet sich nicht, oder nur sehr bedingt zur analytischen Anwendung auf eine Vielzahl postkolonialer Zusammenhänge, da „die Verdammten dieser Erde“ auf einem sehr konkreten Level stattfindet und oft Ambivalenzen ausblendet – auch wenn Olsson versucht, dem Text einen breiteren Referenzrahmen zuzuschreiben. Die strikten Oppositionen (Europa – Afrika, Kolonisierende – Kolonisierte, „weiß“ – „schwarz“), die Fanon nicht nur beschreibt, sondern selbst vornimmt, scheinen tatsächlich den „manichäischen“ Charakter der von ihm analysierten Kolonialgesellschaften ein Stück weit fortzuschreiben, auch indem er etwa Gewalt als einzige Selbstermächtigungs-Praktik Kolonisierter darstellt. Fanons Beobachtungen bieten HistorikerInnen jedoch eine Möglichkeit, die Perspektive marginalisierter Gruppen einzunehmen – gerade das ist

schließlich eines der Hauptanliegen des Postkolonialismus. Dazu ist es allerdings nötig, sein Werk stärker unter Berücksichtigung von dessen Entstehungskontext zu lesen. Und vielleicht noch wichtiger: Fanon, das zeigten die Sektion sowie die Reaktionen auf Olssons Film, hilft möglicherweise gerade aufgrund seiner zugespitzten Thesen, Debatten um postkoloniale Gewalt anzustoßen und am Laufen zu halten, die auch fünfundsünfzig Jahre nach Erscheinen der „Verdammten dieser Erde“ nichts an Brisanz und Aktualität eingebüßt haben.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Barbara Lüthi (Köln) / Jürgen Martschukat (Erfurt)

Jürgen Martschukat (Erfurt): Anmoderation

Filmvorführung „Concerning Violence: Nine Scenes from the Anti-Imperialistic Self-Defence“ (Schweden: G.H. Olsson, 2014)

Andreas Eckert (Berlin): Postkoloniales Afrika

Barbara Lüthi (Köln): Globale Migration

Jürgen Martschukat (Erfurt): Afroamerikanische Gewalterfahrungen

Tagungsbericht HT 2016: „Koloniale Gewalt, manichäische Welt“: Frantz Fanon, Hugo G. Olsson und die postkoloniale Gewaltgeschichte der Gegenwart. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 15.10.2016.

HT 2016: „Woran glauben wir und gegen wen kämpfen wir?“ Gewalt im Osteuropäischen Bürgerkrieg, 1918-1921

Bericht von: Andreas Hilger, Deutsches Historisches Institut Moskau

Zur Erklärung von Gewalt bieten Disziplinen von der Soziologie über die Psychologie bis hin zur Anthropologie und Historiografie diverse Modelle an. In ihnen kommen Strukturen, konkreten situativen Kon-

stellationen und Akteuren verschiedenes Gewicht zu. Mit Blick auf die Handelnden selbst werden individuelle bzw. kollektive Antriebskräfte etwa von ideologischen Motiven bis zu Gruppendynamischen Prozessen in unterschiedlichem Maß gewichtet. Dass nur interdisziplinäre Bemühungen zu einem möglichst genauen Verständnis der Gewalt im osteuropäischen Bürgerkrieg nach dem Ersten Weltkrieg führen, dies war ein Ergebnis der Vorträge, Diskussionen und Kommentare der Sektion. Die Gesamtveranstaltung unterstrich dabei auch, dass in der historischen Forschung selbst komparative und transnationale Zugriffe vonnöten sind, um zu tieferen Einsichten in das komplexe, dramatische Gewaltgeschehen im Osteuropa der vermeintlichen Nachkriegszeit zu gelangen. Damit diene die Sektion als ein weiteres Beispiel dafür, wie ergiebig die intensive Beschäftigung mit der osteuropäischen Geschichte für viele Fragestellungen einer allgemeinen, gesamteuropäischen wie globalen Geschichtswissenschaft ist. Das deutliche Interesse an der Veranstaltung mag widerspiegeln, dass sich dieses Bewusstsein in der Zukunft zunehmend herausbildet oder gar verfestigt. Es kann aber auch darauf hindeuten, dass über Entwicklungen in Osteuropa außerhalb der engeren Grenzen der Teildisziplin vielfach immer noch recht wenig bekannt ist.

Dankenswerterweise erlaubte die kompakte Organisation, die die mehrheitlich klar strukturierten Vorträge als Einzelpräsentationen diskutierten ließ, einen entsprechenden Forschungsdialog mit durchaus engagierten und konstruktiven Debatten. Es war vor diesem Hintergrund von Bedeutung, dass mehrfach auf die Gefahr hingewiesen wurde, über verschwommene Metaphern oder reduzierte analytische Zugänge den betrachteten Raum selbst zu essentialisieren, um die extreme Gewaltausübung der Konfliktjahre nach dem Ersten Weltkrieg mit ihren ungeheuren Opferzahlen zu erklären. Mit diesem Vorbehalt korrespondierte ganz konkret, dies sei hier vorweggenommen, ein Befund von CHRISTOPHER GILLEY (Hamburg). Er legte in seiner Analyse von Bürgerkriegsparteien im prä-sowjetischen Raum die Durchlässigkeit vermeintlicher Gewalträume offen. Sie konnten von Akteuren immer wieder verlassen oder verschoben werden.

Tatsächlich ist die gesamte Thematik in vielerlei Hinsicht durch fließende bzw. sich auflösende Grenzen charakterisiert. Die Gesamt-

region östlich der Elbe wurde mit Ende des Ersten Weltkriegs mental neu vermessen, politisch und in Teilen ethnisch neu zugeschnitten und konfiguriert. Der chronologische Schnitt erscheint bei genauerem Hinsehen ebenfalls weniger scharf, zeitliche Grenzziehungen innerhalb der wandelbaren Betrachtungsräume bleiben notwendigerweise ungenau. Einzelne Gewaltexzesse und -formen waren 1918 nicht präzedenzlos, und zwar nicht nur im hier gegebenen Untersuchungsfeld. Ideologische Dispositionen wiesen über den ausgewählten Zeitraum hinaus eigene Kontinuitäten und Chronologien auf. Sie waren zudem mit transregionalen Denkwelten verbunden. Eine Abgrenzung der osteuropäischen Bürgerkriege von gewalttätig aufgeladenen Prozessen und Ereignissen der Nachkriegszeit in anderen Teilen der Welt bleibt auch von daher mitunter diffus.

Dabei konnten einleitende Überlegungen von WŁODZIMIERZ BORODZIEJ (Warschau / Jena) und MACIEJ GÓRNY (Warschau) jedoch auch einige gemeinsame Kennzeichen der historischen Grundsituation im östlichen Europa nach 1918 markieren. Neben post-imperialen Rahmenbedingungen gehörte zu diesen übergreifenden Charakteristika, dass multiple Konflikte multilateral ausgefochten wurden. Der spätestens seit den asymmetrischen Kriegen der 1970er und 1980er Jahre allgemeiner bekannte Typus des *war lord* trat hier bereits in Erscheinung. Daneben waren antisemitische Einstellungen immer schnell aktivierbar, vor allem dann, wenn es darum ging, die Suche nach angeblichen Schuldigen, Feinden, oder Verrätern zu kanalisieren. Sie ließen sich nutzen, um Gegensätze aller Art weiter aufzuladen, Spannungen anzuheizen oder – gewaltsam – abzuleiten. So verschachtelten sich in den Bürgerkriegen insgesamt verschiedene Frontstellungen und Kampfparteien. Diese komplexe Mischung führte in den Zeiten schwacher Staatlichkeit dazu, dass kaum flächendeckend und systematisch Gegenmaßnahmen gegen Übergriffe und Gewaltspiralen ergriffen wurden bzw. greifen konnten. Dazu kam, dass in Teilen schon allein die Weiträumigkeit der Konfliktzonen oder der Umstand, dass einzelnen Gebieten international nur periphere Bedeutung beigemessen wurde, Regulierungsanstrengungen von außen gänzlich unterbanden oder zur Wirkungslosigkeit verdammt. Kooperative Lösungen wurden unter diesen Bedingungen ohnehin kaum erwartet.

Allerdings reichen einige wenige Grundmerkmale nicht aus, um das Gesamtgeschehen zu erklären. Dies wurde unter anderem am Beispiel des finnischen Bürgerkriegs diskutiert. Dabei blieb allerdings letztlich offen, ob dessen Konstellationen tatsächlich einen Sonderfall darstellten. Grundsätzlich war mit der Debatte um Reichweiten von Erklärungsansätzen die Frage gestellt, ob sich Gewalt nicht nur in dieser Epoche überhaupt ausreichend und systematisch erklären ließe. Erforderlich ist, um die präsentierten Fallstudien aus dieser Perspektive zu resümieren, zumindest eine genaue Katalogisierung der gewaltfördernden oder -hemmenden Rahmenbedingungen, die genaue Aufhellung entsprechender situativer und längerfristiger Kontexte sowie eine genaue Aufschlüsselung der mehrschichtigen Motivationslagen der Täter.

Derlei genaue Untersuchungen stellen zugleich konventionelle, bis heute recht weit verbreitete generalisierende Erklärungs- und Deutungsmuster auf den Prüfstand. Dazu gehören etwa Annahmen über direkte, quasi unvermeidliche Zusammenhänge von Weltkrieg, Frontgeschehen und Nachkriegsentwicklungen. So problematisierte der Vortrag von ROBERT GERWARTH (Dublin) gängige Überlegungen über die allgemeine Brutalisierung von Gesellschaften durch den Ersten Weltkrieg ebenso wie die grundsätzliche Kontinuität soldatischer Gewaltbereitschaft vom Grabenkampf bis hin zum Bürgerkrieg. Beide Beobachtungen trafen, so Gerwarth, für zahlreiche demobilisierte Soldaten und einzelne Gesellschaft in dieser Pauschalität eben nicht zu. Damit reduziert sich auch ihre Erklärungskraft für das osteuropäische Geschehen. Politisch-ideologische Motivationen rechter paramilitärischer Kräfte sind in ihrer Bedeutung ebenfalls nicht zu verabsolutieren. Immerhin war das rechte Lager international in verschiedene Fraktionen gespalten. Gemeinsam war ihnen allerdings die Ablehnung von Kommunismus, Demokratie, Juden und multiethnischen Ordnungen sowie das latente Gefühl, von linken Kräften bedroht zu sein. In einer Nachkriegssituation, in der weder substantielle politische noch biografische Zukunftsperspektiven geklärt waren, schien Gewalt zudem eine besondere Funktion zu erfüllen. Sie erschien in der Vorstellungswelt vieler rechter Paramilitärs als ein Gewitter, das allein unübersehbare Problemlagen und Gefahren zu bereinigen vermochte. Eine starke staatliche Instanz, die diese Aufgaben in rechtem Sinne übernommen hätte, existierte nicht. Daher sahen sich

diese Gruppen ermächtigt, vielleicht sogar geradezu genötigt, selbst entsprechend in Aktion zu treten.

Doch auch reguläre Streitkräfte, die beispielsweise für das neue Polen Ordnung schaffen sollten, folgten in dieser Zeit (auch) noch eigenen Vorstellungen und konnten eigenen Agenden nachgehen. JOCHEN BÖHLER (Jena) untersuchte den Einsatz von polnischen Armeeangehörigen unter unterschiedlichen regionalen Rahmenbedingungen und in differierenden konkreten Spannungssituationen. Hier mündete die Wechselwirkung von individuellen Dispositionen, ethnisch und konfessionell aufgeladenen Gegensätzen und unmittelbaren Sicherheitslagen in Gewalt. In der Analyse schlüsselte Böhler zudem die individuellen Wahrnehmungs- und Motivationsebenen des soldatischen Kollektivs auf. Auf diese Weise beschrieb er für die Akteure sowohl Vorbedingungen als auch Funktionen von Feindbildern und Gewaltanwendung. Beispielsweise galten jüdische Einwohner von Lemberg vielen Soldaten politisch als illoyal, da sie den polnischen Nationalstaat nicht zu unterstützen schienen. Sie waren aus christlichen Traditionen und sozialen Gründen heraus ohnehin als negative Elemente charakterisiert. Ihre Verfolgung bot den Tätern zugleich ein emotionales Ventil in angespannten Lagen. Schließlich konnte die ungebremsste Gewaltausübung unter anderem in Form von Plünderungen und Vergewaltigungen individuelle Triebe befriedigen. Aus der Sicht von unten mögen sich somit manche Unterschiede zwischen polnischen Soldaten und irregulären Kämpfern auflösen. Die genannten Einstellungen und Motive konnten angesichts der noch jungen, prekären Staatlichkeit Polens auch auf der Seite der vermeintlichen Ordnungsmacht Armee entfalten.

Beobachtungen von PATRICK HOULIHAN (Chicago) über die Bedeutung individueller Lebensverläufe und kollektiver Milieus für Erfahrungen und Aktivitäten der Kriegs- und Nachkriegsjahre differenzierten die Untersuchung der Akteursebene schließlich noch weiter aus. Im Gesamtbild gewinnen individuelle Handelnde in der komplexen Gewaltgleichung von Ordnungsrahmen, akuter Situation, Ideologie, Gewaltbereitschaft usw. durch eine solche Auffächerung nicht unbedingt noch mehr an Gewicht. Es wurde aber im Gesamtzusammenhang der Sektion gerade aus diesem Blickwinkel heraus deutlich, dass die Relationen zwischen den verschiedenen Faktoren, die zur Erklärung von

Gewalt herangezogen werden müssen, veränderbar sind. Sie können sich im konkreten Einzelfall weiterhin verschieben. Mit diesem Befund korrespondierten im Übrigen Beobachtungen des bereits erwähnten Vortrags von Gilley. Akteure der Partisanenkriege konnten demnach durchaus auch mehrfach die Seiten wechseln. Zudem dienten auch hier Programmatiken zum Teil vor allem der Mobilisierung neuer Kräfte und weniger als Ansporn für die Programmatiker selbst.

Im Ganzen haben die Vorträge sowie die entsprechenden Diskussionen weitere Schneisen in die Geschichte der Gewalt im osteuropäischen Bürgerkrieg seit 1918 geschlagen. Widersprüche oder Unebenheiten im Gesamtbild lassen sich offenkundig produktiv nutzen. Die Kommentatoren JÖRN LEONHARD (Freiburg) und WOLFGANG KNÖBL (Hamburg) lieferten der weiteren Forschung, einmal aus Sicht des Historikers und einmal aus Sicht des Soziologen, wichtige Vorschläge und anregende kritische Überlegungen. Hier können ebenfalls nur einzelne Punkte hervorgehoben werden. Dazu gehört insbesondere die Notwendigkeit, unter anderem in der Analyse von Gesamtgeschehen, Handelnden und Rahmenbedingungen trennscharfe Definitionen und adäquate, gegebenenfalls auch neue Begrifflichkeiten zu entwickeln. Sie können ihrerseits zu tiefenscharfen Fragestellungen führen, mittels derer die Faktoren, die im Verständnis der Gewalt im Osteuropäischen Bürgerkrieg 1918 bis 1921 ihre Rolle spielen, vermessen und ergänzt werden können. Die Liste generell relevanter Aspekte umfasst unter anderem sicherlich das erodierende Gewaltmonopol von Staaten, die Ethnisierung sozioökonomischer und politischer Konflikte, Erfahrungshaushalte, Erwartungshorizonte und Handlungsdispositionen, das (neue) Verhältnis zwischen Militär und Zivilbevölkerung oder politisch-ideologische Vorstellungen von gelungenen Ordnungen oder angemessenen Mitteln – vollständig ist sie aber offenkundig noch nicht.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Joachim von Puttkamer (Jena)

Włodzimierz Borodziej (Warschau / Jena) / Maciej Górny (Warschau):
Einleitung: Der Krieg nach dem Kriege – Politische Visionen und Gewalt

im Osteuropäischen Bürgerkrieg

Robert Gerwarth (Dublin): Zwischen Restauration und Faschismus. Rechte paramilitärische Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg

Jochen Böhrer (Jena): Jenseits von Nationalstaat und Revolution. Gesinnung und Gewalt regulärer Streitkräfte gegen Zivilisten in Ostmitteleuropa, 1918–1921

Christopher Gilley (Hamburg): Glaube an den allukrainischen/allrussischen Aufstand. Narrative der Verzweiflung im Russischen Bürgerkrieg

Patrick Houlihan (Chicago): Katholizismus und der Große Krieg. Religion und Alltag in Ostmitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg

Wolfgang Knöbl (Hamburg) / Jörn Leonhard (Freiburg): Kommentar: Gesinnung und Gewalt im Osteuropäischen Bürgerkrieg

Joachim von Puttkamer (Jena): Moderation

Tagungsbericht HT 2016: „Woran glauben wir und gegen wen kämpfen wir?“
Gewalt im Osteuropäischen Bürgerkrieg, 1918–1921. 20.09.2016–23.09.2016,
In: H-Soz-Kult 22.10.2016.

HT 2016: Indian Foreign Policy under Nehru

Bericht von: Sabrina Kirschner, Historisches Institut, Universität der Bundeswehr München

Der 51. Deutsche Historikertag fand vom 20. bis 23. September 2016 an der Universität Hamburg statt. Mit der Wahl des Partnerlands Indien verbanden die Organisatoren die Hoffnung, den wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern zu festigen und fördern. Einen wichtigen Beitrag dazu lieferte die englischsprachige Sektion „Indian

Foreign Policy under Nehru“, die von zahlreichen indischen und deutschen Historikern besucht wurde. Das von AMIT DAS GUPTA (München) organisierte Panel beleuchtete vor allem Indiens Außenpolitik im Spannungsfeld der internationalen Beziehungen und bot interessante Einblicke in die zeithistorische Forschung.

Vor den Vorträgen informierten Das Gupta und ANDREAS HILGER (Hamburg/Moskau) in einem Kurzvortrag über die Forschungslandschaft zu Indiens Außenpolitik nach 1947 und lieferten wertvolle Hinweise zur Quellen- und Archivlandschaft. Das Gupta erläuterte, dass zwar Memoiren von Subimal Dutt, Y.D. Gundevia, Jagat S. Mehta und J.N. Dixit zugänglich seien, weiterhin auch Nachlässe einiger einflussreicher Diplomaten, gab allerdings zu bedenken, dass man nur begrenzt Dokumente einsehen könne, die interne Entscheidungsprozesse erhellten. Zu Nehru, der im Zentrum des Panels stand, würden sukzessive *Selected Works* veröffentlicht. Außerdem hätten die Verantwortlichen in Indien zugesichert, dessen bis dato gesperrten Nachlass zugänglich zu machen, worauf man allerdings schon längere Zeit warte.

Des Weiteren beschrieb Das Gupta die problematische Situation in den National Archives in New Delhi. Akten des Ministry of External Affairs seien zugänglich, die des President's Office allerdings nicht. Auch sei das Auffinden von Archivalien schwierig: Kataloge fehlten und Akten seien nicht am Platz oder würden nicht ausgehändigt, was die Arbeit erschwere. Eine weitere Anlaufstelle für Forscher sei das Nehru Memorial Museum & Library, wo vor allem drei nützliche Nachlässe eingesehen werden können, nämlich die von Subimal Dutt, K.P.S. Menon, und P.N. Haksar. Die Nehru Papers seien dort allerdings genauso wenig zugänglich wie die von Krishna Menon.

Gerade da die indische Archivlandschaft schwierig sei, ermutigte Hilger dazu, auch einen Blick in Komplementärarchive, d.h. Archive in Partner- oder Gegnerstaaten, zu wagen. Unter Umständen sei dies mit Sprachbarrieren verbunden, eine gute erste Anlaufstelle seien Archive in den USA und Großbritannien. Für seine Arbeit erachte er vor allem die mittel- und osteuropäischen Archive als relevant, die es ihm ermöglichten, ein kompletteres Bild zu zeichnen und das Geschehene in internationale Diskurse einzubetten. Nicht zuletzt stellte er einige digitale Projekte vor, in denen Quellen online verfügbar gemacht wer-

den. Indien spiele dabei zwar nur eine marginale Rolle, trotzdem lohne sich ein Blick auf das *Cold War International History Project* des Wilson Centers sowie das auf die Seite der ETH Zürich zum *Parallel History Project on Cooperative Security*. Von indischer Seite gebe es zudem Weißbücher und, wenn auch lückenhafte, Dokumente zu Beziehungen mit Pakistan und China. Die Vorbemerkungen zu den Archiven stießen gerade bei den auch zahlreich im Publikum vertretenen Nachwuchswissenschaftlern auf fruchtbaren Boden.

Das Panel eröffnete Das Gupta, der die indische Deutschlandpolitik zwischen 1949 und dem Tode des ersten indischen Ministerpräsidenten, der gleichzeitig als Außenminister fungierte, beleuchtete. Ein besonderer Fokus lag darauf, wie sich das Verhältnis Indiens zu BRD und DDR, insbesondere vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Spannungen und der globalen Blockbildung entwickelte. Dies sei besonders interessant, weil Indien eine Politik der Blockfreiheit verfolgte, theoretisch von beiden Blöcken gleichen Abstand halten wollte.

Das Gupta erklärte, dass Indien nach Gründung beider deutscher Staaten vor allem völkerrechtliche Fragen und nationale Interessen abwägen musste. Die Anerkennung der BRD sei erfolgt, als die Alliierten baten, nach der indischen Militärmission in Berlin auch ein Büro in Bonn zu eröffnen. Man sei sich in Delhi nicht sicher gewesen, inwiefern es sich bei der jungen Bundesrepublik um einen souveränen Staat handelte. Trotzdem überwogen die wirtschaftlichen und politischen Interessen, so dass nach internen Diskussionen diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufgenommen wurden.

Die Anerkennung der DDR, die zunächst nicht an Beziehungen mit Indien interessiert war – Das Gupta sprach in diesem Zusammenhang auch von „verpassten Chancen“ –, sei hingegen eine schwierigere Angelegenheit gewesen. Vor allem im Außenministerium, in dem das grundsätzlich wenig sachkundige Personal häufig wechselte, habe man lange gezögert, wie man mit dem zweiten Staat auf deutschem Boden zu verfahren hatte. Das Gupta unterstrich, dass Delhi solange die DDR nicht anerkennen wollte, bis es eine offizielle Anfrage gebe. Als diese im Jahr 1951 erfolgte, sei es zu spät gewesen, auch wenn man für die ostdeutschen Underdogs mehr Sympathien hegte als für die Bundesrepublik. Indien habe sich seitdem in einem fortwährenden Zwiespalt

befunden, der die Anerkennungsfrage, so Das Gupta, zu einem „Eiertanz“ machte.

Zu einer ersten Annäherung, aber keiner Anerkennung, zwischen Indien und der DDR sei es Mitte der 1950er-Jahre gekommen, als gegenseitige Besuche stattfanden und erste Handelsabkommen unterzeichnet wurden. Gegen Ende der 1950er-Jahre geriet Indien erneut in eine Zwickmühle. Es kam 1959 zu Problemen mit Peking, auf die im Vortrag von SRINATH RAGHAVAN (Neu Delhi) näher eingegangen wurde. Zur Lösung dieser Konflikte benötigte man einerseits die Hilfe der Sowjetunion, wollte andererseits aber die BRD nicht verärgern, da man auf deren finanzielle Unterstützung bei der Industrialisierung des Landes angewiesen war. Diese Hilfe gewährte die BRD Indien unter der stillschweigenden Bedingung, dass Indien die DDR nicht anerkenne. Als Nehru schließlich angesichts der Niederlage im Grenzkrieg gegen China panisch weltweit um Hilfe anfragte, sagte Bonn Hilfslieferungen zu und erhielt im Gegenzug die Zusage, dass die DDR nicht anerkannt werde.

In seinem Fazit betonte Das Gupta, dass die indische Deutschlandpolitik unter Nehru nicht Nehrus Deutschlandpolitik gewesen sei. Die Verantwortlichen in Delhi hätten nämlich kaum Erfahrung gehabt. So waren es vielmehr andere, wie der erste Botschafter und spätere Foreign Secretary Submal Dutt, die über Expertise in Deutschlandfragen verfügten und die Politik prägten.

Die Möglichkeit, im Anschluss an den Vortrag Fragen zu stellen, wurde rege genutzt. Diskutiert wurde darüber, was Blockfreiheit im Falle Indiens genau bedeutet, einerseits in Hinblick auf die indische Nachbarschaftspolitik, andererseits auf beide Deutschlands. Weitere Fragen wurden zu Kontinuitäten in der indischen Deutschlandpolitik, der Rolle von Menschenrechten, dem BRD- und DDR-Bild der Inder sowie Sympathien und Antipathien gestellt. Besonders lange wurde über die Rolle Nehrus diskutiert. Zwar wurden wichtige Entscheidungen nur mit ihm getroffen, allerdings sei er nicht, wie häufig behauptet wurde, der alleinige Architekt der indischen Außenpolitik gewesen.

In seinem Vortrag stellte Hilger einige Ergebnisse seines Habilitationsprojekts *Die sowjetisch-indischen Beziehungen 1941-1965/1966: Kommunismus, Dekolonisierung und Kalter Krieg* vor, das somit auch

die gesamte Nehru-Ära abdeckte. Beziehungen gab es, so Hilger, nicht nur auf politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer, sondern auch auf persönlicher Ebene. Bis in die 1980er-Jahre seien die Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion sogar als ein Paradebeispiel für gelungene Zusammenarbeit zwischen einem sozialistischen und einem blockfreien Staat gefeiert worden, auch wenn sie sich bei näherem Hinsehen als weitaus schwieriger erwiesen.

Denn es gab, wie Hilger betonte, auch gravierende Gegensätze zwischen beiden Staaten: So traf indisches *nation building* auf sowjetisches *empire building*. Indien verfolgte mit seiner Wirtschafts- und Außenpolitik das Ziel, weltweite Kooperationen mit jedem einzugehen, der etwas zu bieten hatte, und so zum Aufschwung beitragen konnte. Es wollte dabei allerdings unabhängig agieren, weshalb es auch die Blockbildung ablehnte. Die Sowjetunion hingegen suchte mit der Wirtschafts- und Außenpolitik nicht nur eigene Versorgungsmängel zu beheben, sondern auch die Ausbreitung des Sozialismus zu fördern. Blockfreie Länder sollten in eine sozialistische Richtung gedrängt werden. In diesem Zusammenhang verwies Hilger auch auf ein Zitat Chruschtschows aus dem Jahre 1961 „Neutrale Länder – das sind keine Neutralen. Sie sind gegen den Kommunismus“.

Eben jener Chruschtschows reiste, wie Hilger weiter ausführte, auch zu Staatsbesuchen nach Indien und zeigte beim Besichtigungsprogramm vor Ort, wie man mit einem sozialistischen Ansatz erfolgreicher sein kann. Nehru hingegen habe sich in Moskau bescheidener gegeben, sei offen für Neues gewesen und habe lernen wollen, allerdings auch Wirtschaftsdefizite der Sowjetunion kritisiert. Hilger betonte, dass sich beide Staaten immer weiter auseinandergewickelt hätten.

Gegensätzlich seien auch die Positionen beider Staaten hinsichtlich globaler Ordnungsvorstellungen gewesen, was sich in ihrem jeweiligen Verhältnis zu den Vereinten Nationen widerspiegelte. Indien habe die Vereinten Nationen, die sich um Frieden bemühten, als ein Forum für intensive Gespräche und als einen Förderer des Fortschritts wahrgenommen. Die Sowjetunion hingegen habe den Vereinten Nationen, die man als eine nicht-sozialistische Veranstaltung gesehen habe, skeptisch gegenüber gestanden.

Des Weiteren wurden auch die kulturellen und persönlichen Bezie-

hungen beleuchtet, zu denen es zahlreiche interessierte Wortmeldungen aus der Zuhörerschaft gab. Spannend, so Hilger, sei, dass sowohl Inder als auch Russen das Bild des jeweils anderen auch aus der Literatur bezogen, weshalb Literatur und Kultur eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Ideologie spielten, retrospektiv betrachtet allerdings keine erfolgreiche. So seien in der Sowjetunion indische Autoren rezipiert worden, die zwar zur eigenen Ideologie passten, in Indien aber keine Rolle spielten. Sowjetische Autoren seien in Indien bisweilen sogar ignoriert worden. Hilger betonte zudem, dass die Bandbreite der indischen Einstellungen zur Sowjetunion enorm war. Neben anti-kommunistischen Haltungen gab es in Indien auch eine Grundsympathie. Als Fazit zog Hilger, dass im Ganzen die grundsätzlichen Gegensätze zwischen indischem *nation building* und sowjetischem *empire building* wirksam blieben und über die Diskrepanzen im Kalten Krieg hinausgegangen seien.

Recht ausführlich wurde im Anschluss an den Vortrag über die Rolle von Freundschaftsgesellschaften diskutiert, die unter anderem zwischen Indien und sozialistischen Staaten existierten. Als besonders interessant wurden politische Positionen innerhalb dieser Clubs wahrgenommen. So kam innerhalb dieser Gesellschaften die Frage auf, wieso man nicht auch das zweite Deutschland anerkennen solle. Weitere Themen, die diskutiert wurden, waren Sympathien und Provokationen, Waffenlieferungen in den Kongo, das Scheitern der Initiative der Sowjetunion in der UN, der russisch-indische Wirtschaftsaustausch, Akteure innerhalb von Hilfsprojekten und die Rolle der Kommunistischen Partei in Indien.

Das dritte und letzte Paper von SRINATH RAGHAVAN wurde stellvertretend und zusammenfassend von Das Gupta präsentiert und befasste sich vor allem mit dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt bis hin zum Gipfeltreffen zwischen Nehru und dem chinesischen Premierminister Zhou Enlai im April 1960. Nach einer kurzen Bemerkung über die großen Unterschiede zwischen öffentlichem und akademischem Diskurs anlässlich des 50. Jahrestags des Kriegs, folgte eine Einführung in die Grenzpolitik. Dabei wurde auf das britische Erbe, wie die McMahon-Linie und die Shimla-Konvention hingewiesen und erläutert, dass China in der indischen Wahrnehmung schon früh als problematischer Nachbar gesehen wurde, der jede Schwäche ausnutzen würde.

Der Fokus des Vortrags lag auf der indischen Politik der 1950er-Jahre. Die Grenze zu Tibet habe verstärkt Konfliktpotential geboten. Zwar habe Zhou Enlai zur Jahreswende 1956/57 angedeutet, die sogenannte McMahon-Linie im östlichen Teil der gemeinsamen Grenze anzuerkennen. Ab 1958 habe er dies jedoch wieder in Frage gestellt, was bei Nehru für Irritationen sorgte. Zhou habe im Januar 1959 eine Debatte über die gesamte Grenze eröffnet, die Nehru durch Gewohnheit, historische Verträge und das Wasserscheidenprinzip für geklärt hielt. Als Antwort auf erste militärische Zusammenstöße, habe Indien im September 1959 ein Weißbuch veröffentlicht. Zhou erklärte daraufhin, dass die vermeintliche Akzeptanz der McMahon-Linie wenige Jahre zuvor ein Missverständnis gewesen sei.

Ende 1959 sei es zu weiteren Gefechten gekommen, China habe sukzessiv weiter menschenleere Gebiete in Aksai Chin im Nordwesten besetzt. Im Februar 1960 habe Nehru Zhou eingeladen, um im persönlichen Gespräch eine Lösung zu finden. Auf dem Gipfeltreffen vom 20. bis 24. April habe Indien unter der stillschweigenden Prämisse verhandelt, dass den Chinesen nicht mehr zu trauen sei. Nehru war nicht bereit, mehr als geringfügige Grenzkorrekturen in Betracht zu ziehen. Zhou jedoch schlug die Beibehaltung des Status quo vor, was für die Inder nicht akzeptabel gewesen sei. Raghavans Fazit ging dahin, dass im April 1960 sowohl aus verfassungsrechtlichen wie politischen Gründen auf indischer Seite, aber auch wegen der ständig wechselnden chinesischen Gebietsforderungen und der mehrfach demonstrierten Bereitschaft, zu deren Durchsetzung auch Gewalt anzuwenden, ein Kompromiss unmöglich geworden war.

Fragen, die am Ende des Vortrags gestellt wurden, bezogen sich vor allem auf offensichtliche Widersprüche in der indischen Politik. Da das umstrittene Aksai Chin für Indien nur symbolische, aber keinerlei praktische Bedeutung hatte, wurde erörtert, weshalb Indien China in dieser Frage aus strategischen Gründen nicht entgegenkommen wollte. Während es gleichzeitig die Übergabe des Sitzes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an die Volksrepublik China propagierte, wurde Indien selbst ein Sitz in diesem Gremium verweigert, weil man der Meinung war, dass es den Indern an strategischem Geschick mangelte. Die Sektion brachte neben interessanten Vorträgen auch rege Diskussionen

über zahlreiche Aspekte der indischen Außenpolitik.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Amit Das Gupta (München)

Swapna Kona Nayudu (London): »Nehru isn't dead until I say he is dead«. The first Prime Minister and the Making of the Indian Foreign Service (fiel aus)

Amit Das Gupta (München): Indian Germany Policy under Nehru

Andreas Hilger (Hamburg / Moskau): Competing Visions of World Order – Indo-Soviet Relations in Times of Cold War

Srinath Raghavan (Neu Delhi): A Missed Opportunity? The Nehru-Zhou Enlai Summit of 1960

Tagungsbericht *HT 2016: Indian Foreign Policy under Nehru*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 21.10.2016.

HT 2016: Religion und Gesellschaft in der Sowjetunion nach 1945

Bericht von: Sebastian Rimestad, Universität Erfurt

Im Rahmen des 51. Deutschen Historikertages in Hamburg lud das Nordost-Institut Lüneburg am 23. September 2016 zu einem Panel mit dem Titel „Religion und Gesellschaft in der Sowjetunion nach 1945“ ein. Das Panel, von Detlef Henning (Lüneburg) zusammengestellt und moderiert, umfasste vier Vorträge und einen Kommentar. Als erstes referierte RIHO ALTNURME (Tartu) über die verschiedenen Phasen der Beziehungen zwischen der Estnischen Evangelischen Lutherischen Kirche (EELK) und der Sowjetmacht. ULRIKE HUHN (Bremen) stellte einen konkreten Konfliktfall zwischen ideologischen und wissenschaftlichen Anspruch vor, der im Rahmen der antireligiösen Kampagne Chruschtschows erfolgte: die Erforschung des so genannten Sektierertums im

zentralen Schwarzerdegebiet unter der wissenschaftlichen Leitung des Ethnologen Aleksandr I. Klibanov. Der dritte Vortrag, von VICTOR DÖNNINGHAUS (Lüneburg), behandelte das religiöse Dissidententum unter den deutschen evangelischen Konfessionen in der Breschnew-Ära. Danach gab FRANK GRÜNER (Heidelberg) einen Überblick über jüdisches Leben und religiöse Praxis in der Sowjetunion zwischen 1945 und 1991, bevor SEBASTIAN RIMESTAD (Erfurt) die vier Vorträge in einem Kommentar versuchte zusammenzufassen.

Auf den ersten Blick waren die Vorträge thematisch sehr unterschiedlich ausgerichtet, doch können gewisse gemeinsame Grundlinien ausgemacht werden. Zunächst beschrieben alle vier die in der Forschung zur Religion in der Sowjetunion bekannten Phasen des relativ wohlwollenden Stalinismus zwischen Kriegsende und 1953, der Chruschtschow'schen anti-religiösen Kampagnen der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre und den Beginn einer „Liberalisierung“ unter Breschnew. Altnurme und Grüner betrachteten die Gesamtperiode zwischen 1945 und 1991, während Huhn und Dönninghaus die politischen Ziele und Methoden einer bestimmten Phase dekonstruierten, um zu zeigen, dass eine eindeutige Interpretation dieser Phasen schwierig bleibt. Kontrolle über die Religion, ob repressiv (Chruschtschow) oder kooperativ (Breschnew), war nicht so einfach herzustellen, wie es sich die Machthaber erhofft hatten. Huhn wies zudem auf die Schwierigkeit der Sowjetmacht hin, sich die notwendigen Informationen zu den einzelnen religiösen Gruppen zu verschaffen, ohne bei der Kontaktaufnahme die eigene Ideologie zu verraten. Auch Altnurme wies in seinem Vortrag auf diesen Umstand hin. Das lebendige religiöse Leben in den 1945 neu hinzu gekommenen Westgebieten der Sowjetunion war den Machthabern zunächst völlig unbekannt und musste erst durch Quellenforschung ideologisch loyaler Mitarbeiter erforscht werden.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Vorträge war die Herausarbeitung einer dialektischen Beziehung zwischen dem Selbstverständnis der Religionsgemeinschaften einerseits und den religionspolitischen Maßnahmen der Sowjetmacht andererseits. Beide Komplexe können kaum voneinander getrennt betrachtet werden, Forschungen zu Religion und Gesellschaft in der Sowjetunion gehen allerdings überwiegend zunächst von einer Seite aus. So betonten Dönninghaus und Altnurme eher die

Seite der Religionsgemeinschaften, während Grüner und insbesondere Huhn den Fokus auf die religionspolitischen Maßnahmen der Staatsführung legten.

Letztlich zeigten jedoch alle vier Vorträge, dass die Religionspolitik der Sowjetmacht bei genauerer Betrachtung eher pragmatisch ausgelegt war, indem sie religiöse Akteure unterstützte oder bedrängte, je nachdem, ob sie für die politische Gegenwartssituation als nützlich oder schädlich eingeschätzt wurden. Jeder religiöse Akteur könne auf einer Skala zwischen guter Religion und schlechter Religion eingeschätzt werden, wobei eine gute Religion klar strukturiert war und aus loyalen Sowjetbürgern bestand, während schlechte Religion durch Dissidenz und diffuse Strukturen gekennzeichnet war. Ergänzend verwies Grüner in der anschließenden Diskussion auch auf den jeweiligen internationalen Kontext und die Beziehungen der Religionsgemeinschaften ins Ausland, die in vielen Fällen eine bedeutende Rolle spielten. Natürlich konnten die vier Paper in der Kürze der Zeit keinen erschöpfenden Überblick über die religionspolitische Gemengelage der Sowjetunion der Nachkriegszeit bieten, so wäre z.B. ergänzend ein Vortrag über den Islam in der UdSSR wünschenswert gewesen. Dennoch erlaubten die vorgestellten Aspekte einen guten Überblick über die verschiedenen politischen Herausforderungen der jeweiligen historischen Phase und die versuchten Antworten darauf.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Detlef Henning (Lüneburg)

Riho Altnurme (Tartu): Lutheraner in der Sozialistischen Sowjetrepublik Estland

Ulrike Huhn (Bremen): Die Wiedergeburt der Ethnologie aus dem Geist des Atheismus. Zur Erforschung des »zeitgenössischen Sektierertums« im Rahmen von Chruščevs antireligiöser Kampagne

Victor Dönninghaus (Lüneburg): Religiöser Dissens unter Russland-deutschen während der Brežnev-Ära

Frank Grüner (Bremen): Zwischen Repression und Emigration: Jüdi-

sches Leben und religiöse Praxis in der Sowjetunion, 1945–1991

Sebastian Rimestad (Erfurt): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2016: Religion und Gesellschaft in der Sowjetunion nach 1945*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 29.10.2016.

HT 2016: Gefühls Wissen? Konstruktion von Realität in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall

Bericht von: Anna Warda, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Eine kulturhistorische Perspektive auf ein politisches Thema kündigte KIRSTEN HEINSOHN (Hamburg) an, als sie das Panel „Gefühls Wissen? Konstruktion von Realität in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall“ eröffnete. Im Kern werde es darum gehen, wie die deutschen Sicherheitsbehörden nach 1945 Wissen und Realität konstruierten. Die Referenten folgten dabei den Fragen: Wurden und wenn inwieweit organisationsspezifische Feindbilder und Bedrohungsanalysen konzipiert? Wie haben Dichotomien des Kalten Krieges organisations- und zeitübergreifend gewirkt. Und welchen Wandlungen unterlagen die Realitätswahrnehmungen?

GERHARD SÄLTER (Marburg) ging in seinem Vortrag direkt auf diesen Fragenkomplex ein. Er beschrieb, wie die Organisation Gehlen auch noch nach 1945 die Mitglieder der Widerstandsgruppe Rote Kapelle observierte und damit einen konstruierten Feind verfolgte.¹ Für den Vorläufer des BND spionierte die Kapelle gegen die BRD und unterwanderte sie. In einem Bericht der sogenannten „Operation Fadenkreuz“ fasste die Organisation im Jahr 1951 ihre Ergebnisse zusammen: Es seien

¹Gerhard Sälter: *Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes »Rote Kapelle«*. Berlin 2016.

acht Agenten der Kapelle identifiziert worden und es würden insgesamt acht Spionagenetze mit insgesamt 96 involvierten Personen agieren. Beweise für diese Behauptungen fanden sich weder in diesem Bericht noch in den von Sälter untersuchten Karteikarten zu den jeweiligen Verdächtigten.

Sälter beschrieb, dass die Annahmen nur auf Vermutungen beziehungsweise gefühltem Wissen beruhten. Die Feindbildkonstruktion fußte auf den politischen Annahmen der Organisation Gehlen: Ein großer Teil der Ermittler kamen aus den ehemaligen Sicherheitsbehörden des „Dritten Reichs“. Daher verfolgten sie nach 1945 vor allem Personen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewesen waren. So wurde unter der Leitung von Reinhard Gehlen und Kurt Koller das Bild einer übermächtigen, sowjetischen Spionageorganisation kreiert. Indem sie dieses Bedrohungsszenario entwarfen, versuchten sie die US-amerikanischen Verantwortlichen zum Ausbau der Spionageabwehr zu bewegen. Die Organisation wollte die eigene Existenz legitimieren und sich gegenüber anderen Sicherheitsbehörden profilieren.

Im Rückblick zeigt sich, dass diese Bezichtigungen oft aus den unteren Arbeitsebenen, unter anderem auch von rechtsextremen Gruppen, kamen und ungeprüft übernommen wurden. Es gab keine Kriterien für die Bewertung der Verdächtigten oder eine Unterscheidung zwischen Spionage und Subversion. Verdachtsmomente wurden als Erkenntnisse gespeichert und allen bundesdeutschen Behörden verfügbar gemacht. Eine Neuordnung des Geheimdienstes nach 1945 fehlte; ein Umstand, der laut Sälter auskunftsträchtig über die Gestaltung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ist. Für die Organisation Gehlen gab es keine positive Bewertung des Widerstandes und so beschädigte sie nachtragend das Image der Roten Kapelle. Die Stunde Null setze in der Organisation nie ein und Gehlen starb in dem Glauben, dass mit dem Sieg der sozial-demokratischen Regierung die Gruppe ihre Ziele erreicht hätte.

BODO HECHELMANN (Berlin) knüpfte an die Problematik der Personalübernahmen aus der Zeit des Nationalsozialismus in der Organisation Gehlen an und analysierte anhand des Falls Heinz Felfe die Vorstellungswelten und das Selbstbild von Doppelagenten. Felfe arbeite sich im Nationalsozialismus zum SS-Obersturmführer hoch. Als er 1946 in britische Kriegsgefangenschaft geriet, ließ er sich vom MI6 anwerben.

Nachdem dieser ihn entließ, arbeitete er ab 1950 für den KGB und ab 1951 als Doppelagent beim BND. Beim bundesdeutschen Dienst war er schnell für die Spionage gegen die Sowjetunion verantwortlich. Im Jahr 1961 flog seine Doppeltätigkeit auf und er wurde zu vierzehn Jahren Haft verurteilt.

Hechelmann folgte in seinem Vortrag der Frage, warum ein Anti-Kommunist für den KGB spionierte. In einem ersten Schritt legte er die verschiedenen Erklärungsmuster des BND, der Öffentlichkeit und von Felfe selbst dar. In der Öffentlichkeit stellte sich Felfe als Gesinnungstäter und überzeugter Kommunist dar. In den internen BND-Verhören hingegen betonte er, dass er im Sinne der BRD agiert hätte und lediglich die friedliche Koexistenz fördern wollte. An dieser Stelle ordnete Hechelmann den Doppelagenten Felfe in das Tätermuster des gut handelnden Menschen ein.

In einem zweiten Schritt legte Hechelmann das Prinzip der Reziprozität als Erklärung für Felfes Handeln dar. Felfe sei durch die Loyalität zum NS-Regime geprägt worden und habe diese nach 1945 auf den MI6 übertragen. Der britische Geheimdienst hätte seine Ergebenheit belohnt, indem sie seine Entnazifizierung betrieben habe. Auch dem späteren Arbeitgeber KGB war er treu ergeben und wäre von diesem – trotz seiner nationalsozialistischen Vergangenheit – geschätzt worden.

Im letzten Teil seines Vortrags resümierte Hechelmann, dass sich Wahrnehmungsmuster im Bundesnachrichtendienst nach Kriegsende falsch manifestiert hätten; die eigene Welt sei nicht hinterfragt worden. Der Fall Felfe zeige den Fehlschluss (cum hoc ergo propter hoc) des BND auf, dass man per se gegen eine sowjetische Unterwanderung immunisiert gewesen sei. Diese irrige Annahme nutze der KGB aus und konnte den bundesdeutschen Geheimdienst unterwandern.

JENS GIESEKE (Potsdam) erläuterte in seinem Vortrag die beschränkte Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den außenpolitischen Prozessen der DDR. Er basierte seine These auf der Untersuchung „Die Staatssicherheit und die Grünen“.² Zunächst beschrieb er die nicht unproblematische Haltung der SED zu der 1980 gegründeten Partei. Die Einheitspartei sah die Grünen zwar als Kon-

²Bahr, Andrea; Gieseke, Jens: Die Staatssicherheit und die Grünen. Zwischen SED-Westpolitik und Ost-West-Kontakten. Berlin 2016.

kurrent zu sowjettreuen Gruppierungen innerhalb der Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung. Und auch auf die grüne Kritik am Staatssozialismus sowie die direkten Interventionen in Berlin reagierten die SED-Kader allergisch. Aber der anti-nationale und anti-anti-kommunistische Kurs der Grünen wurde positiv gesehen und sollte demnach auch durch das MfS gefördert werden.

Das Ministerium sollte die Grünen also auf der einen Seite kritisch betrachten, Interventionen verhindern und gleichzeitig zu den eigenen Gunsten fördern. Gieseke zeigte das Problem der Homogenität in der Außenpolitik der DDR auf und erklärte, dass auch die Hauptverwaltung A (HVA) sich der monochromen Politik anschließen musste. Gieseke beschrieb eine rituelle Synchronisation mit dem Zentralkomitee: Die Berichte der Abteilung Aufklärung hätten eine rein assistierende Funktion gehabt.

Es hätte lediglich zwei Räume innerhalb des politischen Systems gegeben, in welchen das MfS eigene Akzente hätte setzen können. Als erstes ging Gieseke auf den Politikraum, die Gespräche zwischen Erich Honecker und Erich Mielke, ein. Über diesen Kanal hatte Mielke die Möglichkeit gehabt, negative Wertungen über die Grünen einzuspeisen, und versuchte davon beispielsweise im Fall der Einreiseerlaubnis von Petra Kelly Gebrauch zu machen. Als in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die HVA die grüne Bewegung immer kritischer einschätzte und deren Einfluss den eigenen Ziele entgegenlaufen sah, reagierten die außenpolitischen Entscheidungsträger taub. Das MfS fungierte somit gezwungenermaßen als parteikonformer Zulieferer.

Als zweiten Raum für eigene Akzente nannte Gieseke die direkte Kommunikation mit Moskau. Einen wesentlichen Teil der Ergebnisse des MfS ging direkt an den KGB; einschließlich *finished intelligence*. Mielke wusste vom Unmut in Moskau gegenüber der Annäherung Honeckers an die BRD, und so äußerte er dem KGB gegenüber, dass er Petra Kelly für eine CIA-Agentin hielt – de facto hatte er keine Beweise dafür. Es gibt keine Hinweise darüber, ob und wie der KGB mit dieser Information umging.

Die Analyse dieser Kommunikationsräume zeigt, so Gieseke, dass es in den hierarchischen Strukturen kaum Spielraum für Alternativpositionen gab. Die fortschreitende Frustration könne nur zwischen den

Zeilen abgelesen werden. Gieseke leitete daraus ab, dass die Spionage des MfS zwar ressourcenstark war, als erfolgreich galt und einen hohen Stellenwert im Staat hatte, aber gleichzeitig musste sie sich in die politischen Hierarchien einordnen. Dies machte die eigene Akzentsetzung begrenzt bis wirkungslos.

KLAUS WEINHAEUER (Bielefeld) schlug in seinem Vortrag den Bogen nach Westdeutschland und ging auf die Bedrohungsvorstellungen der bundesdeutschen Behörden der Inneren Sicherheit in den 1970er- und 1980er-Jahren ein. Als Resümee seiner Forschungen zum Links- und Rechtsterrorismus in der BRD³ beschrieb Weinbauer, dass sich die Bedrohungswahrnehmung von links aus der Angst vor einem Umsturz, vor einer sowjetischen oder ostdeutschen Verschwörung und vor einer Erhebung der Arbeiterschaft generierte. Ideologie und Praxis wurden nicht getrennt.

Gleiches galt für die Wahrnehmung des Rechtsterrorismus; dort waren die Vorstellungen der Inneren Sicherheit allerdings weitaus differenzierter. Natürlich galt es den Rechtsterrorismus zu bekämpfen, aber gleichzeitig wurde er nicht als Gefahr für die BRD wahrgenommen. Die Einschätzung lautete: Die Akteure seien irrational und intellektuell minder bemittelt; unfähig, sich zu organisieren. Sie agierten nur im Lokalen und hätten keine transnationalen Netzwerke. Durch Ausgrenzung und Isolation wollten die Sicherheitsbehörden die Gruppen schadlos machen. 1985 galt das Credo in den Sicherheitsbehörden, dass die Dominanz des Linksterrorismus Realität sein; um den rechten Terror müsse man sich keine Sorgen machen.

Basierend auf einer Untersuchung der Verfassungsschutzberichte arbeitete Weinbauer heraus, dass es in den 1980er-Jahren eine Radikalisierung der rechten Gewalt gab. Der Fokus richtete sich mehr auf „Ausländer“ und die Merkmale der Gewaltkommunikation waren vor allem Sachbeschädigungen, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie Körperverletzungen. Die Verfassungsfeinde wurden allerdings ausgeblendet, an den Rand gedrängt und nur als marginales Problem wahrgenommen. Das Problem dieses gefühlten Wissens innerhalb der Sicherheitsbehörden war, dass es nur auf Einzelinformationen basierte und es kein

³Klaus Weinbauer / Sylvia Schraut (Hrsg.): Themenheft: Terrorism, Gender and History, in: Historical Social Research 39 (2014).

Kontextwissen gab. Veränderungen wurden ignoriert und jugendlichen Subkulturen wurden nicht als eigenständig wahrgenommen.

Weinhauer argumentierte, dass die Untersuchung des Rechtsradikalismus einen Beitrag zur Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit liefere. Sie würde Erkenntnisse über die Orte von Gewalt, die sozialen Bewegungen als Basis der gesellschaftlichen Ordnung und die Bedeutung des lokalen Kontexts bringen. In diesem Zusammenhang wären besonders die lokale Aneignung der nationalsozialistischen Geschichte und das Gewicht von Geschichtswerkstätten in der neonazistischen Jugendarbeit interessant.

BEATRICE DE GRAAF (Utrecht) war leider verhindert; ihren Kommentar verlas KIRSTEN HEINSOHN (Hamburg). In Anlehnung an Christian Bayly zog de Graaf Parallelen zum *intelligence failure* des britischen Geheimdienstes in der Kolonialzeit: Auch dort blickten die Agenten aufgrund mangelnder Kenntnis der Kultur und fehlendem Einfühlungsvermögen verquer auf nationale Entwicklungen. De Graaf assistierte den besprochenen Diensten ähnlich fehlgeleitete Bedrohungsvorstellungen, falsche Deutungsmuster, emotionalisierte Beurteilung und einen Mangel an Reflexion der eigenen Wahrnehmung. Als Einstieg in die Diskussion fragte de Graaf die Referenten erstens nach den Gründen für die monochrome Sicht, zweitens nach einem Dienstübergreifenden Vergleich bezüglich der Herstellung einer kollektiven Sicht und drittens nach dem Einfluss des *emotional turns* in Bezug auf die *intelligence history*.

In der anschließenden Diskussion gingen die Referenten auf diese Fragen sowie auf die Rolle der Sozialwissenschaften für die Produktion von Wissen und auf die Räume für alternatives Handeln ein. Eine letzte Frage aus dem Publikum bezog sich auf die Historikerkommissionen, die sich mit der jeweiligen Vergangenheit der besprochenen Organisationen auseinandersetzen. Hechelmann sah die Aufarbeitung des BND vor allem im internationalen Vergleich sehr positiv. Gieseke sprach sich gegen die hausinterne Aufarbeitung und für die Öffnung der Archive aus. Er schloss das Panel, indem er für den Anschluss der *intelligence history* an die Kultur- und Sozialgeschichte plädierte.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jens Gieseke (Potsdam)

Kirsten Heinsohn (Hamburg): Einführung

Gerhard Sälter (Marburg): Der Widerstand gegen Hitler als Bedrohung der Nachkriegsdemokratie: Die Organisation Gehlen und ihre Wahrnehmung der Roten Kapelle.

Bodo Hechelmann (Berlin): Vorstellungswelten und Selbstbild von Doppelagenten: Wahrnehmungs- und Persönlichkeitsmuster von KGB-Spionen im BND

Jens Gieseke (Potsdam): Die westdeutschen Grünen als potentielle Bedrohung der SED-Diktatur

Klaus Weinhauer (Bielefeld): Terrorismus von links und rechts: Bedrohungsvorstellungen bundesdeutscher Behörden der Inneren Sicherheit in den 1970/80er Jahren.

Beatrice de Graaf (Utrecht): Kommentar

Tagungsbericht HT 2016: *Gefühltes Wissen? Konstruktion von Realität in Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden zwischen Weltkrieg und Mauerfall*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.10.2016.

HT 2016: Der Aufstieg der Verhaltensökonomie und die Transformation von Regierungslogiken seit den 1970er-Jahren

Bericht von: Daniel Monninger, Forschungsgruppe Ökonomisierung des Sozialen, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln

Wie identifizieren, wie erschließen Zeithistoriker neue Themengebiete und Forschungsfelder? Begeht die Zeitgeschichte nicht oft einen ähnlich „grundsätzlichen Fehler“, wie ihn Ludwik Fleck in der Einleitung seiner „Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache“ bereits 1935 der Erkenntnistheorie vorgeworfen hatte: „sie zieht fast

ausschließlich uralte Tatsachen des Alltages [...] als einzig sichere und der Untersuchung würdige in Betracht“?¹ Wenn Zeitgeschichte mehr sein soll als Bestätigung oder Korrektur zeitgenössischer, zumeist sozialwissenschaftlicher, Deutungsmuster und Zeitdiagnosen – und der Ruf danach ist in den vergangenen Jahren lauter geworden –², so bedarf es eines Selbstvergewisserungsprozesses, dessen Fragen bei der alten Aufgabenstellung einer „wissenschaftlichen Behandlung“ der „Epoche der Mitlebenden“ nicht stehenbleiben und der vor neuen Aufbrüchen mit möglicherweise unfertigen Antworten und losen Enden nicht zurückschreckt.³ Findet doch sonst, so noch einmal Fleck, „schon zu Beginn der Untersuchung eine naive Wertung statt, die sich durch Verflachung der Ergebnisse rächt.“⁴

Auf dem Hamburger Historikertag 2016 hatte Rüdiger Graf (Potsdam) zur Vermessung eines solchen neuen Forschungsfeldes geladen, das in Gestalt der „Verhaltensökonomie“ seine Relevanz eindeutig aus unserer Gegenwart und nicht von präfigurierten sozialwissenschaftlichen Diagnosen bezieht. Mehr noch: Teile der Sozialwissenschaften selbst ringen mit der Herausforderung durch verhaltensökonomische Konzepte, die gelegentlich gar als Vorbild zur Erneuerung der eigenen Disziplin dienen sollen.⁵

¹Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Frankfurt am Main 2012 (Original 1935), S. 1.

²Vgl. hierfür einerseits die von Rüdiger Graf und Kim Priemel angestoßene Debatte um den historiographischen Umgang mit sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion. Rüdiger Graf / Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59,4 (2011), S. 479-508; dazu die Reaktion von Lutz Raphael / Jenny Pleinen, Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61, 2 (2014), S. 173-196; andererseits die ersten Versuche einer Neubestimmung der Zeitgeschichte als „Vorgeschichte der Gegenwart“ oder gar – in bestem Foucaultschem Duktus – „Geschichte der Gegenwart“ <http://geschichtedergegenwart.ch/editorial/> (30.10.2016). Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael / Thomas Schlemmer (Hrsg.), Vorgeschichte der Gegenwart Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016; Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, 4. Auflage München 2016.

³So die klassische Aufgabenstellung der Zeitgeschichte durch Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1,1 (1953) S. 1-8, hier S. 2.

⁴Fleck, Entstehung, S. 1.

⁵Vgl. etwa jüngst den Brandbrief des Soziologen Andreas Diekmann in der Süddeutschen Zeitung: Andreas Diekmann, Die Gesellschaft der Daten, Süddeutsche Zeitung,

Auf eben diesen eigentümlichen epistemischen Standort der Verhaltensökonomie verwies auch RÜDIGER GRAF in einer instruktiven Einführung, in der er mögliche Fragestellungen an der Schnittstelle von vier verschiedenen Disziplinen identifizierte: ökonomiegeschichtliche, philosophische, politikwissenschaftliche und schließlich theoretische Fragen für die und an die Geschichtswissenschaft. Gerade letzterer Bereich könne, so Graf, für eine gezieltere Bestimmung der geschichtswissenschaftlich unterdeterminierten, aber ubiquitär verwendeten Begriffe des „Verhaltens“ und des „Entscheidens“ nutzbar gemacht werden.

Bezeichnenderweise entwickelte auch Graf seinen Gegenstand gleichsam rückwärts, von der Gegenwart, nämlich von den Auseinandersetzungen um einen „libertären Paternalismus“ her. Es gehe dabei, unter dem Schlagwort des „nudging“ (dt. stupsen), um die Frage genuin demokratischer Steuerungsmöglichkeit, mit dem Ziel, die Wahrscheinlichkeit von Entscheidungen zu beeinflussen, ohne Optionen auszuschließen. Die Frontlinien in diesen Auseinandersetzungen verliefen quer zu klassischen politischen Frontlinien nach dem Links-Rechts-Schema.

Allerdings speise sich, so Graf, die gegenwärtige „behavioral change agenda“ aus deutlich vielschichtigeren und diffuseren Quellen als dem verhältnismäßig engen Bereich der Verhaltensökonomie; vielmehr umfasse sie die Verhaltenswissenschaften insgesamt – und damit vor allem weite Teile der Psycho-Wissenschaften. Folgerichtig stellte Graf seine Sektion vor die doppelte Aufgabe, sowohl den Aufstieg der Behavioral Economics als wirtschaftswissenschaftliche Teildisziplin nachzuzeichnen, als auch die – weder identische noch kausal verbundene, jedoch eigentümlich verwobene – Transformation staatlicher und nicht-staatlicher Regierungslogiken seit den 1970er-Jahren in den Blick zu bekommen.

Den Auftakt zu diesem Unterfangen machte der Philosoph TILL GRÜNE-YANOFF (Stockholm). Sein Vortrag unter dem Titel „Boost vs. Nudge. Die Historisierung zweier Typen der Verhaltensintervention“ nahm ihren Ausgang bei den seit den 1990er-Jahren bis heute fortdauernden Lagerkämpfen zwischen Anhängern der „fast and frugal heuri-

stics“ bzw. „simple heuristics“ (Gigerenzer) und „heuristics and biases“ (Kahneman/Tversky). Diese Auseinandersetzungen verdeutlichten einerseits die tiefen Gräben im Feld der Verhaltenswissenschaften; beide Seiten bedienten sich jedoch andererseits des Begriffs der „Heuristik“. Heuristik, grundlegend definiert als „nicht-formale Problemlösungsstrategie“, sei, so Grüne-Yanoff, in unterschiedlichen wissenschaftlichen Kontexten lange Zeit – und zum Teil noch immer – reflexiv, als Methode, angewandt worden, nie jedoch als Objekt verhaltenswissenschaftlicher Forschung selbst. Dies habe sich erst mit der Verwendung durch den amerikanischen Sozialwissenschaftler Herbert A. Simon geändert, der in einem im Jahr 1956 gemeinsam mit Allen Newell veröffentlichten Artikel einen Zusammenhang herstellte zwischen dem Modell „Heuristik“ und der Struktur menschlichen Handelns und Entscheidens.

Während der Simon/Newell-Artikel zu einer Explosion der Verwendung des Begriffsfeldes „Heuristik/heuristisch“ in der psychologischen Literatur geführt habe, gelte ähnliches für die ökonomische Literatur in der Folge eines Artikels von Kahneman und Tversky aus dem Jahr 1972. Zwar gebe es einige Gemeinsamkeiten in den Ansätzen von Simon/Newell und Kahneman/Tversky, sie unterschieden sich jedoch in vier Punkten in ihren Begriffen von „Heuristik“: hinsichtlich der Abgrenzung bzw. Vergleichsfolie, hinsichtlich der normativen Validität, hinsichtlich der Prozessvorstellungen (präzises Modell vs. vage Idee) und schließlich hinsichtlich Vorstellungen der Erlernbarkeit. Diese konzeptuellen Differenzen erklärte Grüne-Yanoff anhand vierer Faktoren in den Biographien von Simon und Kahneman: Berufserfahrung, Schlüsselfaktoren, Analogie und schließlich Methode.

Anschließend untersuchte RÜDIGER GRAF „Felder verhaltensökonomischer Forschung und die Praxis ihrer Regulierung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts“. Was diese Felder – neben der Ökonomie auch Mathematik, Psychologie, Politik- und Sozialwissenschaften – vereine, sei eine Abkehr vom neoklassischen Ideal des Homo Oeconomicus. Der Anspruch der Verhaltensökonomien gehe jedoch seit jeher über eine präzisere Beschreibung menschlichen Entscheidungsverhaltens hinaus und ziele auf neuartige Reg(ul)ierungsoptionen. Graf fragte im Folgenden sowohl nach den Unterschieden zu hergebrachten Steuerungstechniken als auch danach, wie neu diese Techniken und ihre Nutzung seien,

um den Aufstieg der Verhaltensökonomie zu erklären, den er als „verhaltensökonomische Gouvernamentalität der Gegenwart“ beschrieb – eine, so Graf, nicht grundsätzlich verschiedene, sondern komplementäre Spielart zur in jüngster Zeit vielfach beschriebenen neoliberalen Gouvernamentalität.

Graf beschrieb diesen Aufstieg der Verhaltensökonomie als Teil „einer allgemeineren Veränderung von Rationalitäts- und Subjektivitätsvorstellungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, der sowohl den Bereich des Ökonomischen auf alltägliche Entscheidungssituationen wie Gesundheit, Altersvorsorge, Beruf und Freizeit erweiterte, als er auch eine Verschiebung in der Beschreibung der menschlichen Natur markierte: Der hergebrachte Begriff des „Handelns“, der in der Perspektive der ersten Person wurzelte und von einem autonomen Subjekt ausging, war vom Beobachterbegriff des „Verhaltens“, in der dritten Person, abgelöst worden. Nachdem sich Hoffnungen auf eine neue Einheitswissenschaft des Verhaltens unter dem Banner der „Behavioral Sciences“ und analog zur Kybernetik in den 1970er-Jahren zerschlagen hatten, sorgte die Verwendung in der Ökonomie seit den 1980er-Jahren dafür, dass der Begriff des „Verhaltens“ ubiquitär wurde und kaum noch erklärungsbedürftig erschien. Die empirische Untersuchung des tatsächlichen Entscheidungsverhaltens von Menschen sollte hierfür nach Maßgabe der Verhaltensökonomien zugleich Möglichkeiten zur Beeinflussung dieses Verhaltens schaffen.

Der Politikwissenschaftler HOLGER STRASSHEIM (Duisburg-Essen) borgte sich für seinen Vortragstitel sinnigerweise eine Kapitelüberschrift des Psychologen und Leiters des britischen „Behavioural Insights Teams“ David Halpern: „Nudging Ourselves, and Each Other, to Happier Lives“.⁶ Straßheim suchte nach Gründen und Grenzen für die Globalisierung der Verhaltenspolitik und erklärte sie anhand von drei Thesen zur „Kopplung politischer und epistemischer Autorität“.

Erstens ließe sich eine Inter- und Transnationalisierung von Netzwerken der Verhaltensexpertise beobachten (Sozialdimension), wie Straßheim mittels eindrucksvoller Netzwerkdiagramme belegte, die die Vermehrung der Beziehungen zwischen Zentren der (angewandten) Verhal-

⁶Vgl. David Halpern, *Inside the Nudge Unit. How Small Changes can make a Big Difference*, London 2015, Kap. 9.

tensexpertise allein im kurzen Zeitraum von 2010 bis 2015 veranschaulichte. Zweitens beschrieb er die Ergebnisse randomisierter Vergleichsstudien als Grenzobjekte (Sachdimension); die Autorisierung in experimentellen Praktiken, die im Kontext politischer Entscheidungen seit den 1990er-Jahren ebenfalls exponentiell zugenommen haben. Schließlich drittens konstatierte Straßheim eine Verschiebung von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont im „libertären Paternalismus“ (Zeitdimension), im Rahmen dessen der Begriff „Happiness“ als ökonomischer Bewertungs- und Fortschrittsindikator Einzug gehalten habe. Statt einer vorschnellen Synthese präsentierte Straßheim unterschiedliche Optionen der historischen Einordnung der vorgestellten Entwicklungen und ließ offen, ob es sich bei der Verhaltenspolitik um eine Regierungsmode oder um eine neue Form der Gouvernamentalität handelt.

Im abschließenden Vortrag fragte JAKOB TANNER (Zürich) mit einem Begriff Ludwig Wittgensteins nach „zunehmender Familienähnlichkeit“ zwischen Verhaltensökonomie und Geschichtswissenschaft. Er begründete die These einer Familienähnlichkeit mit der Beobachtung, dass sich seit den 1970er-Jahren in beiden Fachdisziplinen mit der parallelen Blickverschiebung von „makro“ zu „mikro“ verblüffend ähnliche Entwicklungen abgezeichnet hätten. Während in der Ökonomie die Makromodellierungen der klassischen Volkswirtschaftslehre von den Behavioral Economics mit ihrem Versuch menschliches Verhalten zu beschreiben herausgefordert wurden, sah sich die strukturfixierte Sozialgeschichte der empirischen Kulturforschung und der Alltagsgeschichte mit handlungsorientierten Ansätzen unter dem „agency“-Begriff gegenüber, die für eine stärker akteurszentrierte Geschichtsschreibung plädierten.

Thesenhaft stellte Tanner zwei Ähnlichkeiten zwischen Behavioral Economics und Alltagsgeschichte vor: Erstens die Kritik an eindimensionalen Rationalitätsannahmen und zweitens die Rückkehr des Erzählens in beiden Disziplinen. Bei allen Gemeinsamkeiten machte Tanner aber auch fundamentale Unterschiede aus, die er zunächst auf der Theorieebene und im jeweiligen Selbstverständnis bzw. in gegensätzlichen Forschungsintentionen ausmachte. Vor allem aber fand Tanner im unterschiedlichen Verständnis von „Psychologie“ und im Begriff des „Verhaltens“ Ansätze zur Kritik. Allerdings, und das war die pointierte Volte in

Tanners Vortrag, deutete gerade die lautstark ausgetragene gegenseitige Abgrenzung auf eine „Unterseite der Trommel“, einen übergreifenden Wandel der epistemischen Bedingungen, der vom beiderseitigen Interesse an „Handeln“ und „Verhalten“ markiert werde. Es gehe letztlich um „unterschiedliche Einstellungen zu Regierungsrationalitäten und zum Regiertwerden überhaupt“. Die scheinbar (nur) epistemische Herausforderung an die Geschichtswissenschaft wurde damit in Tanners Vortrag zugleich zu einer politischen.

Die Abschlussdiskussion, unter Moderation von KIM PRIEMEL (Oslo), machte deutlich, dass die Erschließung eines neuen Forschungsfeldes, das traditionelle historiographische Sackgassen zu vermeiden sucht, seinerseits vor neuen Fallstricken nicht gefeit ist; drehte sich die Diskussion doch vor allem um das Problem, dass Historiker zur Bewertung der Relevanz der diskutierten Entwicklungen auf die Selbstdeutungen der betroffenen Akteure stoßen. Die Frage also, ob es sich bei „nudging“ und „libertärem Paternalismus“ um leere Worthülsen zur Einflussssicherung handelt, musste letztlich genauso offen bleiben wie die noch grundsätzlichere danach, ob die „Erfolgsgeschichte“ des Aufstiegs und Einflusses der Behavioral Economics eine selbstreferenzielle und sich selbst erfüllende Prophezeiung durch deren ureigenste Vertreter darstellt, der Historiker aufzusitzen Gefahr laufen. Die historiographische Herausforderung der Entzifferung von Deutungskonstruktionen hatte sich mit dem Feld der Verhaltensökonomie somit gleichsam von sozialwissenschaftlichen Sekundärdeutungen auf Primärdeutungen der behandelten Gegenstände und Akteure selbst verschoben, die bis in die Gegenwart reichen – ein epistemologisches Problem, dessen Klärung die Zeitgeschichte vermutlich noch für einige Zeit in Atem halten wird.

Trotz der interdisziplinären Vielfalt der Vortragenden handelte es sich beim „Aufstieg der Verhaltensökonomie“ um eine der in sich stimmigeren und schlüssigeren Sektionen des diesjährigen Historikertages. Was bleibt ist somit der Eindruck eines Panels, das in gleichsam idealtypischer Weise sowohl die Produktivität bewusst tentativer Suchbewegungen für die Erschließung neuer zeithistorischer Forschungsfelder verdeutlichte als auch den Nutzen eines interdisziplinären Dialogs für die Erweiterung, aber auch die Begrenzung ebendieser Suchbewegun-

gen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Rüdiger Graf (Potsdam)

Moderation: Kim Christian Priemel (Oslo)

Rüdiger Graf (Potsdam): Einführung

Till Grüne-Yanoff (Stockholm): Boost vs. Nudge. Zur Historisierung zweier Typen der Verhaltensintervention

Rüdiger Graf (Potsdam): Felder verhaltensökonomischer Forschung und die Praxis ihrer Regulierung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts

Holger Straßheim (Duisburg-Essen / Berlin): „Nudging Ourselves, and Each Other, to Happier Lives“. Der globale Aufstieg von Verhaltensexpertise und -politik

Jakob Tanner (Zürich): Zunehmende Familienähnlichkeit? Verhaltensökonomie als Herausforderung für die Geschichtswissenschaft

Tagungsbericht *HT 2016: Der Aufstieg der Verhaltensökonomie und die Transformation von Regierungslogiken seit den 1970er-Jahren*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 05.11.2016.

HT 2016: Hitler. Eine historische Vergewisserung

Bericht von: Fernando Esposito, Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard Karls Universität Tübingen

Dass Hitler weiterhin ein *mysterium tremendum et fascinosum* darstellt, dafür war der am Vormittag des 22.9.2016 bis zum Bersten volle Vorlesungssaal selbst ein schlagender Beleg. Historiker sind halt auch nur Menschen, und Hitler zieht sie offenbar gleichermaßen in den Bann wie den Mann oder die Frau am Zeitungskiosk, im Buchladen oder

vor dem Fernseher. Das Anliegen der Podiumsdiskussion war es indes, den aktuellen Hype um Hitler kritisch zu diskutieren. Dazu hatten Ulrich Herbert (Freiburg) und Andreas Wirsching (München) Birthe Kundrus (Hamburg) und Konrad Jarausch (Chapel Hill) geladen und FAZ-Herausgeber Jürgen Kaube (Frankfurt am Main) um die Moderation gebeten. Vermutlich war es also nicht nur Hitler, der lockte, sondern auch die Fach- und Medien-Prominenz.

Den Auftakt machte Ulrich Herbert mit einer Aufzählung fachwissenschaftlicher und populärer Neuerscheinungen der vergangenen Jahre, die von „Hitler und die Aufklärung“ und „Hitler’s Philosophers“ über „Hitler privat“ und „Adolf Hitler begegnet Karl May“ bis zu „Hipsster Hitler“ reichte.¹ Timur Vermes Roman, der 2013 die Bestsellerliste eroberte, ist insofern paradigmatisch: Hitler ist – so er denn überhaupt jemals weg war – wieder da.² Handelt es sich, so fragte Kaube, bei der populärkulturellen Präsenz des Diktators, die durch eine ganze Reihe wissenschaftlicher Arbeiten und drei neue Biografien flankiert wird³, um einen Starkult oder habe der Rummel um Hitler auch einen Sinn, sprich habe die anhaltende Beschäftigung mit dem Diktator auch einen wissenschaftlichen Mehrwert? *Hitler sells*, antwortete Andreas Wirsching, und zwar nicht zuletzt aufgrund der Faszination des Bösen. Im Großen und Ganzen herrschte unter den Diskutanten Einigkeit: Das viele Aufheben, das in den Medien und der Populärkultur weiterhin um Hitler, seine Hunde und seinen Hoden gemacht werde, sei abzulehnen. Dennoch sei die Forschung, deren Entwicklung Ulrich Herbert nachzeichnete, in einer Art spiralförmiger Bewegung zu Recht wieder bei Hitler angelangt. Habe dieser anfangs als „apologetischer Schimpfonkel“ gedient und somit zur Entlastung der willfähigen deutschen Bevölkerung beigetragen, sei er ab den 1970er-Jahren als „schwacher Diktator“ (Hans Mommsen) gezeichnet worden, dem die vielen kleinen

¹Ulrich Herbert, Der alte neue Diktator, in: Die Zeit, Nr. 50/2015, vom 10. Dezember 2015, URL: <http://www.zeit.de/2015/50/adolf-hitler-biographie-peter-longerich> (30.09.2016).

²Timur Vermes, Er ist wieder da. Roman, Köln 2012.

³Siehe: Volker Ullrich, Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939. Biografie, Frankfurt am Main 2013; Peter Longerich, Hitler. Biographie, München 2015; Wolfram Pyta, Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, München 2015.

und größeren Führer in der Provinz oder hinter der Front im Osten „entgegenarbeiteten“ (Ian Kershaw). Nachdem die Zustimmung, die Verantwortung, die *agency* der „ganz normalen Männer“ (Christopher Browning) und Frauen (Wendy Lower) immer deutlicher geworden und der Kenntnistand über den Holocaust nicht zuletzt durch die Öffnung der osteuropäischen Archive enorm angewachsen sei⁴, sei es nun sinnvoll, Hitlers persönlichen „Willen“, seine Gestaltungsmacht neu in den Blick zu nehmen.

Dem Sozialwissenschaftler Kaube mutete nicht zuletzt das Große-Männer-machen-Geschichte-Prinzip skurril an. Warum habe es so lange gedauert, einen Kenntnisstand über Hitler zu erarbeiten, der weder apologetische Tendenzen aufweise noch seine Rolle als Diktator unterschätze? Vieles sei doch bereits in Sebastian Haffners *Anmerkungen* nachzulesen. Weshalb nütze die Geschichtswissenschaft nicht das von anderen Disziplinen zur Erforschung etwa des Führerkults, der Gewaltbereitschaft oder von Organisationsstrukturen bereit gelegte Forschungsbesteck? Und überhaupt: Könne man diesen Mann nicht einfach ein für alle Mal „wegforschen“? Andreas Wirsching machte darauf aufmerksam, dass, wenngleich biografisch künftig höchstens Minimales zu erwarten sei, die Frage nach dem Verhältnis zwischen der Bevölkerung und Hitler immer wieder zu stellen sein werde. Birthe Kundrus erinnerte daran, dass nun auch die europäische und globale Dimension stärker berücksichtigt werde, und dass zudem ein erneuter Blick in die Weimarer Republik lohne, denn 1933 stelle, so pflichtete ihr Wirsching bei, weiterhin ein Explanandum dar. Wie war jene Gesellschaft verfasst, in der ein Mann wie Hitler auf einer von ihm selbst errichteten Bühne habe reüssieren können? Der Geschichtswissenschaft drohe das Geschäft jedenfalls nicht auszugehen.

Doch zurück zur Machtfülle des Sozialingenieurs und größten Verbrechers des 20. Jahrhunderts, so Konrad Jarausch. Jenseits aller Erkenntnisse über polykratische Herrschaftsstrukturen, der Beteiligung der Eliten sowie der einfachen Bevölkerung am Aufbau des „Dritten Reiches“ und ihrer Zustimmung zur „Judenpolitik“, trügen zahlreiche Entwicklungen dennoch die persönliche Handschrift des „Führers“.

⁴Einen konzisen, aktuellen Überblick bietet: Bajohr, Frank/Löw, Andrea (Hrsg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015.

Hitlers Skrupellosigkeit und hohe Risikobereitschaft seien beim Weg in den Zweiten Weltkrieg entscheidend gewesen. Seine „spezifische Intelligenz“ beziehungsweise sein „Genie“ werde in der Kriegsführung unverkennbar. Auch ohne eine Grundsatzentscheidung Hitlers, so führte Ulrich Herbert aus, lasse sich die Dynamik des Völkermords an den europäischen Juden ohne den steten Bezug zum „Führer“ nicht verstehen. Nicht das polykratische Chaos, sondern die Effizienz des Regimes sei das Auffällige. Die „historische Vergewisserung“, welcher die Podiumsdiskussion diene, schien jedenfalls vor dem Hintergrund von Longerichs These eines starken Diktators Hitler stattzufinden. Es wird zu beobachten sein, ob die NS-Forschung diesem – jeglichen exkulpatorischen Verdachts erhabenen und auf einem mittlerweile profunden Kenntnisstand basierenden – ‚antistrukturalistischen‘ Pendelschlag folgt und welche gegenwärtigen wissenschaftlichen Tendenzen sowie gesellschaftlichen Entwicklungen sich darin widerspiegeln.

Abschließend lenkte Jürgen Kaube die Diskussion auf die im Januar vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebene, wissenschaftlich kommentierte Edition von Hitlers „Mein Kampf“, die bereits im Vorfeld des Erlöschens der Urheberrechte Ende 2015 viel diskutiert worden war. Nun entbrannte ein kollegialer Streit zwischen Andreas Wirsching und Ulrich Herbert um die Vorzüge der Edition gegenüber „Onkel Karls Ausgabe“ – jener auf dem sprichwörtlichen ‚Dachboden‘ gefundenen Ausgabe von „Mein Kampf“ also, nach der man bisher zitiert habe. Ulrich Herbert hatte eine recht dezidierte Meinung zum nun vorliegenden „Altarbuch“, die der Direktor des IfZ so naturgemäß nicht stehen lassen konnte. Herbert stieß sich am „volkspädagogischen Ton“ der Einleitung, an der weihevollen Anmutung der beiden Bände und an den Kommentaren, die häufig im Stile eines „Hier irrt der ‚Führer‘“-Belegs daherkämen. Wirsching konterte souverän und erinnerte im Gegenzug nochmals an den Publikationskontext: Deutliche distanzierende Bemerkungen seien bei einem den Kreis der Fachhistoriker überschreitenden Publikum durchaus erforderlich. Unbestreitbar sei zudem die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Kommentare für die Einordnung dieser zentralen Quelle des Nationalsozialismus. Am Ende war man sich also doch ein wenig uneinig, und zwar darüber, wie denn Nicht-Historiker anzusprechen und aufzuklären seien. Mit seiner treffenden Anspielung

auf den entlarvenden Anspruch Frauke Petrys, den Begriff ‚völkisch‘ wieder positiv aufzuwerten, erinnerte Ulrich Herbert abschließend daran, wie akut der Bedarf an Information und Aufklärung derzeit ist. Wer nicht vor Ort war, und sich selbst einen Eindruck von der anregenden und – trotz des Themas – sehr unterhaltsamen Diskussion verschaffen möchte, kann dies ab dem 25. Januar bei ARD-alpha tun.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Ulrich Herbert (Freiburg) / Andreas Wirsching (München)

Birthe Kundrus (Hamburg)

Konrad Jarausch (Chapel Hill)

Moderation: Jürgen Kaube (Frankfurt am Main)

Tagungsbericht *HT 2016: Hitler. Eine historische Vergewisserung*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 05.11.2016.

HT 2016: Gewaltforschung wohin?

Bericht von: Laura Wolters, Hamburger Institut für Sozialforschung

Seit dem Erscheinen von Trutz von Trothas „Soziologie der Gewalt“¹ sind beinahe zwanzig Jahre vergangen. Das wegweisende Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie verhielt Mitte der 1990er-Jahre den Aufbruch in eine neue, eine „genuine Gewaltsoziologie“. Sie ist heute als phänomenologische Gewaltforschung fest mit den Namen Wolfgang Sofsky, Trutz von Trotha und Jan Philipp Reemtsma verbunden. Programm dieser Erneuerer war es, all das nachzuholen, was der Mainstream der Gewaltforschung ihrer Meinung nach

¹Trutz von Trotha (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt*, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37 (1997).

bis dahin versäumt hatte. Man wollte keine Gewaltursachenforschung mehr betreiben, sondern der Situativität und Körperlichkeit von Gewalt Aufmerksamkeit schenken. Man wollte endgültig das etwas unglückliche Erbe von Johan Galtungs Konzept „struktureller Gewalt“ abstreifen und sich ganz auf den physischen Vorgang des Antuns und Erleidens von Gewalt konzentrieren. Und vor allem wollte man sich nicht in den Dienst der Selbstvergewisserung moderner Gesellschaften stellen, die Gewalt stets nur als das Andere, das Deviante und das Verhinderbare begreifen und deren Selbstbild durch die vermeintliche Gewaltlosigkeit bestimmt ist. Ziel war es, Gewalt als Konstante der menschlichen Existenz und als zentrales Ordnungsproblem jeder menschlichen Gesellschaft zu begreifen: Phänomenologische Analysen von Gewalt und Sozialtheorie sollten zusammengebracht werden.

Zwanzig Jahre später attestierte Gastgeber WOLFGANG KNÖBL (Hamburg) dem phänomenologischen Forschungsprogramm jedoch „gewisse Ermüdungserscheinungen“. Noch deutlicher formulierte es Podiumsgast TERESA KOLOMA BECK (Berlin): „The debate about a phenomenological renewal of violence research remained limited to German sociology and hardly outlasted the academic careers of its founding figures. The key postulate, to combine the phenomenological analysis of violent confrontations with social theory, was never fulfilled“.² Wohin also mit der nicht mehr ganz neuen Gewaltforschung, die so verheißungsvoll begann? Was sind die entscheidenden Fragen, was sind neue Pfade bei der Erklärung von Gewalt? Diese Fragen richteten sich neben der bereits erwähnten Soziologin Koloma Beck an die Ethnologin NA-DJA MAURER (Hamburg), den Historiker MICHAEL WILDT (Berlin) und den Soziologen STEFAN DEISSLER (London). Das überraschende Fazit dieser interdisziplinären Runde war, dass sie sich insgesamt, wiewohl auf je unterschiedliche Weise; erheblich mehr Kontextualisierung wünschte und der Gewaltforschung empfahl, anstatt sich weiter mit einem hochaggregierten Begriff „der Gewalt“ zu beschäftigen, eine differenzierten Betrachtung der schier unglaublichen Vielfalt von Gewaltsituationen auszuarbeiten.

²Teresa Koloma Beck, *The Eye of the Beholder. Violence as a Social Process*, in: *International Journal of Conflict and Violence* 5 (2011), 2, S. 345–356, hier: S. 347.

Den Aufschlag machte TERESA KOLOMA BECK, indem sie noch einmal vor Augen führte, wie allgegenwärtig Gewalt im Moment auch innerhalb westlicher Gesellschaften ist. „Der Gegenstand ist heimgekommen“ – Attentate in europäischen Städten, Jihadisten, die nach Syrien ausreisen, und immer mehr fremdenfeindliche Gewalt – und mit ihm der Beleg für eine zentrale Annahme der phänomenologischen Gewaltforschung: Moderne Gesellschaften haben ein paradoxes Verhältnis zur Gewalt, und sie reagieren darauf mit „Veränderung“. Gewalt wird als deviant, krankhaft oder barbarisch konstruiert, also als Problem der Anderen, das in zivilisierten Gesellschaften längst gelöst sei. Mit der Rückkehr der Gewalt nach Westeuropa, so Koloma Beck, steige der Rechtfertigungsdruck für die Behauptung, die Gewaltausübenden seien die Anderen – auch wenn sie faktisch in vierter Generation in einer Kleinstadt im Sauerland leben. Damit verwies Koloma Beck auf blinde Flecken der neueren Gewaltforschung, die einerseits eine Tendenz zur Symmetrisierung und regelrechter Kontextverachtung aufweist (hier sei vor allem auf die mikrosoziologischen Arbeiten von Randall Collins verwiesen³), und die andererseits einen Fokus auf Staatsbildungsprozesse legt, die in Westeuropa lange abgeschlossen sind. Damit gerät Europa als Gewaltort aus dem Blick, was die Sprachlosigkeit der Gewaltforschung zu den jüngsten Ereignissen zumindest erklären kann. Koloma Becks Antwort auf diese Verengungen kann man nur als Aufruf verstehen, Heinrich Popitz’ Diktum von der Gewalt als Jedermanns-Ressource wieder ernst zu nehmen. Gewalt, als ein Kommunikationsmittel und eine Handlungsoption unter vielen, bedürfe einer alltagssoziologischen Kontextualisierung und müsse zurückkehren „ins Herz der Disziplin“. Gewalt nicht zu verändern, sie nicht als Ausnahmezustand, sondern als Jedermanns-Ressource zu begreifen, bedeute aber – so das durchaus provokativ gemeinte Fazit – ein Ende der Gewaltforschung an sich. Die Beschäftigung mit der Gewalt müsse stattdessen wieder in die ‚Bindestrichsoziologien‘ integriert werden und einen festen Platz in der Familiensoziologie, der Emotionssoziologie, der Organisationssoziologie etc. erhalten.

MICHAEL WILDT gefiel dieser Vorschlag äußerst gut. Im Anschluss

³Randall Collins, *Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie*, übers. von Richard Barth und Gennaro Ghirardelli, Hamburg 2011.

an seine Vorrednerin verwies er auf den Hang zur Selbsttäuschung, dem moderne Gesellschaften in Bezug auf Gewalt erlügen. Es sei tief im Selbstverständnis jener Gesellschaften verankert, dass sie fähig seien, das Problem der Gewalt zu lösen oder zumindest einzuhegen. Wildt hielt das nicht nur für einen Irrtum, sondern für eine sehr erfolgreiche Selbsttäuschung. Eine genuine Gewaltforschung arbeite Letzterer möglicherweise zu, indem sie die Bündelung unendlich vieler Situationen zu *einem* Phänomen betreibe und damit den Ausnahmezustand von Gewalt manifestiere. Dies gelte insbesondere dann, wenn sich die Gewaltforschung auf die Isolierung von Gewaltphänomenen und auf deren Prävention konzentriere. Wildt plädierte dafür, die Gewalt in ihren unterschiedlichen Kontexten und ihren Wechselwirkungen mit anderen Phänomenen aufzusuchen. Beispielhaft nannte er den Zusammenhang von (Staats-)Gewalt, Recht und Sicherheit, die ohne den Bezug aufeinander kaum wirklich zu erklären wären und Gewaltnarrationen, die eben nicht „echte“ Gewalt wiedergäben, sondern Gewaltphänomene in Geschichten einbänden, Legitimationen evozierten und Handlungsdruck erzeugten.

Kontextualisierung war auch das, was STEFAN DEIßLER umtrieb, der Collins’ Version der phänomenologischen Gewaltforschung ins Visier nahm. Deißler war als Makrosoziologe der einzige am Tisch, der ausdrückliche Generalisierungsbestrebungen verfolgte, hielt in direktem Gegensatz zu Collins allerdings die politische Rahmung von Gewalthandlungen für überaus bedeutsam. Das ist naheliegend, denn Deißler würde sich wohl nicht als „Gewaltforscher“ bezeichnen: sein Gegenstand ist der Bürgerkrieg, und Bürgerkriege bestehen aus weit mehr als nur aus – zweifellos zentralen – Gewaltsituationen. Folgerichtig interessierte er sich für Handlungsmuster, die zwar mit Gewalt zu tun haben, aber selbst nicht gewaltförmig sind. Collins gestand er zu, dass er die kausale Lücke zwischen Motiv und Handlung bei einer Gewalttat richtig erkannt habe, doch statt Motiv und Kontext gänzlich aus dem Untersuchungsbereich zu verbannen, plädierte Deißler dafür, die Institutionalisierung von Gewalt in den Blick zu nehmen. Gewalt sei vielleicht nicht durch individuelle Motive zu erklären, deren kausale Bedeutung schwer zu bestimmen sei, wohl aber durch politische Institutionen – sofern sie denn in die Gewalthandlungen involviert sind.

Zur Erklärung von Gewalt sei also der Theoriefundus der Organisationssoziologie und der Social-Movement-Studies auszuschöpfen.

Haben bis hierhin vor allem der essenzialisierende Charakter einer genuinen Gewaltforschung und ihre kontextarme Situationsbezogenheit Kritik auf sich gezogen, so zielte NADJA MAURER in ihrer Replik auf den engen, rein physischen Gewaltbegriff, der der neueren Gewaltforschung ein zentrales Anliegen war und ist. Sie begann mit einer Methodenkritik an der ethnologischen Gewaltforschung – und die hat Gewicht, haben die neuen Gewaltforscher doch die in der Ethnologie beheimatete dichte Beschreibung zum methodischen Maß aller Dinge erhoben. Maurer gab zu bedenken, dass die Ansprüche der teilnehmenden Beobachtung immer hoch sind, in der Gewaltforschung aber kaum zu erfüllen seien. Erstens, weil Teilnahme in vielen Fällen schlicht zu gefährlich sei, und zweitens, weil gerade bei Gewalt die Grenze von teilnehmender zu eingreifender Beobachtung schnell überschritten werde. Damit sprach sie an, dass das normative Gepäck, mit dem die Forscher/innen ins Feld gehen, für die Beobachtung von Gewalt viel zu groß sein kann. Dass Gewalt immer etwas Schlechtes und Empathie für Opfer zu reservieren sei, dass Gewalt verhindert werden müsse und abzulehnen sei, diese Ideale schränken die ethnographische Erforschung von Gewalt durchaus ein. Zu diesem Methodenproblem geselle sich in der ethnologischen Gewaltforschung ein unzureichender Gewaltbegriff, der entweder als Infamie oder Abwesenheit von Vernunft völlig trivialisiert werde oder in seiner Verengung auf rein physische Gewalt den Blick auf Gewalt als Code oder Performance verstelle. Für Maurer war Gewalt kein diskretes Phänomen, sondern graduell, fließend und unterschiedlich vehement. Was als Gewalt gedeutet werde, sei Gegenstand sozialer Aushandlungsprozesse, und entsprechend müsse man über eine erneute Öffnung des Gewaltbegriffs nachdenken.

Die anschließende Diskussion hob noch einmal die neuralgischen Punkte der Statements hervor und zeigte auf, wie Gewaltforschung im Anschluss an den phänomenologischen Turn, aber auch über ihn hinaus, gedacht werden kann. Den Erneuerern gebührt, da waren sich alle einig, in jedem Fall das Verdienst, ein Bewusstsein dafür geschaffen zu haben, dass die Veränderung von Gewalt problematisch ist und uns den Blick auf die entscheidenden Fragen verstellt. Konsens herrschte

auf dem Podium ebenfalls, wenn es um die ordnungsstiftenden Effekte von Gewalt ging, also um den Einfluss, den Gewalt, oder auch nur die Möglichkeit von Gewalt, auf gesellschaftliche Ordnungen hat. Dass diese erforscht werden müssen und dass Gewalt als gewichtiger Faktor sozialer Ordnungsbildung jenseits von Allgemeinplätzen bisher zu wenig Anerkennung findet, auch darüber herrschte Einigkeit. Ein großes Problem für die Zukunft der Gewaltforschung bleibt aber das Verhältnis zwischen Mikro- und Makroebene, zwischen Generalisierung und Kontextsensibilität und zwischen Situation und übergeordneten Strukturen. Wenn ein hochaggrierter Begriff von „der Gewalt“ nicht weiter hilft, muss die Forschung dann mit immer differenzierteren Typologien und am Ende bloß noch mit Einzelfällen arbeiten? Und was bedeutet ein solcher Umstand für eine soziologische Theorie mit Verallgemeinerungsintentionen? Die Antworten auf diese Fragen waren vage und müssen es am Ende vielleicht auch bleiben, wenn trotz aller Interdisziplinarität so unterschiedliche Forschungstraditionen aufeinander treffen. Wenn Koloma Beck sagte, man könne über Gewalt auch etwas lernen, ohne die Gewalt selbst zu sehen, und Wildt einwandte, wie lehrreich Situationsanalyse doch gerade für die Historiografie sein könne, dann lässt sich erahnen, dass es trotz der überraschend einmütigen Diskussion durchaus noch einige Konfliktlinien im weiten Feld der Gewaltforschung gibt. Einen überzeugenden Mikro-Makro-Link bot auch das Gespräch an diesem Nachmittag nicht an, selbst wenn ein lohnender Vorschlag lautete, Gewalt im Sinne von Praktiken, Habitus oder Gewohnheitsstrukturen zu untersuchen und so einen Mittelweg zwischen immer kleinteiligerer Differenzierung und allzu starker Generalisierung zu finden. Ob allerdings ein *practice turn* wirklich den Befreiungsschlag für die Gewaltforschung bringt, wird sich noch zeigen müssen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Wolfgang Knöbl (Hamburg)

Teresa Koloma Beck (Berlin)

Stefan Deißler (London)

Nadja Maurer (Hamburg)

Michael Wildt (Berlin)

Tagungsbericht *HT 2016: Gewaltforschung wohin?* 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 05.11.2016.

HT 2016: Glauben, was man hört. Hören, was man glaubt? Zeitgeschichtliche Potenziale von Interviews und Oral History

Bericht von: Agnès Arp, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Die Sektion, die Linde Apel und Knud Andresen (beide Hamburg) über die zeitgeschichtlichen Potenziale von Interviews und Oral History am letzten Tag des 51. Historikertages in Hamburg anboten, war die erste zur Oral History auf einem Historikertag. Vor fast genau einem Jahr, am 24. August 2015, hatte Miroslav Vaněk seinerseits die erste Sektion zu Oral History auf dem (22.) International Committee of Historical Sciences in Jinan, China, mit großer Resonanz bestritten.¹ Beide Oral History-Sektionen, in China und in Hamburg, haben gewissermaßen Geschichte geschrieben.

Die Hamburger Sektion, in der es um die Historisierung der Oral History als Methode und um die Reichweite aktueller Oral-History-Projekte ging, war ein richtiger Erfolg: Etwa achtzig Zuhörer blieben bis zum Schluss sehr konzentriert, stellten viele Fragen und dankten für die Qualität der Reflexionen, die uns Knud Andresen, Linde Apel, Andrea Althaus, Anke Te Heesen, Franka Maubach und Julia Obertreis lieferten.² Die Fakten sprechen für sich, die Analyse von Oral-History-

¹Siehe unter <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/20178> und <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/20179> (13.11.2016).

²Ein internationales Oral-History-Komitee soll bei der Generalversammlung des International Committee of Historical Sciences in Moskau im Februar 2017 gewählt werden. Siehe dazu Miroslav Vaněk, Evening oral history session, in: *The Czech Historical Review* 4 (2015), 1226-1227.

Interviews hat ihren legitimen Ort in der Geschichtsschreibung gefunden. Die rege Beteiligung der Sektionsteilnehmer ist ein Beweis dafür, dass wir in eine neue Phase der deutschen Oral History eingetreten sind, die sich heute deutlicher mit ihrer wissenschaftlichen Methode und ihrer auch biographisch geprägten Vorgeschichte beschäftigt. Die Oral History ist längst keine politisch-wissenschaftliche Bewegung mehr³, sondern steht nun für sich.

Wie LINDE APEL in ihrer Einführung bemerkte, hat die auf mündlichen Quellen basierende historische Forschung deutlich gemacht, wie anspruchsvoll diese Quellengattung ist. Dabei ist sie weit tiefgründiger als die Ansammlung von Anekdoten und subjektiven Erfahrungen. Die Phase, in der die Oral History als Glaubensfrage galt, ist nun Teil der deutschen Historiographiegeschichte. Die lang anhaltende Kritik, Oral History sei unwissenschaftlich, weil subjektiv, ist heute obsolet, weil sich eine kulturgeschichtlich und erfahrungsgeschichtlich perspektivierte Geschichtswissenschaft allgemein den Positionen der Oral History angenähert hat. Das scheint der richtige Moment für die Historisierung der Oral History, aber auch der Selbstreflexion über Standards bezüglich ihrer Methoden, Fragestellungen und Ansprüche zu sein. Die Sektion zielte darauf ab, eine „Debatte um die Geschichte, Perspektiven und Potenziale der Oral History anzuregen und über ihren langfristigen Quellenwert nachzudenken“. Ursprünglich sollte Birgit Schwelling auf Konflikte um den Stellenwert von mündlichen Quellen und um die Zuverlässigkeit von Erinnerungen zwischen dem Verband der Heimkehrer und der Wissenschaftlichen Kommission für die deutsche Kriegsgefangenengeschichte in den 1950er-Jahren eingehen. Denn diese Konfliktfelder, die sich aus der Begegnung von Zeitzeugen und Zeithistorikern und auch aufgrund politischer Legitimationsbedürfnisse ergaben, sind noch heute aktuell. Leider musste sie ihre Teilnahme absagen.

Der Vortrag von ANKE TE HEESEN (Berlin), „‘To climb into other people’s heads.’ Oral History and the History of Science in the 1960s“, knüpfte unmittelbar an diese Reflexion an und schilderte den komplexen Entstehungsprozess einer historischen Frage. Anke te Heesen

³Siehe Annette Leo / Franka Maubach (Hrsg.), *Den Unterdrückten eine Stimme geben? Die International Oral History Association zwischen politischer Bewegung und wissenschaftlichem Netzwerk*, Göttingen 2013.

forscht über die mündliche Geschichte einer Idee. Sie untersucht dafür das von dem Wissenschaftsphilosophen Thomas Kuhn geleitete Befragungsprojekt „Sources for History of Quantumphysics“, im Rahmen dessen führende Köpfe der Quantenphysik in den USA der 1960er Jahre über die Entstehung ihrer Erkenntnisse interviewt wurden. Die Analyse der damals geführten Interviews bietet die einmalige Chance, Fragestellungen, Zweifel und Fehler von Wissenschaftlern bei der Arbeit mit Interviewquellen ans Tageslicht zu bringen und dabei die Ideengeschichte mit den mündlichen Hintergründen ihres Entstehens neu zu schreiben. Die Historiker wollten damals verstehen, welche entscheidenden Momente die Entwicklung der Quantenphysik prägten. Die Notwendigkeit der Hinzuziehung von mündlichen Befragungen setzte sich somit rasch durch. Anke te Heesen stellte uns die Grundlagen dieses ersten Oral-History-Projekts der Wissenschaftsgeschichte vor. Dabei wurde deutlich, dass Oral History (noch) nicht auf die Erinnerungen von sozialen Minderheiten fokussiert war, sondern eine methodische Entscheidung mit dem Ziel, den intellektuellen Prozess der Entstehung von Wissen nachzuvollziehen.

Die Reflexion über das methodische Potenzial von Oral-History-Interviews in der Zeitgeschichtsforschung spannt FRANKA MAUBACH (Jena) weiter. In ihrem Vortrag „Unerhörte Begebenheiten: LUSIR und die Innovationskraft der frühen Oral History“ sprach sie über das erste großangelegte Oral-History-Projekt der Bundesrepublik „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960“, das unter der Leitung von Lutz Niethammer den Auftakt der deutschsprachigen Oral-History-Forschung darstellt. Im Zentrum des damaligen Interesses stand die Ruhrarbeiterschaft und die Frage, wie sich eine Region über politische Zäsuren hinweg zu einer Hochburg der SPD entwickeln konnte.

Franka Maubach fragte nach den Entstehungsbedingungen der Erinnerungserzählungen, nach dem innovativen Potenzial der Oral History am Anfang der 1980er-Jahre im Vergleich zu anderen Quellensorten und danach, was die Oral History zur Zeitgeschichtsforschung dieser Zeit beitrug. Sie fragte nach den Möglichkeiten einer sekundären Analyse der Interviews, bei der die Interviewer, deren Fragen und Irritationen – und nicht nur die Erzählungen der Interviewten – im Zentrum der

Betrachtung stehen. Dieses Pionierprojekt der bundesrepublikanischen Interviewforschung lässt sich dabei darauf befragen, wie sich die Methode der Oral History entwickelte und veränderte.

Schließlich plädierte ANDREA ALTHAUS (Hamburg) in ihrem Vortrag über Migrationserzählungen deutscher und österreichischer Arbeitsmigrantinnen in der Schweiz, „Migrationserzählungen. Zum Zusammenhang von Lebensgeschichte und Geschichte“, für die narratologische Erweiterung der Oral History. In ihrem Beitrag ging es nicht um Sekundärauswertung, sondern um die Frage nach den Erkenntnismöglichkeiten bei der Auswertung selbst geführter Interviews, die sich den biografischen und historischen Kontextualisierungen und der Korrelation von Erzählinhalt und Erzählstruktur widmet. Nach wie vor wird Geschichte auf der Basis von eigens erhobenen mündlichen Zeugnissen geschrieben. Andrea Althaus plädierte dafür, dass es für die Interpretation eines historischen Phänomens sinnvoll sei, neben dem historischen gleichermaßen den (gesamt-)biografischen Kontext zu rekonstruieren und dabei ernst zu nehmen, dass es sich um situativ gebundene Erzählungen handele.

JULIA OBERTREIS (Erlangen) unterstrich in ihrem Kommentar einen Aspekt, der sich wie ein roter Faden durch die Sektion zog: die Tatsache, dass die Sekundäranalyse von Oral-History-Interviews neue und produktive historische Fragen aufwirft, nicht zuletzt als ein heuristisches Prinzip, um neue Fragen an die Vergangenheit zu stellen. In historiographischer Hinsicht liegt der Erkenntnisgewinn dieser Herangehensweise, durch welche die Historiker auch selber ihre Quellen beeinflussen, auf der Hand.⁴

⁴Sich auf die mühsame und langwierige Methode der Oral History einzulassen bedeutet, lebensgeschichtliche Selbsterzählungen von Personen über viele Stunden und innerhalb eines streng methodischen Settings zu erfragen. Dabei ist der Historiker im moralischen, datenschutzrechtlichen, historischen und wissenschaftlichen Sinn für seine selbst erzeugte Quelle verantwortlich, die perspektivisch archiviert und damit öffentlich zugänglich gemacht werden soll. Dieser Prozess veranschaulicht, wie unterschiedliche Rollen und Funktionen „Interviewpartner“ und „Zeitzeugen“ für die Forscher übernehmen. In diesem Sinne werden Public History und der Umgang mit Zeitzeugen für historische Publikationen allzu oft mit Oral History und ihrem Umgang mit Interviewpartnern verwechselt. Siehe über die Figur des Zeitzeugen, die Normen und die Nivellierung der Erinnerungskultur, Martin Sabrow, Tagungsbericht: HT 2006: Der Zeitzeuge. Annäherung an ein geschichtskulturelles Gegenwartsphänomen, 19.09.2006–22.09.2006 Konstanz, in: H-Soz-Kult, 10.10.2006, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-1193

Dass Oral History weiterhin bestimmte Ansprüche der Forschenden nicht erfüllen und für Frustration sorgen kann, war ebenfalls Thema der Sektion und wurde lebhaft diskutiert. Hinter jener Erfahrung verbirgt sich allerdings die subversive und intrinsische Kraft der Oral History, die imstande ist, in schieren Widersprüchen zu den Annahmen und Kenntnisständen der Historiker neue Kontexte ans Tageslicht zu bringen. LUSIR bietet dafür ein offensichtliches Beispiel und fasziniert im Nachhinein vor allem dahingehend, wie die Historiker von den Antworten ihrer Interviewpartner (mehrheitlich Arbeiter und Mittelständler) teils überrannt, teils überrascht wurden.

Wenn die Fragen zur sekundären Analyse in dieser Sektion nicht vollständig beantwortet wurden, dann ist das dem guten Grund geschuldet, dass es immer noch keine Projektergebnisse in diesem Bereich gibt.⁵ Es ist anzunehmen, dass sich dies bald ändert. Und es ist – im Gegensatz zu französischen Oral-History-Projekten, deren Interviews gleich archiviert und mit einer 30jährigen Sperrfrist belegt werden – zu hoffen, dass lebensgeschichtliche Interviews in Deutschland weiterhin geführt, reflektiert, analysiert und veröffentlicht werden.

In der Sektion „Glauben, was man hört. Hören, was man glaubt? Zeitgeschichtliche Potenziale von Interviews und Oral History“ stand die Historisierung der Oral History im Vordergrund.⁶ Mit der Sektion sollte gezeigt werden, dass der Umgang mit Interviews und mündlichen Quellen eine längere Tradition in der Geschichtswissenschaft hat, Fragen der Bedeutung von Subjektivität also nicht nur an mündliche Quellen gestellt werden. Zugleich sollte sie ein Anstoß sein, um über die Chancen und Anforderungen einer Zweitauswertung von Interviewbeständen nachzudenken. Denn dabei entstanden (und entstehen weiterhin) mündliche Quellen, die über die Epoche der Mitlebenden und damit der Zeitgeschichte hinausweisen. Und schließlich sollte mit

(13.11.2016); die Internetseite Zeitpfeil unter <http://www.arbeit-mit-zeitzeugen.org/> (13.11.2016) und der Sammelband von Christian Ernst (Hrsg.), *Geschichte im Dialog?* Schwalbach 2014.

⁵Siehe dazu Matthias Frese / Julia Paulus, *Zeitzeugenschaft und mündliche Erinnerung. Chancen und Probleme der Sekundäranalyse von Interviews und Ego-Dokumenten zum zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit*, *Westfälische Forschungen* 65 (2015).

⁶Siehe zu der Geschichte der Oral History in den USA die special section „Looking back, looking forward: Fifty years of Oral History“ der *Oral History Review* 43,2 (2016).

einem aktuellen Oral-History-Projekt auf die Notwendigkeit der historischen wie auch der biographischen Kontextualisierung dieser subjektiven Quellen und die besondere Eignung dieses methodischen Ansatzes für die Migrationsgeschichte hingewiesen werden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Linde Apel (Hamburg) / Knud Andresen (Hamburg)

Knud Andresen (Hamburg): Moderation

Linde Apel (Hamburg): Einführung

Anke te Heesen (Berlin): „To climb into other people’s heads“. Oral History and the History of Science in the 1960s

Franka Maubach (Jena): Unerhörte Begebenheiten: LUSIR und die Innovationskraft der frühen Oral History

Andrea Althaus (Hamburg): Migrationserzählungen. Zum Zusammenhang von Lebensgeschichte und Geschichte

Julia Obertreis (Erlangen): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2016: Glauben, was man hört. Hören, was man glaubt? Zeitgeschichtliche Potenziale von Interviews und Oral History*. 20.09.2016–23.09.2016, In: *H-Soz-Kult* 19.11.2016.

HT 2016: Religiöser Humanitarismus im Zeitalter des Säkularismus: Hilfe für Kriegsgefangene und zivile Opfer von Konflikten nach 1945

Bericht von: Joanna Simonow, Geschichte der modernen Welt, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Die Sektion, die im Rahmen des 51. deutschen Historikertages stattfand, widmete sich einer historischen Annäherung an die Thematik der religi-

ös motivierten humanitären Hilfe. Dazu beleuchteten die insgesamt vier Vorträge die Beteiligung religiös geprägter Akteure an Hilfsmaßnahmen für Kriegsgefangene und Flüchtlinge nach 1945 und besprachen anhand konkreter historischer Fallbeispiele Spielarten des religiösen Humanitarismus. Es folgten ein Kommentar und eine abschließende Diskussion unter Einbezug des Publikums.

Als erste Vortragende des Panels diskutierte MARIA FRAMKE (Rostock) die Motivationen und Intentionen der Young Men's Christian Association (YMCA), des National Christian Council (NCC) und der hindunationalen Hindu Mahasabha, die während der Teilung Indiens in den Jahren 1946-1949 eine Reihe zentraler humanitärer Dienste übernahmen. Hierzu zählten die materielle und medizinische Versorgung sowie die legale Beratung Krisenbetroffener, Bergungs- und Verteidigungsaufgaben und auch die Beobachtung und Beanstandung von Regierungsaktivitäten.

In ihrem Vortrag klassifizierte Maria Framke die Hilfe christlicher und hindunationaler Akteure als „selektiven Humanitarismus“ und gab im Verlauf der Präsentation einen näheren Einblick in das Konzept. So zeigte die Vortragende, dass die humanitäre Hilfe christlicher und hindunationaler Akteure während der Augustausschreitungen in Kalkutta 1946 sowohl religiös als auch politisch motiviert war und nicht aus der Auffassung einer gemeinsamen Menschlichkeit hervorging. Die Verbindung politischer und religiöser Intentionen schlug sich sowohl in der Spendenakquise als auch in der Durchführung von Hilfsmaßnahmen nieder. Die Hindu Mahasabha stützte sich auf eine fiktive religiös-basierte Identität und verknüpfte diese mit einem exklusiven Nationsbegriff, der insbesondere Muslime per Definition ausschloss. Die selektive Hilfe hindunationaler Akteure richtete sich somit vor allem an Mitglieder der eigenen *Ingroup*. Christlich motivierte Akteure hingegen betonten die Neutralität ihrer Hilfsleistungen, die sie an Hilfesuchende ungeachtet deren religiöser Zugehörigkeit richtete, um einen Platz und eine Rolle in der Krisenbewältigung zu beanspruchen. Dabei setzten sie neutrale Hilfe mit christlicher Hilfe gleich und sprachen damit insbesondere Muslimen und Hindus die Fähigkeit ab, ebenfalls neutral zu agieren.

Der durch Framke vorgeschlagene Begriff des selektiven Humani-

tarismus erlaubt es, die geschichtswissenschaftliche Perspektive um Ausprägungen des Humanitarismus und Akteure zu erweitern, die bisher vernachlässigt oder bewusst ausgeklammert wurden. Gleichzeitig wirft der Begriff Fragen auf, die im Vortrag unbeantwortet blieben: Es stellt sich insbesondere die Frage, ob Nothilfe, die aus religiösen, politischen oder anderen Motiven geleistet wurde, noch humanitär ist oder ob, durch die Vielfalt unterschiedlicher Intentionen humanitärer Akteure, Humanitarismus nicht im Regelfall selektiert.

Um einem anderen regionalen und zeitlichen Kontext ging es im zweiten Vortrag der Sektion. Die Präsentation von ANDREAS WEIß (Braunschweig) richtete die Aufmerksamkeit auf das Südostasien des späten 20. Jahrhunderts. Weiß blickte auf die Position humanitärer Flüchtlingshilfsorganisationen im politisch aufgeladenen Spannungsfeld zwischen buddhistischen Nationalisten und christlichen Flüchtlingsgruppen. Als Folge des Vietnamkrieges flohen etwa eine Million Menschen aus Kambodscha und Vietnam, und über hunderttausend Menschen aus Burma nach Ost- bzw. Nordthailand. Unter ihnen befand sich eine Minderheit christlicher Flüchtlinge, die im Kontext des Kalten Krieges zum Spielball verschiedener nationaler, regionaler und internationaler politischer Mächte wurde.

Der Vortrag gliederte sich in drei Teile und skizzierte zunächst die lange Geschichte christlicher Bevölkerungsgruppen als wahrgenommene und tatsächliche Handlanger westlich-imperialer Mächte in Südostasien. Die Anwesenheit westlicher – meist christlicher – Hilfsorganisationen in Thailand in den 1960er-Jahren war, wie im zweiten Teil des Vortrags erläutert, Ausdruck dieser historischen Kontinuität. Laut Weiß barg das Engagement westlicher Organisationen während der Flüchtlingskrise, im spannungsgeladenen politischen Klima Thailands, ein Konfliktpotenzial, das sich in Auseinandersetzungen thailändischer buddhistischer Mönche und westlicher Organisationen entlud. Dabei blieb offen, ob es Versuche christlicher humanitärer Akteure gab, sich der Politisierung ihres Engagements entgegen zu stellen, obwohl dies möglicherweise einen differenzierteren Blick auf das Spannungsfeld von religiösem Humanitarismus und neutraler Hilfe ermöglicht hätte.

Im dritten Teil der Präsentation ging der Vortragende näher auf die politische Instrumentalität des internationalen Humanitarismus ein. So

nutzten die Vereinten Nationen die Krise, um in Südostasien zu intervenieren und zwangen letztlich die thailändische Regierung und die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) dazu, in der Flüchtlingshilfe aktiv zu werden, um den eigenen nationalen und regionalen Machtanspruch zu bewahren. Mit seinem Vortrag sprach sich Weiß überzeugend dafür aus, dass die Flüchtlingskrise stärker von der aktuellen Forschung zur Geschichte des Humanitarismus genutzt werden sollte, um Spielarten des Humanitarismus im Kontext des Kalten Krieges zu beleuchten.

PATRICK MERZIGER (Leipzig) erörtere in seinem Vortrag Gründe für die Hinwendung der Kirche zur internationalen Nothilfe in den frühen Jahren der deutschen Bundesrepublik. Das Hauptaugenmerk des Vortrags lag auf dem wachsenden Engagement der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), deren Hilfswerk zunächst gegründet wurde, um in der Nachkriegszeit Armut und Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik zu lindern. Erst im Zuge einer Serie humanitärer Krisen in den 1950er-Jahren und schließlich mit der Spendenaktion „Brot für die Welt“ 1959 begann die EKD, sich als ein international agierender humanitärer Akteur zu positionieren. Entgegen gängiger Narrative, die das Engagement der Kirche in der Nothilfe nach 1945 entweder als ungebrochene historische Kontinuität betrachten oder aber die kirchliche Nothilfe als Instrumentarium imperialer Politik einstufen, plädierte Patrick Merziger in seinem Vortrag für die Berücksichtigung der Handlungsmacht und der Intention der EKD.

Zur Beantwortung der Frage, warum die evangelische Kirche Notstände außerhalb der eigenen nationalen Grenzen als Wirkungsfeld anerkannte und sich damit dem „entfernten Nächsten“ zuwandte, beleuchtete der Vortrag drei organisationsinterne Prozesse, von denen hier lediglich ein Prozess exemplarisch benannt werden soll. So schufen erst der Überschuss US-amerikanischer Agrarprodukte und dessen kostenfreie Abgabe an Hilfsorganisationen die materielle Basis für den Plan der EKD, „Brot“ in die Welt zu schicken. Merziger machte also in seinem Vortrag keine religiöse Motivation als Auslöser für das internationale humanitäre Engagement der EKD aus, sondern sah eine Erklärung für die kirchliche Hinwendung zum „entfernten Nächsten“ in organisationsinternen Abläufen. Durch diesen Fokus gelang es Merziger sich dem

religiösen Humanitarismus aus einer anderen, innovativen Perspektive zu nähern, die die Religiosität des Akteurs bewusst ausklammert, um die Kirche als Organisation zu analysieren. Gleichzeitig scheint die gewählte Perspektive Merzigers auch limitierend und es liegt daher nahe, dass seine Forschungsergebnisse um bereits bestehende Erklärungsansätze ergänzt werden müssen, um die Vielfalt vorhandener Prozesse und Motivationen abzubilden, die zum Engagement der EKD in der internationalen Nothilfe führten.

Im letzten Vortrag der Sektion beleuchtete LASSE HEERTEN (Berlin) Gründe für das Engagement christlicher und jüdischer Gruppen in der humanitären Hilfe im Kontext des nigerianischen Bürgerkriegs von 1967-1970. Diese sah Heerten vor allem in der Wirkung ikonografischer Darstellungen, welche insbesondere durch Missionsgesellschaften vor Ort produziert und in Umlauf gebracht wurden. Ab dem Ausbruch des Bürgerkriegs übernahmen ausländische Missionare eine zentrale Rolle in der Berichterstattung aus den Krisengebieten und im weiteren Verlauf eine wichtige Position in der Schaffung internationaler Aufmerksamkeit. In seinem Vortrag präsentierte Lasse Heerten zwei Repräsentationen, die es jüdischen und christlichen Gruppen ermöglichte, sich mit dem Leid in Biafra zu identifizieren. Zum einen handelte es sich hierbei um Darstellungen Biafras als christliche Nation: Repräsentationen durch christliche Akteure inszenierten die Krise oftmals als interreligiösen Konflikt, in dem die christliche Gemeinschaft der Biafraner einer muslimischen Bedrohung gegenüber stand und internationalen Schutz bedurfte. Darüber hinaus arbeitete die Berichterstattung mit einem direkten Bezug zu Bildern nationalsozialistischer Verbrechen und benutzte insbesondere Abbildungen von Konzentrationslagern, um die Bevölkerung Biafras als „Juden Afrikas“ zu inszenieren.

Derartige Metaphern erzeugten große Aufmerksamkeit und zwangen jüdische Gruppen, aktiv zu werden. Lasse Heerten führte hierzu das Beispiel des Engagements des in New York ansässigen American Jewish Committee (AJC) an. Dieses ließ sich von einer Delegation irischer Missionare durch mitgebrachte Aufnahmen abgemagerter Kinder zur Teilnahme an der interkonfessionellen Hilfsoperation christlicher Akteure in Nigeria überzeugen. Die Fotografien, die zu Bildikonen wurden und damit bis heute mit der humanitären Krise des vom Bürgerkrieg be-

troffenen nigerianischen Staates assoziiert werden, vermochten das AJC dafür zu gewinnen, sich das erste Mal in der Geschichte des Komitees in einem nicht-jüdischen Kontext zu engagieren. Damit hob der Vortrag die Bedeutung partikularer Interessen und Identifikationskriterien in der Mobilisierung von Empathie hervor. Wie Lasse Heerten eindrucksvoll an seinen Beispielen christlicher und jüdischer Identifikationsprozesse veranschaulichte, musste das Leiden entfernter Krisenbetroffener zunächst in den eigenen Verantwortungsbereich gehoben werden, um eine Welle humanitärer Aufmerksamkeit zu initiieren. Damit beleuchtete Heerten einen wichtigen Aspekt der Mobilisierung humanitärer Hilfsleistungen und bereicherte die Sektion durch diese Perspektive.

MARTIN H. GEYER (München) übernahm abschließend die Aufgabe, diese thematisch vielfältigen aber überzeugend zusammengestellten Vorträge zu kommentieren. Eingangs forderte Martin H. Geyer die Vortragenden dazu auf, ihre Präsentationen stärker an die aktuellen Forschungsdebatten anzubinden.¹ Konkret ging es ihm hierbei um Fragen, die die Beziehung von religiös und säkular motivierter Hilfe nach 1945 und die Rolle von Religion in der Nachkriegszeit beleuchteten um damit unter anderem die von Michael Barnett vorgeschlagene Klassifizierung humanitärer Bewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu diskutieren.²

An die Vortragenden (insbesondere an Lasse Heerten und Patrick Merziger) richtete Geyer die Frage nach der Bedeutung der sozialpolitischen Wetterlage in entsendenden Gesellschaften für die Schaffung öffentlicher Unterstützung humanitärer Hilfsmissionen. Daran anknüpfend lenkte Geyer die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zwischen der Fähigkeit von Medienkampagnen, gesellschaftlich spezifische Assoziationen und Bezugsrahmen zu nutzen und der erfolgreichen Mobilisierung humanitärer Hilfe. Er wies darauf hin, dass die Verwendung solcher sehr spezifischer Bezugsrahmen der Tendenz des universalen Anspruchs des Humanitarismus entgegen lief und es notwendig macht, die spezifischen kulturellen, gesellschaftlichen und

¹Martin H. Geyer verwies in diesem Zusammenhang auf das Editorial von Maria Framke erschienen in Maria Framke / Joel Glasman (Hrsg.), Themenheft „Humanitarismus“, WerkstattGeschichte, 68 (2015), S. 3-12.

²Michael Barnett, *Empire of Humanity. A history of Humanitarianism*, Ithaca, 2011.

historischen Kontexte, in der Darstellungen des Leids ihre Wirkung erzielen, näher auszuleuchten. Weiterhin hob Martin H. Geyer das unzureichend ausgeschöpfte Potential der Beiträge zur Diskussion des Humanitarismusbegriffs hervor und lobte die Auseinandersetzung der Präsentationen mit außereuropäischen Traditionen der Hilfeleistungen, die in den Vorträgen von Maria Framke und Andreas Weiß thematisiert wurden.

Zusammenfassend ist zu bemerken, dass es den Sektionsorganisatoren und -organisatorinnen gelungen ist, einen differenzierten Blick auf die Dimension des religiösen Humanitarismus zu werfen. Entscheidend hierfür war unter anderen die Vielfalt der Beiträge, die ein größtmögliches geografisches und ein weites Akteursspektrum abdeckten. Eine Stärke der Sektion bestand darin, dass die Teilnehmer und Teilnehmerinnen konkrete Fallbeispiele einbrachten, die einen produktiven Beitrag zur historischen Auseinandersetzung mit divergierenden Formen der Nothilfe, ihren Motivationen und Intentionen leisteten. Diese Fallbeispiele hätten noch stärker genutzt werden können, um konkrete Thesen zur Diskussion zu stellen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Maria Framke (Rostock) / Andreas Weiß (Braunschweig)

Moderation: Benjamin Ziemann (Sheffield)

Maria Framke (Rostock): „Fine work done?“: Humanitäre Hilfe nicht-staatlicher religiöser Akteure während der Partition, 1947–49

Andreas Weiß (Braunschweig): Christen als Flüchtlinge in den Dekolonisierungskriegen Südostasiens

Patrick Merziger (Leipzig): Die Entdeckung des „fernen Nächsten“. Kirche und Katastrophenhilfe in der frühen Bundesrepublik Deutschland

Lasse Heerten (Berlin): Humanitäre Empathie mit »dem Anderen«? Christliche und jüdische Identifikation mit Biafra während des nigerianischen Bürgerkrieges, 1967–1970

Kommentar: Martin H. Geyer (München)

Tagungsbericht HT 2016: *Religiöser Humanitarismus im Zeitalter des Säkularismus: Hilfe für Kriegsgefangene und zivile Opfer von Konflikten nach 1945*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 19.11.2016.

HT 2016: Geschichte als Gegenwartsreligion?

Bericht von: Philipp Müller, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Ausgangspunkt der von Martin Sabrow (Potsdam) und Achim Saupe (Potsdam) geleiteten Sektion „Geschichte als Gegenwartsreligion?“ war der Befund, dass die gegenwärtige Geschichtskultur sich durch sakralisierende Züge auszeichne.

Transzendente Momente dieser Geschichtskultur erkannte MARTIN SABROW in seiner Einführung in der anlässlich des 40. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges gehaltenen Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Unter ausdrücklichem Rückbezug auf die jüdisch-christliche Heilsbotschaft postulierte Weizsäcker in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, dass Versöhnung ohne ein Erinnern der Geschichte unmöglich sei, und schrieb der historischen Vergegenwärtigung im selben Zuge heilende und reinigende Kräfte zu. Im Anschluss hieran und seit 1989, so führte Sabrow aus, zeichne sich die Geschichtskultur im Kontext der Aufarbeitung des NS durch eine sakralisierende Sprache aus, die ihren zentralen Ausdruck in der inflationären Verwendung des Begriffs von der „erlösenden Erinnerung“ finde. Damit unterscheide sich die gegenwärtige Geschichtskultur in ganz entscheidender Weise von dem professionellen Verständnis der Fachgeschichte als einem der Aufklärung verpflichteten Programm, das sich durch ein von Kritik und Distanz gekennzeichnetes Verhältnis zur Vergangenheit auszeichne. In seiner Analyse unterschied Martin Sabrow drei verschiedene Sphären der problematisierten transzendentalen Religionskultur: erstens die sakrale Aufladung der Semiophoren, das heißt die religiöse Auf- und Umwertung von materialen Trägern von Ge-

schichte, seien es nun Objekte in Museen, die zu Reliquien werden, oder auch die Figur des Zeitzeugen, der zur Ausdrucksform von absoluter Unmittelbarkeit avanciere; zweitens die Gestaltung von Räumlichkeiten, die Besuchern die Hoffnung vermittelt, beobachten zu können, „was damals geschehen“ ist; drittens und letztens das der transzendentalen Geschichtskultur inhärente Heilversprechen: die „tröstende Botschaft“, dass in der Form der erlösenden Erinnerung den Opfern von Gewalt und Verfolgung Gerechtigkeit widerfahre und Täter qua Bekenntnis zur Reue bewegt würden.

ACHIM SAUPE vertiefte in seinem Vortrag den Blick auf die geschichtsreligiöse Aufladung des Authentischen, indem er Museen der Geschichte auf säkularisierende und profanisierende Bezüge befragte. Bereits der Blick auf die klassischen Museumsbauten, wie etwa das British Museum, zeigte die Vorbilder antiker Tempelbauten auf; andere Gebäude in Europa, wie das Musée des Monuments Français oder das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, wurden in ehemaligen Klosterbauten eingerichtet. Im 21. Jahrhundert, so konstatierte Saupe, pflegten Museumsneubauten einen offeneren Bezug zur Tradition des Religiösen und entwickelten auch dezidiert andersartige Konzepte vom Museumsbesuch, denen zufolge das Museum vornehmlich als ein Ort der Reflexion und der Kommunikation angesehen werde. In einem zweiten Schritt widmete sich Achim Saupe den in den Museen ausgestellten Dingen. Im Rückbezug auf die in der katholischen Religion übliche Unterteilung von Reliquien in Klassen, ermittelte er die verschiedenartigen Typen von Reliquien in den Museen – von Reliquien erster Klasse wie zum Beispiel den blutbefleckten Hemden kubanischer Revolutionäre über Berührungsreliquien wie zum Beispiel Rudi Dutschkes Pullover bis hin zu den käuflich zu erwerbenden Devotionalien im Museumsshop. Schließlich argumentierte Saupe, dass es vor allem die institutionelle Tradition des Museums – eine moderne Art der Wunder- und Schatzkammer – sei, Dinge zu versammeln und aufzubewahren, die den ausgestellten Gegenständen die Aura des Authentischen verleihe. Während sakralisierende Bezüge in der Architektur neuerer und jüngster Museumsgebäude nur noch in gebrochener Form auftreten würden, lasse sich der sakrale-religiöse Bezug nach wie vor in der Zurschaustellung von ausgewählten Museumsdingen erkennen.

STEFANIE SAMIDA (Heidelberg) widmete sich einem aktuellen Phänomen populärer Geschichtskultur, dem Reenactment von historischen Ereignissen. Dass hier das sinnlich-körperliche Erleben von Geschichte im Zentrum steht, verdeutlichte ein zu Beginn des Vortrags zitierter Zeitzeuge, der mit Enthusiasmus von dem nachgespielten Feldzug Caracallas in der Rolle eines römischen Legionärs erzählte. Die zentrale Frage von Stefanie Samida lautete, ob die performative Aneignung von vergangenen Ereignissen nicht nur zum Erlebnis avanciere, sondern auch eine Art Erweckung für die jeweiligen Akteure darstelle, das heißt, ob dieser rezente Trend in der populären Geschichtskultur sich durch einen religiösen Aspekt auszeichne. Eine positive Antwort hierauf lieferten zwei ausgewählte Beispiele des Reenactment: der bereits erwähnte Germanienfeldzug des Kaisers Caracalla im Jahr 212 und das Beispiel der Passionsspiele in Oberammergau. Um diese komplexen Performances beschreiben und analysieren zu können, griff Stefanie Samida auf den von der Theaterwissenschaftlerin Erika Fischer-Lichte eingeführten Begriff der Aufführung zurück¹ und verknüpfte ihre Beobachtungen mit zentralen Begriffen des Kulturanthropologen Victor Turner.² Das Zusammenkommen von Teilnehmern und Zuschauern an einem bestimmten Ort, das Hintersichlassen des Alltags, schließlich das gemeinsame Gestalten und Erleben einer bedeutungsvollen Situation, die durch Widrigkeiten geprägt ist, erhebe das gemeinsame Erleben schließlich zu einem Erlebnis. Insbesondere aber sei es die emotionale Dimension des Erlebnisses, die körperlich-sinnliche Teilhabe an dem Ereignis, die in der Erfahrung der Beteiligten die übliche geltende Trennung zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufhebe.

STEFAN KÜBLBÖCK (Salzgitter) erweiterte das Spektrum der populären Geschichtskultur um das zeitgenössische Phänomen des Tourismus und beleuchtete vor allem die Vermarktung historischer Orte. Ausgangspunkt war die von Dean MacCanell im Jahr 1976 angestellte Überlegung, dass im Zuge der fortschreitenden Säkularisierung in

der Gesellschaft touristische Attraktionen einen Ersatz für die religiösen Pilgerziele darstellten.³ Die Relevanz historischer Orte dürfe man aber nicht überbewerten. Erstens seien viele dingliche Meilensteine der vormodernen Menschheitsgeschichte überhaupt keine touristischen „Pilgerstätten“; zweitens verwies Küblböck im Rückgriff auf die Studie von Chris Rojek darauf, dass Besucher keineswegs in ehrfurchtsvoller Andacht erstarrten, sondern einen freien, verspielten und individuellen Umgang mit den Originalen pflegten.⁴ Den Originalen, so konstatierte Stefan Küblböck, käme ohnehin eine nur relative Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Vermarktung von touristischen Angeboten setze die Tourismusbranche vor allem auf „imaginäre Geographien“. Bereits existierende Vorstellungen und Bilder hätten ein großes Eigengewicht, das nur schwer zu ändern sei (und umgekehrt auch nur schwer neu zu erfinden) sei, und er verwies hierzu auf das in Europa wirkungsmächtige Bild vom Orient. In diesen „imaginären Geographien“ sei die Treue zum Original nur von geringem Wert. Vielmehr gehe es um die Affirmation bestehender Ideen, die sich aber wiederum durch Eindeutigkeit und Klarheit auszeichneten. Authentizität erweise sich in diesen Zusammenhängen als eine verhandel- und gestaltbare Größe. Einzelne dieser historischen Orte seien transzendente Aspekte eigen, aber dies treffe keineswegs auf alle Orte zu.

Die Sektion schloss die Präsentation mit einem Vortrag von HEIDEMARIE UHL (Wien) ab.⁵ In ihrem Vortrag stellte Heidemarie Uhl Beobachtungen zur Säkularisierung von Gedenkstätten vor, die sie in einem umfassenderen Kontext der Wiederentdeckung historischer Orte im 20. Jahrhundert verortete. Ihr zentrales Argument lautete, dass historische Überreste durch „Gestaltung“ überhöht werden. Das Konzept der konservatorisch zu bewahrenden Ruine werde in diesem Zusammenhang aufgegeben. Beispielhaft verwies sie hierbei auf das Schloss Hartheim oder das Haus der Wannsee-Konferenz. Ein weiteres Beispiel lieferte die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine

¹Vgl. Erika Fischer-Lichte, Die Wiederholung als Ereignis. Reenactment als Aneignung von Geschichte, in: Jens Roselt/Ulf Otto (Hrsg.), Theater als Zeitmaschine. Zur performativen Praxis des Reenactments. Theater- und kulturwissenschaftliche Perspektiven Bielefeld 2012, S. 13–52.

²Vgl. Victor Turner, Dramas, Fields, and Metaphors. Symbolic Action in Human Society, London 1974; ders., The Anthropology of Performance, New York 1987.

³Vgl. Dean MacCannell, The tourist. A new theory of the leisure class, New York 1976.

⁴Vgl. Chris Rojek, Ways of escape. Modern Transformations in Leisure and Theory. Basingstoke 1993.

⁵Der vorgesehene Vortrag von Volkhard Knigge (Jena) über „Die Gedenkstätte als sakraler Ort“ musste leider abgesagt werden.

quasi-authentische Materialität des vorliegenden Relikts habe einen Effekt der Sakralisierung zur Folge; eine Unterscheidung zwischen historischem Ort und Memorial werde unmöglich gemacht.

Die Sektion bot einen spannenden Einblick in verschiedene populäre Geschichtskulturen unserer heutigen Gesellschaft und lud zu einer thematisch wie konzeptionell anregenden Erörterung dieser rezenten Trends ein. ‚Geschichte‘ ist keineswegs out, sondern von zentraler Bedeutung für viele in unserer Gesellschaft. Die Aufmerksamkeit hierauf zu lenken erwies sich als äußerst anregend und erlaubte, Geschichte jenseits der Grenzen unseres Faches kritisch in den Blick zu nehmen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Sabrow (Potsdam) / Achim Saupe (Potsdam)

Martin Sabrow (Potsdam): Das Relikt als Reliquie. Zur Frage nach dem transzendentalen Moment der gegenwärtigen Geschichtskultur (Einführung)

Achim Saupe (Potsdam): Die geschichtsreligiöse Aufladung des Authentischen im historischen Museum

Stefanie Samida (Heidelberg): Geschichtserleben als Erweckungserlebnis

Stefan Küblböck (Salzgitter): Geschichtstourismus als Pilgerreise

Heidemarie Uhl (Wien): Die Steine sprechen nicht. Die Aura des ‚Authentischen‘ und die Gedenkstätte als ‚heiliger Ort‘

Tagungsbericht HT 2016: *Geschichte als Gegenwartsreligion?*
20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 19.11.2016.

HT 2016: New Muslim Communities in Europe, 1918 – 1945

Bericht von: Mehdi Sajid, Utrecht University

„New Muslim Communities in Europe, 1918 – 1945“ was the title of a panel organized by Marc David Baer (LSE, London) in this year’s annual meeting of the Deutscher Historikertag which took place in Hamburg under the motto „Matters of Faith“. The four papers of the panel attempted to address and reflect upon the leading theme of the conference by exploring the place, role, and significance of the Muslim presence in Europe during the interwar years for the history of Islam in Western societies on the one hand, and the connected histories of South and Central Asia, the Middle East, Africa and Europe, on the other.

In the panel’s first paper, „Rethinking Islam Beyond the Nationalist Realm – Muslims in Interwar Berlin and The Beginnings of Modern European Islam,“ MEHDI SAJID (Utrecht) discussed the case of the Muslim communities in Germany between the two world wars. Conceived as a general introduction to the theme of the panel, Sajid’s paper began by questioning the dominant perception that links the beginnings of the Muslim presence in Germany to the coming of the later guest workers in the 1950s and 1960s. That Muslims had been living in Germany and participating in its socio-cultural and political life for more than half a century before the first Muslim guest worker set foot in the country continues to be a fact that is known only to few experts and interested parties, he argued. By drawing on various examples (such as, for instance, the construction in 1924 of the oldest still existing mosque in Berlin, the conversion of numerous Germans to Islam, the existence of Muslim cemeteries, publications, and several cases of inter-religious and inter-ethnic marriages), the paper gave a glimpse of the cultural richness of the Muslim presence in Germany during the interwar years. It closed with a reflection about the benefits of studying and re-discovering this culturally rich episode of Muslim history not only in regard to the ongoing tense discussions about the presence and the future of Islam in Germany, but also to help „old“ and „new“ migrants develop a common „German-Muslim“ vision for their future.

The second paper of the panel, given by UMAR RYAD (Utrecht) and entitled „Mediators: European Converts and Muslim Sectarianism in Inter-war Europe“, addressed the sectarian disputes that were triggered by the conversion of Europeans to the Ahmadiyya branch of Islam across the continents. Ryad focused on the Islamic Egyptian press to give an example of the transnational echo of the missionary success of the Ahmadiyya movement among Europeans. Drawing on several articles from Muhammad Rashid Rida's *al-Manar* and Muhibb al-Din al-Khatib's *al-Fath*, arguably the most influential Salafi journals in inter-war Cairo, the paper showed how the issue of the European converts led to several important debates in the Middle Eastern Islamic centers. Sparked initially by the religious hybridity of the European „newcomers“ to Islam, many of these debates revolved around the doctrines and the missionary success of the Ahmadiyya movement in Europe. Ryad's paper is a good reminder of the significance of transnational and transcultural approaches in the study of Islamic movements, because what happens in Europe impacts Muslim majority societies – and vice versa. In fact, Europe became in the interwar years the arena in which different Islamic ideologies, for instance the Salafiyya and the Ahmadiyya, entered into fierce competition to make Islam relevant in modern societies.

With the third paper of the panel, entitled „Protestant Islam in Weimar Germany: Hugo Marcus and 'The Message of the Holy Prophet Muhammad to Europe'“, MARC DAVID BAER (London) brought a refreshing new tone into the discussion about European converts. His paper explored the Islam envisioned in the writings of one of the most prominent German converts to the Ahmadiyya, the Jewish poet, philosopher, and political activist Hugo Marcus (1880-1966). The latter's vision offers a very interesting case of a utopian project of an „Islam for Germany“, i.e. a blend of Muslim and German values with Nietzschean philosophy – the whole rooted in Goethe's views of Islam. Baer explained that this Goethean understanding of Islam (with its alleged faith in the intellect and in progress) was the ideological foundation upon which Marcus envisioned a German Islam that would serve both as „the religion of the German past and the religion of the future“. The paper gives surprising insights into the hermeneutical dynamics and the

various interpretations that emerged among European converts to Islam in Europe after the First World War. It shows that the European Muslim discourse was not only shaped by „Eastern“ views, such as those of the Ahmadiyya or the Salafiyya, but also by some very Eurocentric and even Germanic ones.

The panel's fourth and last paper was DAVID MOTADEL (London), „Alimjan Idris and Islam in four Germanys, 1916-1959“. The paper focused on the life of Islamic scholar Alimjan Idris and offered another fascinating example of Muslim figures who shaped the history and politics of Islam in Germany in the twentieth century. Originally from Central Asia, Idris entered the service of the Ottoman War Ministry during the First World War. In 1916 he was sent to Germany, where he became involved in German propaganda activities towards the Islamic world and was made responsible for Muslims in special prisoners of war camps near Berlin. Idris stayed in the German capital after 1918 and became a key figure in the Muslim community in Weimar Germany. After the Nazis came to power, he became heavily involved in propaganda activities again, first for the Foreign Office, later for other branches of the regime. During the Second World War he was once more responsible for Muslim prisoners of war and Muslim volunteers in the Wehrmacht. In 1944 he became director of the so-called 'SS-Mullah School' in Dresden, which trained military imams for service in the German army. After 1945 Idris was a key figure in the organization of the first post-war Muslim community in Germany, based in Munich. By exploring the intriguing career of Alimjan Idris in the four Germanys, the paper provided a unique lens through which to re-examine the evolution of Islam and Muslim affairs in Germany. Motadel argued that „no person shaped the history of Islam in early twentieth-century Germany more than Idris“. By interweaving the biography of Idris with broader questions about exile, religious minorities and the politics of Islam, the paper shed new light on the history of Islam in Europe's age of extremes.”

Session Overview:

Session conveners: Marc David Baer (London)

Mehdi Sajid (Utrecht): Rethinking Islam Beyond the Nationalist Realm—Muslims in Inter-war Berlin and the Beginnings of Modern European Islam

Umar Ryad (Utrecht): The Interaction Between the Ahmadiyya (India), Salafiyya and European Converts in the Interwar Period

Marc David Baer (London): Protestant Islam in Weimar Germany: Hugo Marcus and »The Message of the Holy Prophet Muhammad to Europe«

David Motadel (Cambridge): The Entangled Histories of Muslims, Jews and Jewish Converts to Islam in German-Occupied Paris

Tagungsbericht HT 2016: *New Muslim Communities in Europe, 1918 – 1945*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.01.2017.

**HT 2016: Von „guten Nachbarn“ und „deutschen Wegen“.
Rollenbilder und Machtdiskurse im außenpolitischen
Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland 1969-2005**

Bericht von: Friedrich Kießling, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Die Frage nach der internationalen Rolle der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten Jahren intensiv diskutiert worden. Die von Jessica Gienow-Hecht und Friedrich Kießling in Zusammenarbeit mit der AG Internationale Geschichte im Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands geleitete Sektion griff diese Diskussionen auf und zielte darauf ab, ihr mit den Mitteln der Geschichtswissenschaft größere Tiefe zu verleihen. Im Mittelpunkt stand die Überlegung, dass sich internationale Rollen nicht nur durch materielle Faktoren erklären lassen, sondern dass dabei gesellschaftliche Konstruktionen von erheblicher Bedeutung sind. Für die internationale Position eines Landes ist nicht nur das, was ist, sondern gerade das, was geglaubt wird, von entschei-

dender Bedeutung. Eingewoben in die – grundsätzlich sowohl im In- wie im Ausland geführten – Debatten ist dabei ein hohes Maß an nationaler Selbstbeobachtung. Neben der eigenen Sicht werden ausländische Einschätzungen aufmerksam registriert und diskutiert. Die Beurteilung der eigenen Rolle und deren internationale Wahrnehmung erscheinen aufs Engste verschränkt.

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen verfolgte die Sektion insbesondere drei Ziele: Erstens galt es, anhand der Rollenbilder den Zusammenhang des außenpolitischen Diskurses der alten Bundesrepublik mit dem des wiedervereinigten Deutschlands zu überprüfen. Während seit einiger Zeit hier vor allem die Brüche betont werden, fragte die Sektion neben Diskontinuitäten auch stärker nach Kontinuitäten. Dabei ist bisher die Zahl der historischen Arbeiten, die sich empirisch gesätigt mit Fragen des außenpolitischen Selbstverständnisses beschäftigen, gerade für die Zeit seit der sozialliberalen Koalition überschaubar geblieben. Genau hier setzte die Sektion an und bemühte sich eine Verbindung zu schaffen zwischen dem, was für die 1950er- und 1960er-Jahre von der Forschung an Rollenbildern konstatiert worden ist, und dem, was für die heutige Bundesrepublik und ihrem neuen – oder vielleicht gar nicht so neuen – außenpolitischen Selbstverständnis diskutiert wird.

Zweitens sollte bei der Bildung von Rollenbildern die gesellschaftliche Perspektive besonders berücksichtigt werden. In offenen Gesellschaften wie der bundesdeutschen kann die Analyse von internationalen Rollenbildern nur mit Blick auf diese Dimension gelingen. Mögen auch einzelne außenpolitische Entscheidungen bis heute in einem Arkanbereich staatlicher Akteure getroffen werden, so ist dies mittel- und langfristig kaum möglich. Gesellschaftliche Konstruktionen von der eigenen internationalen Rolle geben, so die Überzeugung, einen Rahmen vor, gegen den offizielle Außenpolitik auf längere Zeit nicht verstoßen kann.

Schließlich galt es, die in den Debatten verwendeten Konzepte außenpolitischer „Macht“ genauer zu bestimmen. Damit reagierte die Sektion auf eine verbreitete Tendenz in der aktuellen Diskussion, wonach der relativen Bedeutungslosigkeit der Bonner Republik das größere internationale Führungspotential des neuen Deutschlands gegenüberzustellen ist. Der recht einfache Gegensatz von Zivil- und Friedensmacht

auf der einen Seite und heute wieder stärkerem politischen, militärischen Engagement und damit der Abkehr von Friedens- und Zivilmachtvorstellungen auf der anderen Seite unterschlägt allerdings Ambivalenzen, die in den außenpolitischen Debatten der Bundesrepublik seit der sozialliberalen Koalition immer wieder festzustellen sind. So wurde auch in den 1970er-Jahren von außenpolitischen Beobachtern wie Politikern ziemlich rege über eine neue und größere Rolle der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen diskutiert. Allein inhaltliche Bestimmungen von Macht genügen deshalb nicht. Neben Machtsementiken müssen Machtpraktiken oder Machtbilder berücksichtigt werden. Ebenso ist nach den weiteren Begriffsfeldern von „Verantwortung“ bis „internationale Führung“ sowie nach spezifischen Machtformen – von ökonomischen bis zu „soft power“-Konzepten – zu fragen.

Die Vorträge trugen zu allen drei Themen viel bei. FRANK TROMMLER (Pennsylvania) widmete sich den breiten Konturen der deutschen auswärtigen Nachkriegskulturpolitik. Dabei argumentierte er auf zweierlei Weise: Erstens veränderte sich diese Politik nach 1949 kaum; bundesdeutsche Beamte verfolgten genau die gleiche „Kulturmachtpolitik“ wie ihre Vorgänger und ihre Kollegen in der DDR. Dies änderte sich erst nach den intellektuellen tektonischen Erschütterungen der 1960er-Jahre. Seitdem ist auswärtige Kulturpolitik mutiert: von einem abrufbaren Warenlager zu einem Diskussionsforum; nicht ohne innere Schwierigkeiten, aber auch nicht ohne Zugewinn, wie die Akteure nach und nach erkannten. Mit der veränderten Kulturpolitik ließen sich durchaus mehr Einflussmöglichkeiten, mehr Anerkennung und – darauf aufbauend – auch die Basis für eine stärkere Rolle in Europa oder der Welt erreichen. Ohne sich explizit mit dem Konzept auseinanderzusetzen bzw. es überhaupt kennen zu können, lassen sich so in der seit den 1970er-Jahren veränderten bundesdeutschen Kulturpolitik Konzepte erkennen, die Vorstellungen von „soft power“ sehr nahe kommen.

Der Beitrag von BETTINA FETTICH-BIERNATH (Erlangen-Nürnberg) beschäftigte sich mit dem Thema der bundesdeutschen Entwicklungspolitik. Dieser zeigte, wie die Bundesrepublik seit den ausgehenden 50er Jahren Entwicklungspolitik als außenpolitisches Werkzeug, aber auch als Alternative zu Außenpolitik betrachtete. Damit umging die BRD vielerorts die Gretchenfrage nach Nichteinmischung.

Sie profitierte zudem von einer Anhebung staatlicher Visibilität und Reputation. Je mehr jedoch die Bundesrepublik vor allem ab den 1970er-Jahren in dem Fahrwasser internationaler Diplomatie ankam, desto mehr verblasste die Wirkmacht dieses außenpolitischen Instrumentes und Beamte forderten „richtige“ internationale Verantwortung.

BERNHARD RIEGER (London) schließlich verfolgte in seinem Vortrag den Aufstieg der Marke Volkswagen, vor allem in Mexiko und den USA. Er verglich die dort entstandenen Impressionen, die der Konzern zu wecken wusste oder wecken musste. Rieger argumentierte, dass der Export des Käfers in die Amerikas einen erheblichen markenstrategischen Erfolg aufweisen konnte. Weil der Käfer als charmant und ehrlich galt, vermittelte die Ware VW ein völlig neues Deutschlandbild. Nicht unheimlich, dunkel und säbelrasselnd, sondern bescheiden und vertrauenswürdig. Das war genau die gleiche Handlungsanweisung, die jungen Diplomaten in der Ausbildung seit den 50er Jahren mit auf den Weg gegeben wurde. Die Marke Käfer trug somit nachhaltig zur Profilierung der Marke Deutschland bei. Und wenn dieses Image seit jüngster Zeit Schaden durch „Dieselgate“ genommen hat, dann eben genau deshalb, weil die Marke profilbildend auf Treue und „Understatement“ baute.

Alle drei Referenten beschäftigten sich mit der Wechselwirkung zwischen interner und externer Rollenprojektion und -rezeption sowie den internen und externen Konflikten und Kompromissen, die dabei entstanden. Ihr implizierter Hinweis, dass die Akteure und ihre Ziele sich dabei erheblich voneinander unterschieden, sogar widersprachen, war ein wichtiger Aspekt dieser Sektion: Im Kern kamen damit Parallelstrukturen von Imagebildung zum Vorschein, die im besten Fall einander komplementierten, in anderen Fällen aber einander entgegenliegen. Staatliche, halb-staatliche und nichtstaatliche Akteure hatten dabei nicht die gleichen Interessen. Staatsbeamte hatten vorrangig staatliches Interesse im Auge, zum Beispiel Frieden zu schaffen, diplomatische Einflussnahme auszuüben (Fettich-Biernath) oder politische und kulturelle Anerkennung (so Trommler). Ein Unternehmen will Märkte erschließen und den Absatz erhöhen, wie im Falle VW (Rieger). Wenn es dabei von einem positiven Image des herstellenden Staates profitieren kann, wird es das tun, und wenn das Unternehmen umgekehrt zur Reputation des

Staates beitragen kann, wird dieser sich freuen. Dieses Zwischenspiel zwischen einem Markenprodukt und nationaler Außenwirkung nenne man, wie JESSICA GIENOW-HECHT (Berlin) in ihrem Kommentar zur Sektion hervorhob, im Marketingjargon des modernen Nation Branding den „IKEA-Effekt“: Das schwedische Möbelhaus hat die Prägung seiner Marke und seiner Produkte massiv an nationale Identität geknüpft. Dabei ist es so erfolgreich, dass der schwedische Staat sich jüngst sehr bemühte, IKEA als außenpolitischen Kooperationspartner zu gewinnen.

Interessant an den Beiträgen, so Gienow-Hecht zusammenfassend, waren vor allem zwei Dinge: Erstens belegten sie, dass dieser IKEA-Effekt gar nicht neu ist. Trommler, Fettich-Biernath und Rieger zeigten eindrücklich, dass schon in Zeiten konservativer auswärtiger Kulturpolitik – also in den 1950/60/70er-Jahren – nationale Bilder dezentral verhandelt, projiziert und rezipiert wurden, um sich auf Seiten des Konsumenten zu einem facettenreichen, multistereotypen Ganzen zusammenzufügen.

Zweitens ist interessant, dass dieses Nebeneinander eigentlich nicht in unser Bild der Genese auswärtiger Kulturbeziehungen passe. Wenn man sich auswärtige Kulturpolitik und -beziehungen aus der globalen Vogelperspektive anschaut, dann stellt sich ihre Geschichte in etwa so dar: Seit dem Ende der Frühen Neuzeit und über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg lag kulturelles Imagemanagement zu einem erheblichen Teil in den Händen nichtstaatlicher Akteure: Fabrikanten, Bankern, aber auch von Auslandsvereinen, Künstlern, Hausfrauen, Musikern, Ärzten, Touristen usw. Kultur war keine vorrangige Sache von Staatspolitik, sondern gehörte der Nation, dem Volk und dessen Akteuren. Der Staat schaute im Wesentlichen zu. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für einen Großteil des europäischen Auslands, Asiens und auch der Amerikas.

Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich diese Perspektive. In der Zwischenkriegszeit und noch mehr während des Ost-West-Konfliktes wurde der Staat zum primären Imagemanager der Nation. Grund dafür war, dass sich sowohl in demokratischen als auch in totalitären Gesellschaften – und das ist eine globale Tendenz – die Überzeugung durchsetzte, dass verbeamtete Bürokraten besser in der Lage sind, das Image der Nation zu managen als nicht-staatliche Akteure. Staaten ge-

hen dabei unterschiedlich vor – mehr Kontrolle in Frankreich und der Sowjetunion, mehr Dezentralisierung in der BRD, mehr Bürokratie in den USA –, aber am Ende steht bis zum Fall der Berliner Mauer der Staat.

Trommler und Fettich-Biernath wiesen dagegen auf die starken Spannungen innerhalb des Auswärtigen Amtes, aber auch unter einzelnen Ministerien sowie Ministerien und halb-staatlichen Organisationen (Goethe-Institut, ifa etc.) hin. Sie implizierten, dass es niemals ein staatlich gelenktes Bild, sondern immer viele verschiedene gab, die unter Regierungsbeauftragten und ihren Wettbewerbern kontrovers verhandelt wurden. Rieger wiederum führte aus, dass der „deutsche“ Käfer im Ausland womöglich mehr für das Ansehen der BRD geleistet habe als alle kulturpolitischen Programme zusammen. Diese Projektion kollidierte mit der von Trommler diagnostizierten Kulturvormacht, antizipierte jedoch gleichzeitig den für spätere Jahrzehnte offenen breiten Massendiskurs.

Die Frage nach den unterschiedlichen Perspektiven, Interessen und Positionen ökonomischer, staatlicher und halb-staatlicher Akteure bestimmte auch die abschließende Diskussion der Sektion. Gleichzeitig wurde noch einmal auf das enge Zusammenspiel von Selbst- und Fremdwahrnehmung verwiesen, auf die gerade Wirtschaftsunternehmen bei der Produktion von Images angewiesen seien. Angesichts dieser Umstände wurde gefragt, unter welchen Bedingungen Nation Branding bzw. die Produktion von internationalen Rollenbildern überhaupt erfolgreich gesteuert werden könne. Die bundesdeutsche Erfahrung bis in die jüngste Zeit zeige jedenfalls, wie schnell internationale Images, Außen- wie Selbstrepräsentationen bei allem unbestreitbaren Erfolg der Bemühungen um ein neues internationales Deutschlandbild auch wieder in ältere Vorstellungen umschlagen können.

Insgesamt, so wurde in der Sektion sehr deutlich, sind bei der Konstruktion von Rollenbildern strukturell eine Vielzahl von Narrativen und Projektionen im Spiel, die nicht nur horizontal – als Teil bundesdeutscher Kulturgeschichte –, sondern auch komparativ-linear – im Vergleich mit anderen Projektionsnarrativen in anderen Epochen – aufeinander bezogen werden müssen. Der an dieser Stelle oft stereotyp vorgebrachte Verweis auf die multipolare Komplexität historischer Zu-

sammenhänge, so auch Jessica Gienow-Hecht in ihrem Plädoyer, sei nicht zielführend. Viel besser ließe sich die Sektion als Aufforderung für eine Geschichte internationaler Kulturbeziehungen verstehen, die nicht nur ein Nebeneinander, sondern tatsächlich ein Mit- und Gegeneinander, eine Verflechtung und Kollision von projizierten Rollen, Positionen, Bildern und deren Auswertungen in einem außenpolitischen Narrativ zulässt. Politische Geschichte wird so zum Schlüssel von Kulturgeschichte, wird hier doch letztlich kulturelle Identität außenpolitisch verhandelt.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Jessica Gienow-Hecht (Berlin) / Friedrich Kießling (Eichstätt-Ingolstadt)

Friedrich Kießling (Eichstätt-Ingolstadt): Von der „Haltung der Zurückhaltung“ zur deutschen „Gegenmacht“? Außenpolitische Rollenbilder in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von Brandt bis Schröder (Einleitung)

Frank Trommler (Pennsylvania): Kulturmacht im historischen Diskurs. Die Bundesrepublik in der wechselnden Außensicht

Bernhard Rieger (London): Volkswagen als bundesdeutscher Sympathieträger und Konfliktherd. Deutsche und mexikanische Perspektiven auf den deutschen Exporterfolg (ca. 1965-2000)

Bettina Fettich-Biernath (Erlangen-Nürnberg): Präsenz ohne Einfluss? Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Friedens- und Entwicklungsmacht in der Zweiten UN-Entwicklungsdekade

Jessica Gienow-Hecht (Berlin): Deutsche Rollenbilder im Vergleich. Der Blick von außen (Kommentar)

Tagungsbericht HT 2016: Von „guten Nachbarn“ und „deutschen Wegen“. Rollenbilder und Machtdiskurse im außenpolitischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland 1969-2005. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 28.01.2017.

HT 2016: Wie es wirklich war – Repräsentationen von Geschichte im öffentlichen Raum. Wege zu einem geschichtswissenschaftlichen Forschungsprogramm in der Public History

HT 2016: Wie es wirklich war – Repräsentationen von Geschichte im öffentlichen Raum. Wege zu einem geschichtswissenschaftlichen Forschungsprogramm in der Public History

Bericht von: Rüdiger Brandis, Graduiertenschule für Geisteswissenschaften Göttingen, Georg-August-Universität Göttingen

Public History als geschichtswissenschaftliches Arbeitsfeld befasst sich mit der Produktion, Repräsentation und Rezeption von Geschichte im öffentlichen Raum. Dabei liegt der Fokus bisher vor allem auf praktischen Fragen aus den Bereichen Museum, Bildung und Journalismus. Was insbesondere der deutschen Public History bisher fehlt, ist ein Forschungsprogramm, das auch die theoretischen und methodischen Herausforderungen des Feldes systematisch in den Blick nimmt, um der Praxis eine originär geschichtswissenschaftliche Begleitforschung beiseite zu stellen, welche auf der anglo-amerikanischen Public-History-Forschung und vergleichbaren Traditionen der deutschsprachigen Geschichtsdidaktik aufbaut. CORD ARENDES (Heidelberg) wies in seiner Einführung auf die problematische Trennung von akademischer und sogenannter angewandter Geschichtsschreibung hin. Diese Trennung gelte es zu überwinden. Dies war auch ein Anliegen der folgenden Vorträge. Die von Thorsten Logge (Hamburg), Christoph Hilgert (München) und Claudia Nickel (Göttingen) organisierte Sektion präsentierte einen möglichen Aufbau eines solchen Programms, indem sie Performativität, Medialität und Authentizität als zentrale Analysekategorien vorschlug, um den grundlegenden Inszenierungscharakter jeder Form von Geschichtsdarstellungen analysieren zu können.

Performanztheoretische Ansätze gehen der Frage nach, auf welche Weise menschliches Handeln Sinnzusammenhänge erschafft und weitervermittelt. Wesentlich sei dabei, so THORSTEN LOGGE (Hamburg), dass eine performative Handlung nicht eine vorher bereits definierte Botschaft oder Bedeutung übermittle, sondern diese durch ihre Ausführung erst schaffe. Geschichte im öffentlichen Raum lasse sich ohne die Betrachtung ihres Aufführungscharakters nicht sinnvoll fassen. Diese Repräsentationen bleiben immer Inszenierungen von Vergangenheit,

die durch einen diskursiven Aushandlungsprozess und eine mediale Formung entstehen.

Logge veranschaulichte dies am Beispiel des „Battle of Gettysburg“-Panoramas, das in den 1880er-Jahren der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Zeitgenössische Beschreibungen von Besucher/innen des Panoramas betonten besonders die Detailtreue der Installation, bei deren Anblick sogar Veteranen der Schlacht sich an den Ort des Geschehens zurückversetzt fühlen würden. Im Zentrum stehe demnach die Erzeugung eines Immersionsgefühls bei der Interaktion mit dem Medium Panorama. Dabei spiele die akkurate Darstellung zwar eine wesentliche Rolle, ebenso bedeutend sei aber die Erwartungshaltung der Besucher/innen. Mitgebrachtes, zeitgenössisches Wissen bestimme die narrative Einordnung des Dargestellten. Die Panoramen stellten keine reine Nacherzählung von Geschichte dar, sondern böten ein körperliches und emotionales Nacherleben der Schlacht an. Gerade deswegen, so Logge, sei Performativität eine sinnvolle Analysekategorie für die Public History. Sie lege den Fokus gleichzeitig auf alle Akteur/innen des Aushandlungs- und Formungsprozesses historischen Wissens und damit auf die Versammlungsöffentlichkeiten, in denen dieses Wissen von konkret identifizierbaren Akteur/innen verhandelt und hergestellt werde. Die wissenschaftliche Korrektheit historischer Darstellungen solle zudem nicht im Mittelpunkt kritischer Bewertungen stehen, solange es sich dabei nicht um eine wissenschaftliche Darstellung handle. Damit werde der Fokus von der Bewertung der Genauigkeit der Geschichtsschreibung auf die Erforschung der Bewertungskriterien der Produzierenden und Rezipierenden verlagert. Dies ermögliche es, ein Verständnis für die Art und Weise zu entwickeln, mit der Plausibilität historischer Erzählungen für spezifische Adressat/innen hergestellt werde.

Die Anordnung und Ausprägung von Erzählelementen seien aber nicht nur von Erzähltypen, sondern auch von den technischen und ästhetischen Anforderungen des Mediums abhängig, in dem und durch das sie präsentiert werden. Für die Public History sei es deswegen unerlässlich, so CHRISTOPH HILGERT (München), die Medialität historischen Wissens in allen Bereichen seiner Produktion und Rezeption mit in die Analyse einzubeziehen. Hilgert zog als Beispiel das 2015

vorgestellte crossmediale Projekt „Die Geschichte des Südwestens“ des Südwestrundfunks und des Saarländischen Rundfunks heran, welches sich aus einer TV-Serie, einem Web-Special und einem Onlinespiel sowie einem Sachbuch und Radiobeiträgen zusammensetzt. Die technischen und ästhetischen Spezifika dieser Medien bestimmten die Gestaltung und die Präsentation ihrer Inhalte wesentlich mit und müssten daher in die Analyse einbezogen werden. Es sei ein Unterschied, ob man historische Sachverhalte als Text oder mit den audiovisuellen Mitteln des Fernsehens darlegen wolle.

Die massenmediale Geschichtserzählung zielen zudem meist auf ein möglichst breites Publikum ab, was im Vergleich zu wissenschaftlichen Darstellungen eine Reduktion der Komplexität erfordere. Außerdem bediene man sich klassischer Erzählmodi (zum Beispiel Komödie oder Tragödie), um durch die Emotionalisierung der erzählten Geschichte eine unmittelbare Verbindung zum/zur Konsumenten/in aufzubauen und so die Basis für eine kognitive Aneignung der jeweiligen Geschichtsdeutung zu legen. Wesentlich sei dabei, dass man sich auf den Erfahrungsraum und Erwartungshorizont potenzieller Nutzer/innen beziehe. Diese würden angesprochen, indem man sich historisch verankerter Erzählelemente bediene, die allgemein bekannt seien oder aufgrund ihrer Inszenierung den Anschein historischer Authentizität trügen. Je mehr dieser „Authentizitätsanker“ zu einer Geschichte der Vergangenheit zusammengetragen würden und sich mit den Erwartungen der Konsument/innen deckten, desto authentischer bzw. wahrer werde die Erzählung offenbar empfunden. Dies bedeute, dass sich massenmediale Formen der historischen Erzählung einer Bewertung nach den Kategorien real/fiktiv tendenziell entziehen. Eine einfache Überprüfung der historischen Fakten werde solchen Erzählungen jedenfalls meist nicht gerecht. Denn auch eindeutig dazu erfundene Elemente könnten sehr wohl eine historisch wahre Geschichte erzählen. Hier sei zwischen faktualer, emotionaler und moralischer Wahrheit zu differenzieren. Medialität als Analysekategorie einer forschenden Public History vorzusehen sei demnach unerlässlich, um neben den technischen und ästhetischen Anforderungen auch die erzählerischen Eigenlogiken und die performative Kraft solcher medialen Geschichtsdeutungen erfassen zu können. Dies ermögliche zum einen eine Analyse der Funktionswei-

se solcher Geschichtsdarstellungen und deren theoretische Erfassung. Zum anderen biete sich hier die Möglichkeit, als forschende Public History sowohl Nutzer/innen als auch Produzent/innen praktische Hinweise für den adäquaten Umgang mit ihnen zu geben.

Durch die Betonung der Konstruktion, Erzählung und Medialität historischen Wissens biete sich nach CLAUDIA NICKEL (Göttingen) ein interdisziplinärer Zugriff an, da sie an einer Schnittstelle zwischen Geschichts- und Literaturwissenschaft liegen. Nickel bezog sich damit auf die häufige Nutzung historischer Referenzen in eigentlich fiktiv erzählten Geschichten (zum Beispiel in historischen Romanen). Deren Leser/innen sammelten nicht nur automatisch historisches Wissen, sie brächten auch eine gewisse Erwartung an die Darstellung des Inhalts entgegen, die als authentisch wahrgenommen werden müsse, um angenommen zu werden. Demnach übten die Leser/innen Einfluss auf die historische Darstellung aus.

Authentizität müsse dabei zunächst definitorisch klar gefasst werden, da die Begrifflichkeit in unterschiedlichen Kontexten genutzt wurde/wird. Zunächst habe der Begriff auf den/die Urheber/in oder Ursprung einer Handlung verwiesen, bevor später die Bedeutungskomponente der Glaub- und Wahrhaftigkeit hinzutrat. Heute verstehe man unter Authentizität daran anschließend den Verzicht auf Künstlichkeit und entsprechend eine wahrgenommene Originalität und Glaubwürdigkeit. Zwei Aspekte trügen, so Nickel, wesentlich zur Authentizität einer Erzählung bei. Dies seien die Position des Autors und die Konstruktion der Narration. Werde der Eindruck erweckt, der Autor berichte aus seinem Erfahrungswissen, führe dies ebenso zu einer Wahrnehmung von Authentizität, wie die bewusste Inszenierung solchen Wissens, das zum Beispiel über Augenzeugenberichte gewonnen wurde. Wie bereits von Christoph Hilgert angesprochen, kommen hier also wieder „Authentizitätsanker“ zum Einsatz. Als Beispiel nannte Nickel zwei Autoren, die zur Zeit der französischen Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert über eben diese literarische Werke verfasst haben: den Calvinisten Théodore Agrippa d'Aubigné und Pierre de Ronsard. Beide Autoren stellten sich selbst als Betroffene des Krieges dar und inszenierten diese Augenzeugenschaft dadurch literarisch. Die Position des Autors und des Erzählers würden ineinander verflochten, was eine authentische

Wirkung des Textes zur Folge habe. Die so hergestellte Autorität der Autoren werde auch in aktuellen historiographischen Werken als „Authentizitätsanker“ genutzt.¹ Die Analyse von Authentizität könne für eine forschende Public History demnach besonders über literaturwissenschaftliche Instrumentarien nützlich gemacht werden. Diese böten sich zur Analyse der Funktion von Paratexten und Intertextualität, der Nutzung narratologischer Kategorien, wie der Unterscheidung zwischen Autor und Erzähler, sowie die Einbeziehung der Perspektive der Rezipient/innen an.

In einem die Vorträge abschließenden gemeinsamen Fazit betonte Thorsten Logge die Stellung der Public History als Teil einer interdisziplinär aufgestellten Geschichtswissenschaft und -didaktik. Wesentlich sei ein Fokus auf die Produktion, Distribution und Nutzeraneignung von historischem Wissen; nicht die Frage nach der wahren Begebenheit, sondern nach ihrer Erzählung. Man müsse Geschichte als eine Praxis des öffentlichen Aushandelns von Vergangenheitsdeutung sehen, die sowohl wissenschaftliche, journalistische aber auch künstlerische Perspektiven miteinschließe.

Die Diskussion wurde durch einen Kommentar von ANGELA SIEBOLD (Heidelberg) eingeleitet. Sie hinterfragte die vorgeschlagenen Analysekategorien Performativität, Medialität und Authentizität und bekundete grundsätzliche Zustimmung. Darüber hinaus fragte sie nach der thematischen Ausrichtung einer Public History. Sei sie nur ein neuer Begriff für bereits vorhandene Konzepte oder verstehe sie sich als eine Schnittstelle zwischen Mediengeschichte und Geschichtsdidaktik?

Die Diskussion teilte sich auf in Fragen, die an diese Frage einer Positionierung anschlossen und solche, die auf die Vorgehensweise und den Aufbau von Forschungen innerhalb einer Public History abzielten. Zunächst wurde die Ähnlichkeiten zwischen Public History und dem Feld der Geschichtskultur angesprochen und eine definitorische Trennung der beiden erbeten. Dem wurde entsprochen, indem man einräumte, dass die Public History viele Fragestellungen bearbeite, die im Bereich der Geschichtskultur relevant sind. Darüber hinaus biete sie

¹Siehe hier die unkommentierte Zitation von Agrippa d'Aubigné zu Beginn des Vorworts von Joël Cornette in der Ausgabe: Nicolas Le Roux, *Les guerres de religion: 1559-1629*, 1. Aufl. Paris 2009, S.5.

aber auch ein theoretisch-methodisches Framework zur Bearbeitung dieser Fragestellungen an, das über eine reine Neubearbeitung bereits bekannter Thematiken hinausgehe. Dies zeige sich auch in ihrer Stellung zur Geschichtsdidaktik und -theorie. Sie könne eine Mittlerstellung zwischen den anwendungsorientierten Theorien der Geschichtsdidaktik und der mehr abstrakten Arbeit der Geschichtstheorie darstellen. Mehrmals wurde hinterfragt, welche Perspektive eine forschende Public History im Prozess der Geschichtsproduktion einnehmen würde. Die Vortragenden stellten klar, dass ein Dialog zwischen Wissenschaft und Anwendung wesentlich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sei. Die Public History richte keinen externen analytischen Blick auf die Anwendung, sondern müsse sie von Beginn an in Forschungsprozesse miteinbeziehen und sich selbst im Gegensatz in Produktionsprozesse miteinbeziehen lassen.

Insgesamt war die Diskussionsrunde durch großen Zuspruch der Vorträge geprägt. Einer praktischen Erprobung der vorgeschlagenen Analysekatoren steht nichts mehr im Weg. Doch nichts ist in dieser Sektion deutlicher geworden, als dass der Erfolg einer forschenden Public History nicht allein von ihrer Position in der etablierten Geschichtswissenschaft abhängt, sondern auch von ihrer Fähigkeit eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen einer universitären Geschichtswissenschaft und den Produzenten und Konsumenten öffentlicher Geschichtsschreibung herzustellen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Thorsten Logge (Hamburg) / Christoph Hilgert (München) / Claudia Nickel (Göttingen)

Cord Arendes (Heidelberg): Einführung

Christoph Hilgert (München): Inhaltliche Hinführung

Thorsten Logge (Hamburg): Körperliche Aneignung von Geschichte im „Battle of Gettysburg“-Panorama in den 1880er Jahren

Christoph Hilgert (München): Der Reiz der gefühlten Wahrheit. Geschichte(n) erzählen in den Massenmedien

Claudia Nickel (Göttingen): Geschichte(n) im Text: Zur Konstruktion von Authentizität in Narrativen zu den französischen Religionskriegen

Thorsten Logge (Hamburg): Gemeinsames Fazit

Angela Siebold (Heidelberg): Kommentar/Hinführung zur offenen Diskussion

Cord Arendes (Heidelberg): Moderation offene Diskussion

Tagungsbericht HT 2016: *Wie es wirklich war – Repräsentationen von Geschichte im öffentlichen Raum. Wege zu einem geschichtswissenschaftlichen Forschungsprogramm in der Public History*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 29.10.2016.

HT 2016: Opferbilder. Viktimisierung im transepochnen und interkulturellen Vergleich (1400–2000)

Bericht von: Anne Mariss, Institut für Geschichte, Universität Regensburg

Zu Beginn der Sektion stellte die Frühneuzeithistorikerin HARRIET RUDOLPH (Regensburg) den Begriff der „Viktimisierung“¹ als ein interdisziplinäres Forschungskonzept vor, das nach den Konstruktionsbedingungen und Verbreitungsmechanismen von Opferbildern sowie nach den gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen von Opferschaft im historischen Wandel fragt. Der Begriff der ‚Viktimisierung‘ bezieht sich dabei nicht allein auf jene Handlungen, durch die eine Person oder Personengruppe einen Schaden erleidet, sondern vor allem auf jene gesellschaftlichen Deutungsprozesse, in deren Zuge geschädigte

¹Für die Zeitgeschichte vgl. etwa Arnd Bauerkämper, Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945, Paderborn 2012; Martin Sabrow, Heroismus und Viktimismus. Überlegungen zum deutschen Opferdiskurs in historischer Perspektive, in: Potsdamer Bulletin für zeithistorische Studien 43/44 (2008), S. 7-20.

Menschen als Opfer etikettiert werden. Opferschaft wird somit nicht einfach erlitten, sondern diskursiv in der Wahrnehmung der Betroffenen, anderer Akteursgruppen, von Institutionen oder Öffentlichkeit hergestellt oder auch bestritten (Deviktimisierung). Rudolph hob die transepochnalen Dimensionen dieses Phänomens hervor: Bereits in der Vormoderne nachweisbare Vorstellungen, Bilder, Symbole von Opferschaft würden in späteren Epochen reaktiviert und dabei semantisch aktualisiert, um Authentizität und Legitimität von Opferansprüchen zu bestärken. Eine zentrale Rolle für die Ausformung von Opferbildern wies Rudolph interkulturellen Kontakten zu, welche die gesellschaftliche Reflektion über eigene und fremde Gewalttaten und deren Opfer ab dem Spätmittelalter erheblich dynamisierten. Die Geschichte der Opferschaft sei deshalb als Verflechtungsgeschichte zu schreiben, wobei zugleich nach Prozessen der Globalisierung, aber auch Nationalisierung von Opferbildern zu fragen sei. Eine Herausforderung für die wissenschaftliche Untersuchung von Opferbildern sieht Rudolph darin, sich eigener Betroffenheitsgesten zu enthalten und einer politischen Instrumentalisierung durch bestimmte Akteursgruppen zu entziehen.

In seinem Vortrag zum spätmittelalterlichen Kreuzzugsdiskurs analysierte der Historiker NORMAN HOUSLEY (Leicester) die Instrumentalisierung von Opfervorstellungen für die finanzielle und personelle Unterstützung aktueller Kreuzzugspläne. Dabei lässt sich ein historischer Wandel dieses bis in die Neuzeit wirkmächtigen Diskurses feststellen. Zu Beginn der Kreuzzüge wurden diese mit dem Leiden von christlichen Pilgern und von im Osten lebenden Christen als unschuldige Opfer, die es gegen feindliche Übergriffe der Feinde Christi zu schützen galt, legitimiert. Die auch gewaltsame Verteidigung dieser Opfer wurde als Gebot christlicher Nächstenliebe dargestellt, das auch die Bereitschaft zum Selbstopfer umfasste. Später rückte dann der Schutz heiliger Stätten mehr und mehr in den Vordergrund, zumal den griechisch-orthodoxen Christen im osmanischen Reich eine Mitschuld an ihrem Schicksal zugeschrieben wurde. Argumentativ wurde dieser Opferdiskurs durch ein stark negativ aufgeladenes Stereotyp des Türken gestützt, dessen Verhalten gegenüber den Christen als äußerst ‚brutal‘ und ‚blutrünstig‘ charakterisiert wurde und der die Manifestationen der christlichen Kultur in den neu eroberten Gebieten bewusst vernich-

tete. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts wurden Türken vermehrt nicht nur als Ungläubige qualifiziert, sondern auch als ethnisch different begriffen, wobei man ihre nun als ‚barbarisch‘ adressierten Wurzeln in Asien lokalisierte. Begünstigt wurde die Verbreitung dieses Opferdiskurses, über den nun vor allem auch Spenden akquiriert werden sollten, durch das neue Medium des Buchdrucks. Über Berichte, vor allem aber über Bilder wurde das Leid von Christen im Zuge der osmanischen Expansion nach Europa in Szene gesetzt und damit zur Verteidigung der Christenheit gegen den türkischen Erzfeind aufgerufen.

Die Kunsthistorikerin MARGIT KERN (Hamburg) widmete sich in ihrem Vortrag transkulturellen Imaginationen des Opfers in der spanischen Kunst in der Frühen Neuzeit. Schon bald nach der ‚Entdeckung‘ der Neuen Welt kursierten in Europa zahlreiche Darstellungen von ‚barbarischen‘ Menschenopfern in den indianischen Kulturen, wie in den Kupferstichen der Verlegerfamilie de Bry. Angesichts des brutalen Vorgehens der Konquistadoren in der neuen Welt geriet die dichotome Gegenüberstellung von europäischer Zivilisation versus amerikanische Barbarei allerdings schnell ins Wanken. Innerhalb dieser kritischen Diskurse wurde die Schuld der europäischen Aggressoren häufig mit der Unschuld der indigenen Opfer kontrastiert. Die Auseinandersetzung mit den prä-hispanischen Kulturen, so die zentrale These Kerns, führte zu einem Reflexionsprozess über die eigene Opferkultur, auch wenn dieser ‚koloniale‘ Auslöser nicht als Teil des Diskurses wahrgenommen wurde. Virulent wurde dies insbesondere dort, wo die Legitimität der Opfer umstritten war, wie bei den spanischen „*juego de toros*“, den Stierkämpfen, die immer wieder Opfer unter Kämpfern und Zuschauern forderten. Zeitgenössische Kritiker, darunter vor allem Geistliche und Ordensmänner wie der Jesuit Pedro de Guzman, prangerten an, dass sich Europa aufgrund dieser sinnlosen Menschenopfer zu Unrecht als frei von ‚barbarischen‘ Opferritualen begreife. Diese Sichtweise führte auch zu einer Konjunktur der Darstellung antiker Gladiatorenspiele, deren Opfer nun wirkmächtig ins Bild gesetzt wurden. Auf diese Weise wurden zeitgenössische Hierarchisierungen zwischen dem Grad an Zivilisierung, welcher der antiken, der spanischen und der indigen-amerikanischen Kultur jeweils zugeschrieben wurde, in Frage gestellt.

Die Historikerin JOANNA SIMONOW (Zürich) analysierte in ih-

rem Vortrag mediale Inszenierungen indischer Hungersnotleidender in politischen und humanitären Diskursen der 1940er-Jahre. Am Beispiel der Region Bengalen verdeutlichte Simonow die Dramatik der Hungersnot, auf welche die Presse jedoch vergleichsweise spät reagierte. Erste Bilder von Hungersopfern erschienen in einer Sonderausgabe der englischsprachigen, durch politische und akademische Eliten stark rezipierten Zeitung *The Statesmen* im Jahr 1944. Die Fotografien zeigten skelettierte Körper, halbnackte oder nackte Verhungerte, vorzugsweise Familien, bzw. Frauen mit ihren Kindern. Durch den appellativen Charakter dieser Photographien, deren Protagonisten die Betrachterinnen oft direkt anschauten, entstand eine Art Komplizenschaft zwischen Presse, Leser/innen und Opfern. Darstellungen dieser Art inszenierten eindrücklich die Hilflosigkeit und Verzweiflung der Betroffenen. Sie sollten schockieren und Mitleid bei den Betrachter/innen erzeugen, um diese zu Spenden zu animieren. Dabei nahm die Berichterstattung Rekurs auf das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl: Nicht nur die im Kampf gegen das faschistische Deutschland vereinten Briten gehörten zum Empire, sondern auch die verhungerten Inder/innen. Sie diente als Medien der Kritik an der britischen Regierung, der vorgeworfen wurde, die Krise nicht aus der Welt zu schaffen bzw. durch Mismanagement überhaupt erst erzeugt zu haben und einen ökonomischen Krieg gegen die indische Bevölkerung zu führen. Der Opferdiskurs im Zuge der Hungerkrieße kann damit als Teil des Widerstandes gegen die Kolonialmacht Großbritannien betrachtet werden, der 1947 in der Unabhängigkeit Indiens mündete.

Die vielfältigen Konstruktionen von Opferschaft im Zuge der Jugoslawien-Kriege, besonders des Massakers von Srebrenica im Jahr 1995² adressierte der Vortrag des Sozialanthropologen GER DUIJZINGS (Regensburg). Die große Herausforderung bei der Erforschung dieser Thematik auf lokaler Ebene liegt nach Duijzings in der historischen Rekonstruktion von Kriegsverbrechen und deren variierenden Interpretationen mithilfe von Zeitzeugenberichten, die voraussetzen, dass Täter und Opfer aussagebereit sind. Bei den Interviews von serbischen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen wurde sehr schnell deutlich, dass das

²Siehe dazu zuletzt Matthias Fink, *Srebrenica. Chronologie eines Völkermords oder Was geschah mit Mirnes Osmanović?*, Hamburg 2015.

Massaker von Srebrenica entweder totgeschwiegen oder aber das Verhältnis von Tätern und Opfern umgekehrt wurde. Nicht die bosnischen Männer und Jungen waren die Opfer in diesem Krieg, sondern vielmehr das Volk der Serben, das als ‚ewiges‘ Opfer („eternal victimization“) charakterisiert wurde. Dabei griff man auf durch die serbische Kirche kultivierte Viktimisierungsnarrative zurück, die sich mit Blick auf lange zurückliegende Ereignisse wie die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 und die Zeit der osmanischen Herrschaft als „suffering church“ wahrnahm. Im 19. Jahrhundert wurde dieses religiös konnotierte Leiden in den aufkommenden serbischen Nationalismus integriert, welcher die Viktimisierung Serbiens zum Topos der eigenen Selbstbeschreibung erhob und mit dem Verweis auf jüngere Ereignisse wie das Agieren der Ustasha im Zweiten Weltkrieg oder die Situation der griechisch-orthodoxen Kirche unter dem kommunistischen Regime unterfütterte. Dieser Opfermythos diente als Rechtfertigung für das Massaker an den bosnischen Muslimen, die im Sinne eines „Amselfeld in the active mood“ einer „Endlösung“ zugeführt werden sollten, in deren Ergebnis das mittelalterliche serbische Reich wiederauferstehen und historisches Unrecht korrigiert werden würde.

In der abschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob es für die Konstruktion von Opferschaft nicht zwingendermaßen immer auch einen Täter brauche. Dagegen wendete die Sektionsleiterin ein, dass der methodologische Gewinn des Forschungsbegriffs „Viktimisierung“ gerade darin bestehe, den Fokus von der einseitigen Fixierung auf die Täter wegzulenken und die Rolle von Tätern und Opfern im Prozess der Viktimisierung als komplementär zu begreifen, wobei – wie mehrere der Vorträge zeigten – Opfer-Täter-Verhältnisse im Zuge von Opferdiskursen vielfach umgekehrt werden. Eigene Opferwahrnehmungen bilden dann die Grundlage für die eigene „agency“: Sie legitimieren die Anwendung von Gewalt und damit die Schaffung neuer Opfer, wie dies im Kontext des neuzeitlichen, keineswegs nur islamischen Terrorismus zu beobachten ist. Diskutiert wurde auch die Reaktivierung religiöser Motive in neuzeitlichen Opferdiskursen, so etwa im Kontext der indischen Hungerkrieße, welche auf tradierte Darstellungsformen des Opfers in der europäischen Geschichte und damit auf transepochnale Dimensionen dieses Phänomens verweist. Diese wurden in der Ausein-

andersetzung mit außereuropäischen, nichtchristlichen Kulturen aber teilweise semantisch umgedeutet. Eine wichtige Rolle spielt auch der Voyeurismus von Rezipientengruppen, der durch die formale Ästhetisierung von Opferbildern bedient wird, welche einerseits deren emotive Kraft verstärken soll, andererseits aber die Distanz zwischen Opfer und Betrachter/in erhöhen kann. Dieser Sachverhalt verweist auf die Ambivalenz von Opferbildern, die vielfältige Interpretationen und politische Instrumentalisierungen ermöglichen. Dabei gilt es auch, die medialen Aufmerksamkeitswellen von bzw. Aufmerksamkeitsschwellen für Opferbilder(n) samt ihrer jeweiligen Bedingungsfaktoren zu untersuchen, welche Aufschluss über den gesellschaftlichen Umgang mit Opfergruppen geben.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Harriet Rudolph (Regensburg)

Harriet Rudolph (Regensburg): Viktimisierung als interdisziplinäres Forschungskonzept

Norman Housley (Leicester): Opfer der Gewalt als politisches Argument im spätmittelalterlichen Kreuzzugsdiskurs

Margit Kern (Hamburg): Entangled Histories. Transkulturelle Imaginationen des Opfers in der Antikenrezeption der Frühen Neuzeit

Joanna Simonow (Zürich): Die mediale Inszenierung indischer Hungersnotleidender in politischen und humanitären Diskursen der 1940er Jahre

Ger Duijzings (Regensburg): Viktimisierung im Kontext der militärischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien im 20. Jahrhundert

Tagungsbericht HT 2016: *Opferbilder. Viktimisierung im transepochalen und interkulturellen Vergleich (1400–2000)*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 03.12.2016.

HT 2016: Jenseits der Erzählung. Über die Erkenntnispotentiale der Form

Bericht von: Laura Busse, Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

„Konzise Darstellung. Noch zu literarisch.“ Diese fünf Worte der Bewertung, so erinnerte sich der Historiker und Journalist GUSTAV SEIBT (München), Teilnehmer des Panels „Jenseits der Erzählung“, fanden sich unter einer seiner Seminararbeiten zu Studienzeiten. Die Tinte ist längst getrocknet, doch sind die Fragen, die sich mit diesen fünf Worten seines Professors stellen, hoch aktuell. „Zu literarisch“? – Eine Bewertung mit nicht zu unterschätzender Durchschlagskraft. Denn die Aussage impliziert das grundsätzliche Verständnis einer Separation zweier Disziplinen, die – rein intuitiv – eigentlich einen symbiotischen Charakter haben. Denn: „Geschichte ist doch Text“, so konstatierte es auch DIRK VAN LAAK (Gießen) in seinem einführenden Vortrag des Panels. Doch offensichtlich besteht das Bedürfnis der (gegenseitigen) Abgrenzung von Geschichtswissenschaft und Erzählung. Liegt nicht schon im Wort-sinn (Wissenschaft versus Erzählung) eine implizierte Wertung? Hier stellt sich sogleich die Frage, wie möglich oder gar sinnvoll eine trennscharfe Abgrenzung der Geschichtswissenschaft aus ihrer literarischen Umgebung und akademischen Nachbarschaft überhaupt ist. In welcher Beziehung stehen Form und Erkenntnis? Wie kann Evidenz sprachlich hergestellt werden? Welche rhetorischen Spielräume hat überdies die Geschichtswissenschaft? Und welchen Stellenwert kann und darf dabei Ästhetik im wissenschaftlichen Schreiben einnehmen? Gibt es eine, und wenn ja, wo ist die Grenze zur Prosa? So skizzierte van Laak in seinem Impulsvortrag die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Geschichte und Literatur, die vor allem eine Frage eines Spannungs- und Wechselverhältnis der beiden Disziplinen sei. Ein kurzer Exkurs in die antike Geschichtsschreibung sollte dabei als historischer Kontext genügen, denn Ziel des Nachmittagspanels sei es nicht, wie van Laak betonte, 2.000 Jahre Rivalität von Geschichtswissenschaft und Literatur auszu-breiten, sondern die Aktualität des Themas zu eruieren, Horizonte zu

skizzieren und möglicherweise neue Perspektiven – auch für Studium und Lehre – zu eröffnen.

In der ersten Hälfte des Panels erlaubten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion einen Blick in ihre Schreibwerkstatt und ihren – wie es MICHAEL WILDT (Berlin) umschrieb – literarischen Werkzeugkasten. Die Runde eröffnete SILVIA SERENA TSCHOPP (Augsburg), die sich als Professorin für Europäische Kulturgeschichte dafür aussprach, vermehrt rhetorische Stilmittel und literarische Kunstfiguren für eine Literarisierung des wissenschaftlichen Schreibens wirksam zu machen, um so in einem amalgamierenden Prozess eine „wissenschaftliche Prosa“ auszubilden. Auch GUSTAV SEIBT schloss mit seinem Beitrag thematisch an mögliche Darstellungsmodi an. Wenn er schreibe, so berichtete Seibt, versuche er, sich der Erkenntnis aus vielen verschiedenen Perspektiven über historische Details zu nähern. Eine solch prismatische Annäherung an einen Forschungsgegenstand sei stilistisch elegant und gleichzeitig wissenschaftlich wertvoll, da diese Details kontingent seien. Dadurch werde der Erzählprozess gestreckt und die Erzählzeit quasi künstlich verlangsamt. Diese „Mosaiktechnik“ ermögliche es so, eine maximale literarische Detailtreue auszuleuchten. HAZEL ROSENSTRAUCH (Berlin) hob in ihrem Beitrag hervor, wie wichtig die Entwicklung einer eigenen Sprache sei, die ohne „Fertigteile“ auskomme. Dies mache Texte glaubwürdig. Rosenstrauch, die sich mit dem Stellenwert historischer Quellen als literarisches Material auseinandersetzte, unterstrich, man müsse sich die Quelle, mit der man arbeitet, restlos aneignen. Das Material müsse dabei „verwandelt werden“, bis man eine geeignete Sprache für die daraus generierte Erkenntnis finde. Dabei sei vor allem wertvoll, den Prozess der Erkenntnisfindung offenzulegen. Auch PER LEO (Berlin) sprach sich dafür aus, den reflexiven Diskurs zum Bestandteil der Arbeit zu machen. Um die Sprache zum zentralen Konvergenzpunkt von Inhalt und Ästhetik zu machen, sei kein „Exzess des Stils“ nötig. In diesem Punkt stimmten Per Leo und Dirk van Laak in ihrer Argumentation überein. Der/die Historiker/in sei, so führte Leo weiter aus, qua Amt in einem bestimmten literarischen Rahmen konstituiert, innerhalb dessen sich ein breites Feld der Möglichkeiten biete.

Nach der ersten Hälfte des Panels zog Dirk van Laak das Resümee,

dass die Bemühung um die Lesbarkeit des Textes wieder stärker in den Fokus genommen werden sollte. Wie auch Rosenstrauch ausführte, tendieren wissenschaftliche Texte hin und wieder dazu, in Sphären der Verklausulierung abzudriften respektive sperrig formuliert zu sein, was oft dem Glauben geschuldet sei, durch den Einsatz von Fachtermini einen wissenschaftlichen Text aufzuwerten. Doch wie – so stellte Rosenstrauch die Frage in die Runde – kann ein Stoff vermittelt werden, ohne dass einerseits die Komplexität verloren geht, andererseits der Inhalt völlig abstrakt wird? Michael Wildt schlug in diesem Kontext vor, eine Art Collage-Technik, angelehnt an die Arbeiten der Künstlerin Hannah Höch für das wissenschaftliche Schreiben im übertragenden Sinne fruchtbar zu machen. Die Dada-Künstlerin nutze die komplexe Struktur der mehrdimensionalen Klebetechnik dazu, ein Gefüge von unter und über verlaufenden Motiven zu konstruieren, das von einer fundamentalen Konstruktion gestützt wird. Ähnlich könnte man die Technik auf das wissenschaftliche Schreiben anwenden. Mehrdimensionalität bezüglich der Genre, oder wie Per Leo formulierte, eine „pendelnde Bewegung“ erlaubten es, zwischen den Ebenen zu changieren und so zur Konstruktion eines gelungenen wissenschaftlichen Textes beizutragen. Denn nicht jeder Text lasse sich auf nur eine Gattung reduzieren, zumal die Quelle selbst die Form mitschreibe. Je ungezwungener sich daher eine Schreibtechnik in ihrer Disziplin bewegt, um so günstiger sei dies für das Gesamtwerk. Die wissenschaftliche Textproduktion könnte als eine Art synthetische Technik begriffen werden, die erst in ihrer Montage zur Königsdisziplin avanciert.

Der zweite Teil des Panels öffnete die Diskussion ins Plenum, wobei die Vielzahl der Wortbeiträge das eminente Interesse am Thema widerspiegeln. Allerdings kam das Ungleichgewicht zwischen den Lehrangeboten für klassische historische Hilfswissenschaften und der Einbindung wissenschaftlicher Schreibpraxis ins Grundstudium an den geschichtswissenschaftlichen Instituten in der Diskussion kaum noch zur Sprache. Vielmehr konzentrierte sich die Debatte auf Fragen nach dem Erkenntnisgewinn oder -verlust durch die „Form“. Kritik wurde vor allem daran geübt, dass vielfach über ein so genanntes „schönes Schreiben“ gesprochen werde, wobei „schön“ mit dem Hinzufügen rhetorischer Stilmittel gleichgesetzt werde. Letztlich waren sich Podi-

umsteilnehmer/innen und Plenum doch einig, dass „schön“ nicht auf eine reine Wahrnehmungsästhetik durch Stilmittel und Kunstfiguren zu reduzieren sei, sondern ein erkenntnistheoretischer Gewinn vielmehr auf eine symbolische Ordnung zurückzuführen ist, die durch literarische (Stil-)Mittel und sprachliche Verdichtungen herbeigeführt werden kann. Ebenfalls fanden Partizipant/innen und Plenum einen Konsens darin, dass es keiner Opposition zwischen wissenschaftlichem und literarischem Schreiben bedarf. Vor allem da – dies pointierte Michael Wildt – der Geschichtswissenschaft per se der Umstand zu Grunde liegt, sich aus oszillierenden Diskontinuitäten und Gleichzeitigkeiten zu begründen und sie so als „Genre“ nur schwerlich trennscharf von seiner Nachbarschaft abgegrenzt werden kann. Vielleicht müsse man bei dem Versuch einer Definition noch einen Schritt zurückgehen und vor dem Versuch zu Ab- und Begrenzungen zunächst definieren, wie sich Geschichtswissenschaft überhaupt konstituiert und wo identifizierbar fachspezifische Grenzen existieren. Für manche Themen ist bis heute kaum eine adäquate Form gefunden. Hinzu kommt, dass jeder (wissenschaftliche) Text über seinen Inhalt hinaus einen historischen Wert hat. Wie ein Wortbeitrag im Plenum völlig überzeugend dargelegt, ändern sich sowohl die Lesegewohnheiten der Rezipient/innen wie auch der Duktus der Autor/innen mit ihrer Zeit. Zum Schluss kann zusammengefasst werden, dass es kein allgemein gültiges „Rezept“ zum geschichtswissenschaftlichen Schreiben gibt. Jedoch: Jeder gute Text verlangt ein Zusammenspiel von Form und Inhalt. So könnte zum Beispiel eine Art Montage-Technik dienlich sein, wobei vielfältige Stil- und Methodenfragmente, manchmal mit fließenden Übergängen, manchmal mit akzentuiert hart gesetzten Schnittkanten einem Text Struktur und Signum verliehen. Anregungen bot das Panel allemal; nun liegt es bei den Autor/innen, mehr Mut zum stilistischen Experiment auch bzw. gerade bei geschichtswissenschaftlichen Texten zu entwickeln.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Dirk van Laak (Gießen) / Michael Wildt (Berlin) / Per Leo (Berlin)

Michael Wildt (Berlin)

Dirk van Laak (Gießen)

Per Leo (Berlin)

Hazel Rosenstrauch (Berlin)

Gustav Seibt (München)

Silvia Serena Tschopp (Augsburg)

Tagungsbericht HT 2016: *Jenseits der Erzählung. Über die Erkenntnispotentiale der Form*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 25.02.2017.

HT 2016: Die Shoah im schulischen Alltag – Zur Pragmatik und Empirie des Einsatzes von videografierten Zeitzeugeninterviews im Geschichtsunterricht

Bericht von: Michele Barricelli, Ludwig-Maximilians-Universität München

Der Unterricht über Nationalsozialismus und Holocaust bedarf heute, um bei jungen Lernenden ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit und Wirksamkeit zu erreichen, immer weiterer Innovation. Dies liegt sowohl am mittlerweile annähernd vollzogenen Übergang der Thematik vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis (was keinesfalls bedeutet, dass nicht noch viele Zehntausende Überlebende jener Genozide unter uns lebten, sondern meint, dass deren Erzählfähigkeit quasi erschöpft ist) wie am Wandel der Schülerschaft: Bei nunmehr, je nach Zählung, bis zu 50 Prozent Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Deutschland kann der nationalsozialistische Völkermord im Geschichtsunterricht wenigstens zunächst nur ein Lerngegenstand unter vielen kulturell anderen sein, und die ewige Frage nach dem „Was hat das alles überhaupt mit mir zu tun?“ wird immer schwieriger zu beantworten.

Beiden Herausforderungen – der inhaltlich-strukturellen und der zielgruppenorientierten – stellte sich die Sektion „Die Shoah im schulischen Alltag – Zur Pragmatik und Empirie des Einsatzes von videografierten Zeitzeugeninterviews im Geschichtsunterricht“ unter der Leitung von MARTIN LÜCKE (Freie Universität Berlin), und zwar indem sie narrative Ansätze, entdeckendes und selbstorganisiertes Lernen mit neueren Entwicklungen im Bereich digitaler Bildungsmedien zusammenbrachte. Im Wesentlichen handelte es sich bei der Veranstaltung um den Bericht sowie die Kontextualisierung einer Pilotuntersuchung des „Sisat“ abgekürzten empirischen Projekts (Laufzeit bis Ende 2015), einer trinationalen Zusammenarbeit der Universität Innsbruck, der PH Luzern und der Freien Universität Berlin (ein größerer Förderantrag ist in Vorbereitung). Den facettenreichen Beiträgen beizuwohnen, die ästhetische und weltbildträchtige Aspekte ebenso in den Blick nahmen wie die normativen Bestandteile des erinnerungspädagogischen Programms „Shoah“, war ein Gewinn – und zwar weil ganz ausdrücklich neue Gewissheiten verbreitet und zugleich unerhörte Fragen aufgeworfen wurden, so dass sich die Geschichtsdidaktik wieder als eingreifende Wissenschaft im Sinne Bourdieus empfahl.

In seinem Eingangsreferat skizzierte MARTIN LÜCKE knapp den Forschungsstand zum Komplex der Shoah als Inhalt von Bildungsmedien, wobei er auf die wichtige, kürzlich vorgestellte Meta-Studie der International Conference on Education about the Holocaust (IHRA) verweisen konnte, wo man durch die Analyse von bald 400 Einzelstudien der letzten 15 Jahre zum Spannungsfeld von Nationalsozialismus und historisch-politischem Lernen zu dem sagenhaften Schluss gekommen ist: Eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der am meisten versprechenden Didaktik oder Methodik eines Lernens über und aus dem Holocaust gibt es nicht; kognitive Ansätze haben genauso ihre Vorzüge und Berechtigung wie emotionale; und jedenfalls, dies nun der Ausgangspunkt von „Sisat“, existiert bisher zum Einsatz von Videointerviews so gut wie keine Forschung.¹ „Verlässliches Wissen“ über deren

¹Freilich hat Martin Lücke selbst in verschiedenen Verbänden schon zur Thematik geforscht, vgl. z.B. Alina Bothe/Martin Lücke, Im Dialog mit den Opfern. Shoah und historisches Lernen mit virtuellen Zeugnissen, in: Peter Gautschi/Meik Zülsdorf-Kersting/Béatrice Ziegler (Hrsg.), Shoah und Schule. Lehren und Lernen im 21. Jahrhun-

Potenzial für institutionelles historisches Lernen zu erhalten, gab Lücke als Erkenntnisziel der Sektion aus. Und er wählte ein tiefgründiges Bild zur Beschreibung der Lernsituation, das eher nicht metaphorisch gemeint und so auch in die interne Projektterminologie eingegangen ist: wie nämlich junge Menschen von heute – die, um sich in ihrer Lebenswelt zurechtzufinden, überhaupt wohl erst ganz am Ende die Vergangenheit in Betracht ziehen – Zeitzeuginnen und Zeitzeugen trotzdem als Sinnspendern „begegnen“ können (was er anderenorts bereits den „sekundären Dialog im virtuellen Zwischenraum“ genannt hat²).

BERND KÖRTE-BRAUN (Berlin, freiberuflicher Historiker und bereits mehrfach mit der multimedialen Aufbereitung von ZeitzeugInnen-Interviews für die schulische Nutzung befasst) übernahm jene die anwesenden Experten herausfordernde Aufgabe, sie mit den technologischen Voraussetzungen der eigens für das Projekt entwickelten Offline-Applikation vertraut zu machen. Diese besteht im Kern aus drei präparierten Videointerviews – mit typologisch unterschiedlichen Geschichten zu „Überleben“, „Fliehen“ und „Widerstehen“ – sowie einer angeschlossenen Lernplattform. Körte-Braun erläuterte die Rahmenbedingungen der „face-to-interface“-Umsetzung und wusste besonders dann zu interessieren, wenn er betonte, dass jede Entscheidung für das eine oder andere „Arbeitsinstrument“ nebst Betriebssystem, für diese oder jene graphische Darstellung oder sogar Bildschirmgrößen, viel oder wenig Möglichkeiten zur Interaktion oder Administration sehr wohl das Verständnis der fachlichen Inhalte beeinflusst. Es ist genau dies, was eine Geschichtsdidaktik 2.0 (oder höher) zurzeit noch benötigt: die Reflexion der technischen Gegebenheiten auf die Modi des Erkennens, Meinens und Urteilens. Schon die Berliner Schule der Didaktik um Paul Heimann (gestorben 1967) wusste ja um das Interdependenzverhältnis von Inhalten, Medien, Methoden und Zielen. Völlig verfehlt wäre daher der Glaube, man könne alte Bildungsziele nun einfach mit neuen digitalen Mitteln (besser?) erreichen – vielmehr verändern sich

dert, Zürich 2013, S. 55-74; Michele Barricelli/Martin Lücke, Für eine Weile noch. Videozeugnisse zur NS-Vergangenheit aus geschichtsdidaktischer Sicht, in: Nicolas Apostolopoulos/Cord Pagenstecher (Hrsg.), Erinnern an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt, Berlin 2013, S. 49-58.

²Vgl. Bothe/Lücke, Im Dialog.

Themen, Wahrnehmung, Urteil, Bewusstsein *in und mit* der Digitalisierung. Die Sektion bewies das in jeder Hinsicht.

An der andersartigen digitalen Lesbarkeit von Welt schloss IRMGARD BIBERMANN (Universität Innsbruck) an, indem sie während der Erhebung (d.h. 90-minütigen Unterrichtseinheiten in einer Klassenraumsituation) entstandenes Datenmaterial von sechs österreichischen Schülerinnen und Schülern diskutierte. Hierbei erlaubte zunächst die von der App unterstützte Tracking Software, das Navigieren der Schülerinnen und Schüler auf den bereitgestellten Tablets (Vor- und Zurückspringen, Pausen, Stillstand, Abbruch, Wiederaufnahme) zu verfolgen und im besten Fall sogar, durch Verknüpfung mit anderen Datenquellen, daraus Nutzer- oder gar Lernertypen zu bilden. Das scheint reizvoll, aber für den Geschichtsdidaktiker einschlägiger sind doch die im Laufe der Beschäftigung mit den angebotenen Interviews gemäß bestimmten Arbeitsanleitungen produzierten Texte bzw. Notate (Erschließungen, Fragehaltungen, Evaluationen u.a.), da sie als Erzählungen im weitesten Sinn hermeneutischen Interpretationsverfahren zugänglich sind. Die zitierten Beispiele enthüllten einiges vom Aufforderungscharakter und Empörungspotenzial der Erinnerungsberichte; die Lernenden sprachen daneben von Faszination und Engagement, Unglauben und Berührung, wie sie überhaupt Einblick in die Herstellung von historischem Sinn *in statu nascendi* gewährten. Doch trotz aller Bedeutung des Gegenwartsvergleichs, von Lebensweltbezug und Identitätsbildung trat auch hervor, so Bibermann, dass eine Voraussetzung für die gehaltvolle und kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit dem Material, sprich gelingende Lernprozesse, so altmodische Tugenden wie „aufmerksames Lesen, achtsames Sehen und Zuhören“ sind. Eine Beruhigung für jene, die im Zuge der Computerisierung bewährte Bildungsideale sich auflösen sehen.

Die Notwendigkeit der Neufassung historischen Wissens im Umgang mit digitalen Endgeräten schlug ebenfalls im Vortrag von PETER GAUTSCHI (PH Luzern) durch. Ausgehend von seinem breit rezipierten Modell eines Guten Geschichtsunterrichts, das es ihm zunächst erlaubte, die abgefragten Beurteilungen der Lektion durch die Schülerinnen und Schüler theoretisch einzuordnen, stellte er knapp und konzise die wesentlichen Ergebnisse der empirischen Untersuchung

vor. In Ergänzung zu Bibermann bezog er sich auf das Pre-Post-Design der Studie (Einstellungen, Erwartungen, Kenntnisse der Probanden wurden 14 Tage vor dem Unterricht, unmittelbar danach und 14 Tage später erhoben) und konnte so gewisse Rückschlüsse auf Qualität und Folgen der Lernhandlungen evidenzbasiert fundieren. Hier allerdings zeigte er sich erstaunt über den Befund, dass weder Kenntnisse noch Einstellungen zur Sache der Shoah über den Untersuchungszeitraum hinweg durch die Intervention messbar beeinflusst wurden – obgleich doch die wichtigen, von Lücke eingangs erwähnten Forschungen genau diese *fuzzy relationship* zwischen Unterricht und Lernzuwachs längst festgestellt haben.³ Auch das Ergebnis, dass Jungen nach eigener Aussage lieber und vor allem überzeugter (nicht automatisch besser) mit dem Tablet arbeiten als Mädchen, klang nicht überraschend. Vielleicht etwas aus Verlegenheit strich Gautschi daher heraus, dass jeder Unterricht, unabhängig von seiner Beurteilung durch Beteiligte oder Außenstehende und ohne Validierung durch ein sofort überprüfbares Resultat, einen „Eigenwert“ aufweise und zugleich durch das Projekt ein Gegenbeweis zur bekannten Meta-Studie von John Hattie⁴ geliefert wurde, in der es heißt, dass grundsätzlich die Lehrperson den größten Einfluss auf den Lernerfolg besitzt.

SEBASTIAN TELSCHOW (Berlin) vertrat die abwesende ANNE SCHILLING (Luzern). Mit den Mitteln der qualitativen Inhaltsanalyse ging er vertiefter, als dies in den Beiträgen zuvor geschah, an die aufgezeichneten Schüleräußerungen heran und deutete diese als Ko-Konstruktion zum Konstrukt der Zeitzeugeninterviews. Das heißt, sein Interesse lag auf der Untersuchung narrativer Sinnbildung bis hinunter zur Ebene von Worten und Wendungen, wobei er, um das genuin Geschichtsdidaktische der Annäherung zu garantieren, Jörn Rüsens Dreischritt von Erfahrung, Deutung und Orientierung nutzte. Telschows diesbezügliche Analyse, die in der Aussage gipfelte, dass Verfolgungsge-

³Vgl. z.B. Wolfgang Meseth/Matthias Proske/Frank-Olaf Radtke (Hrsg.), Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, München 2004; Meik Zülsdorf-Kersting, Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation, Münster 2007.

⁴John Hattie, Lernen sichtbar machen für Lehrpersonen. Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von „Visible Learning for Teachers“ besorgt von Wolfgang Beywl und Klaus Zierer, Hohengehren 2014.

schichten eher zu einem Alterität verarbeitenden Rezeptionsverhalten, Erzählungen vom Widerstand zur Identifizierung verleiten, ist gewiss unmittelbar plausibel. Gewagter war schon die Überlegung, dass Schülerinnen und Schüler, indem sie im Unterricht über den Holocaust zwangsläufig und zwangsweise zur unheilvollen Suche nach dem Sinn im Sinnlosen angehalten werden, emotionsgeprägte Zugänge wenn nicht bevorzugen, so doch als gleichwertige Alternative in Anschlag bringen. Die Schwelle zum Mit-Leiden wird in der Auseinandersetzung mit videografierten Zeitzeugen also nicht selten überschritten.

Sehr mutig hatten sich die Ausrichter der Sektion Kommentatorinnen eingeladen, die tatsächlich die bis hierher erwähnten Hypothesen, Gewissheiten und Berechnungen gegen den Strich zu lesen sich nicht scheuten. Aus Perspektive der Bildungsmedienforschung behandelte FELICITAS MACGILCHRIST (Georg-Eckert-Institut und Universität Braunschweig) im Ton freundlich, aber im Urteil bestimmt die Art des vorgestellten Produkts: Weniger als digitale Geschichtsmedien üblicherweise reflektiere dieses nämlich die Konstruiertheit der dort präsentierten Narrationen – deren Aneignung womöglich gar nicht so „eigen-sinnig“ möglich oder gar gewünscht sei, wie es von Lücke anfänglich bekräftigt wurde. Insofern weise die Applikation größere Ähnlichkeit mit einem klassischen Schulbuch auf als vermutlich intendiert – was allerdings auch als tröstliche Botschaft für Grundskeptiker verstanden werden könnte. JULIANE BRAUER (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin) zog die geschichtsdidaktische Schlinge sogar noch fester zu: Sie legte ihren Finger in die ungeklärte Wunde des Quellencharakters der Zeitzeugnisse, die aufgrund der enthaltenen „virtuellen Authentizitätsfiktionen“ eher schwieriger kritisch traktiert (im unschönen fachdidaktischen Jargon heute „dekonstruiert“) werden können als andere textliche Überlieferungen. In Anlehnung an die These, dass digitale Anwendungen die Aneignung von Geschichte mehr über das Performative als das Substantielle veränderten, fragte sie, gar nicht nur rhetorisch, nach dem eigentlichen Lernzuwachs in den videogestützten Unterrichtseinheiten und stellte die horrible Opposition auf: Geschichtsstunde oder Morallektion?

Ja, sicher war nicht alles Gold, was in der Sektion glänzte. Das beginnt schon mit dem etwas unglücklich gezwirbelten Obertitel des

Projekts, den man bei böswilliger Lesart ja auch so auslegen könnte, als würde sich der tägliche Massenmord direkt im Klassenzimmer ereignen (gemeint ist selbstverständlich die Shoah *als Thema* – freilich findet sich diese Art sprachlicher Lässigkeit, rein um den packenden Zugriff anzuzeigen, in so manchen belangvollen Publikationen zu „Shoah und Schule“ oder „Jugendliche und Holocaust“ – recht bedacht, ist diese didaktisch formelhafte Beiordnung dennoch obszön). Die schmale empirische Basis der Pilotstudie, aus der trotzdem weitreichende Befunde abgeleitet wurden, mag in der avisierten Hauptuntersuchung bis zur Sättigung verbreitert werden. Und womöglich kommt man dann auch über den empirischen Kurzschluss hinweg, eine Forschung, die (aus guten Gründen) die Rolle der Lehrkraft weitgehend ausklammert, um sich ganz auf das Material zu konzentrieren, könne zur Bedeutung der Instruktion etwas aussagen. Wenn jedoch der aus dem Publikum geäußerte höchste Ausdruck des Zweifels in dem wegwerfend gemeinten Ausruf „Medium schlägt Inhalt“ bestand, muss doch auf die Größe des Problems, die Schwere der Aufgabe und die Tücken der Evidenz hingewiesen werden. Die Redenden verfolgten jedenfalls, wiewohl in je unterschiedlichen diskursiven Funktionen, ein gemeinsames Anliegen – ohne eine geschlossene Theorie, in der Geschichtsdidaktik also eine Art von Erinnerung gegenüber anderen zu privilegieren. Selbst das penible Zeitmanagement verhinderte – pädagogischen Debatten oder großen Fachkongressen nicht völlig fremd – intellektuellen Leerlauf oder ausschweifende Träumerei. Und für die ästhetische Aneignung einer – überaus harten – historischen Referenz durch alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts sprach, dass einmal sogar von der „Musik“ die Rede war, die in den Daten enthalten sei. Wenn das kein zivilisatorisches Versprechen ist, das durch historisches Lernen eingelöst werden kann!

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Martin Lücke (Berlin)

Martin Lücke (Berlin): Einführung in die Sektion: Shoah und Geschichtsunterricht – Bisherige empirische Befunde.

Bernd Körte-Braun (Berlin): Konzept und Setting digitaler Lernumge-

bungen am Beispiel einer tablet-basierten Anwendung.

Irmgard Bibermann (Innsbruck): Historisches Lernen mit tablet-basierten Videointerviews – Beschreibung und Analyse von Geschichtsunterricht

Peter Gautschi (Luzern): Guter Geschichtsunterricht?

Sebastian Telschow (Berlin) (für Anne Schilling, Luzern): „Weil ich mich frage wieso“ – Alteritätserfahrung und historische Sinnbildung

Felicitas Macgilchrist (Braunschweig): Kommentar: Perspektiven für die Bildungsmedienforschung

Juliane Brauer (Berlin): Kommentar: Perspektiven für die geschichtsdidaktische Forschung

Tagungsbericht HT 2016: *Die Shoah im schulischen Alltag – Zur Pragmatik und Empirie des Einsatzes von videografierten Zeitzeugeninterviews im Geschichtsunterricht*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 21.10.2016.

HT 2016: Indien und wir

Bericht von: Tobias Christopher Goebel, Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bremen / Deutsches Schiffahrtsmuseum Bremerhaven, Leibniz-Institut für deutsche Schiffahrtsgeschichte

Bereits im Programm zum Historikertag 2016 hatten die Veranstalterinnen und Veranstalter mit Blick auf das Partnerland Indien zu transnationalen und globalgeschichtlichen Perspektiven eingeladen. Die unter dem Titel „Indien und wir“ abgehaltene Sektion vereinte drei Referent/innen, die diesem Aufruf mit ganz unterschiedlichen Vorträgen nachkamen. Die Sektion als Ganze verstand sich epochenübergreifend, inhaltlich bildeten Kontakt, Beziehungen und Verflechtungen zwischen Europa und dem südasiatischen Subkontinent den weiteren Analyse Rahmen. Je nach Vortrag standen Themen der Politik-, Wirtschafts-, Kultur-

und Religionsgeschichte auf dem Programm. Ein Ziel der Sektion war es auch, die zahlreichen Anknüpfungspunkte für die Lehre aufzuzeigen sowie für ein globaleres Geschichtsverständnis im Schulunterricht zu werben.

Den Auftakt machte WOLFGANG GEIGER (Frankfurt am Main) mit seinem Vortrag „Indien und Europa – eine interkulturelle Beziehung seit mehr als 2000 Jahren. Themen und curriculare Anknüpfungspunkte.“ Der Vortrag gab einen weitgefächerten Überblick über europäisch-indische Beziehungen aus vornehmlich europäischer Perspektive, untermauert durch zahlreiche Quellenbeispiele, von denen hier nur eine Auswahl in der präsentierten Reihenfolge diskutiert werden kann. So glaubte beispielsweise Hartmann Schedel in seiner Weltchronik von 1493 Indien durch den Apostel Thomas zum christlichen Glauben bekehrt. Die Ebstorfer Weltkarte von circa 1300 zeigte Indien am Fluss Ganges, der als einer von vier Strömen dem Paradies entspringen sollte, als einen mystischen Ort. Gleichsam ließen sich kulturelle Kontakte bereits in der Antike nachweisen: In Marcus Gavius Apicius Kochbuch „De Re Coquinaria“ aus der Zeit des Kaisers Tiberius fanden bereits Gewürze aus Indien Erwähnung, eine Tradition, die dann auch Kochbüchern des Mittelalters erhalten blieb. Der frühe Kulturkontakt trieb jedoch auch Mythenbildung voran. In Herodots „Historien“ würden etwa Goldameisen beschrieben. Diese Fabelwesen von enormer Größe sollten Tunnel graben und Gold fördern. Auf dieser Grundlage übernahm Plinius der Ältere die Goldameisen in seiner „historia naturalis“. Der Vortragende vermutete hier eine mögliche Fehlinterpretation von Kaurischnecken, die in Teilen Südasien als Währung dienten.

Gar aus eigenen Erfahrungen berichten konnte Megasthenes. Der griechische Diplomat gastierte als Gesandter am Hofe des Chandragupta Maurya, dem ersten Herrschers des Maurya-Reiches. Er schöpfte neben eigenen Beobachtungen von Informationen aus den vor Ort geführten Gesprächen und beschrieb diese in seiner „Indiká“. Des Weiteren wurden Handelsbeziehungen und Warenströme anhand von Quellen wie der „Periplus Maris Erythraei“ diskutiert, die von einem anonymen Autor – offenbar einem Handelsreisenden – im ersten Jahrhundert n. Chr. verfasst wurde und Einblicke in die maritimen Netzwerke zwischen Südasien bis zum Mittelmeer lieferte. Die Bewegung von Gütern

und Geld zwischen Europa und Indien, so der Referent, könne anhand von archäologischen Funden römischer Münzen auf dem südasiatischen Subkontinent gut belegt werden. Als wichtige Ausgrabungsstätte gelte Muziri im heutigen Pattanam in Kerala an der Malabarküste. Der Ort war nicht nur auf der „Tabula Peutingeriana“ verzeichnet, die im Original aus dem späten 12. Jahrhundert stammte und als Faksimile in den Besitz von Konrad Peutinger (1465–1547) gelangte, er fand auch in tamilischen Texten Erwähnung. In Muziri fand man einen Papyrus in griechischer Sprache, der als Handelskontrakt den Warentransport dokumentierte und eine wichtige Quelle des frühen Zahlungsverkehrs darstelle. Bis in das Mittelalter hatten sich vor dem Hintergrund des regen Handels Umschlagsplätze wie die Insel Kish im Persischen Golf etabliert, wovon Berichte des jüdischen Reisenden Benjamin von Tudela aus dem 12. Jahrhundert zeugten. Weitere Beispiele folgten unter anderem aus der „Tabula Rogeriana“, die der arabische Geograph Al-Idrisi 1154 am Hofe des Königs Roger II. von Sizilien mit zahlreichen Illustrationen und Bemerkungen versah, sowie aus dem „Katalanischen Weltatlas“ von 1375. Abraham und Jehuda Cresques produzierten den Atlas auf Mallorca und sammelten hierfür Informationen von Seefahrern. Vor Ort war der Dominikaner Jordanus Catalanus de Séverac (1280–ca. 1330), dessen Indienbeschreibung unter dem Titel „Mirabilia Descripta“ mehrfach publiziert wurde. Auch er bemerkte den regen Gewürzhandel im indischen Ozean.

Was Geigers Panoramablick auf die europäisch-indischen Beziehungen eindrucksvoll deutlich machte, war der Facettenreichtum kultureller Kontakte. Schon lange vor Vasco de Gama war der indische Subkontinent ein Teil europäischer Vorstellungswelten, materiell manifestiert in Kartenwerken, in Literatur und Kunst verschiedenster Epochen. Interkultureller Austausch wurde von Handel, aber auch von Mission getragen und hält sich bis heute. Exemplarisch stehen hierfür die Goethe-Institute Indiens, welche den Namen Max Mueller-Bhavan tragen, benannt nach jenem deutschen Indologen, dessen Ruf 1868 an die Universität Oxford als Professor für vergleichende Religionswissenschaft aufgrund seiner Indienaffinität zu ausgedehnten Debatten führte.

Die britische Kolonialherrschaft und die indische Unabhängigkeits-

bewegung in Südasien diskutierte GITA DHARAMPAL-FRICK (Heidelberg) mit besonderem Augenmerk auf das „Endspiel des British Raj“ in Indien. Der Unabhängigkeit Indiens am 15. August 1947 und der damit einhergehenden Gründung eines unabhängigen Pakistans folgte eine massive Migrationsbewegung, welche zu Recht bis heute zu den größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts zählt und im Kashmir-Konflikt ihren Nachhall findet. Die historische Aufarbeitung der Vorgänge hat zu heftigen Kontroversen unter Fachleuten gleichermaßen wie in der Öffentlichkeit geführt. Umso erfreulicher war es, dass die Vortragende die damit verbundenen umstrittenen Fragen an den Beginn ihrer Überlegungen stellte. So herrsche in der komplexen Gemengelage mitunter Uneinigkeit über die Rolle der britischen Administration auf der einen Seite, welche sich zeitgenössisch gerne als Richtungsweiser der nahenden Unabhängigkeit und dann der jungen Nation verstand und die Machtübergabe als Akt der eigenen Staatskunst inszenierte, und einer nicht homogenen indische Unabhängigkeitsbewegung auf der anderen Seite, die ihrerseits der britischen Herrschaft keine andere Wahl als den Abzug zu lassen glaubte.

Der Vortrag skizzierte die lange Prozesshaftigkeit der britischen Kolonialherrschaft in Indien, welche über Jahrhunderte hinweg Widerstand und Kollaboration gleichermaßen hervorbrachte. Während der Wandel von Handelskompanie mit vereinzelt Stützpunkten über schrittweisen Gebietsgewinn bis hin zum Government of India Act (1858) und dem Beginn des British Raj in den Nachwehen des Aufstandes von 1857 die Grundlage der fast vollständigen Durchdringung des Subkontinentes lieferten, sei es seit dem späten 19. Jahrhundert zur zunehmenden politischen Willensbildung unter der westlich ausgebildeten Elite in den Hauptstädten der britisch-indischen Präsidentschaften gekommen. Der 1885 gegründete *Indian National Congress* war zunächst eine Interessenvertretung vor der Kolonialmacht. Allerdings kam es nach der Teilung Bengalens 1905 zu weitreichenden Protesten, zu Radikalisierungen und zu terroristischen Aktionen. Fast gleichzeitig wurde mit britischem Wohlwollen die *All India Muslim League* (1906) gegründet, ab 1909 wurden separate Wahlkreise für Muslime und Hindus eingeführt. Der Vortrag zeigte, dass sich die britische Herrschaft bis zur Unabhängigkeit immer wieder darauf verstand, die in-

dischen Interessengruppen zum eigenen Vorteil geschickt gegeneinander auszuspielen. Unumstritten war die britische Herrschaft allerdings keineswegs. In Gandhis Kampagnen des zivilen Ungehorsams und der Nichtzusammenarbeit zeigten sich die Massentauglichkeit indischer Selbstbestimmungsbestrebungen und fanden ein mediales Echo über den Subkontinent hinaus. Aber auch die Entfremdung zwischen Muslim-Liga und Nationalkongress kennzeichnete die Lage vor dem Zweiten Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund müsse das „Endspiel“ der britischen Kolonialherrschaft verstanden werden, dessen strategischer Wert für Großbritannien nunmehr größer denn je war. Dass der britische Vizekönig den Kriegseintritt Indiens auf britischer Seite in den Zweiten Weltkrieg ohne die Zustimmung indischer Politiker proklamierte, führte aufgrund unzureichender Zugeständnisse zum Rückzug der Mitglieder der Kongresspartei aus ihren Ämtern. Die Muslim-Liga hingegen nutzte die Situation zur Stärkung der eigenen Position und sprach ihre Unterstützung aus. Die Verweigerung von Regierungsbeteiligung führte schließlich mit Gandhis Quit-India-Bewegung von 1942 zur Forderung des vollständigen Abzugs der britischen Kolonialherrschaft. Massenhafte Verhaftungen insbesondere von Kongressmitgliedern sowie zahlreiche Todesopfer unter den Aufständischen waren die Folge.

Mit dem Sieg der Labour Party unter Clement Attlee hatten sich kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges die politischen Verhältnisse in England und damit die Position zur Indienfrage geändert. Gleichzeitig kulminierten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. War Attlees *Cabinet Mission* zur Ausarbeitung einer Verfassung für ein unabhängiges Indien zugunsten eines starken Commonwealth noch im Vorjahr gescheitert – und selbst diese Idee erschien unter Churchill noch völlig unmöglich – verkündete Attlee am 20. Februar 1947 öffentlich die geplante Machtübertragung für den 30. Juni 1948.

So zeichnete Gita Dharampal-Frick ein ausdifferenziertes Bild der Unabhängigkeit. Die Zweistaatenlösung, welche die Muslim-Liga unter Muhammad Ali Jinnah bereits in der Lahore-Resolution von 1940 in Grundzügen forderte, wurde mit dem so genannten Mountbattenplan Wirklichkeit. Dass die Grenzverläufe de facto erst zur Unabhängigkeit

bekanntgegeben wurden, mag ebenso wie der drastisch vorgezogene Termin auf den 15. August 1947 den Ausschlag für die massiven Migrations- und Fluchtbewegungen in den Tagen nach der Teilung gegeben haben. Umjubelte Unabhängigkeit und Katastrophe gingen Hand in Hand und beeinflussen Gesellschaftsstrukturen bis heute.

Globalgeschichte und Religion in Bezug auf deutsch-indische Verflechtung machte RAFAEL KLÖBER (Heidelberg) zum Thema seines abschließenden Vortrags der Sektion. Ausgehend von postkolonialen Theorien und Konzepten der Verflechtungsgeschichte untersuchte der Referent beispielhaft das Leben und Wirken von Akteuren zwischen Indien und Deutschland unter besonderer Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Einflussnahme. Das erste Fallbeispiel widmete sich dem Religions- und Sozialreformer Swami Vivekananda (1863-1902) aus Kalkutta. Vivekananda erlangte durch seine vielzitierte Rede über Toleranz und Akzeptanz aller Glaubensrichtungen auf dem Weltparlament der Religionen von 1893 in Chicago internationale Berühmtheit und zeichnete sich Verantwortlich für die Gründung der ersten Hindu-Organisation außerhalb von Indien. Er war der erste Hindu, der vor dem Weltparlament der Religionen sprach. Seine Hinduismus-Konzeption berief sich auf den Advaita Vedanta des Shankara aus dem 8. Jahrhundert. In seiner Lehre verstand er diesen allerdings als universelle Religion, welche den asketischen Erlösungsweg der Brahmanen der Allgemeinheit öffnete.

Der Referent stellte die Beziehung zwischen Vivekananda und dem deutschen Philosophen und Indologen Paul Deussen (1845-1919) heraus. Deussen, ein persönlicher Freund von Friedrich Nietzsche, beschäftigte sich mit der Advaita Vedanta und vertrat die Auffassung, dass es sich um die vorherrschende Form des Hinduismus in Südasien handeln würde. In den Jahren 1892 und 1893 reiste er selbst nach Indien und hielt dort Vorträge in Bombay. Hier trafen sich beide Akteure, deren Arbeit von gegenseitiger Rezeption geprägt war. Deussen sah im Advaita Vedanta das Ideal eines platonischen Monismus verwirklicht. Es werde deutlich, wie stark die westliche Vorstellung von Indien durch Vivekanandas Interpretation des Hinduismus geprägt wurde. Auf der anderen Seite zeige sich, dass diese ihrerseits nicht ohne westliche Einflüsse denkbar sei. Als Befund äußere sich hier exemplarisch die Multidirektionalität in der Entstehung von religiöser Lehre, die nicht Ausgangspunkt,

sondern das Resultat einer zunehmend globalisierten und verflochtenen Welt sei.

Der tamilische Jurist und Religionsreformer J.M. Nallaswami Pillai (1864-1920) und der lutherische Missionar Hilko Wiardo Schomerus (1879-1945) bildeten das zweite Fallbeispiel. Pillai war Vertreter des Shaiva Siddhanta, einer vor allem in Tamil Nadu und Sri Lanka weit verbreiteten Tradition des Hinduismus. Für Pillai war der Shaiva Siddhanta eine überlegende Universalreligion, wofür er sich als Gründer von Zeitschriften und Organisationen öffentlich aussprach. Auch Schomerus, der selbst von Paul Deussen gefördert wurde, interessierte sich für den Shaiva Siddhanta. Zwischen 1902 und 1912 war er für die Leipziger Mission in Südindien tätig, bevor er Indologie und Religionswissenschaften studierte und schließlich Professor für Missionswissenschaften und Religionsgeschichte an der Universität zu Halle wurde. Sowohl Pillai als auch Schomerus nahmen an sivaitischen Konferenzen teil, wobei letzterer den Universalitätsanspruch des Shaiva Siddhanta zumindest als strittig ansah. Seiner Ansicht nach waren die Lehren des Advaita Vedanta nicht nur in Europa bekannter, sondern wurden auch von westlich gebildeten Indern und Inderinnen deutlich öfter kommentiert und beschrieben. Dennoch sei der Shaiva Siddhanta deshalb nicht als von geringerer Bedeutung anzusehen. Beide rezipierten einander und auch Schomerus' Ansichten wurden von indischen Zeitgenossen durchaus positiv zur Kenntnis genommen. Dass Schomerus' Werk „Der Čaiva-Siddhānta“ noch im Jahre 2000 in das Englische übersetzt wurde und bis heute in Tamil Nadu diskutiert werde, attestiere diesem Fallbeispiel einen globalen Charakter.

In der knappen verbliebenen Zeit folgte eine kurze, gleichwohl anregende Diskussionsrunde über das inhaltlich sehr breit angelegte Panel. Somit bot die Sektion „Indien und wir“ einen vielseitigen Einblick in europäisch-indische Verflechtungszusammenhänge anhand von konkreten Fallbeispielen, deren gemeinsamer Nenner ein starker Quellen- und Akteursbezug war.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Wolfgang Geiger (Frankfurt am Main)

Wolfgang Geiger (Frankfurt am Main): Indien und Europa – ein interkulturelle Beziehung seit mehr als 2000 Jahren. Themen und curriculare Anknüpfungspunkte

Gita Dharampal-Frick (Heidelberg): Der britische Kolonialismus in Indien und das >Endspiel< des British Raj

Rafael Klöber (Heidelberg): Hippies, Yoga, Terrorismus. Religion in Indien aus historischer und globaler Perspektive

Tagungsbericht *HT 2016: Indien und wir*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 03.12.2016.

HT 2016: Recherche und Weiterverarbeitung. Digitale Angebote der Archive für die historische Forschung im Netz

Bericht von: Gudrun Fiedler, Niedersächsisches Landesarchiv - Standort Stade

In seiner Einleitung erläuterte ROBERT KRETZSCHMAR (Stuttgart / Tübingen) das Ziel der außerordentlich gut besuchten Sektion, über die aktuellen Online-Angebote verschiedener Archive für die historische Forschung möglichst praxisnah zu informieren. Dabei ist der Austausch darüber wichtig, welche Anforderungen aus Sicht der Forschenden gestellt werden. Als Vertreter der historischen Forschung kommentierte Rüdiger Hohls die Sektion. Kretzschmar begrüßte die wachsende Aufmerksamkeit von Historikerinnen und Historikern für Netzangebote. Das zeigt sich auch an dem neuen aufkommenden Interesse an den Historischen Hilfswissenschaften und ihrer quellenkritischen Methodik, die angesichts der Datenmengen im Internet eine neue Relevanz für die Forschung besitzen. Kretzschmar stellte einen engen Zusammenhang mit der Sektion ‚Grundwissenschaften in der digitalen Welt‘ des Historikertages her und verwies auf eine von einer Arbeitsgruppe des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) kürzlich

veröffentlichte ‚Moderne Aktenkunde‘, mit der die Grundwissenschaft ‚Aktenkunde‘ bis ins digitale Zeitalter fortgeführt wird.¹ Der unmittelbare Anlass für die nun vorgestellte Sektion war die Freischaltung des Archivportals-D in der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB) anlässlich des 84. Deutschen Archivtages im September 2014. Die Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder hat das Portal in ihrem Positionspapier vom 1.9.2015 nachdrücklich „als das zentrale Nachweisinstrument zu den Beständen der Archive in Deutschland“ bezeichnet, das konsequent weiter zu entwickeln ist und archivübergreifend auf nationaler wie auf internationaler Ebene die Funktion einer zentralen Präsentationsplattform übernehmen soll. Die Kommunalarchive und der Archivarsverband haben sich ebenfalls angeschlossen.

GERALD MAIER und CHRISTINA WOLF (beide Stuttgart) gingen auf die durch das Archivportal-D bereitgestellten übergreifenden Recherchemöglichkeiten nach archivalischen Quellen ein. Die DDB ermöglicht einen zentralen interdisziplinären und kostenfreien Zugang zu nationalem Kulturgut und wissenschaftlichen Informationen aus Archiven, Bibliotheken und Museen. Sie stellt Inhalte für das europäische Kulturgutportal ‚Europeana‘ bereit.² Dauerhaft finanziert durch den Bund und die Länder, wird die DDB durch 14 Kultur- und wissenschaftliche Einrichtungen getragen. Gegenwärtig enthält sie über 20 Millionen Objekte, davon 7,8 Millionen mit Verweis auf online bereitgestellte Digitalisate. Die Daten werden nur einmal geliefert und stehen dann in der Nutzersicht der DDB, im Archivportal-D oder anderen Portalen über die Anwendungsprogrammiersstelle ‚Application Programming Interface‘ (API) zur Verfügung. Voraussetzung ist eine durch die gemeinfreie Lizenz CC0 geregelte Nachnutzung von Informationen.

¹Hier und im Folgenden Holger Berwinkel, Robert Kretschmar, Karsten Uhde (Hrsg.), *Moderne Aktenkunde*. Marburg 2016; Positionspapier zur Entwicklung der Portallandschaft https://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/bundesarchiv_de/fachinformation/ark/kla__201509c

²Vgl. hier und im Folgenden <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de> Über uns/Fragen und Antworten zur DDB; zur API „Über Uns /Aktuelles“ (4.11.2013) sowie <https://www.archivportal-d.de/> und http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/120/59902/Archivportal-D_Zugangsmoeglichkeiten_zu_archivischen_Informationen.pdf

Das Archivportal-D weist mit den Erschließungsinformationen der angeschlossenen regionalen Archivportale, den online bereit gestellten Beständeübersichten und Findbüchern sowie digitalisiertem Archivgut rund 11 Millionen Objekte aus über 100 Archiven auf, davon ca. 513.000 Verweise auf Online-Digitalisate (Stand September 2016). Es ermöglicht komfortable Recherchen (unter anderem globale Suche über alle Inhalte; Recherche nach Archiven mit Filtern für Bundesländer und Archivsparten; erweiterte Suche mit konfigurierbaren Rechercheoptionen), dies auch über mobile Geräte und über eine englische Portaloberfläche. Einen virtuellen Lesesaal mit direkter Aktenbestellung bietet das Portal nicht. Für die weitere Entwicklung vorgesehen ist unter anderem eine Optimierung der Suche im Rahmen der DDB-Weiterentwicklung (Ranking der Suchergebnisse, Autokorrektur), die Verknüpfung von Erschließungsinformationen (Personen etc.) mit Normdaten sowie die Integration des weiterentwickelten DFG-Viewers zur einheitlichen Präsentation von Digitalisaten.

MATTHIAS RAZUM (Karlsruhe) ergänzte den Vortrag aus Sicht eines Informatikers, indem er näher auf die notwendigen Voraussetzungen für die Vernetzung und Verfügbarkeit von Daten in der digitalen Welt einging. Die seit 2000 entstandenen digitalen Plattformen und virtuellen Forschungsumgebungen waren zunächst nicht vernetzt und nur für spezielle Zwecke angelegt worden. Heutzutage steht die Nachhaltigkeit von Daten im Mittelpunkt: Einmal in eine Datenbank eingegeben, sollen sich Daten gut mit verschiedenen Nutzerplattformen vernetzen lassen und in verschiedenen Kontexten schnell für zahlreiche, aktuelle Forschungsfragen zur Verfügung stehen. Eine verteilte und vernetzte Informationsinfrastruktur benötigt allerdings nachhaltige Rahmenbedingungen. Entitäten (z.B. Inhalte oder Metadaten wie Dateiformate) müssen standardisiert, gegebenenfalls mit Normdaten verknüpft vorliegen, für eine dauerhafte Nachnutzung eine hohe Qualität besitzen und gut dokumentiert sein.³ Standardisierte Schnittstellen ermöglichen es, jeweils unmittelbar auf Daten eines anderen Programms online zuzugreifen. Das standardisierte Datenformat für Lieferungen an das Archivportal-D und die DDB heißt EAD(DDB) (abgeleitet vom interna-

³http://www.dnb.de/DE/Standardisierung/standardisierung_node.html

tionalen Standard Encoded Archival Description). Es bildet innerhalb der Archivwelt, die bisher durch den Einsatz zahlreicher proprietärer Systeme gekennzeichnet ist, zunehmend das einheitliche Liefer- und Austauschformat für Programme und Hersteller. Notwendig ist es außerdem, dauerhaft und zuverlässig sowie unabhängig vom tatsächlichen Speicherort auf bestimmte Ressourcen zuzugreifen. So sollte in allen Datenbanken und externen Links eine Person immer eindeutig identifiziert werden können. Ebenso muss die Verlässlichkeit von Zitaten im Netz über stabile Verweise auf Online-Publikationen realisiert werden. Derartige Bezüge werden mit Hilfe so genannter technischer ‚Persistent Identifier‘ erstellt. Abschließend verwies Razum noch einmal auf die hohe Bedeutung von gemeinnützigen Creative Commons Lizenzen wie CC0 für die Nachnutzung von Daten innerhalb einer Informationsinfrastruktur.

TOBIAS HERRMANN (Koblenz) informierte über die Angebote des Bundesarchivs im Netz. Alle Erschließungsinformationen (Aktentitel, ggf. Digitalisate) sind seit Sommer 2014 über das Programm INVENIO zu recherchieren und teilweise bereits zusätzlich im Archivportal-D verfügbar. Als Digitalisate sind bisher eher ausgewählte Inhalte (‚Schätze‘) aufzurufen, so zum Beispiel digitalisierte und kommentierte Einzelstücke bzw. Fotos zum Herero-Aufstand 1904. Über das Digitale Bildarchiv als Vertriebsplattform werden 225.000 Fotos angeboten plus 110.000 Fotos des Bundespresseamtes, die recherchiert (Volltextsuche, Themensuche) und auf Anforderung als reproduktionsfähige Bilder heruntergeladen werden können. Auf Bestellung können über die Plattform weitere Archivalien als Digitalisate bereitgestellt werden. Über das ‚Google Cultural Institute‘ gibt es einen Zugang zu virtuellen Ausstellungen, hier schwerpunktmäßig zum Ersten Weltkrieg und zur Wiedervereinigung. Diese Themenportale mit Akten, Fotos, Bildern und Tönen werden angeboten, um die Digitalisierungsbemühungen für die Forschung zu bündeln und nicht nur vereinzelt Highlights zu präsentieren. Geplant ist ein Projekt zur Frühgeschichte der Weimarer Republik.⁴ Insgesamt kann das Bundesarchiv gegenwärtig 28 Millionen Digitalisate vorweisen, davon sind knapp 3 Millionen online verfügbar. 21

⁴<https://blogweimar.hypotheses.org/>

Millionen Digitalisate beziehen sich auf die NSDAP-Mitgliederkartei, die aufgrund personenbezogener Schutzfristen online nicht verfügbar ist. Herrmann wies darauf hin, dass für eine flächendeckende, eben nicht zufällig und singulär erfolgende, Digitalisierung große finanzielle Mittel erforderlich sind. Er schlug vor, bei Anträgen für Drittmittelprojekte jeweils einen Geldbetrag für die Digitalisierung der erforderlichen Archivalien auszuweisen. Hierfür müssen Archivare und Historiker bei den Geldgebern gemeinsam werben. Ziel ist es, Wissenschaftlern über virtuelle Lesesäle eine signifikante Masse an digitalisierten Archivalien zur Verfügung zu stellen.

STEFAN KUPPE und UDO SCHÄFER (Hamburg) befassten sich mit dem Quellenwert der im Transparenzportal der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 6.10.2014 als Open Government Data veröffentlichten Unterlagen der hamburgischen Verwaltung.⁵ Von der Anzeigepflicht ausgenommen sind unter anderem der Verfassungsschutz, Gerichtsunterlagen sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Der Zugang zu Informationen wird über die zeitnahe Veröffentlichung der im Volltext recherchierbaren Dokumente ermöglicht, die jeder Interessierte anonym und kostenfrei einsehen kann. Eingespeist werden auch die Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft, Haushalts- und Aktenpläne, Verwaltungsvorschriften, Gutachten sowie Verträge mit einem Gegenstandswert von jeweils über 100.000 Euro. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Auskunftspflicht öffentlicher Stellen für nicht veröffentlichte Aufzeichnungen. Kuppe erläuterte die Struktur des Portals und nannte die Zahl von gegenwärtig rund 800.000 monatlich aufgerufenen Seiten vor allem zu Themen wie ‚Jugendhilfe‘, ‚Olympia‘ oder ‚Flüchtlinge‘. Schäfer hob hervor, dass das Portal eine Ergebnistransparenz biete und nicht wie Archivgut eine Verfahrens- oder Verantwortungstransparenz, wodurch Entscheidungen nachvollziehbar oder Entscheidungsträgern zuzuordnen sind. Über das Portal werden nur einzelne Schriftstücke ohne Entstehungskontext veröffentlicht. Forschende sollten die Auskunftspflicht nutzen und unter Angabe der veröffentlichenden Stelle und des Aktenzeichens den Zugang zu den kontextbezogenen Aufzeichnungen beantragen. Schäfer widersprach der Auffassung, dass

⁵Vgl. www.transparenz.hamburg.de

öffentliches Schriftgut, das vor Ablauf der Verwaltungsfristen und der zeitversetzten Bewertung durch die Archive veröffentlicht wird, einen höheren Quellenwert besitzt. Open Government Data und Registrarturgut werden nicht automatisch Teil der durch die Bewertung des Staatsarchivs Hamburg entstehenden archivischen Überlieferung. Ca. 95 Prozent der angebotenen Unterlagen werden nicht in die Bestände und Tektonik übernommen und eingeordnet, erhalten also keine archivische Distanz zum Entscheidungsprozess. Schäfer schlug vor, die im Portal gespeicherten Quellen als Forschungsdaten im universitären Zusammenhang zu speichern.

Im letzten Beitrag stellte RAINER HERING (Schleswig / Hamburg / Kiel) Open-Access-Publishing als Angebot der Archive vor, die eigene Sichtbarkeit zusätzlich zu Portalen und Webseiten zu erhöhen. Ausgehend von den Naturwissenschaften steht Open Access für einen Paradigmenwechsel in der Diskussion um die Publikation von Quellen und Forschungsergebnissen, zumal wenn sie mit Unterstützung öffentlicher Mittel erreicht wurden. Das Staatsarchiv Hamburg hat bereits 2004 und das Landesarchiv Schleswig 2007 Reihen über Open Access veröffentlicht.⁶ Sorgfältig aufbereitete wissenschaftliche Literatur und andere Materialien werden kostenfrei im Internet zur Ansicht und zum Herunterladen angeboten, können aber auch als hochwertige Printpublikationen („Print-on-Demand“) erworben werden. Der Vorteil besteht in der raschen Verbreitung von Inhalten und der damit zusammenhängenden Reputation. Die Chancen für die Archive ergeben sich aus der Möglichkeit, mit geringen Kosten und kleinen Auflagen auch gedruckte Findbücher, Editionen, Konferenz- oder Sammelbände mit guter Druckqualität zu veröffentlichen. Das gedruckte Buch kann bei wichtigen Anlässen als Geschenk überreicht werden. Es bietet durch Blättern spezifische Suchstrategien. Die im Internet gespeicherte Version ist weltweit zugänglich und über Suchmaschinen erreichbar. Denkbar sind hier auch innovative Publikationsformen wie zum Beispiel Findbücher oder Beständeübersichten mit Bild-, Ton- und Filmbeispielen. Das Print-on-Demand-Druckverfahren bietet den Vorteil, dass Publikationen immer lieferbar sind und aktualisiert werden können, keine

⁶<http://blogs.sub.uni-hamburg.de/hup/products-page/publikationen/126/>

Lagerkosten anfallen und die Bereitstellung im Netz sowie der Vertrieb der gedruckten Bücher und der Versand der Pflichtexemplare durch den Verlag erfolgt.

In seinem abschließenden Kommentar begrüßte RÜDIGER HOHLS (Berlin) die in den letzten zehn Jahren eingetretene Entwicklung. Archivarinnen und Archivare hätten sich zwar spät auf den Weg gemacht. Die in der Sektion vorgestellten Projekte zeigen aber deutlich, dass Archive den Anschluss an die digitale Welt gefunden haben. Die Vorträge haben gezeigt, dass eine wirkliche Transformation archivischer Inhalte in den digitalen Kontext und die Überwindung kultureller, inhaltlicher und organisatorischer „Gaps“ stattgefunden hat. Er bezeichnete das Archivportal-D als sehr gelungen, die Zusammenführung von Informationen aus verschiedenen Bereichen als Quantensprung. Der archivübergreifende Zugriff auf Findmittel unterstützt eine effizient geplante Forschungsreise. Für das Bundesarchiv wies Hohls darauf hin, dass er eine neue Digitalisierungsstrategie befürworte und deshalb die von Herrmann vorgeschlagene Idee einer forschungsgetriebenen Digitalisierung unterstützt.

Zu allen Beiträgen ergaben sich Rückfragen und kürzere Diskussionen, die sich vor allem auf die Frage nach der Zahl der am Archivportal-D beteiligten deutschen Archive bezogen, den Wunsch nach einer Internationalisierungsstrategie für das Archivportal-D und auf die Möglichkeiten, bei Drittmittelprojekten zusätzlich Geld für Digitalisierungen zu beantragen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Robert Kretzschmar (Stuttgart / Tübingen) / Rainer Hering (Schleswig / Hamburg / Kiel)

Robert Kretzschmar (Stuttgart / Tübingen): Einführung

Gerald Maier / Christina Wolf (Stuttgart): Das Archivportal-D und die Deutsche Digitale Bibliothek. Neue übergreifende Recherchemöglichkeiten nach Quellen für die historische Forschung

Matthias Razum (Karlsruhe): Tear down this wall – Offene Schnittstellen

für die vernetzte Forschung

Tobias Herrmann (Koblenz): Angebote des Bundesarchivs im Netz

Stefan Kuppe / Udo Schäfer (Hamburg): Das Transparenzportal Hamburg – Open Gouvernment Data als Angebot auch an die historische Forschung

Rainer Hering (Schleswig / Hamburg / Kiel): Präsenz durch Publikationen. Open-Access-Publishing als Angebot der Archive

Rüdiger Hohls (Berlin): Statement aus Sicht der historischen Forschung

Tagungsbericht HT 2016: *Recherche und Weiterverarbeitung. Digitale Angebote der Archive für die historische Forschung im Netz*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 05.11.2016.

HT 2016: Grundwissenschaften in der digitalen Welt

Bericht von: Claudia Hefter, Historisches Institut, Universität Potsdam / Netzwerk Historische Grundwissenschaften

Die beiden Initiatoren EVA SCHLOTHEUBER (Düsseldorf) und CLEMENS REHM (Stuttgart) eröffneten die Sektion und machten deutlich, dass es nicht nur um den Stellenwert der Historischen Grundwissenschaften im digitalen Zeitalters gehe¹, sondern um das Profil und die Kompetenzen zukünftiger Historiker und Historikerinnen insgesamt. Damit gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung die Fähigkeit zur Quellen- und Medienkritik weiterhin erhalten bleibt, sind Kommunikation und Vernetzung zwischen Wissenschaft auf der einen Seite und den

¹Vgl. hierzu das Positionspapier von Eva Schlottheuber und Frank Bösch und die dazugehörige Diskussion auf H-Soz-Kult: Forum: Eva Schlottheuber / Frank Bösch: Quellenkritik im digitalen Zeitalter: Die Historischen Grundwissenschaften als zentrale Kompetenz der Geschichtswissenschaft und benachbarter Fächer, in: H-Soz-Kult, 16.11.2015, <<http://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-2866>> (03.11.2016).

Museen, Archiven und Bibliotheken auf der anderen Seite wichtiger denn je. Inhaltlich reagierte die Sektion auf die Aufforderung des Historikerverbandes, den Historikertag zu einer Selbstreflexion über das Fach und seine primäre Ausrichtung zu nutzen. Die auf dem Podium anwesenden VertreterInnen der Archive, Bibliotheken, des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Professorenschaft eröffneten die Diskussion mit folgenden Statements:

Die Archive

BETTINA JOERGENS (Detmold) hob die Wichtigkeit von Kontextdaten bei der Auswertung historischen Materials hervor. Denn nur durch eine richtige und reflektierte Interpretation von Kontextdaten lässt sich intellektueller Mehrwert gewährleisten. Hierzu erfordert es jedoch ein Bewusstsein dafür, dass bereits die Ordnung von Informationen Teil der Wissensgenerierung ist. Folglich muss zu einer Quellenkunde neben Kenntnis von Archivierungsort und Archivtektonik auch eine kritische Befragung nach Entstehung des jeweiligen Archivbestandes gehören. NICOLA WURTHMANN (Wiesbaden) lenkte den Blick auf die Relevanz der Aktenkunde im digitalen Zeitalter. Dabei ging sie auf grundlegende Veränderungen in der Produktion und Interpretation elektronischer Akten ein. Damit es zukünftig nicht „hilflose Historikerinnen und Historiker in Archiven“² gebe, bleibt das methodische Handwerkszeug der Grundwissenschaften bzw. Archivkunde auch für die jüngsten, elektronisch oder als Hybrid generierten und archivierten Quellen unverzichtbar. Eine Erweiterung der Aktenkunde um eine Lehre der digitalen Unterlagen ist daher unumgänglich – allein aufgrund der Tatsache, dass bei einem elektronischen Dokument keine physische Einheit mehr von inhaltlicher Information und Kontextinformation gegeben ist.

Die Bibliotheken

Damit wissenschaftliche Nutzer auch in Zukunft das kulturelle Erbe von Altbestandsbibliotheken – digital oder analog –, überhaupt nutzen können, benötigen die Geschichtswissenschaften auch aus Perspektive

²<<http://www.historikertag.de/Berlin2010/index.php/wissenschaftliches-programm/epochenuebersicht/details/585-Robert%20Kretschmar.html>> (03.11.2016),.

der Bibliotheken ein erweitertes und vertieftes Konzept grundwissenschaftlichen Arbeitens im digitalen Zeitalter. Aus Sicht CHRISTOPH MACKERTs (Leipzig) müsse dies an den Universitäten vermittelt werden – die zum Trend gewordene Auslagerung der Vermittlung dieser Fertigkeiten in Form optionaler Sommerkurse kann eine solche Aufgabe nicht leisten. Darüber hinaus betonte ROBERT GIEL (Berlin), dass traditionelle Grundwissenschaften, wie Kodikologie und Paläographie, auch heute nichts von ihrer Relevanz eingebüßt hätten. Erfolgsversprechende Ansätze, wie zum Beispiel die digitale Bildähnlichkeitssuche können grundwissenschaftliche Fähigkeiten lediglich unterstützen, diese aber keinesfalls ersetzen.

Der wissenschaftliche Nachwuchs

Die Vertreterinnen des Netzwerks Historische Grundwissenschaften, LENA VOSDING (Düsseldorf) und STEFANIE MENKE (Köln), machten auf die zunehmende Perspektivlosigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses bezüglich der Arbeitsmöglichkeiten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität aufmerksam. Denn zunehmend stellt sich für den Nachwuchs, der sich einerseits hochmotiviert zeigt, bei einer Spezialisierung aber andererseits ein recht hohes „biographisches Risiko“ eingehen muss, die Frage, ob sich der Einsatz für die Historischen Grundwissenschaften überhaupt lohne. Um diese Situation nachhaltig zu ändern trat das Netzwerk aktiv mit Forderungen³ an die Hochschulen heran: Relevanz, Interdisziplinarität und epochenübergreifende Ausrichtung des Faches müssten deutlich stärker zum Vorschein kommen. Dafür sollten bestehende Kommunikationsdefizite behoben und stattdessen Kooperationen und Vernetzungen angestoßen werden. Eine Stärkung des Mittelbaus müsse dabei ebenso berücksichtigt werden wie eine prominentere Verortung der Grundwissenschaften in der Lehre.

Die universitäre Forschung

Auch ANDREA STIELDORF (Bonn) identifizierte die Kommunikation als ein zentrales Problem, das nur durch eine stärkere Zusammenarbeit

³Ein Positionspapier des Netzwerks Historische Grundwissenschaften steht auf der Homepage der AHG zum Download zur Verfügung steht: <<http://www.ahigw.de/2016/09/29/das-netzwerk-auf-dem-historikertag/>>.

zwischen Universitäten, Bibliotheken und Archiven – eventuell auch Schulen – überwunden werden könne. Dabei warnte Stieldorf davor, die Historischen Grundwissenschaften als nur in der Mediävistik angesiedelt bzw. als reine „Dienstleister“ anzusehen. Die Grundwissenschaften böten ein umfassendes Repertoire an wissenschaftlich aktuellen Fragestellungen, was stärker präsentiert werden müsse. JÜRGEN WOLF (Marburg) plädierte zusätzlich dafür, dass alle für die Digitalisierung bereitgestellten finanziellen Mittel nur dann qualitativ nutzbar seien, wenn man Expert/innen ausbilde, die die Digitalisate auch auswerten könnten. Um dafür Expertise ebenso wie technisches Wissen zu vermitteln, bedarf es nach Wolf eines festen Rahmens und einer institutionellen Verankerung, zum Beispiel in Form von „Netzwerk-Professuren“. Wolf machte jedoch deutlich, dass die Schaffung von neuen, gesicherten Strukturen sich nur durch Einsparungen in anderen Bereichen realisieren ließe – was natürlich mit massivem Widerstand einherginge.

Diskussion

An die Statements der Diskutanten auf dem Podium schloss sich eine rege Diskussion gemeinsam mit dem Auditorium an. Viele Ansätze der Podiumsrunde wurden aufgegriffen und auch erste Lösungsvorschläge entwickelt, wobei immer wieder auf die Themen „gegenseitige Wahrnehmung“, „Kommunikation“ und „Vernetzung“ rekurriert wurde. Ebenso herrschte Konsens darüber, die Relevanz der Historischen Grundwissenschaften in Politik, Presse und akademischer wie nicht akademischer Öffentlichkeit nachhaltig stärken zu wollen.

„Politik der kleinen Schritte“

SITTA VON REDEN (Freiburg), machte auf das Spannungsverhältnis aufmerksam, mit einer grundwissenschaftlichen Lehrveranstaltung sowohl eine zukünftige Lehrerschaft auszubilden, als auch Einzelpersonen für Promotion und Forschung zu gewinnen. Hier müssten neue Strukturen geschaffen werden, um die Lehrenden zu mehr grundwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen zu motivieren bzw. keinen Prestigeverlust und schwindende Studierendenzahlen zu befürchten. Das negative Image zeige sich auch in der aktuellen Förderungspolitik, denn Sachmittelanträge jenseits konkreter Digitalisierungsaufträge, wie etwa

die digitale Aufbereitung von Münzbeständen – welche eher schlechte Chancen hätten gefördert zu werden. Um diese Situation nachhaltig zu verändern betonte von Reden eine Politik der kleinen Schritte anzuwenden. In Bezug auf Förderungen plädierte Mackert dafür, den Blick jenseits des Tellerrandes der DFG zu heben, denn gerade Stiftungen böten hier eine Breite von Möglichkeiten, die oft übersehen werde. JANINA LILLGE (Kiel), schlug vor, Methodikmodule niedrigschwellig anzusetzen, um so auch Lehramtsstudierende mit den Grundwissenschaften in Berührung und so Basiskompetenzen an die Schulen zu bringen.

Stieldorf begrüßte den Ansatz der „kleinen Schritte“. Als kostenneutrale erste Unternehmung könne man zum Beispiel kenntlich machen, in welchen Lehrveranstaltungen grundwissenschaftliche Kompetenzen vermittelt werden, auch wenn sie nicht explizit als solche betitelt sind. Daneben sei es aber nötig, epochenübergreifende Studiengänge zu schaffen. Ebenso bedürfe es neuer Lehrmittel mit Handbuchcharakter – sei es in digitaler oder gedruckter Form. Der Ansatz der „kleinen Schritte“ müsste dazu vor allem auf Dauer angelegt sein, den Nachwuchs entlasten und gemeinsam gestaltet werden. Mit der Gründung der AHIG⁴ sei hierfür schon ein Schritt in die richtige Richtung getan.

TOBIAS HERRMANN (Berlin) appellierte an den wissenschaftlichen Nachwuchs, bei der beruflichen Perspektive den Blick auch auf Bereiche jenseits von Universitäten, Bibliotheken und Archiven zu weiten. Die Grundwissenschaften vermitteln eine spezielle Kompetenz, mit der man „wuchern“ könne. So befähigten sie bspw. auch für Berufsfelder jenseits der historischen Forschung zum Beispiel im Journalismus, Unternehmensberatung oder Kommunikationsmanagement. Auch GUDRUN FIEDLER (Stade) begrüßte diese Sichtweise. Sie unterstrich die Rolle der Grundwissenschaften als „eine europäische Kultur des Beweisens und des Begründens“, die nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte.

Vosding und Menke griffen dies auf und plädierten dafür, bereits im Studium praxisnahe Bezüge einzubetten, um mögliche Berufsbilder auch außerhalb der Universität aufzeigen. Nur so könne ein Bewusstsein für die breite Einsetzbarkeit grundwissenschaftlicher Kompetenzen

⁴Vgl. hierzu die Homepage der AHIG <<http://www.ahigw.de>> (03.11.2016), welche auch die Funktion einer Austauschplattform bietet.

geschaffen werden. MARTIN FECHNER (Berlin) hob ebenfalls die breite Einsetzbarkeit grundwissenschaftliche Kompetenzen hervor. Nichtsdestoweniger sei es notwendig, „Leuchtturmprojekte“ zu etablieren, um Perspektiven zu bieten. Hier ließe sich über länderübergreifende Digital Humanities Zentren nachdenken, um allgemeine Standards zu schaffen – beides könnte den „Workflow von der Quelle bis zur Bereitstellung für die Forschung“ revolutionieren.

Die Notwendigkeit neuer Strukturen

Schlothuber betonte, dass die Grundwissenschaften mit ihrem derzeitigen Stand innerhalb der Geschichtswissenschaft und auch im Verhältnis zu den Digital Humanities nicht in der Lage seien, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Digitale Kompetenzen ließen sich nicht einfach zusätzlich in die alten Strukturen integrieren, ohne Qualitätsverlust und Überforderung bei Lehrenden und Lernenden zu verursachen. Vermutlich seien dafür eine Umstrukturierung und eine stärkere Rückbindung der bewahrenden Institutionen an die Universität notwendig. Darüber hinaus müssten sich alle Beteiligten wieder enger miteinander vernetzen. Die wissenschaftliche Community sei in den letzten Jahrzehnten nicht nur stetig angewachsen, die gesamte Forschungslandschaft habe sich ausdifferenziert.

HEDWIG RÖCKELEIN (Göttingen), beschrieb die verschiedenen Gründe für die desolate Situation der Grundwissenschaften: Sie seien stets als eine Disziplin wahrgenommen worden, die nur einen geringen Teil der Lehre repräsentiere und bei rigorosen Sparmaßnahmen gerne reduziert wurde: In den autonomen Machtkämpfen der Universitäten und befördert durch den Föderalismus standen die Grundwissenschaften bei allen getroffenen Entscheidungen stets auf der Verliererseite. Doch würden auch die letzten grundwissenschaftlichen Lehrstühle und Institutionen geschlossen, stünde langfristig nicht nur das Fach, sondern der gesamte Wissensstandort Deutschland „auf der Liste der gefährdeten Arten“. Ein Ausweg wäre, sich explizit als „kleines Fach“ zu verstehen und so besser politisch agieren zu können. Neben der Hochschulrektorenkonferenz führte Röckelein die Akademien der Wissenschaften als möglichen Kooperationspartner an, da diese sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Abnehmerseite einen wichtigen, nicht zu

unterschätzenden Faktor darstellen.

„Grundwissenschaften in der digitalen Welt“

Auch der digitale Aspekt der Sektion kam nicht zu kurz. Fechner betonte die Diskrepanz von „digitalen Objekten“ in Form von Datensätzen auf der einen und „analogen Objekten“ auf der anderen Seite. Nur durch eine bessere Zusammenarbeit und eine Verschränkung der Fragestellungen zwischen den materiellen Grundwissenschaften und den Digital Humanities ließe sich diese „inhaltliche Ambivalenz“ überwinden. BARBARA FICHTL (Marburg) plädierte zudem dafür, technische Aspekte in die Lehre mit aufzunehmen, damit der Nachwuchs bereits während seiner Ausbildung die Möglichkeit habe, sich mit Standards zum Beispiel auf der Ebene von Metadaten auseinanderzusetzen.

Auch Rehm und Wurthmann hoben die Bedeutung von Metadaten hervor, gerade im Hinblick auf die Lebensdauer von digitalen Datensätzen. Archivare müssten Entscheidungen treffen, welche Eigenschaften sie bei einem digitalen Objekt langfristig für die Forschung archivieren wollen – hierfür erweise sich der Dialog zwischen Archiv und Forschung als unumgänglich.

THORSTEN HILTMANN (Münster) stellte schließlich die Frage, in wie weit sich die Grundwissenschaften selbst im Rahmen der digitalen Veränderung verändern müssten. Viele Hilfsmittel, zum Beispiel in der Heraldik steckten noch im analogen Zeitalter. Hier seien die Grundwissenschaften neu auszurichten und Arbeitsprozesse weiterzuentwickeln. Dies griff Mackert auf und attestierte den Geschichtswissenschaften allgemein die Tendenz, „massiv im analogen Zeitalter [zu] stecken“.⁵ Ebenso betonte er, dass man auch von den heutigen Studierenden keinesfalls von „Digital Natives“ ausgehen dürfe. Es wäre jedoch nicht mit hohem Aufwand verbunden, mehr Technikaffinität in den Lehrveranstaltungen einzufordern.

KATRIN MOELLER (Halle) wies darauf hin, dass nicht allein die Geisteswissenschaften von einem Wandel betroffen seien, sondern auch die Naturwissenschaften. Die Grundwissenschaften müssten sich auch hier breiter aufstellen und sich als Masterdisziplin der Nachhaltigkeit

⁵Vgl. hierzu den Beitrag *Forschen mit 'digitalen Quellen'*, in: H-Soz-Kult, 04.12.2008, <<http://www.hsozkult.de/query/id/anfragen-1055>>.

und der Nutzbarkeit präsentieren. Die Kooperation mit Datenzentren, wäre hier ein wichtiger Aspekt, denn gerade das Thema „Archivierung“ böte mögliche Anknüpfungspunkte zu diesen Communities.

Insgesamt herrschte ein Konsens darüber, dass ein Digitalisat niemals alle signifikanten Eigenschaften eines Originals ersetzen könne. Die pointierte Frage von FRANK M. BISCHOFF (Duisburg): „Machen die Archive [...] das Falsche, wenn sie Archivgut digitalisieren? [...] Sollten wir lieber etwas anderes machen?“ – wurde von allen Beteiligten verneint.

Ausblick: Masterplan Grundwissenschaften und Medienkritik

Damit die Wünsche und Forderungen der Diskutanten auf dem Podium und aus dem Auditorium nicht ungehört auf dem Historikertag 2016 in Hamburg verhallen, wurde im Zusammenschluss der Podiumsvertreter ein Runder Tisch für das Frühjahr 2017 angesetzt. Hier sollten die nächsten „kleinen Schritte“ in Richtung eines „Masterplan Grundwissenschaften“ zur Sprache gebracht und mögliche neue Strukturen entwickelt werden.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Eva Schlotheuber (Düsseldorf) / Clemens Rehm (Stuttgart)

Archive

Bettina Joergens (Detmold) / Nicola Wurthmann (Wiesbaden)

Handschriftenzentren / Bibliotheken

Christoph Mackert (Leipzig) / Robert Giel (Berlin)

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Lena Vosding (Düsseldorf) / Stefanie Menke (Köln), Netzwerk Historische Grundwissenschaften

Wissenschaftliche Forschung

Andrea Stieldorf (Bonn) / Jürgen Wolf (Marburg)

Tagungsbericht *HT 2016: Grundwissenschaften in der digitalen Welt*. 20.09.2016–23.09.2016, In: H-Soz-Kult 12.11.2016.

Register Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Arp, Agnès 249	Kypta, Ulla 138
Aselmeyer, Norman 154	
Barricelli, Michele 292	Lemberg, Joseph 101
Böick, Marcus 33	Luppa, Franziska 72
Bonengel, Timo 205	Mackert, Nina 162
Brandis, Rüdiger 276	Mariss, Anne 282
Brüning, Alfons 124	May, Anne Christina 118
Brunner, Michael Philipp 150	Meurer, Tabea 60
Busse, Laura 288	Mittelberg, Sebastian 185
	Möller, Frank 167
Cluse, Christoph 85, 90	Monninger, Daniel 232
Czock, Miriam 96	Müller, Philipp 261
Egetenmeier, Philip 1	Rimestad, Sebastian 223
Esposito, Fernando 239	Rohrmann, Sören 132
Fabian, Norbert 49	Sajid, Mehdi 266
Fiedler, Gudrun 306	Schmeer, Marcel 33
	Schmitt, Martin 200
Gatzka, Claudia Christiane 41	Schröer, Christina 191
Gerlach, Lisa 172	Schwarz, Jörg 113
Goebel, Tobias Christopher 299	Schwecke, Sebastian 25, 179
Goetz, Hans-Werner 108	Simonow, Joanna 254
Goyer, Hanna 143	Stornig, Katharina 13
	Straub, Philip Martin 78
Hefter, Claudia 313	
Heubach, Kristina 67	Warda, Anna 226
Hilger, Andreas 210	Weise, Franziska 1
	Wolters, Laura 243
Kießling, Friedrich 269	
Kirschner, Sabrina 216	Zerjadtke, Michael 1, 53
Krampe, Laura-Marie 143	